REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 346 · 22.9.1992

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 54 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Die Vertreibung der Roma und Sinti aus Deutschland: Vom Pogrom zur Deportation?
2. Zwei Monate "Komitees für Gerechtigkeit"
3. Deftiger Empfang für FPÖ-Führer Haider
4. Keine Schnelle Eingreiftruppe in Ostwestfalen-Lippe und anderswo !
5. Vier Jahre Jugendhaft für "Neger klatschen" mit Todesfolge. Eberswalde,eine Kleinstadt in Brandenburg .. - Christoph Seils
6. "Da sind eben Schreibtischtäter am Werk" Heiner Geißler zum Pogrom in Rostock
7. Die Gewalt der Worte (Politiker-Statments nach Rostock)
8. Rostocker Randale von Politikern provoziert. Dokumentation der Erklärung des Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Knut Degner
9. Was nun? (Rostock und die Linke)
10. Wir schämen uns, Deutsche zu sein! Offener Brief der Frauenaktion Scheherazade
11. Sozialforschung (Meinungsumfragen zur Einstellung der BRD-Bürger zur Asylpolitik)
12. "... kommt sie wieder, die ausgerottete Pest" Erklärung der P.E.N.-Zentren BRD und Ost
13. Die faschistische Gewalt wird alltäglich. Übersicht über ausländerfeindliche Anschläge und Überfälle (10.7.-18.9.92)
14. Das Auge des Gesetzes: Täter - Festnahmen - Anklagen - Urteile
15. "Dr. Frey in Rostock - DVU setzt sich durch." Zur Propaganda der Deutschen Volksunion
16. Asylanten im Eßzimmer? "Bild" läßt Wohnraum beschlagnahmen
17. Der Mörder war immer der Gärtner ... Keine Spur im Fall der Bombe von Hannover
18. Feltrinelli, Gramsci und die Fiat-Arbeiter. Klassenkämpfe und linke Theorie in Italien. Drei Buchvorstellungen
19. "Kriminelle Ausländer überfluten Deutschland" Kriminalstatistik als Instrument staatlicher Pogromhetze
20. "Zigeuner"-Hetze in brauner Tradition
21. Internationales Frauenflüchtlingshaus - Villa Courage
22. "Der Schutz der Flüchtlinge steht an erster Stelle." Interview mit Tanju Tügel, Ausländerbeauftragter der PDS
23. Ausländerbehörde außer Rand und Band. Langjähriger Aufenthalt in der BRD schützt nicht mehr vor der Abschiebung
24. "Operation Balkansturm"?
25. Zwischen allen Fronten. Die Isolierung Südkurdistans und die Waffe der Blockade
26. Sirnak/Türkei: Massaker mit deutschen Waffen
27. Der lange Atem der Revolte. Sozialrevolutionäre in Indien: Die Naxalitenbewegung - Kiki Schmidt und Peter Zinke
28. "Der vietnamesischen Revolution dienen." Kommunistische Politik in Kambodscha. von Andreas Skrypietz
29. "Haben wir doch geglaubt, daß diese Leute ihr Handwerk verstehen." Die soziale Situation in den neuen Bundesländern
30. Erklärungen zum "Fall Honecker" (Dokumentation)
31. Gegen Rassismus, Sozialabbau und Intervention. Erklärung der Abgordnetengruppe der PDS/LL
32. Lateinamerikanische Linke im Aufwind. Bericht vom Foro Sao Paulo - Harri Grünberg
33. Aufschrei im Angesichts des Schreckens. Walter Benjamins Thesen über den Begriff der Geschichte - Verena Krieger
34. "Historisierung" und Entschuldung. Der Geschichtsrevisionismus der "Zitelmann-Gruppe" - P. Klimann
35. "Das Problem existiert bei uns nicht..." Zur Geschichte der italienischen Juden während des Faschismus
36. Gulitt, Gascoigne, Menotti ... Über "linken" und "proletarischen" Fußball von Dietrich Schulze-Marmeling
37. Christian Geissler: Prozeß im Bruch Buchbesprechung
38. Da kocht das (männlich) christliche Gemüt. (Zur Amtseinführung von Maria Jepsen)

39. Die linke Spur auf der Autobahn, oder vom Ankommen im neuen Deutschland
40. "... wir waren alle ziemlich heiter..."
41. Drahtzieher im braunen Netz
42. "Verwerflich ist, mit Erich Honecker die Existenz der DDR anzuklagen"
43. Quelldatei 20.htm
44. Quelldatei 27.htm
45. Quelldatei 32.htm
46. Israel:
47. Kundgebung am 3. Oktober
48. Jugoslawien: Operation Balkansturm?
49. Im Angesicht des Schreckens
50. Gullit, Gascoigne, Menotti...
51. Vom Sozialismus zum Sozialamt
52. Die Saat geht auf
53. Quelldatei tab13.htm
54. Quelldatei tab24.htm

1. Die Vertreibung der Roma und Sinti aus Deutschland: Vom Pogrom zur Deportation?

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/roma.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:roma

"Bonn schiebt 43.000 ab", verbreitet die BILD jetzt schon Vorfreude bei ihrer rassistischen Klientel. (17.9.) In Kraft treten soll das Abkommen mit Bukarest "über die Rücknahme von rumänischen Staatsangehörigen erst am 1. November. Der Clou: Rumänien hat sich verpflichtet, auch Flüchtlinge "zurückzunehmen", deren Herkunft keineswegs eindeutig nachzuweisen ist. So etwas kostet Geld, vermutlich sehr viel Geld. Der Roma National Congress spricht in einer Presseerklärung von "deutschen Krediten in Milliardenhöhe", die mit dem Abkommen verbunden seien. (18.9.)

Daß es sich vor allem um Geld dreht, bekundet auf seine Art auch der hessische CDU-Vorsitzende Kanther: Die wirtschaftliche Hilfe für die Länder Ost- und Südosteuropas müsse "mit den deutschen Interessen bei der Begrenzung der Zuwanderung verbunden werden". Länder, die "allzu nachsichtig" Flüchtlinge nach Deutschland aus- oder durchreisen lassen, handeln "nicht freundschaftlich", und das muß sich dann selbstverständlich finanziell bemerkbar machen. (FAZ, 19.9.)

Bei den bevorstehenden erleichterten Massenabschiebungen geht es in erster Linie um Roma; zwei Drittel der nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge aus Rumänien gehören diesem Volk an, das heute wie kein anderes die übelsten und dümmsten Ressentiments aus den Abgründen der deutschen Volksseele herausblubbern läßt. Angeblich droht die heile deutsche Gesellschaft an der Gegenwart von einigen Zehntausend Roma zu zerbrechen, zumindest aber scheint sie schon aus sämtlichen Nähten ihrer Aufnahmefähigkeit zu platzen, nachdem im letzten Halbjahr sage und schreibe eine Flut von 20.000 rumänischen Roma über uns hereingebrochen ist.

Daß in Rumänien etwa 2 Millionen Roma leben, in Bulgarien 800.000, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien jeweils ebensoviele, in Ungarn 600.000 oder 700.000, in Spanien 500.000, in Frankreich 250.000, in relativ kleinen Ländern wie Portugal und Griechenland immerhin jeweils etwa 90.000 - alles das ist dem deutschen Rassismus absolut kein Gegenbeweis und noch nicht einmal ein Nachdenken wert: Mögen andere Nationen mit dem "Zigeunerpack" leben können, wir wollen es nicht! Wie wenig wir es wollen, wurde im NS-Staat demonstriert, als "mehr als 220.000, wahrscheinlich eine halbe Million" Sinti und Roma ermordet wurden. ("Spiegel" 36/1990)

Daß die Roma-Flüchtlinge "Asylmißbrauch" betreiben, wird nach Bonner Logik dadurch bewiesen, daß die Anerkennungsquote bei nur 0,2 Prozent liegt. In Wirklichkeit sagt diese Zahl absolut nichts über die Situation der Roma in Rumänien aus, aber sehr viel über das deutsche Anerkennungsverfahren. Bekanntlich werden hierzulande ja nicht einmal Haft, Folter, Verstümmelung oder Berufsverbot ohne weiteres als Beweis politischer oder rassistischer Verfolgung gewertet. So kann die BILD am gleichen Tag, an dem sie frohgestimmt die bevorstehende Massenabschiebung meldet, halbwegs ehrlich und zutreffend schreiben: "Warum kommen jetzt so viele? Früher wurden sie in den kommunistischen Staaten auf dem Balkan nicht beachtet. Mit dem Aufkommen des Nationalismus werden sie jetzt wieder verfolgt, oft sehr grausam. In Rumänien stürmten aufgehetzte Bergarbeiter Roma-Siedlungen, vergewaltigten Frauen, zündeten sie an." - Die ZEIT weiß von 20 oder 25 Pogromen zu berichten, bei denen im letzten Jahr in Rumänien Roma-Siedlungen von der örtlichen Bevölkerung, Seite an Seite mit den Behörden und geduldet durch die Polizei, angegriffen wurden, oft mit dem Ergebnis der Vertreibung. "Lynchjustiz unter Führung von Politikern und Popen, verspätetes Eingreifen der Polizei, Abwanderung der Zigeuner und - jedesmal bleiben strafrechtliche Folgen aus." (18.9.)

Übrigens: Anfang März wendete sich die BRD als einziges EG-Land in der UNO-Menschenrechtskommission gegen eine Resolution, in der die Abschaffung "aller Formen von Diskriminierung gegenüber den Roma (Zigeunern)" verlangt wurde. Abgelehnt wurde von der deutschen Delegation auch ein Passus, der die Regierungen auffordert, "den Schutz und die Sicherheit der Zigeuner zu gewährleisten, die sich legal auf ihrem Staatsgebiet aufhalten." Denn schließlich: ein bißchen Unsicherheit, Lebensgefahr und Angst gehört zur Abschreckung, damit sie endlich begreifen, "daß Deutschland nicht das Traumland für unberechtigte Asylbewerber ist". (Kanther)

2. Zwei Monate "Komitees für Gerechtigkeit"

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:44

"Allianz der Frustrierten oder demokratische Bürgerbewegung?" lautete die Überschrift im letzten AK - so eine Alternative konstruierend, die hart an der Realität vorbeigeht. Mit den "Frustrierten" waren wohl die gemeint, die betroffen sind, "nicht nur von politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Demontage, sondern hunderttausendfacher Demütigung, Kolonialherrenmentalität, Ignoranz und Arroganz der Macht, der Geldmacht und der politischen Macht", wie Michail Nelken in seiner Stellungnahme über die Lage der DDR-Bevölkerung formuliert (s. AK 345, S.9). Nein, nicht "oder" lautet die politische Fragestellung, sondern ob und wie es gelingen kann, aus dieser Demütigung heraus eine breite, aktive demokratische Bürgerbewegung zu entwickeln.

Welche Probleme sich dabei auftun, zeigen die ersten 65 Tage, die seit dem starken Presseauftakt am 11. Juli vergangen sind.

Über die Pressekonferenz im Berliner Kongreßzentrum ist viel berichtet worden. Dort, im gleichen Saal, wo Genscher sein "2plus4-Ergebnis" vorgestellt hatte, kamen mehr Journalisten zusammen als damals. Die Idee einer "Interessenvertretung Ost" hatte bereits Wochen vorher eine mediale und politische Aufmerksamkeit erzeugt, die wohl einmalig für eine Bürgerbewegung ist - insbesondere, als diese ja noch nicht einmal existierte. Allein ihre Ankündigung hatte ja schon in SPD und CDU zu einem hörbaren Aufmucken der Ostabgeordneten geführt. Die Erkenntnis, daß sich im Osten der BRD etwas zusammenbraut, was sich mit den bekannten Instrumenten bundesdeutscher Befriedungspolitik - hier eine Geldspritze, da ein Polizeiknüppel, dort eine zahnlose Reform - nicht mehr so leicht zu den Akten legen läßt, hatte in Bonner Kreisen wohl schon soweit Fuß gefaßt, daß es nur noch der Stichwort-Kombination "Diestel-Gysi" bedurfte, um die politische Szene zu elektrisieren. Die durchaus nicht unansehnliche Liste von Erstunterzeichnern (ca. 70 Personen, darunter etwa ein Drittel aus dem Westen) tat ein übriges, um der Idee Resonanz zu verschaffen.

Damit war aber erst einmal nur ein Startschuß gegeben. Auch die Appell-Unterzeichner betrachteten sich in erster Linie als Initiatoren, nicht aber als Macher oder gar führende Figuren dieser noch aufzubauenden Bewegung. Was sich nun daraus entwickeln würde, war für alle eine offene Frage.

Der Stand der Komitees

Mitten in der Sommer- und Urlaubszeit bildeten sich die ersten Komitees, oft waren es auch zuerst örtliche Vorbereitungsgruppen, um das jeweilige Interesse abzuklopfen und Partner zu suchen. Im allgemeinen gab es überall dort, wo sich Komitees gründeten oder über ihre Bildung diskutiert wurde, einen großen Zulauf an Interessierten, Zuschauern und Neugierigen. Dagegen war dann meist die Anzahl der Komitee-Gründungsmitglieder und -Mitarbeiter, z.B. derjenigen, die sich in Arbeitsgruppen-Listen eintrugen, deutlich geringer.

Die Komitee-Idee hat zwar sehr viele Hoffnungen und Sympathien geweckt, die aber mit mindestens genausoviel Skepsis, Resignation und Frust gemischt sind. Daraus ergibt sich eine abwartende Haltung, aus der heraus man "von außen" betrachtet, was "die wohl machen" und ob sie was zustande bringen. Zum anderen verhalten sich alle politischen Kräfte, die sich um das gleiche Spektrum bemühen (SPD, Bürgerbewegungen, Grüne-Ost), mit mühsam verhohlenen Konkurrenzgefühlen abwartend höflich - bis auf einige Ausnahmen, die den ganzen Ansatz spontan unterstützten (z.B. Christian Gehlsen vom Neuen Forum aus Frankfurt/Oder). Im Ergebnis stehen jedenfalls wesentlich mehr Kräfte um die Komitees herum, um sie wohlwollend-kritisch zu beobachten, als wirklich in ihnen aktiv sind. Eine aggressive Ablehnung, wie sie seitens einiger ehemaliger Bürgerbewegter (Bärbel Bohley u.a.) existiert, ist im Osten eher die Ausnahme.

Inzwischen gibt es bundesweit ca. 35-40 offizielle Komitees, in denen - grob geschätzt - rund 1000 real Aktive mitarbeiten. Nach den Gründungen wurden fast überall Arbeitsgruppen zu den naheliegenden Themen gebildet: Mieten/Eigentumsfragen, Arbeit/Treuhand/Wirtschaft, Demokratie und Recht, Lage der Jugendlichen, Rentenproblematik, usw.

Das Spektrum, das innerhalb der Komitees wirklich aktiv ist, umfaßt zum einen einzelne PDS-Mitglieder, die sich örtlich in Komitees engagieren. Zum zweiten Leute, die zu DDR-Zeiten Aktivisten in Parteien oder Massenorganisationen waren, sich im Verlauf der Wende aber resigniert zurückgezogen hatten und nun endlich wieder eine Chance sehen, politisch etwas zu bewirken. Es sind die Verlierer der Vereinigung, diejenigen, die sich nicht wenden wollten oder konnten, aber zumeist qualifizierte und verantwortungsvolle Funktionen und Berufe ausgeübt hatten. Dies scheint überhaupt das Segment der alten Gesellschaft zu sein, was mit den Komitees eine gewisse Wiederbelebung erfährt. Zum dritten - sicherlich die kleinere Gruppe - wirklich neue und unabhängige Leute, die sich nicht irgendeinem Spektrum zuordnen lassen oder aus Kreisen der alten Bürgerbewegungen stammen.

Probleme der Arbeit

In dieser Zusammensetzung fehlt es nicht nur an Erfahrungen mit der Arbeit in und mit so einer außerparlamentarischen Bewegung. Hinzu kommt, daß die Mehrzahl einen ganz anderen Arbeitsstil gewohnt ist: Vorgaben zu bekommen und eine entsprechende Erwartungshaltung zu entwickeln. Gleichzeitig wird von vielen immer wieder betont, daß man unabhängig ist, keine neuen Parteistrukturen wolle, usw. Es werden also zwei widersprüchliche Erwartungen signalisiert: Es werden Vorgaben "von oben", "feste Strukturen" u.ä. verlangt, andererseits genau solche Dinge abgelehnt. Vermutlich überschneidet sich dies sogar personell.

Eine Frage, die immer wieder eine Rolle spielt, lautet: Was sollen die Komitees eigentlich machen? Diese Frage wird nicht nur von Komitee-Aktivisten, sondern auch von Komitee-Gegnern gestellt, in der sicheren Gewißheit, damit einen wunden Punkt anzusprechen. Es erscheint merkwürdig und widersprüchlich, daß sich Leute zusammenfinden in einer "Bürger-Bewegung" und dann hinterher nicht wissen, was sie eigentlich machen sollen. Dafür gibt es aber mehrere Gründe.

Erstens hängt das mit der Gründung zusammen. Der gelungene (Medien-)Start hat Erwartungen geweckt, die erheblich kontrastieren zu der "kleinen" und wenig strahlenden Politik am Ort. Hier muß ja erstmal mühsam nachvollzogen werden, was der Appell an Prominenz und Bündnisbreite vorgemacht hat. Das politische Spektrum der Erstunterzeichner wird bisher nur selten an einem Ort praktisch erreicht, die Komitees selbst sind durchweg "enger" als der Appell-Kreis. Wenn man dann schließlich zusammensitzt im Kreis derjenigen, die wirklich etwas machen wollen, wirkt das recht desillusionierend.

Zweitens geraten die Komitees dort, wo es bereits bestehende "Bewegungen" gibt (Mieter, Arbeitslose, sonstige kommunale Initiativen), objektiv in einen Konkurrenzstatus, den sie nur durch freundliche Verlautbarungen und praktische Zusammenarbeit etwas abschwächen bzw. verschleiern können. Sie können aber eigentlich nicht erklären, warum sie da sind, denn meistens fällt ihr praktischer Wert hinter den der bereits bestehenden Gruppen zurück. Die Unterstellung, hier ginge es doch eigentlich um etwas anderes, etwa den Umweg zu einer neuen Partei, ist dann leicht gemacht und schwer zu widerlegen. Dieses Problem tritt sogar innerhalb der PDS-Basis auf, wenn sie sich (und da hat sich seit Anfang '92 einiges getan) in örtlichen außerparlamentarischen Initiativen bewegt.

Dazukommt, daß, wenn es praktische Initiativen am Ort gibt, die "besten" Leute bereits da arbeiten und oft nicht einsehen, warum sie jetzt noch zusätzlich ein Komitee gründen sollen, was ihnen zusätzliche Arbeit, aber keineswegs mehr Möglichkeiten verschafft. Denn es ist ja (noch?) nicht so, daß allein das Etikett "Komitee" Autorität verschafft, das tut derzeit einzig und allein der Appell-Unterzeichnerkreis. Oft erscheinen die gegründeten Komitees vielen jüngeren Leuten reichlich verkrustet, überaltert und wenig flexibel.

Es gibt aber auch Gegenbeispiele, siehe Dresden. Dort hat bereits seit Monaten eine wachsende Bewegung gegen Mieterhöhungen und für ein kommunales Bürgerbegehren die Grundlagen für eine äußerst erfolgreiche Komitee-Arbeit gelegt.

Es ist vorläufig nicht abzusehen, wie und ob sich das ändern wird. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Komitees beispielsweise am 3.10. in Schwerin präsentieren werden. Trotzdem muß man konstatieren, daß die Bewegung der Komitees für Gerechtigkeit der erste ernsthafte Ansatz für eine soziale demokratische und überregionale Bewegung mit umfassendem politischen Ansatz in den neuen Bundesländern ist.

Dazukommt, daß dieser Ansatz "im Trend" liegt. In den vergangenen Monaten sind in vielen Orten der neuen Bundesländer unzählige Mietervereine, Stadtteilgruppen und kommunalpolitische Bürgerinitiativen entstanden,

etwas, was es nie zuvor in dieser Breite gab. Als herausragendes Beispiel sei hier die W.B.A.-Initiative ("Wir bleiben alle!") im Berliner Prenzlauer Berg genannt, der es aus dem Stand gelang, über 10.000 Ost-Berliner zu einer Mieten-Kundgebung zu bewegen. Eine Koordinierung all dieser Aktivitäten wäre politisch außerordentlich wichtig. Ob so etwas allerdings realistisch ist, kann wohl niemand derzeit voraussehen. Erst recht nicht, ob bei diesem Prozeß die Komitees eine maßgebliche Rolle spielen können - zur Zeit tun sie das jedenfalls noch nicht.

Aber selbst dann, wenn sich der Ansatz der Komitees als nicht tragfähig herausstellen sollte, wird sich die politische Lage entsprechende Ausdrucks- und Handlungsformen suchen - und ob die besser als die Komitees sein werden, kann keiner wissen.

Ost-Partei?

Das Stichwort des Beginns, "Ost-Partei", wurde im Verlauf der Debatte schnell abgelöst durch die Komitees und den Gedanken einer speziellen Körperschaft, die anstelle des weggefallenen Partners des Einigungsvertrages treten könnte. Inzwischen wird der Partei-Gedanke nur noch von ganz wenigen formuliert, die meisten lehnen diese Vorstellung, zumindest aber eine Diskussion darüber zum jetzigen Zeitpunkt, ab. Das allerdings aus sehr unterschiedlichen Gründen.

Es ist zu vermuten, daß gerade das Spektrum um den Ex-Innenminister Diestel (CDU, einer der Erstunterzeichner), besonders auf den Parteiansatz drängt. Es ist daher wohl auch kein Zufall, daß Diestel immer wieder die Ostpartei ins Gespräch bringt. Die offene Unterstützung seines Spektrums für die Komitees bleibt praktisch aus, und vermutlich wird sich diese Szene erst aus der Deckung begeben, wenn einigermaßen abgesicherte neue Optionen zur Verfügung stehen. Mit der Praxis einer "Bewegung von unten" sind diese Leute vermutlich noch weniger vertraut als der Rest der Komitee-Mitarbeiter überhaupt.

Die meisten sonstigen Stellungnahmen hadern mehr oder weniger offen und scharf mit der Partei-Idee. Diejenigen, die sich seit langem mal wieder öffentlich-politisch betätigen, wollen auf keinen Fall schon wieder eine neue Partei. Mit deutlicher Ablehnung beschreiben einige die Vorstellung, mit Diestel, und andere, mit Gysi in einer Partei sein zu müssen. Ganz oft wird die Angst formuliert, wieder einmal von irgendwelchen Parteien vereinnahmt und instrumentalisiert zu werden. Aber auch das PDS-Spektrum steht einer neuen Ostpartei weitgehend skeptisch gegenüber. Die parlamentarische und parteipraktische Grundlage der PDS in den sechs östlichen Bundesländern ist längst der Ansatz einer (linken) Regionalvertretung, man ist sich deshalb vielfach unsicher, ob man sich mit den Komitees nicht nur einen rechten Konkurrenten heranzieht. Eine Wahlbeteiligung der Komitees auf kommunaler oder regionaler Ebene würde in der Tat einen Kandidaturverzicht der PDS voraussetzen, ohne daß sichergestellt ist, daß sich das in einer relevanten Vergrößerung der Stimmenzahl niederschlagen würde.

Es ist sicher: Der zielgerichtete Beginn einer Ostpartei-Diskussion würde nicht nur das zarte Pflänzchen der Komitees zertreten, sondern auch die PDS in allergrößte Gefahr bringen.

Wie sich später die Bedingungen für eine Kandidatur zu den Bundestagswahlen darstellen werden, steht auf einem anderen Blatt. Nur hier hätte eine Wahlbeteiligung einen Sinn. Aber darüber derzeit zu sprechen, entbehrt noch jeder Grundlage.

Eine der Ursprungsideen allerdings, die "Dritte Kammer", wie sie auch genannt wurde, ist bislang überhaupt noch kein Thema in den Komitees. Grundgedanke ist der, daß mit Liquidierung der DDR der Einigungsvertrag eigentlich als Vertrag nicht mehr existiert, da der eine Partner weggefallen ist. Trotzdem wird aber seitens der Bundesregierung ständig daran rumgewerkelt, ruminterpretiert und sogar offen dagegen verstoßen. Jüngstes Beispiel: Die dort verankerte Verletzung des Kündigungsschutzes im Öffentlichen Dienst (Fristlose Kündigung ohne Begründung) wurde handstreichartig in einer Nachtsitzung des Bundestages um ein Jahr verlängert, weil man mit der Säuberung der DDR-Bediensteten noch nicht durch ist. Um gegen solche Machenschaften vorgehen zu können, so die Idee, sollte es eine spezielle Körperschaft der östlichen Länder geben, mit besonderen Rechten, z.B. Vetorecht für bestimmte, speziell die östlichen Länder betreffende Gesetze usw. Welche politischen Möglichkeiten in diesem Ansatz stecken, ist bisher nirgendwo erörtert worden - auch nicht von den Komitees.

Die Komitees und die Linken?

Über die Stimmungslagen in den östlichen Bundesländern ist schon viel geschrieben worden. Brennend-aktuelle soziale Bedürfnisse, Kulturschocks in allen Lebensbereichen und nostalgisch geprägte psychologische Stimmungen bilden ein kompliziertes Interessengeflecht, was mit kaum einer "sozialen Bewegung", wie sie die Westlinke aus den vergangenen Jahren kennt, vergleichbar ist. Und selbst da - man denke nur an die Kombination Friedensbewegung/Antimilitarismus oder Öko-/Anti-AKW-Bewegung - war es ja unmöglich, linke, radikaldemokratische, konservative und sogar reaktionäre Elemente immer scharf zu trennen.

Das dürfte für die Komitees noch zugespitzter gelten. Michail Nelken formuliert: "Dieses Interessenkartell der Ostdeutschen ist in sich widersprüchlich und disparat, instabil und sicher nur von kurzer Dauer. Aber es ist real und wird auch täglich mehr als solches von den Betroffenen begriffen." So oder so ähnlich wird es von allen Linken in den östlichen Bundesländern gesehen.

Es ist in der Tat aus linker Sicht nichts zu verurteilen an dem Anspruch der ostdeutschen Bevölkerung, eine gleichberechtigte Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft erreichen zu wollen. Dies ist im Prinzip nichts anderes als jeder beliebige soziale Kampf in der alten BRD. Deren Unterstützung haben Linke früher auch nicht von der Vorabklärung aller ideologischen Grundfragen abhängig gemacht.

Einige Reaktionen aus westlinken Kreisen gehen noch weit darüber hinaus. Ebermann/Trampert z.B. kommen nach einiger demagogischer Zitatenfälscherei in ihrem konkret-Artikel zu dem rasanten Befund: "Gerade der Gedanke, daß knallharter Rassismus kein Grund sei, nicht als wertvolles Mitglied am Zweck der Komitees mitwirken zu können (selbstverständlich auch nicht die Befürwortung einer deutschen Atombombe, deutscher Militärinterventionen etc.), ist nicht nur der miesen Suche nach Minimalkonsens geschuldet, sondern zeigt die Prioritätensetzung aller Beteiligten. Wir kritisieren also das Projekt ausdrücklich nicht als 'illusionär-reformistisch', sondern als Vorboten einer sich formierenden 'Deutsche zuerst'-Brutalität, die nur extrem rechte Konturen haben kann." (konkret 8/92)

Abgesehen davon, daß all diese unterstellten Positionen schlicht erlogen sind, unternehmen die Autoren nicht einmal den Versuch, eine eigene Sicht der Verhältnisse zu entwickeln. Diese scheinen sie auch nicht weiter zu interessieren.

Noch einen Schritt weiter ist da Verena Krieger, vor nicht allzulanger Zeit noch aktive Grüne. Was mag sie wohl bewegen, über die Komitees zu formulieren: "Die Volksgemeinschaft der Ostdeutschen formiert sich ..." "Das Kapital läßt keine Investitionen springen, nur weil ein paar vaterländische Helden, deren Arbeitsproduktivität westlichen Standards nicht entspricht, das Maul aufreißen", usw. (ak 345). Solche Stellungnahmen bestätigen alle Vorurteile, die viele Linke aus der alten DDR über die (linken) Wessis pflegen: ignorant in der unangenehmen Kombination mit Arroganz, alles ideologisierend statt analysierend und überheblich desinteressiert an realen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Michail Nelken schrieb sechs Wochen vor "Rostock": "Ich denke, die ostdeutsche Sammelbewegung hat unsere kritische Unterstützung nötig (...) wegen der sozialen, politischen und geistigen Demontage und Entwurzelung Hunderttausender Ostdeutscher und wegen der daraus resultierenden Gefahren für das politische System und die geistige Kultur in diesem Lande, also nicht zuletzt auch für uns selbst."

Ebermann, Krieger und Co. können sich ihre Haltung vermutlich noch eine ganze Weile leisten. Verantwortungslosigkeit und grenzenloser Zynismus solcher Stellungnahmen werden spätestens dann offenbar, wenn man sich in die Lage eines Menschen versetzt, der vergangene Woche fünf Nächte in einem Cottbusser Flüchtlingslager verbracht hat. Die Linke muß sich mit diesen Realitäten auseinandersetzen und hat eine Verpflichtung beim Aufbau von Bündnissen gegen diese Entwicklungen.

Nach rund zwei Monaten Erfahrung mit den Komitees sind zwar viele Zweifel verständlich, was die Durchschlagskraft dieser Idee betrifft. Daß es sich aber nicht lohnen würde, dort demokratische und antirassistische Positionen einzubringen, kann keiner begründet behaupten.

Michael Pickardt, Berlin

Kundgebung am 3. Oktober

Unter dem Motto "Die Würde des Menschen ist antastbar" rufen die Komitees für Gerechtigkeit zu einer Kundgebung am 3. Oktober in Schwerin auf. Die Feierlichkeiten zum "Tag der Deutschen Einheit" werden dieses Jahr in Schwerin ausgetragen. Frühzeitige Versuche, mit einem größeren Bündnis und bundesweit nach Schwerin zu mobilisieren, scheiterten an einem Rückzieher des DGB, der sich nicht in Konflikt mit der deutschen Einheit bringen lassen wollte und nun lieber dezentrale Aktionstage um den 3. Oktober veranstalten möchte. Der DGB von Mecklenburg/Vorpommern wollte sich damit nicht ganz abfinden und verhandelte weiter über eine bundesweite Mobilisierung unter dem Motto "Gute Besserung Deutschland!". Dann sagte die IG-Metall mit der Begründung ab, nach Rostock könne man sich nicht mehr an alternativen Feierlichkeiten beteiligen. Eine Portion Skepsis gegenüber dieser sich ganz passabel anhörenden Erklärung ist gerechtfertigt, denn in der IG-Metall läuft im Zusammenhang mit der Ausgrenzung der ostdeutschen BetriebsrätInneninitiative offenkundig ein handfester Ost-West-Konflikt. Der DGB M/V reduzierte jedenfalls nach Absage ihres mitgliederstärksten und finanzstärksten Einzelverbandes das Programm auf die Hälfte, trat aber freundlicherweise den Komitees die Hälfte ihrer angemeldeten Standflächen für die Kundgebung ab.

Außer den Komitees rufen der Arbeitslosenverband, die PDS und Erwerbsloseninitiativen zu der Kundgebung auf.

Folgender Aufruf wurde vom 1. bundesweiten Treffen der Komitees verabschiedet:

Feier im Osten?

Auf nach Schwerin!

Am 3.10.92 soll der Tag der deutschen Einheit nunmehr zum zweiten Mal begangen werden.

Zum ersten Mal aber in einem neuen Bundesland. Die bundespolitische Prominenz trifft sich in Schwerin, der Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns. Dort soll die Einheit feierlich begangen werden.

Was wird gefeiert?

- Intensiv betriebene Deindustrialisierung

- Steigende Massenarbeitslosigkeit

- Kultur und Bildungsabbau

- Unbezahlbar werdende Mieten

- Gewinnzuwachs der großen Konzerne in den Altbundesländern

- Wahllüge - keinem wird es schlechter gehen

- Nichteinhaltung des Einigungsvertrages

- Endlich Pogrome gegen Ausländer

- Deutsche Soldaten endlich im Startloch für deutsche Interessen im Ausland

Das alles ist feiernswert?

Mehrere Vereine, Gewerkschaften und Organisationen bereiten in Schwerin alternative Veranstaltungen zum Tag der deutschen Einheit vor, um auf die Probleme aufmerksam zu machen und die Politiker vor Ort anzusprechen.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger - mit und ohne deutschen Paß - aus der Bundesrepublik auf, gemeinsam mit den Komitees für Gerechtigkeit diese alternativen Veranstaltungen zu unterstützen und am 3. Oktober 1992 in Schwerin massenhaft ihre Probleme und ihren Protest öffentlich zu formulieren.

Die Kundgebung findet am 3. Oktober 1992 um 11.00 Uhr in der August-Bebel-Straße und am Schweinemarkt in Schwerin statt.

Unter anderem werden sprechen: Stefan Heym, Klaus Grehn (Präsident des Arbeitslosenverbandes), Gregor Gysi, Manfred Müller (HBV-Sekretär). Im Anschluß daran veranstaltet die PDS zusammen mit anderen

Initiativen und Flüchtlingsgruppen einen "Einheiz-Markt" auf dem Berliner Platz (Stadtteil Großer Dreesch) mit Ständen, Kultur und Diskussionsrunden.

3. Deftiger Empfang für FPÖ-Führer Haider

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:33

Während des baden-württembergischen Landtags-Wahlkampfs Anfang des Jahres wurden der FDP-Ortsverband Stuttgart-Bad Cannstatt und dessen Chef Manfred Roth noch zurückgepfiffen, als sie FPÖ-Boß Jörg Haider einladen wollten. Inzwischen hat man diese Taktik verworfen: Über 30 Einladungen hat der flotte Jungmanager, der Rassismus und die Germanisierung Europas in moderner, gesellschaftsfähiger Verpackung zu verbreiten versteht, für seine Deutschland-Tournee schon in der Tasche. So z.B. am 19. Oktober im hessischen Bad Homburg, wo er unter FDP-Regie mit Generalbundesanwalt Alexander von Stahl diskutieren soll.

Sein erster Auftritt fand am 7. September in Stuttgart statt - allerdings unter massivem Polizeischutz, was ein kopierfähiges Beispiel für alle AntifaschistInnen in den folgenden Orten darstellt, denn diese Sorte Publizität ist sicher nicht im Sinne der FDP. Trotz des ungünstigen Termins (Montag) und massiver Einschüchterungen durch die Polizei kamen mindestens 2000 GegendemonstrantInnen zusammen. Aufgerufen hatte ein Aktionsbündnis, welches aus dem Organisationskreis der inzwischen traditionellen Stuttgarter "AntiFa-Woche" hervorgegangen war, unter dem Motto "Ein österreichischer Führer war schon zuviel. Nie wieder Deutschland!"

Bereits im Vorfeld hatte die Polizei alles getan, um potentielle DemonstrationsteilnehmerInnen abzuschrecken und in der Öffentlichkeit klar zu machen, wer der "innere Feind" ist. Schon Stunden vorher verbreiteten mehrere Hundertschaften der Polizei mit Fahrzeugkontrollen rings um Stuttgart und der Belagerung des S-Bahnhofs Ausnahmezustandsstimmung. 21 Personen wurden wegen angeblicher Bewaffnung (Benzinkanister, Halstücher etc.) vorläufig festgenommen.

Doch die Spaltungs-Rechnung ging nicht auf: Während über der Auftaktkundgebung auf dem Cannstatter Marktplatz der Polizeihubschrauber knatterte, verurteilte Alfred Hausser, ehemaliger Widerstandskämpfer und Mitglied der VVN, diese Einschüchterungsmaßnahmen und nannte den unterlassenen Genehmigungsentzug für den Haider-Auftritt durch den als liberal geltenden OB Rommel ein gefährliches Signal. In Flugblättern und im Redebeitrag der Initiative "Nie wieder Deutschland" wurde Haider als Symbol für die Renaissance der nationalsozialistischen Rezepte angegangen, der vor dem Hintergrund der Verschärfung des deutschen Rassismus - wie er sich in Rostock in seiner vorläufig ekelhaftesten Form offenbarte - die nazistische Beschäftigungspolitik lobt, Propaganda für ein "deutsches Europa" macht und so der Kooperation der Biedermänner mit den Brandstiftern auf eine neue Stufe verhilft. Die Teilnehmer der Abschlußkundgebung mußten hinter einem Kordon aus über 1000 Polizisten mit Holzknüppeln und Pferden sowie SEK-Einheiten mit kugelsicheren Westen zusehen, wie die 700 "ordentlichen Deutschen" - uniformierte Burschenschaftler, REPs, FDP-Liberale und erklärte Nazis in Haider vereint -, teilweise provozierend grüßend, den Versammlungssaal betraten. Haider-Gegner mit gültiger Eintrittskarte wurden von einem privaten Sicherheitsdienst schon am Eingang per Gesichtskontrolle aussortiert und, nachdem ihnen eine kurzzeitige Blockade des Eingangs gelungen war, von SEK-Kräften weggeprügelt.

Die unabhängige Stuttgarter Stadträtin Shala Blum bezeichnete währenddessen in ihrer (ständig von martialisch umherwandernden Ketten behelmter Beamter gestörten) Rede den Haider-Auftritt als "Aufforderung zur ethnischen Säuberung" und klagte die Politiker an, denen jeder Molotow-Cocktail als Argument für eine Grundgesetzänderung willkommen sei. Aus Wien war die österreichische Widerstandskämpferin und KPÖ-Genossin Irma Schwager angereist, um daran zu erinnern, daß die "ordentliche Beschäftigungspolitik", die Haider dem Nazi-Reich attestiert hatte, im schmiedeeisernen "Arbeit macht frei" über dem Tor von Auschwitz endete. Jutta Ditfurth ging als Schlußrednerin nochmals auf die Notwendigkeit eines konsequenten Widerstandes gegen die Faschisierungstendenzen ein und warnte vor deren Öko- und New-Age-Varianten, die bis in die Alternativszene hinein vorzufinden seien.

Mit dem Ende der Kundgebung fielen dann jegliche Hemmungen auf Seiten der Polizei, die nun mit geballter Kraft auf den Kundgebungsplatz vorrückte. Dank einer besonnenen Demo-Leitung gelang es, die Reihen der TeilnehmerInnen geschlossen zu halten und nach einer zeitweiligen Einkesselung von etwa 500 Personen in Form einer Spontandemonstration ohne Verluste durch Verhaftungen in Richtung Bahnhof und Innenstadt abzuziehen.

Ein Genosse der Initiative

"Nie wieder Deutschland"

4. Keine Schnelle Eingreiftruppe in Ostwestfalen-Lippe und anderswo !

Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:36

Bis einen Monat davor hielt die Geheimhaltung, dann sickerte es durch: am 2. Oktober 1992 findet in Bielefeld die Gründung der schnellen Eingreiftruppe der Nato, des Allied Rapid Reaction Corps (ARRC) statt, die in den nächsten Jahren auch um Bundeswehreinheiten erweitert werden soll. Zu diesem Ereignis haben sich die militärischen Spitzen der 16 Nato-Staaten, darunter Nato-Generalsekretär Manfred Wörner und Verteidigungsminister Volker Rühe, angesagt. Ihre Anwesenheit macht deutlich, daß es am 2. Oktober um weit mehr als die bloße Umwidmung des 1. Korps der britischen Rheinarmee in eine Nato-Truppe für "schnelle Bündnissolidarität" geht.

Was hier geschieht, oder besser, was dahintersteht, hat enorme Bedeutung für die Politik der Bundesrepublik. Die Bevölkerung soll Schritt für Schritt psychologisch auf eine großangelegte Umwandlung der Bundeswehr und ihres Auftrages vorbereitet werden. Die öffentliche Diskussion wird unter dem Deckmantel von "Friedenssicherung" und "humanitären Aktionen" im Rahmen der UNO-Blauhelme und von "globalem Umweltschutz" mit den sogenannten "Grünhelmen" geführt. Gleichzeitig gibt es Zusagen der deutschen Regierung für Eingreiftruppen im Rahmen der Nato, des Deutsch-Französischen Korps, der Westeuropäischen Union (WEU), als auch Pläne für bundeswehreigene "Krisenreaktionskräfte".

Die deutschen Militärs nehmen über Zweck und Aufgaben dieser Truppen kein Blatt vor den Mund. Im "Stoltenbergpapier" des Führungsstabes der Streitkräfte vom Januar 1992 für eine neue Bundeswehrstrategie heißt es, kollektive Einsätze gingen künftig "über die Nato hinaus". Verteidigungsminister Rühe sagte der WEU Bundeswehreinheiten für Kampfeinsätze zu, in denen "die Nato nicht tätig werden kann oder will". Der neue Heeresinspekteur Generalleutnant Helge Hansen, der 25% der Bundeswehr-Kampftruppen als schnelle Eingreiftruppen bereithalten will, schafft bereits Tatsachen. In der "Weisung Nr. 1" vom August 1992 erteilte er den Auftrag zum Aufbau von Krisenreaktionskräften zur "Krisenbewältigung" und für "friedenserhaltende Maßnahmen" "inner- und außerhalb des Bündnisgebiets" (out-of-area-Einsätze). Dafür sind neue Strategien, eine kriegsnahe Ausbildung und neue Waffen- und Transportsysteme nötig. Statt einer möglichen Entmilitarisierung nach dem Ende des Kalten Krieges läuten Militärs, Rüstungskonzerne und die Bundesregierung eine neue Runde im Rüstungswettlauf ein.

Für die Industrieländer geht es - 500 Jahre nach dem Beginn der Eroberung des amerikanischen Kontinents - um die Sicherung der herrschenden kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung gegen den Rest der Welt. Das "Stoltenbergpapier" beschreibt als Aufgaben der Bundeswehr u. a. die "Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität" und die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen". Mögliche Interventionsziele werden also konkret benannt und gleichzeitig bedroht: Gefährdungen der Sicherheit und Stabilität Europas sehen die Strategen "in außereuropäischen Regionen wie Nordafrika oder im Nahen und Mittleren Osten." Die ist eine Einladung an diese Länder, sich entsprechend zu schützen und selbst stärker aufzurüsten, auf daß wir dann wieder dagegen anrüsten, Raketenabwehrsysteme und anderes anschaffen. Der Golfkrieg ist ein fast idealtypisches Modell für künftige Kriege und Konflikte. Wer an all dem verdient ist klar: die Waffenexporteure im Verbund mit deutschen Firmen an vorderster Front. All dies bedeutet, es wird keine Entmilitarisierung der Region und der Bundesrepublik geben; im Gegenteil. Von hier aus wird die militärische Speerspitze der westlichen Industrienationen kommandiert und eingesetzt.

Nicht mit uns!!!

Keine NATO-Eingreiftruppen in Ostwestfalen-Lippe!

Keine Änderung des Grundgesetzes

für out-of-area-Einsätze!

Keine Waffenexporte!

Bielefelder Bündnis

gegen Schnelle Eingreiftruppe

Aufruf zur überregionalen Demonstration am 2. Oktober 92

Keine Schnelle Eingreiftruppe in Ostwestfalen-Lippe und anderswo am 2. Oktober in Bielefeld

10-14 Uhr Protestaktionen vor der Rippon-Kaserne, Detmolderstraße mit Kundgebung, Live-Musik, Theateraufführung "Blutparade" 16 Uhr Auftaktkundgebung und Demonstration ab "Alter Markt"

Infobüro: Die GRÜNEN/Bunte Liste - Ratsfraktion - Altes Rathaus 4800 Bielefeld 1; Tel.: 0521/512710; Fax.: 0521/516742 / Spendenkonto: DIE GRÜNEN, Sparkasse Bielefeld (BLZ: 48050161), Kto.-Nr.:54050315, Stichwort: NATO

5. Vier Jahre Jugendhaft für "Neger klatschen" mit Todesfolge. Eberswalde,eine Kleinstadt in Brandenburg ..

Autor: Christoph Seils · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antirassismus, Antinationalismus; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:35

"Eberswalde ist eigentlich ein schönes Nest", so oder so ähnlich beginnen viele Reportagen über die brandenburgische Kleinstadt 50 Kilometer nördlich von Berlin. Was an Eberswalde allerdings schön sein soll, kann man nicht so richtig nachvollziehen. Weder der kalte Marktplatz, der von seinem DDR-Scharm noch nicht viel eingebüßt hat, oder die Wohnviertel (WBS-Plattenstandard), noch die sieben industriellen Großbetriebe (in Abwicklung), die das Stadtbild prägen, können den spießigen Provinzmief und das unerträgliche rassistische Klima in der Stadt mildern.

Doch 52.000 Eberswalder wünschen sich nichts sehnsüchtiger, als zu "Ruhe" und "Normalität" zurückzukehren. Wochenlang machte Eberswalde diesen Sommer Schlagzeilen. Anlaß war der Prozeß gegen fünf rechtsextreme Jugendliche im Alter von 19 bis 21 Jahren. Sie hatten sich vor fast zwei Jahren an einem rassistischen Überfall auf eine Gruppe Schwarzer beteiligt, bei dem der Angolaner Amadeu Antonio erschlagen wurde.

Amadeu Antonio war das erste Todesopfer eines rassistischen Überfalls im vereinten Deutschland. In der Nacht vom 24. zum 25. November 1990 überfielen rund 50 Jugendliche aus der rechten Skinhead- und Heavy-Metal-Szene eine Gruppe ehemaliger Vertragsarbeiter aus Angola und Moçambique. In der Discothek "Rockbahnhof" hatten sich die Jugendlichen zunächst mit Musik der Nazi-Skin-Band "Böze-Onkels" angeturnt und waren dann zum "Neger aufklatschen" vor den Hüttengasthof gezogen. Der Hüttengasthof war 1990 die letzte Kneipe in Eberswalde, in der an Schwarze noch Bier ausgeschenkt wurde. Amadeu Antonio wurde aus einem Kreis von rund zehn Personen mit Faustschlägen, Fußtritten, einem Baseballschläger sowie einer Zaunlatte so schwer mißhandelt, daß er, ohne aus dem Koma zu erwachen, zwei Wochen später starb. Drei weitere Schwarze sowie eine deutsche Begleiterin wurden bei dem Überfall verletzt.

Das "öffentliche Interesse" an dem Fall war nicht immer so groß, und beinahe hätte man den "Unfall", wie der Bürgermeister des Ortsteils Finow den rassistischen Totschlag bis heute nennt, ganz vergessen. Der Lokalzeitung waren der Überfall und der Tod des Angolaners nur eine Drei-Zeilen-Meldung wert. Zwar nahm die Polizei noch in der Tatnacht eine Reihe Verdächtiger fest, doch bis auf zwei wurden alle nach Feststellung der Personalien wieder laufen gelassen. Anschließend verschleppte man weitere Ermittlungen solange, bis die rechte Szene sich "ihre Version" der Ereignisse zurechtgelegt hatte und mehrere Opfer in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren, ohne vorher nach dem Tathergang oder zur Identifizierung der Täter befragt worden zu sein. Nachdem mit fast sechswöchiger Verspätung die Ermittlungen aufgenommen wurden, dauerte es noch weitere 18 Monate, bis der Prozeß beginnen konnte.

Der Prozeß machte nicht nur die schlampigen Ermittlungen der Polizei öffentlich sondern deckte auch auf, daß der Angriff auf die Schwarzen unter den Augen der Polizei stattfand. Aber auch der Prozeß war eine skandalöse Abfolge von Versäumnissen und Peinlichkeiten, und das Urteil steht auf wackeligen Füßen.

"Hingehen, kieken, zuschlagen"

"Ich kann Neger nicht leiden," erklärt einer der Angeklagten auf die Frage, warum er sich an dem Überfall beteiligt hatte. "Plötzlich hatte ich ihn vor mir, da hab ich nur zweimal zugeschlagen und ihn weiter gereicht", schildert er seine Tatbeteiligung. Mit dem Tod Amadeu Antonios will er wie alle anderen Angeklagten nichts zu tun haben. "Ausländer klatschen" bedeutet, so erklärt er jedoch nüchtern: "Hingehen, kieken, zuschlagen". Ein anderer Angeklagter schilderte dem Gericht die Ereignisse jener Nacht, als sei es das Normalste auf der Welt. Auch er bestreitet, an der tödlichen Mißhandlung von Amadeu Antonio beteiligt gewesen zu sein, räumt jedoch ein, mit einem Fallschirmspringermesser zweimal auf einen anderen Schwarzen eingestochen zu haben. "Der Neger stand plötzlich vor mir, ohne etwas zu tun. In diesem Moment kam meine ganze Wut auf Neger in mir hoch." Und auf das entsetzte Nachfragen des Richters fügt er ebenso emotionslos hinzu, "weil er so schmutzig und dreckig gegrinst hat". Keiner der Angeklagten verhehlte seine ausländerfeindliche und rassistische

Gesinnung. Zwar habe man niemanden töten wollen, doch "man muß den Ausländern zeigen, daß sie unerwünscht sind." Als einer der Zeugen bekennt, "ein Negerleben bedeutet mir nichts", konnten sie sich das Grinsen kaum verkneifen. Dreizehn Verhandlungstage dümpelte der Prozeß so vor sich hin.

Über 50 Tatzeugen waren geladen, doch jeder von ihnen hielt das Gericht, so gut er konnte, zum Narren. "Alle war`n dabei, aber keiner hat was gesehen", lassen sich die meisten Zeugenaussagen zusammenfassen. Mit kollektivem Schweigen und chronischem Vergessen versuchten sie, ihre Kumpels vor einer Verurteilung zu bewahren. Selbst belastende Aussagen aus den polizeilichen Vernehmungsprotokollen wurden ohne Scheu zurückgenommen. Der vorsitzende Richter nahm's zur Kenntnis und entließ die Zeugen nicht ohne den väterlichen Ratschlag, sich beim nächsten Mal doch besser auf die Zeugenaussagen vorzubereiten. Schließlich sei es doch ihre staatsbürgerliche Pflicht.

Selbst rassistischen oder den Nationalsozialismus verherrlichenden Äußerungen wurden vom Gericht nicht widersprochen. Trotz offensichtlicher Falschaussagen oder vorgetäuschter Erinnerungslücken verzichtete das Gericht ausnahmslos auf die Vereidigung der Zeugen, um so Druck auf sie auszuüben. Wie in einer Schulstunde "Demokratie" wurden die rechtsextremen Jugendlichen zum "Nachdenken" höchstens mal vor die Tür geschickt. Damit das Gerichtsverfahren nicht anonym weit ab vom Ort der Tat stattfindet, war das Bezirksgericht Frankfurt/Oder zur Zeugenvernehmung extra nach Eberswalde umgezogen. Doch die Bevölkerung zeigte wenig Interesse an dem Prozeß, die Menschen haben dort, wie sie sagen, "andere Probleme". Seit der Wende hat fast die Hälfte der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verloren. In ganz Brandenburg ist Eberswalde die Stadt mit der höchsten Arbeitslosenquote.

Hüttengasthof in Skinheadhand

"Das mit den Negern interessiert hier keinen", erklärt die Bedienung des Hüttengasthofes. Am späten Nachmittag ist die noch mit volkseigenem Mobiliar bestückte Kneipe leer. Früher hätten die Arbeiter aus dem Stahlwerk und der chemischen Fabrik nach der Arbeit hier immer ihr Bier getrunken. "Doch jetzt ist hier rund herum alles dicht."

Carlos hatte bei dem Überfall Glück, er konnte dem mit Baseballschlägern randalierenden Mob entkommen. Doch eine Narbe auf der Stirn behielt der Moçambiquaner als bleibende Erinnerung. Allein traut er sich seitdem nicht mehr aus der Wohnung. "Jeder auf der Straße", so sagt er resigniert, "ist für uns Schwarze hier ein potentieller Angreifer".

Direkt gegenüber dem Hüttengasthof befindet sich in einem baufälligen Flachbau seit fast einem Jahr das Asylbewerberheim. Einen alltäglichen Vorfall schildert dort der Kurde Mete. Aus dem Hüttengasthof warf ihn ein jugendlichen Besucher mit Faustschlägen hinaus, weil der sich dort seinen "deutschen Freunden" beweisen wollte. Seitdem ist auch für ihn der Hüttengasthofs "Feindesland". "Aber hier in der Kneipe haben wir mit den Ausländern nie Probleme gehabt", entgegnet der Wirt des Hüttengasthofs allen ausländerfeindlichen Vorurteilen. Die Bedrohungen seien immer von den Eberswalder Jugendlichen ausgegangen. Trotzdem ist der Hüttengasthof inzwischen fest in Skinheadhand. Der Getränkeumsatz macht's möglich.

Vor der Tür verhilft ein Maler zumindest der Fassade der Kneipe zu neuem Glanz. Klassisch und voller Widersprüche reproduziert er alle bekannten rassistischen Klischees. "Irgendwie muß man die Jugendlichen ja auch verstehen, wenn die Ausländer hier herkommen und ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen. Seitdem die Asylanten da drüben sind, verschwinden hier immer wieder Hühner, aber man kann ihnen ja nichts nachweisen."

Selbstherrlicher Antifaschismus

Mitte August prallten in Eberswalde Welten aufeinander. Antirassistische Gruppen aus Berlin hatten gemeinsam mit kirchlichen Gruppen und Parteienvertretern aus Eberswalde zu einem Trauermarsch für den getöteten Angolaner aufgerufen. Über eineinhalb Jahre nach dem Tod Amadeu Antonios bekundeten erstmals Menschen in Eberswalde öffentlich ihren Protest gegen Ausländerfeindlichkeit. Doch während die rund 1000 Teilnehmer der Demonstration überwiegend aus Berlin kamen, standen die meisten Eberswalder abseits. Mit Desinteresse, Mißtrauen oder mit aggressiver Ablehnung beobachteten sie den Demonstrationszug. Nicht zu überhören waren Kommentare wie "man müßte noch mehr Neger erschlagen" oder "rote Faschisten". Mehrfach wurden in dieser angespannten Situation vor allem ausländische Demonstrationsteilnehmer tätlich

angegriffen. Mit einem Luftgewehr zielte eine Anwohnerin auf den Demonstrationszug und traf eine Spanierin am Hals.

Während die "Antirassistische Initiative Berlin" sich über Monate um den schwierigen Dialog mit Gruppen in Eberswalde bemüht hatte, die bereit waren, gegen die rassistische Bedrohung etwas zu unternehmen, verzichteten einige Berliner Autonome, ohne sich mit der besonderen Situation in Eberswalde auseinanderzusetzen, selbstherrlich nicht darauf, in "antifaschistischer Selbsthilfe" einigen vermeintlichen "Faschos eins auf's Maul zu hauen." Selbst die wenigen Eberswalder, die dem Anliegen der Demonstration wohlwollend gegenüberstanden, konnten so nicht bestärkt werden, sich dem rassistischen Treiben in Eberswalde öffentlich entgegenzustellen.

Doch wie sollte mit den Angeklagten umgegangen werden? "Hier auf dem Marktplatz hängen", so die spontane Antwort eines Rentners. Die Mehrheit in Eberswalde scheint sich vor allem um Ruhe und Ordnung in der Stadt zu sorgen. Sie klatscht nicht Beifall, sondern sucht Distanz zu den Angeklagten, indem sie harte Strafen fordert. Die Ratschläge des Volkszorns reichen von "Steinbruch" über "Hände ab" bis zum "Gashahn". "Der Strafvollzug ist ja noch 'ne Belohnung für die", wirft einer "fachkundig" in die Diskussion ein. Bedrohlich empfinden viele Eberswalder offensichtlich, daß die Jugendlichen außerhalb der gesellschaftlichen Ordnung in die Tat umsetzen, was sie selber an Vorurteilen gegen Ausländer verinnerlicht haben. Die Jugendlichen hingegen scheinen aus diesem autoritären Kleinstadtmief ausbrechen zu wollen. Doch sie reproduzieren, indem sie die ausgegrenzten Ausländer terrorisieren, nur verschärft die zu Hause erlernten Einstellungen.

Der Leibniz-Klub ist ein Treffpunkt für die rechten Jugendlichen. Über dem Gericht, vor dem sich ihre Kameraden verantworten müssen, vergießen die Jugendlichen dort nur Hohn und Spott. "Diese Witzfiguren, die kannste echt in' Wind schießen, ehrlich". Im Gespräch mit ihnen wird schnell deutlich, daß vor Gericht nicht einige "durchgeknallte" Rechtsextremisten stehen. Vollkommen beiläufig erzählt einer von ihnen, wie sie die Vietnamesen, die auf dem Marktplatz Zigaretten verkaufen, überfallen haben. "Ich seh nicht ein, daß wir arbeiten, während die Steuern hinterziehen und dann Mercedes fahren." Den Respekt vor der Polizei haben sie längst verloren. "Und wenn die Polizei dann kommt, wissen wir, daß wir aufhören müssen."

Polizei schaut zu

Selbst der Richter nickte zustimmend, als der Vertreter der Nebenklage den Polizeieinsatz in der Nacht mit den Worten kommentierte, "Amadeu könnte noch leben, wenn die Polizei in jener Nacht konsequent gegen die randalierenden Jugendlichen eingeschritten wäre". Drei Zivilaufklärer der Polizei, die die Gruppe den ganzen Abend begleitet hatten, und auch 20 uniformierte Polizeikräfte schauten zu, als Amadeu erschlagen wurde. In zwei Seitenstraßen standen diese in sechs Einsatzwagen und mit Schlagstöcken, Tränengas und Hunden ausgerüstet bereit, ohne einzugreifen. Auf die Frage des Richters, warum sie auf die sich nähernden Jugendlichen an der Kreuzung hinter dem bedrohten Hüttengasthof warteten, erklärte der Polizeieinsatzleiter, man habe auf eine klare Beweislage gewartet. Auf das ungläubige Schweigen im Gerichtssaal fügt er im besten Bürokratendeutsch hinzu: "Eine klare Beweislage wäre dann gegeben, wenn sie die Scheiben einschlagen oder die Türen eintreten". Freundlicher hätte die Polizei die Jugendlichen kaum zum "Neger klatschen" einladen können.

Neonazi-Organisationen

längst vor Ort

Im Jugendklub erfährt man auch, was das Gericht nicht für aufklärenswert hielt. Neonazistische Organisationen haben in Eberswalde längst Fuß gefaßt. NF und FAP sind in der örtlichen Szene voll akzeptiert. Zwar können sie die Szene nicht steuern, ist wohl auch der Überfall auf den Hüttengasthof die Tat unorganisierter Rechtsextremisten, doch im Hintergrund ziehen neonazistische Kader die Fäden. Gemeinsam mit der FAP und der Deutschen Liga rief Ende August die Kameradschaft Eberswalde der NF zu einer Demonstration gegen "Ausländer und linke Zecken" auf, an der sich rund 200 Jugendliche beteiligten.

Im Gerichtssaal konnte die Mauer des Schweigens, Vertuschens und Wegsehens erst durchbrochen werden, als das peinliche Trauerspiel dort eigentlich bereits beendet war. Der einzige Täter, den fast alle Zeugen erkannt hatten, war der flüchtige mutmaßliche Haupttäter. Doch nach seiner Festnahme spielte dieser plötzlich den Kronzeugen. Er sehe nicht ein, erklärte er, daß alle die Schuld auf ihn abwälzten, daß er und sein

geständiger Bruder in den Knast kommen, während die anderen Täter frei rumlaufen. Sprachs, legte ein umfassendes Geständnis ab und beschuldigte drei der Angeklagten sowie weitere Personen der Mittäterschaft. Während die Verteidiger ihm vorwarfen, nur von seiner Schuld ablenken zu wollen, hielt das Gericht das Geständnis trotz ungeklärter Widersprüche in den Zeugenvernehmungen für glaubwürdig. Vier Jahre Jugendhaft wegen Körperverletzung mit Todesfolge bedeutete dies für die drei 18- bis 21jährigen Jugendlichen. Der Bruder des Kronzeugen bekam für die Messerstiche drei Jahre und sechs Monate. Dem fünften Angeklagten, der eine zweijährige Bewährungsstrafe erhielt, war außer schwerem Landfriedensbruch nichts nachzuweisen.

Für den Staatsanwalt beginnen jetzt die "Aufräumarbeiten". Im Verlaufe des Prozesses wurden nicht nur weitere Personen schwer belastet, an der Tötung Amadeu Antonios beteiligt gewesen zu sein. Eine Reihe von Zeugen muß darüberhinaus mit Verfahren wegen uneidlicher Falschaussage rechnen. Gespannt darf man auch sein, ob das skandalöse Zuschauen der Polizei, wie vom Staatsanwalt angekündigt, noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird.

Kaum war das Urteil gesprochen, begann auch schon die Diskussion darüber, ob das Strafmaß angemessen sei und angesichts der ausländerfeindlichen Pogrome der letzten Wochen seine abschreckende Wirkung erfülle. Immerhin steht Eberswalde vor Hoyerswerda oder Rostock an der Spitze einer langen Liste rassistischer Überfälle auf Immigranten seit der deutschen Vereinigung. Doch in der Stadt wird deutlich, daß auch die konsequente strafrechtliche Verfolgung der Täter wenig an dem unerträglichen rassistischen Klima ändert, in dem Überfälle auf Ausländer ihren Ursprung haben. In Eberswalde hat sich durch den Prozeß wenig verändert. Unüberhörbar ist jedoch der Ruf der Bevölkerung nach schärferen Gesetzen und mehr Polizei, um die verlogene Ruhe wiederherzustellen. Hinter der unschuldig wirkenden Kleinstadt- Fassade aber zeigen sich massiv Haß und Aggressivität nicht nur gegen Ausländer. Während offizielle Stellen versuchen, den Schein von Normalität zu wahren, sind es wie überall nur wenige, die das Schweigen oder Wegsehen nicht mehr mitmachen wollen.

Christoph Seils

6. "Da sind eben Schreibtischtäter am Werk" Heiner Geißler zum Pogrom in Rostock

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:41

Die Aufregung hat sich schnell gelegt. Die SPD hat in Schwerin ihren Pressesprecher entlassen, der als einziger aus den Reihen der etablierten Parteien konkret benannte, worum es ging: Um eine von Politikern - auch seiner eigenen Partei - provozierte Randale.

Die Entlassung macht klar, wie eng heute die Grenzen für einfachste Wahrheiten gezogen werden. Ginge es noch nach den Standards zivilisierter Politik, würde unbestritten sein, daß die öffentliche Debatte für die allgemeine ideologische Ausrichtung sorgt und daß die bürokratischen Maßnahmen die AusländerInnen regelrecht auf den Präsentierteller gesetzt haben, damit die zum Mob gewordenen, verunsicherten und aufgehetzten Menschen auf sie losgehen können. Die etablierte Politik aber verleugnet nicht nur die Elternschaft für die Pogrome, sie macht sich auch ungerührt daran, aus der wochenlangen tagtäglichen massenhaften Gefährdung von Menschenleben, ihr politisches Kapital zu schlagen.

Sie zwingt die linke parlamentarische Opposition in Untersuchungsausschüsse, die schon von ihrer Anlage her das Vor-Urteil bestätigen sollen, daß "wir" im Prinzip überfordert seien von der Zahl der Flüchtlinge; sie zwingt Antifa und Flüchtlingsorganisationen dazu, minutiös und detailliert Polizeieinsätze zu rekonstruieren und politische Maßnahmen zu überprüfen, die - von diesem oder jenem Zufall, von dieser großen oder jener kleinen Schweinerei abgesehen - doch nur die Umsetzung der in Bonn vorgegebenen Lösung der Ausländerfrage sind.

Die rassistischen und faschistischen Organisationen werden allenfalls dann einen Dämpfer bekommen, wenn sie zur falschen Zeit übertreiben oder sich zu stark fühlen. Rostock jedoch ist ein klassisches Beispiel für das Zuschlagen faschistischer Banden zum richtigen Zeitpunkt. Allein schon der nachträgliche Umgang der etablierten Politik spricht dafür Bände.

Rostock war ein willkommenes Pogrom. Rostock war ein kalkulierter Höhepunkt im Kampf um die soziale, politische und ökonomische Einschüchterung der AusländerInnen gemäß der deutschem Bedürfnislage.

Der Weg von Hoyerswerda nach Rostock

"Ich bitte sie daher, in den Kreisverbänden, in den Gemeinde- und Stadträten, den Kreistagen und in den Länderparlamenten die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD dort herauszufordern, gegenüber den Bürgern zu begründen, warum sie sich gegen eine Änderung des Grundgesetzes sperrt (...) Mustervorlagen für die Argumentation, für Resolutionen, Anträge und Anfragen sowie eine Mustererklärung füge ich diesem Schreiben bei ..."

Volker Rühe, damals noch Generalsekretär der CDU, wendet sich in einem unmittelbar vor Hoyerswerda verfaßten Schreiben an die "Damen und Herren Kreisvorsitzenden, an die Vorsitzenden der CDU-Fraktionen in den Gemeinde- und Stadträten, Kreistagen, Landtagen, Bürgerschaften und im Abgeordnetenhaus". Die Mustervorlage für die Argumentation startet mit "Der Asylbewerberzugang ist im Rahmen des geltenden Verfassungsrechtes nicht steuerbar" und endet mit der Forderung nach Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilnahme an europäischen Lösungen der Asyl- und Wanderungsprobleme. Die dazwischen aufgebaute Argumentation ist aus den Medien sattsam bekannt, sie wird hin- und hergewendet für Resolutionen, Presseerklärungen usw., usf.

Ein Ziel zum damaligen Zeitpunkt war, die Stimmung in den Kommunen hochzupuschen, um die SPD unter Druck zu setzen. Ganz so schwer war das allerdings schon damals nicht mehr, hatte Engholm doch bereits seinen Vorschlag einer AsylbewerberInnenquote veröffentlicht, und das SPD-regierte Bremen wollte Asylanträge verschiedener Herkunftsländer nicht mehr annehmen ... Rühe zitiert's genüßlich.

Zum zweiten ging es eben auch um das Heißhalten des Themas in der Öffentlichkeit. Der Zeitpunkt für Rühes Brief ist gut getroffen. Am 18.9.91 beginnen in Hoyerswerda Faschisten mit ihrer tagelangen Bedrohung und

Belagerung des AusländerInnenwohnheims, am 21./22.9. zum Pogrom eskalierend. Diesen Schwung ausnutzend, beginnen die hektischen Verhandlungen um das neue Asylverfahrensgesetz.

In diversen Kanzlerrunden einigen sich die Groß-Koalitionäre auf die Eckpunkte für das Asylverfahrensgesetz (welches am 1.7.1992 in Kraft trat). Eine Fußnote steuert auch die Fraktion von Bündnis 90/Grüne zum deutschen Herbst des Jahres 1991 bei: Ihr damals in den Bundestag eingebrachtes Einwanderungs- und Flüchtlingspaket enthält das entscheidende Zugeständnis der Quotierung. Auf dem Papier zwar nicht bei AsylbewerberInnen, wohl aber prinzipiell.

Die FAZ kommentierte das so: "Das unermüdliche Ackern der Unionsparteien in der Frage der Asylpraxis hat an einer Stelle den Grund gelockert, die bisher besonders hart und abweisend war. Sogar die Grünen (...) haben eingestanden, daß der Zustrom der Eindämmung bedarf." Der Grünen-Beschluß sei "eine unübersehbare Marke dafür, wie hoch selbst in den Reihen der staatsfernsten Partei die Sorge gestiegen ist über die Zuwandererzahlen und deren öffentlichen Widerhall." (Zit. bei Nora Räthzel. Argument 1/92)

Pogrome hatten

damals ja noch Neuigkeitswert

Nach Hoyerswerda demonstrierten die Innen- und Justizminister zunächst einmal Tatendrang. Auf einer gemeinsamen Sitzung im Oktober '91 kündigten sie verstärkte polizeiliche Aktivitäten zum Schutz der Unterkünfte, eine sorgfältige Ausschöpfung der Erkenntnisgewinnung und umfassende Fahndungsmaßnahmen an. Unter Einsatz des Verfassungsschutzes sollte insbesondere die Skinhead-Szene noch intensiver als bisher (??) beobachtet werden. Erforderlich seien eine der Gefährdungssituation angemessene Absicherung der Unterkünfte für Ausländer und eine Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten mit der Polizei durch Installierung technischer Einrichtungen. Vereinbart wurde schließlich eine großangelegte Aufklärungskampagne, bei der auch die Sicherheitsbehörden mitreden sollten, sowie eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit der Justiz über Strafverfolgungsmaßnahmen (Verhaftungen, Anklagen). Pogrome hatten damals ja noch Neuigkeitswert.

Und so rafften sich die ParlamentarierInnen des Bundestages immerhin noch zu einer aktuellen Stunde auf. Daraus ist - von den Stellungnahmen der kleinen Oppositionsgruppen abgesehen - nur Hirsch (FDP) zitierenswert: "Pogrome beginnen im Kopf". In wessen Köpfen sie eigentlich beginnen, hat er dabei nicht ausgeführt. Die ParlamentarierInnen konnten so, von selbstkritischen Anwandlungen ziemlich unberührt, ein Asylverfahrensgesetz durchpeitschen, dessen vorhergesagte Ergebnisse in allen Bundesländern zu sehen sind: überfüllte, als Sammellager bezeichnete Ghettos, von privaten Sicherheitsfirmen bewacht, AsylbewerberInnen, die hin- und hergeschoben werden, fehlende EntscheiderInnen für die Asylanträge, Berge von nichtbearbeiteten Anträgen. Das alles mit dem widerlichen Spruch von den nichterledigten Hausaufgaben garniert, den Länder und Bund sich wechselseitig an den Kopf werfen, wo sie doch durchaus gemeinsam und offenen Auges diese Situation produziert haben.

Noch wenige Tage vor Inkrafttreten des Gesetzes hatten die allerwenigsten Verantwortlichen in den Kommunen eine Vorstellung, was auf sie zukommen würde. Die allseits verbreitete Panik und Hetze in den Medien ließ für Alternativen keine Zeit. Alternativen, die zum Beispiel von "amnesty" und "Pro Asyl" benannt wurden: Entlastung der Asylverfahren von Kriegsflüchtigen aus dem ehemaligen Jugoslawien beispielsweise, finanzielle Entlastung der Gemeinden durch Übernahme der Kosten durch den Bund, Verzicht auf die inhumanen Sammellager. Keiner dieser Schritte wurde eingeschlagen, weil man sich über eine grundsätzlich andere Richtung einig war: beschleunigen, verwalten, abschieben und abschrecken, Ausbau polizeilicher und bürokratischer Maßnahmen gegen Flüchtlinge.

Für die CDU/CSU war dieses Gesetz und seine Folgen nur ein Zwischenschritt. Die FAZ bescheinigte ihr damals besondere politische Klugheit. Habe sie doch eine Niederlage (bei der Anhörung) in Kauf genommen, um ihrem Ziel, der Grundgesetzänderung, ein Stück näher zu kommen. Die ist ja auch inzwischen so gut wie durch. Und jetzt geht es der CDU um mehr als die bloße Einschränkung des Art. 16.II. Nicht umsonst häufen sich in den letzten Wochen die Stimmen der "realistischen Fraktion" der Groß-Koalitionäre, daß "natürlich" die bloße Einschränkung des Art.16.II. an den "Fluten" von AusländerInnen nichts ändern könne. Die alte Argumentation - Grundgesetzänderung bringt's - hat ihre Schuldigkeit getan. Es ist ja auch geradezu lächerlich, an der kleinsten Gruppe der sog. Zuwanderer, und das sind die AsylbewerberInnen im Laufe der

letzten 10 Jahre nun mal, die "Überflutung" der Deutschen belegen zu wollen. Also muß die "Flut" sichtbar, erfahrbar gemacht werden. Die Deutschen, deren wohlhabenderer Teil die Hälfte der Weltmeere im Sommer zupißt und -scheißt, müssen vor ihrer Haustür pinkelnde "Zigeunerkinder" haben, damit sie an die massive "Überflutung" glauben. Und damit sie massiver fordern, es müsse etwas geschehen.

Der Bundesrepublik geht es darum, in europäischem Rahmen die internationalen Vereinbarungen so zu praktizieren, daß die Grenzen tatsächlich mit "Rodungen und Metallzäunen" (Lummer) gesichert werden können, daß Abschiebungen bzw. Zurückweisungen an der Grenze ohne rechtsstaatlich-menschenrechtliche Behinderungen durchgeführt werden können. Im Sommer '92 fand dieses "Spiel" der politischen Auseinandersetzung einen weiteren Höhepunkt. Während die Kommunen mit ihren Problemen vollkommen alleine blieben, wurden Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina mit bürokratischen Schikanen aller Art ferngehalten und die Visumspflicht aufrechterhalten. Eine schnell hochgezogene "humanitäre Aufnahmeaktion" für 5.000 Flüchtlinge wurde und wird praktisch behindert, wo es nur geht. Die deutschen Krankenversicherungen versichern sie nicht mehr, das Innenministerium weist Aufnahmewillige auf mögliche Krankheitskosten hin. Sammellager, personell und materiell überhaupt nicht ausgestattet, wurden vollgeknallt, dezentrale Unterbringung nicht nur nicht zugelassen, sondern auch nicht finanziert. Der exakte Vollzug dieser Politik des letzten Jahres ist das Verhalten des Innensenators Magdanz in Rostock. Seine Weigerung, Zwischenlösungen anzubieten (Turnhallen usw.), um die Zuspitzung der Situation vor der Zentralen Aufnahmestelle zu verhindern, ist keinen Deut unmenschlicher als die Beschlüsse der Innenministerkonferenz und die Diskussion um das Asylverfahrensgesetz. Er ist nur näher an den Problemen, sprich: den betroffenen Menschen dran. Es gehört ja gerade zur Definition der Schreibtischtäterschaft, daß diese Leute im Nachhinein behaupten können, sooo sei es ja nicht gemeint gewesen ...

Seiters schließt ein Abkommen nach dem anderen mit Polen, der CSFR, Bulgarien und Rumänien. Er macht Druck auf Polen, um dort für rumänische Bürger die Visumpflicht durchzusetzen. Stolz werden die Zahlen über Zurückschiebungen und Einreiseverweigerungen an der polnischen Grenze berichtet. Es gibt für Leute wie Magdanz doch überhaupt keinen Grund, Menschen, die nach den Grundsätzen deutscher Politik kein Recht haben, hier zu sein, besonders menschlich zu behandeln.

Die Führung der SPD hat die Zeichen erkannt. Insofern ist es kein Zufall, daß sie ihre offizielle Wende in Sachen Grundgesetz an jenem Wochenende verkündet, an dem in Rostock die Zünder gelegt werden.

Wenige Tage vor dem Höhepunkt - dem Pogrom in Rostock - beweisen Staats- und Verfassungsschutz, wozu sie in der Lage sind, wenn es um Beobachtung von Mobilisierung geht. In einem seitenlangen Verbotsbescheid des Landratsamtes Bayreuth gegen die antifaschistische Demonstration anläßlich des Nazi-Aufmarsches zum Rudolf-Heß-Todestag, listen sie Mobilisierungszentren, Zeitschriften, Flugblätter, Anmeldeadressen und deren Umfeld bis hin zu Bannmeilenverletzungen der Bundestagsabgeordneten Jelpke auf, um auf die Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen hinzuweisen, mit dem Ergebnis, die Demo zu verbieten.

Bezüglich der faschistischen Szene hingegen gibt sich selbst der kritischere Uhrlau, VS-Chef Hamburg, ahnungslos. Auf eine Frage des "Spiegel", warum es solche Probleme gäbe, die Szene in den Griff zu bekommen, antwortet er: "Die qualitative Veränderung - hin zu unorganisierten Gruppen - bereitete uns großes Kopfzerbrechen. Die Abnabelung der Jugendlichen von unserer demokratischen Gesellschaft kann ganz plötzlich kommen, etwa auf Konzerten von Skinbands ..." (Spiegel, 38/92)

Pogrom und Verwertung

Routine war angesagt. Wäre nicht zufällig ein Fernsehteam im brennenden Haus gewesen (Ministerpräsident Seite: "Ich muß ihnen aber sagen, keiner hat das ZDF-Kamerateam aufgefordert, dort hineinzugehen"), wäre nicht einmal eine Sondersitzung des Innenausschusses einberufen worden. Warum auch? Seit einem Jahr spielen sich in kleinerem Maßstab ähnliche Szenen quer durch die Republik ab - nichts war vorhersehbarer als eine zeitweise Zuspitzung.

Das zu erwartende Signal wurde dann auch aufgegriffen. Der Innenausschuß beriet intensiv über weitere Maßnahmen gegen Flüchtlinge, bruchlos wurde die Sommerkampagne fortgesetzt. Die Änderung des Grundgesetzes wurde als Sofortaufgabe in den Vordergrund geschoben. Beschleunigt werden sollen die Abschiebeverfahren. Konsens war, daß Sammellager in Wohngebieten nichts zu suchen hätten. Wenige

Schlagzeilen lang wurde die Öffentlichkeit mit einer Scheindebatte über eine neue bundesweite Polizeisondertruppe beschäftigt - solange bis jemand auf die Idee kam, daß all das ja längst vorhanden ist.

Es ist zu erwarten, daß der Untersuchungsausschuß im Schweriner Landtag tatsächlich die eine oder andere haarsträubende bzw. lebensgefährdende Maßnahme der Verantwortlichen vor Ort aufdecken wird: Möglicherweise finden sich auch noch Belege für eine ganz gewollte Zuspitzung vor Ort und für bewußtes Austobenlassen. Zufälle, Dummheiten und Bürokratenrassismus stellen aber auch hier nur die Spitze des Eisbergs dar.

- Denn: Als sei nichts gewesen, wird die Kampagne gegen Flüchtlinge nach Rostock fortgeführt und sogar noch intensiviert. Forderungen nach Kürzung der Sozialhilfe, Konzentration auf Schlepperbanden und organisierte Kriminalität stellen alle AusländerInnen weiter ins Abseits. Die Forderungen der CDU/CSU nach Abschaffung des individuellen Anspruchs auf Asylprüfung zugunsten eines staatlichen Gnadenaktes sichern die Ausgrenzung ab. Die Übernahme dieser Forderung durch Teile der SPD (z.B. Lafontaine) garantieren zumindest die Grundgesetzänderung und führen die SPD weiter in die reine Scheinopposition.

- Als sei nichts gewesen, wird die Politik der Inneren Sicherheit neu ausgerichtet auf den Kampf gegen den "Extremismus". Das ist im Prinzip nichts neues. Neu ist aber, daß tagtäglich in der ganzen Republik unter dem mehr oder weniger deutlichen Beifall einer nicht ganz kleinen Öffentlichkeit Leib und Leben von AusländerInnen gefährdet werden und Widerstand dagegen auf dieselbe Ebene gestellt wird wie die Brandstiftung selbst. Mit einem entscheidenden Unterschied freilich: Die Beweggründe der Brandstifter und ihrer Sympathisanten werden gebilligt und sind im Kern mit den Zielen der herrschenden Politik identisch. Logischerweise wird darum auch für den Bereich des Neofaschismus das Wirken einer undefinierbaren, spontanen Bewegung behauptet, die quasi aus dem Nichts aufgetaucht sei. Den "Jugendlichen" werden zwar soziale Probleme und "Orientierungslosigkeit" oder Entwurzelung zugestanden - warum diese sich aber in solch mörderischer Weise auswirken, soll ein Rätsel sein. Der Hamburger VS-Chef Uhrlau fällt hier, wie sein Vorgänger Lochte in RAF-Fragen, etwas aus dem Rahmen, was die Beschreibung der faschistischen Szene betrifft: Im Unterschied zum Verfassungsschutzbericht aus dem Hause von Innenminister Seiters weist er darauf hin, daß die faschistische Szene hierzulande längst nicht mehr nur aus tumben Draufschlägern besteht, sondern längst ein intellektuelles Umfeld von Burschenschaftlern bis zu den Geschichtsrevisionisten, in Gestalt einer Braunzone existiert (siehe "Spiegel" 38/92). Aber auch Uhrlau kappt und verschweigt jeden Zusammenhang zwischen der neofaschistischen Offensive und der staatlicherseits praktizierten Politik.

Die Berufung der herrschenden Politik auf den Volkszorn, dessen praktische Folgen nicht immer gebilligt werden, der aber wohl beweise, wie groß die Probleme geworden seien, hat fatale Folgen für das politische Klima. Alternativen zur herrschenden Politik, differenzierte Ansätze werden vollständig diskreditiert und sind an den Rand gedrängt. Auch hier muß mensch sich ständig die Situation vor Augen halten: Tagtäglich werden seit Wochen zwischen 5 und 15 AusländerInnenwohnheime angegriffen, Menschen auf der Straße oder in ihren Wohnungen überfallen, faschistische Banden sind täglich im Einsatz ... und die herrschenden Parteien berufen sich auf diesen "Volkszorn" und werfen sich gegenseitig Tatenlosigkeit vor, Behinderung und Untätigkeit bei dem Geschäft, dem Volkszorn das Objekt - die Menschen - aus den Augen geschafft zu haben. Wer diese Logik nicht teilt, ist out. Gefragt sind nur mehr "einfache Lösungen" (in jedem Schulbuch im übrigen als ein Charakteristikum faschistischer und neofaschistischer Ideologie nachzulesen). Die herrschende Politik hat sich heute angesichts von Hoyerswerda, Rostock, Wismar, Hünxe, Quedlinburg, angesichts überfüllter Sammellager, krimineller Schlepperbanden und scheißender Kinder auf die simple Alternative reduziert: "An den Kragen und dann raus damit" oder die AsylbewerberInnen dem Volkszorn zu überlassen.

Das ist nicht mehr platter Wahlkampf"populismus", hier erfüllt sich die Sonthofener Rede von Franz-Josef Strauß (es muß alles tiefer sinken, ehe unsere Rezepte gefragt sind - sinngemäß). Allerdings nicht mit Schaum vor dem Mund vorgetragen, sondern in der kühlen Bürokratensprache, die sich sicher sein kann, daß die Probleme weit genug gebracht worden sind.

Asyl - Katalysator zur Neuausrichtung deutscher Politik

CSU-Waigel hat angekündigt, daß seine Partei die "Asylfrage" am Kochen halten würde, wenn nicht endlich gehandelt wird. Inzwischen ufern die Forderungen aus und reichen weit über den Bereich des Asylrechts

hinaus. Mit der sog. Asyldebatte ist die zukünftige innen- und außenpolitische Ausrichtung der BRD untrennbar verbunden:

- Grundgesetzänderung auf jeden Fall.

- Streichung des individuellen Asyl(antrags)rechts, weitere Einschränkungen der Rechtswegegarantie, Länderlisten, Sicherung der Grenzen, bis hin zum Einsatz der Bundeswehr. Auch die NATO übt im Mittelmeer schon Situationen, deren Vorlage die Massenflucht der AlbanerInnen nach Italien abgaben.

- In den Reihen der CDU wird der Einsatz der Bundeswehr im Inneren und die Änderung des Grundgesetzartikels 87 schon als Vorschlag diskutiert.

- Neue Sondergesetze bezüglich der sozialen Lage der AsylbewerberInnen im Lande, wie Kürzung der Sozialhilfe.

- Bi- bzw. internationale Abkommen, v.a. mit den ehemaligen RGW-Staaten über unmittelbare Polizeikooperation. Mit Rumänien wurde gerade erst ein Abkommen geschlossen, daß BürgerInnen von Rumänien "zurückübernommen" werden. Begründung: Die niedrig gehaltene Asylanerkennungsquote und vernichtete Ausweispapiere.

Geradezu klassisch ist es mit der "Asyldebatte" gelungen, innerstaatliche Mobilisierung der Bevölkerung mit außenpolitischem Druck zu verbinden. Nationaler Größenwahn ist speziell in Deutschland am sichersten dann zu entwickeln, wenn das Bild des Deutschen mit dem Rücken an der Wand intensiv vermittelt wird. Wie gelänge das besser als mit Schlagzeilen solcher Art: "Ein Dorf flüchtet vor den Flüchtlingen - In Hinrichshagen bei Rostock kommen 600 Asylbewerber auf 100 Einwohner" (Göttinger Tageblatt, 18.9.).

Die Deutschen - Vertriebene im eigenen Land ?! Damit es nicht etwa soweit kommt, ordnen "wir" vorher die ganze Welt neu.

Albrecht Maurer

7. Die Gewalt der Worte (Politiker-Statments nach Rostock)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:25

Sprache ist eine Waffe. Die Politiker der großen Parteien, die sich nach dem Rostocker Pogrom zu Wort meldeten, haben es verstanden, ihre "tiefe Betroffenheit" offensiv zu verarbeiten.

Ob wortgewandt oder eher holprig vorgetragen, die Message kommt an: Die Opfer der Pogrome sind zumindest mitschuldig, die Täter verunsicherte Existenzen in tiefer Lebenskrise. Solche "Verurteilungen" rassistischer Gewalttaten fordern den Mob geradezu zum Weitermachen heraus. Ob mit oder ohne Grundgesetzänderung - verhindert werden muß, "daß wir überschwemmt werden". Die letzte Formulierung stammt von Helmut Schmidt, sozialdemokratischer Altbundeskanzler und seit der Hamburger Sturmflut von 1962 ausgewiesener Experte für die Eindämmung von Überschwemmungen aller Art.

Im folgenden eine höchst unvollständige, aber repräsentative Sammlung von Aufrufen zur Gewalt gegen Flüchtlinge:

"Die Polizei hat ihren Einsatzauftrag erfüllt, keinem Asylbewerber wurde auch nur ein Haar gekrümmt."

Lothar Kupfer (CDU), Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern

"Was da passiert ist in den letzten Tagen, ist ein Barometer der Unzufriedenheit mit der Gesamtsituation. (...) Die, die das gemacht haben, sind die Sensibelsten, tief enttäuschte, verunsicherte Menschen" (Bewertung der Angriffe gegen das Asylbewerberheim in Cottbus-Sachsendorf). - "Ein klares Wort und genaues Benennen der Situation sind wichtig" (Antwort auf den Diskussionsbeitrag eines Bürgers gegen die "Zigeuner, die dreckig sind"). - "Hier ist noch einmal ganz zugespitzt gesagt worden, worin die Empörung besteht" (Kommentar zu der Forderung eines DVU-Mitglieds: "Deutsches Geld darf nur für deutsche Interessen verwendet werden").

Manfred Stolpe (SPD), Ministerpräsident von Brandenburg, beim Bürgerdialog in Cottbus

"Es ist völlig klar, daß hier unkontrolliert große Mengen an ausländischen Leuten zu uns gekommen sind. Das sind Leute mit Lebensgewohnheiten, die man auch nicht einfach umkrempeln kann, die aber auch nicht unbedingt die Zustimmung der Anwohner haben. Dieser Zustrom ist unkontrolliert und hat überdimensionale Ausmaße angenommen."

Wolfgang Zöllick (CDU), Bürgermeister von Rostock

"Daß die Ausländer unsere Sitten und Gebräuche nicht kennen und vielleicht gar nicht kennen wollen, stört die Befindlichkeit unserer Bürger."

Eckhardt Rehberg, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

"Wahrscheinlich ist eine wirksame Drosselung des Zuzugs nur erreichbar, wenn wir das Asylrecht, das jetzt ein individuelles Grundrecht ist, nur noch als Institution in der Verfassung verankern, aber dem einzelnen nicht ein subjektives Recht geben, sich in jedem Falle darauf zu berufen."

Horst Eylmann (CDU), Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestags

"Wir Ostdeutschen müssen erst langsam lernen, mit Asylanten und Ausländern umzugehen."

Wolfgang Thierse, stellvertretender SPD-Vorsitzender

"Wenn wir Ihnen folgen würden, Herr Trittin, dann wären bald zehn Millionen Leute bei uns. Die brauchen nur ‚Asyl, Asyl` zu sagen, und schon sind sie im Verfahren. Nein, so geht das nicht. Das können Sie unseren Bürgern nicht zumuten. Wir würden einen Volksaufstand kriegen. (...) Wir können nicht der Lastesel für die Armen der Welt sein. (...) Grundgesetzänderung allein reicht natürlich nicht aus. Es kommt auch auf das ganz konkrete Verfahren an. Und da will ich offen sagen: Wenn wir durch weniger Aufnahmebereitschaft, durch rigide Handhabung unserer Gesetze und Verordnungen die Menschen, die aus unlauteren Motiven zu uns kommen, vergraulen, dann habe ich nichts dagegen."

Georg Kronawitter (SPD), Bürgermeister von München, im "Spiegel"-Streitgespräch mit Jürgen Trittin (Die Grünen), Minister für Bundesangelegenheiten in Niedersachsen

"Aus Deutschland ein Einwanderungsland zu machen, ist absurd. Es kann dazu kommen, daß wir überschwemmt werden. (...) Es muß mich doch niemand hindern, für die Asylbewerber Lager zu bauen... Weswegen müssen die über das ganze Land verteilt werden, auf Schulhöfen in der Großstadt? (...) Es muß derjenige, der aus Bosnien oder aus Rumänien kommt, wissen: Er kommt ins Lager, möglicherweise so lange, bis sein Fall entschieden ist. Aber wenn sein Fall negativ entschieden worden ist, dann muß der Mann auch abgeschoben werden. Aber den Willen dazu sehe ich auch nicht."

Helmut Schmidt (SPD), Rentner

Ziemlich tendenziös, diese Zusammenstellung? Lassen wir also auch die wenigen VertreterInnen "konträrer" Positionen in den großen Parteien zu Wort kommen:

"Wir brauchen keine neuen Gesetze, wir brauchen ihre konsequente Durchsetzung."

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), Bundesjustizministerin

"Es sind viele Verbesserungen geschaffen worden. Verkürzung der Wartezeiten, Sammelunterkünfte, Sach- statt Geldwerte. Man muß sich hüten, den Eindruck zu erwecken, eine Verfassungsänderung sei ein Allheilmittel. (...) Ich befürchte deshalb, daß die zunehmende Fixierung auf eine Verfassungsänderung letzten Endes zu Enttäuschungen führen wird, die die Politikverdrossenheit noch weiter erhöhen."

Hans-Jochen Vogel (SPD)

Quelle: Tagespresse; Zusammenstellung: Js.

8. Rostocker Randale von Politikern provoziert. Dokumentation der Erklärung des Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Knut Degner

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:22

Die Rostocker Nächte werden mein Leben und das Leben meiner Familie verändern. Insbesondere wird ein Gespräch, das ich am Dienstagabend in Rostock führte, dies tun. Dieses Gespräch gab mir die Gewißheit, daß verantwortliche Politiker in Schwerin und Rostock die politischen "Brandstifter" des Lichtenhagener Desasters sind. Seitdem ertrage ich nur sehr schwer, wie eben diese Politiker sich vor Kameras und Mikrophonen spreizten, wie sie in Interviews von ihrer Schuld ablenken und sich zur "Feuerwehr" und zu Rettern des Rechtsstaates umlügen, Verantwortung ablehnen und andere anklagen.

Keine Stunde länger dürften Menschen wie Minister Kupfer, der Rostocker OB Kilimann, sein Stellvertreter Zöllick und der Rostocker Innensenator Magdanz im Amt bleiben. Keine Stunde länger dürften Menschen in diesem Lande so gewissenlosen und zynischen Figuren ausgeliefert sein. Sie aber weichen nicht und lügen weiter, um ihre Haut - nein - ihre Macht und ihre Sessel - notfalls aber wenigstens ihre Versorgungsansprüche zu retten ...

Was gibt mir das Recht, dies zu sagen und öffentlich zu machen? Es ist mein Recht auf Meinungsfreiheit als Bürger dieser neuen Bundesrepublik, eines Rechtsstaates, in dem ich bewußt lebe und den ich gewollt habe, als in der SPD noch um seine Zweckmäßigkeit debattiert wurde ...

Als Gast der Landespressekonferenz am Dienstag, dem 25. August 1992, mußte ich mit anhören, wie der Rostocker Innensenator Magdanz mit den Worten zitiert wurde, daß man nur noch mehr Asylbewerber anlocken würde, wenn man weitere Unterkünfte schaffen würde.

Dies schreckte mich auf und ließ eine furchtbare Vermutung in mir wach werden, von der ich wollte, daß sie - um Gottes Willen - nicht wahr sein durfte. Es war der furchtbare Verdacht, daß man die Zustände um die Rostocker ZAST in den letzten Wochen nur deshalb geduldet haben könnte, um weitere Asylbewerber vom Kommen abzuhalten. Daß man seitens verantwortlicher Politiker die Sache dort deshalb auf das Schlimmste zutreiben ließ, damit es sich bis Rumänien herumsprach: "Wir sind voll! Kommen zwecklos!"

Dabei nahm man offensichtlich das Potenzieren sozialen Sprengstoffs in Kauf und wollte diesen als politisches Druckmittel benutzen. Ein solcher Verdacht war nur möglich, wenn man denen, die es dahin kommen ließen, ein solches Maß an Verantwortungslosigkeit, Ignoranz, Dummheit und menschenverachtenden Zynismus unterstellt, daß dies nicht sein konnte und durfte.

Doch dann bekam ich die Gewißheit! Locker und flockig bekam ich sie geliefert, und der Mensch, der sie mir live in Auge und Ohr sagte, begriff nicht, was er da tat: Es war Dienstagabend, also 24 Stunden, nachdem die ZAST und das Haus der Vietnamesen brannte. Der Rostocker Innensenator Peter Magdanz antwortete mir auf die Frage, ob es in seiner Macht gestanden hätte, die Asylbewerber wegzubringen, in Turnhallen der Stadt oder ähnliche Unterkünfte, daß dies in seinen Augen keine Lösung gewesen wäre. Er hätte dies wohl tun können, aber am nächsten Abend hätte er die nächste Turnhalle vollgehabt, weil "die telefonieren doch mit Rumänien und dann stünde er am nächsten Abend vor dem gleichen Problem."

Meinen Einwand, daß er doch damit auf jeden Fall den sozialen Sprengstoff in Lichtenhagen hätte vernichten oder entschärfen können und mehrere gefüllte Turnhallen, wenn es sie denn gegeben hätte, gegenüber dem Land und der Bundesregierung auch ein Druckmittel gewesen wären, der Stadt Rostock zu helfen, ließ er nicht gelten. Mein Resümee, daß er damit Menschen in ihrer Not zu politischer Manövriermasse zur Abschreckung anderer gemacht habe, quittierte er mit Achselzucken. Ich teilte ihm nur noch kurz mit, daß, wenn er so denke und gehandelt habe, er dafür die Verantwortung übernehmen müsse.

Da ich aus Äußerungen der genannten Verantwortlichen weiß, wie eng sie in dieser Angelegenheit zusammengearbeitet haben, und da ich daran auch keinen Zweifel habe, muß ich davon ausgehen, daß auch alle Genannten dafür die Verantwortung tragen. Alle, jeder einzelne, hatte die Macht, etwas zu tun, um Deutschland, Mecklenburg-Vorpommern und der Stadt Rostock diese Schmach zu ersparen. Sie haben es

unterlassen. Sie haben nach meiner festen Überzeugung mit dem Feuer gespielt und wir alle haben die Explosion erlebt.

Die Verantwortung für den Schaden, den Deutschland in der Welt genommen hat, muß der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern übernehmen und mit seinem Rücktritt dokumentieren. Dies verlange ich von ihm, um menschlicher Würde Genugtuung widerfahren zu lassen. Unabhängig davon, ob ich weiterhin meiner Tätigkeit als Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion nachgehen werde, war ich diesen "Gang" meinem Gewissen und meinen Kindern schuldig. Ich stehe den Untersuchungsausschüssen in Schwerin und Rostock zur Verfügung und werde unter Eid das Gehörte bezeugen. Ich muß so handeln, um meiner Selbstachtung Willen, ohne zu fragen, wem es nützt oder schadet ...

Knut Degener, Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern

9. Was nun? (Rostock und die Linke)

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/rostock.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:rostock

Es ist die Nacht vom 14. auf den 15. September. Ein Häuflein BürgerInnen aus Quedlinburg steht vor dem Aufnahmeheim für AsylbewerberInnen, um die Menschen vor Angriffen zu schützen. Auf der anderen Straßenseite der normale "aufgebrachte Bürger" und die Horden rechtsradikaler Jugendlicher, die auch diese Nacht wieder auf die Schwächsten in dieser Gesellschaft einschlagen und ihnen das Haus über dem Kopf anzünden wollen. Die Polizei steht in der Nebenstraße. Dann, nachdem auch noch genügend Bier die Kehlen runtergeflossen ist, beginnt der Mob zu handeln. Erst fliegen die Bierdosen, dann Steine, Leuchtspurmunition wird in die Gruppe der BürgerInnen geschossen, die ersten Mollis fliegen. Die BürgerInnen rücken zusammen und ducken sich vor den Geschossen. Gegen diese Gewalt haben sie keine Chance, denn sie wollen gewaltfrei bleiben. Von der Polizei nichts zu sehen. Sie bleibt in der Nebenstraße bis die BürgerInnen der Gewalt weichen. Als der Pöbel sich verdrückt hat, rückt die Polizei aus, um die letzten versprengten Kinder und Jugendlichen zu verdreschen. (Nach einem Filmbericht von "akut", SAT 1, am 17.9.92)

Diese Szene ist symptomatisch für die Lage in Deutschland. Die Straße gehört den Nazihorden, die wenigen Mutigen, die sich auf die Seite der Angegriffenen stellen, kommen gegen diese Gewalt nicht an, und die Staatsgewalt in Form der Polizei sieht zu. Wen sollte dies nicht an die Jahre 1931/32 erinnern.

Eine Woche vorher, in der Nacht zum 11.9. hatte eine Gruppe von gut 200 autonomen AntifaschistInnen vor dem gleichen Heim ebenfalls den Versuch unternommen, die Menschen zu schützen. Auch sie wurden vom Pöbel beschimpft und angegriffen, konnten sich aber durch die Masse und die Haltung, die besagte, es wird auch zurückgeschlagen, soviel Respekt verschaffen, daß sie weitgehend unversehrt blieben. Nach zwei Stunden zogen sie ab - danach ging der Terror weiter. (Nach einem Bericht der TAZ vom 12.9.92)

Quedlinburg ist seit den Schreckensnächten von Rostock fast täglich in der Presse. Nacht für Nacht terrorisieren "brave Bürger" und ihre Söhne ihre Nachbarn im Asylbewerberheim. Anders als in Rostock ist aber in Quedlinburg ein Anzeichen für humanistisches Denken und Handeln zu sehen. Nicht nur in Meinungsumfragen und nicht erst dann, als alles gelaufen ist.

Als in Rostock alles gelaufen war, gab es in den folgenden fünf Tagen gleich drei Demonstrationen. Zur ersten rief kurzfristig der DGB (Rostock) auf; es beteiligten sich 400/800 Menschen (Zahlen jeweils die in der Presse genannten im Vergleich zu den Veranstalterangaben). Am Donnerstag demonstrierten 3000/6000 Menschen, die dem Aufruf "Zündet Kerzen an und keine Häuser" gefolgt waren; aufgerufen hatten Gruppen der Bürgerbewegung, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien. Am Sonnabend schließlich demonstrierten 13.000/20.000; aufgerufen hatten u.a. Autonome und Antifagruppen, Kirchenkreise, die PDS, die Berliner SPD, die AL Berlin, Jungsozialistengruppen aus dem norddeutschen Raum, Grüne. Gekommen waren vor allem jugendliche Autonome, Anhänger der PDS und die Reste linker und links-grüner Strukturen in Norddeutschland und Berlin. Geprägt wurde das Bild vor allem von den Jugendlichen. Politische Prominenz hielt sich demonstrativ zurück. Weder linke Teile der SPD noch die Bürgerbewegten noch die Bundesprominenz der Grünen hielt es für nötig, hier ein Gegensignal zu setzen. Die einzige Ausnahme machte die PDS, die demonstrativ mit ihrem Vorsitzenden, Gregor Gysi, und dem ehemaligen Ministerpräsidenten, Hans Modrow, teilnahm. Nicht beteiligt waren aber auch die drei- bis sechstausend Rostocker BürgerInnen, die noch am Donnerstag vorher demonstriert hatte. Sei es die geschürte Angst vor "Randale" oder die Abneigung gegen die von dieser Demonstration ausgehende scharfe Anklage gegen die staatlichen Institutionen und die rassistischen Teile in der Bevölkerung, die sie davon abgehalten hat - in dieser Spaltung zeigt sich ein großes Problem einer zum Erfolg verdammten antirassistischen und antifaschistischen Bewegung.

Überaus deutlich wurde dies schon unmittelbar nach der Demonstration in Rostock. Die Beteiligten konnten sich nicht einmal ihres Erfolges erfreuen, denn schon bei ihrer Rückkehr am Abend kamen die ersten Meldungen über die nächsten Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte. Gleich in fünfzehn Orten schlugen die Nazis zu, schafften fünfzehn neue Rostocks, während die Linke noch dem letzten Ereignis hinterherlief.

Nichts konnte plastischer vor Augen führen, daß dem massenhaften Ausbrechen des gewalttätigen Fremdenhasses und der organisierten faschistischen Gewalt mit punktuellen überregionalen Mobilisierungen

nicht beizukommen ist. Man kann aus Berlin, Hamburg und anderen großen Städten immer noch eine relativ große Zahl von Menschen nach Hoyerswerda oder Rostock mobilisieren, aber man kann damit weder die spontane und schon gar nicht die organisierte rassistische und faschistische Gewalt verhindern. Um hier politisch ein Stück weiterzukommen, wird es in der kommenden Zeit eine wichtige Aufgabe sein, sehr genau darauf zu achten, welche Ansätze von Gegenwehr es in der Bevölkerung selbst gibt. Zugegeben, das ist die schwierigste und mühseligste, vielleicht sogar frustrierendste Aufgabe, der man sich stellen kann, aber auch muß, wenn man tatsächlich wirksam etwas dafür tun will, daß Menschen, die hierher als Flüchtlinge kommen, nicht gesteinigt werden.

Die Linke mit dem

Rücken zur Wand

Nicht erst die letzten Wochen, aber vor allem diese, haben uns allen deutlich gemacht, daß die Reaktion in dieser deutschen Gesellschaft unaufhörlich nach vorne marschiert. Nicht nur in den staatlichen Institutionen, nicht nur von diesen und den herrschenden Parteien betrieben und getrieben, sondern von unten kommend und von faschistischen Organisationen forciert. Ein Fünftel der Bevölkerung würde heute eine Partei wählen, die selbst von der CDU als rechtsradikal und faschistoid bezeichnet wird. Die Hälfte unterstützt die Parole "Deutschland den Deutschen", ein Drittel findet es richtig, sich gegen EinwandererInnen zur Wehr zu setzen. Es ist keine Einschränkung zu sagen, daß diese Bewußtseinslage sicherlich nicht zwischen den beiden letzten Umfragen entstanden ist, sie äußert sich aber in dieser gewalttätigen Version jetzt, jetzt da den Menschen immer brutaler vorgehalten wird, die EinwandererInnen seien ihr Problem und jetzt wo ein immer größer werdender Teil es auch zu seinem Problem macht. Immer deutlicher tritt zutage, daß ein wachsender Teil der Gesellschaft bereit ist, ein gesellschaftliches Problem mit Gewalt auf dem Rücken der schwächsten Teile zu lösen. Angesichts dieser sich jetzt entpuppenden Gewaltbereitschaft ist die langjährige Klage über "autonome Randale" geradezu kindisch.

Die Linke im weitesten Sinne ist in dieser Situation zu einer Marginalie geworden. Die Geschichte der neuen Linken, also der ab 1968, war zwar immer die einer Minderheit, aber sie konnte aus einer gesellschaftlichen Situation agieren, wo ihrem Anliegen in beträchtlichen Teilen Sympathie entgegengebracht wurde. Dies kennzeichnet vor allem den ersten Teil der 70er Jahre. Und sie konnte aus einer Minderheitensituation heraus durchaus gesellschaftliche Bewußtseinsprozesse entscheidend beeinflussen wie in der Frauenfrage, der Ökologiefrage oder in der Frage einer weiteren Verschärfung des Kalten Krieges durch die NATO-Nachrüstung.

Sie hatte, und das war ihr entscheidender Pluspunkt, in all diesen Jahren vor allem die Jugend hinter sich. Nicht als geschlossenen Block, aber stimmungsmäßig. Wer sich als Jugendlicher politisch engagieren wollte, wurde selbstverständlich links. Gerade dieses Plus ist weitgehend dahingeschmolzen. Erschreckend ist zu sehen, daß es gerade die Jugendlichen sind, bei denen die Gewaltbereitschaft gegen Flüchtlinge auch in die Tat umgesetzt wird.

Die Linke hatte ihre größten Erfolge, als es um AKWs, Autobahnen, Wohnraumzerstörung und Raketen ging. Alles Dinge, die das Leben mittelbar oder unmittelbar von außen bedrohen. Heute geht es um das soziale Zusammenleben in der Gesellschaft und um den Schutz des Lebens und die Unversehrtheit von EinwandererInnen. Wenn man bedenkt, wieviel Kraft und Energie auf den Schutz vor Strahlen, Beton und Raketen gerichtet worden ist, dann ist es beschämend, wie wenig von dieser Energie für die jetzt entstandenen Probleme übrig geblieben ist.

Der Zusammenbruch gesellschaftlicher Institutionen

Nicht zufällig fallen der Petersburger Beschluß der SPD und das Pogrom von Rostock auf das gleiche Wochenende. Das Pogrom ist die Antwort eines wildgewordenen Mobs auf einen Zustand, den sie selbst als unerträglich empfinden, der ihnen jahrelang von den herrschenden politischen Kräften aber auch immer wieder als unerträglich beschrieben und in die Köpfe geklopft worden ist. Der Petersburger Beschluß der SPD ist das letztendliche Eingeständnis, daß soziale Probleme in der Gesellschaft und international nicht mehr mit sozialen und politischen Mitteln gelöst werden sollen, sondern mittels der Gewalt, in diesem Fall mit der gewaltsamen Vertreibung von Flüchtlingen und durch Abschottung gegen die Armen der Welt. Und daß es gegen diesen Beschluß der SPD, der für jedeR linke BeobachterIn sicherlich nicht überraschend kam, letztlich so wenig

Protest aus dem sozialdemokratischen Lager gibt, weist nur darauf hin, daß der Acker in den vergangenen Jahren längst bestellt war. Nicht zufällig kündigt sich deshalb jetzt auch schon an, daß zwei weitere gesellschaftliche Institutionen, die sich bisher als Garant für die Beibehaltung des Individualrechts auf Asyl erklärt hatten, die beiden christlichen Kirchen, dem Weg der SPD folgen werden.

Damit steht die Linke vor einem neuen ganz großen Problem. Der Kampf für "Offene Grenzen" und Bleiberecht war sehr eng an die Beibehaltung des Art. 16 geknüpft. Mit Beibehaltung dieses Artikels konnten die Forderungen nicht nur moralisch erhoben werden, sondern auch ein Stück real garantiert werden. Und da eine einschneidende Änderung nur durch eine Grundgesetzänderung herbeizuführen ist, war die bisher bestehende Ablehnung durch die SPD eine gewisse Sicherheit für die Möglichkeit ins Land zu kommen und nicht schon an der Grenze abgewiesen zu werden.

Noch einschneidender ist jedoch die veränderte gesellschaftliche Bewußtseinslage. Die Kampagne zur Einschränkung des Rechts auf Asyl läuft schon seit Ende der 70er Jahre. Jede politische Veränderung in der Welt, die Menschen in größerem Ausmaß dazu bewegt hat, die Flucht zu ergreifen und in der BRD um Aufnahme zu bitten, hat diese Kampagne angeheizt. Sie war aber bis zum vergangenen Jahr hauptsächlich ein Streitthema zwischen den Parteien, wurde in jedem Wahlkampf wieder hochgekocht, heizte die Stimmung in der Bevölkerung an, brachte jedoch keine eigenständige Mobilisierung derselben hervor. Dies ist seit Hoyerswerda anders. Bis dahin konnte sich die Linke vor allem darauf beschränken, die herrschende Politik auf der gleichen Ebene anzugreifen.

Hoyerswerda und Rostock zeigen, daß es bei weitem nicht mehr ausreicht, die SPD wegen ihres Zurückweichens vor der Politik der CDU anzugreifen, weil es nur noch wenige AnhängerInnen der SPD gibt, die sich darüber erregen. Es zeigt, daß sich die Linke selbst den Ursachen zuwenden muß, ergründen muß, weshalb dieser Ausbruch von Gewalt entsteht. Sie muß sich auch wieder ernsthaft der Frage zuwenden, welche Auswirkungen soziale Verhältnisse auf das Bewußtsein und das Handeln von Menschen haben, jedenfalls dann, wenn man etwas ändern will und dies vor allem auch zum Schutz der Flüchtlinge. Sie muß sich die Frage stellen, welche Vorstellungen sie hat, um ein Zusammenleben zwischen einheimischer Bevölkerung und Flüchtlingen, aber auch Bevölkerungsgruppen verschiedener ethnischer Herkunft zu organisieren.

Diese Gesellschaft ist in höchstem Maße egoistisch organisiert. Der Vorteil der eigenen Person ist unter dem Begriff der Individualität verbrämt worden. Solidarität ist zu einem Fremdwort geworden und man trifft die Forderung gerade noch auf den Demonstrationen mit dem Ruf " Hoch die ...." an. Solidarisches Handeln im größerem Umfang zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen aufzubauen, ist Zukunftsmusik und sicherlich nicht einfach dadurch zu erreichen, daß auf die gemeinsame Klassenlage hingewiesen wird. Aber es ist sicher der einzige Weg, um aus dem barbarischen Kampf Mensch gegen Mensch herauszukommen.

Kurzfristig liegt eine andere Aufgabe vor uns. Die SPD-Spitze will sich ihren Schwenk durch einen Sonderparteitag absegnen lassen. Man sollte dem Vorschlag von Micha Brumlik (TAZ vom 8.9.92) folgen und alle VerteidigerInnen des Rechts auf Asyl dahin mobilisieren. Wenn diese Partei denn schon nicht aufzuhalten ist, sollte sie auf diesem Weg immerhin noch einen gehörigen Denkzettel verpaßt bekommen. Und dann müßte die Losung für alle, die immer noch meinten, dieser Partei wegen ihrer antifaschistischen und antimilitaristischen Historie die Stange halten zu müssen: SPD ohne uns.

he., Hamburg

10. Wir schämen uns, Deutsche zu sein! Offener Brief der Frauenaktion Scheherazade

An die ParlamentarierInnen und PolitikerInnen der Bundesrepublik Deutschland! Wir schämen uns, Deutsche zu sein!

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:21

An die ParlamentarierInnen und PolitikerInnen der

Bundesrepublik Deutschland!

Wir schämen uns, Deutsche zu sein!

Seit Monaten brennen Flüchtlingsheime in Deutschland. Waren es anfangs mehr oder minder spontane Ausbrüche von Haß, Aggression und Gewalttätigkeit, so zeigen die Nächte von Rostock, daß wir es jetzt mit strategisch geplanten Aktionen zu tun haben. Die Hemmschwelle zur Gewalt sinkt mit jedem Tag.

Wir fordern Sie, die ParlamentarierInnen und PolitikerInnen der Bundesrepublik Deutschland dazu auf, die Debatte um das Asylrecht ab sofort auszusetzen, um klarzustellen, daß sich ein demokratisch gewähltes Parlament und eine demokratisch gewählte Regierung nicht von Brandstiftern und Gewalttätern erpressen läßt.

Die Ursachen für Ausländerhaß sind nicht die ausländischen Kinder, Frauen und Männer! Die Ursachen für die soziale und menschliche Verrohung deutscher MitbürgerInnen sind auch nicht Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Die Ursachen liegen vor allem in der Unfähigkeit und dem Unwillen, sich demokratisch auseinanderzusetzen, der Gleichgültigkeit gegenüber anderen. Als drittgrößte Industrienation der Welt sind wir aufgerufen, wirtschaftlich und politisch Bedrängten zu helfen. Jetzt Menschen anderer Länder mit Gesetzen und Bürokratie die letzte Zuflucht vor Elend und Tod zu verbauen, um den Unmut des Volkes zu besänftigen, hieße den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Denn was werden Sie als ParlamentarierInnen tun, wenn die Gewalt sich weitere Ziele sucht? Zum Beispiel die wenigen in Deutschland verbliebenen Synagogen? Werden Sie dann auch sagen: Es sind zu viele Juden in Deutschland?

Frauenaktion Scheherazade Johanniterstraße 35/37, 5000 Köln 80 Fax: 0221/693741

Berliner FrauenfrAKTION, Ansbacher Straße 63, 1000 Berlin 30

Dieser Brief wurde allen Bundestagsabgeordneten persönlich zugeschickt. Sie können diesen Appell mit Ihrer Unterschrift unterstützen und ihn an weitere Landes- und Kommunalpolitiker weitergeben. Wir werden diesen Aufruf dann auch in Ihrem Namen dem Bundespräsidenten übergeben.

11. Sozialforschung (Meinungsumfragen zur Einstellung der BRD-Bürger zur Asylpolitik)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:13

Einher mit den Pogromen gehen Meinungsumfragen, die immer neue, beklemmende Zahlen über die Einstellung "der Bürger" produzieren. Nun sollte mensch ja mit derartigen Umfragen sehr vorsichtig sein - insbesondere die sogenannten "repräsentativen" Umfragen zu ad hoc aktuellen Fragen halten häufig seriösen sozialwissenschaftlichen Kriterien nicht stand und erzeugen häufig aufgrund der Fragestellung das gewünschte Ergebnis. Insgesamt aber scheint der Verfall der politischen Kultur (im soziologischen Sinne) in diesem Land dramatisch.

Eine FORSA-Studie im August 92 ergab, daß nunmehr die REP in alle Parlamente der neuen Bundesländer einziehen würden, falls - wie die Gretchenfrage immer heißt - am nächsten Wochenende Wahlen wären.

Im Einzelnen (in Klammern die Ergebnisse der letzten Wahlen vom 14.10.90, alle Angaben in Prozent):

Eine Studie der Gesellschaft für Erfahrungswissenschaftliche Sozialforschung, die am 31.8.92 veröffentlicht wurde, kam zu folgenden Ergebnissen:

- 52% der Bundesbürger wünschten sich eine "radikale Verkürzung" der Asylverfahren;

- 67% seien für eine Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel, den Asylantenstrom einzudämmen; 56% wünschen sich eine sofortige Ausweisung aller Asylbewerber, die sich etwas zuschulden kommen lassen; 13% sehen in den Pogromen einen "berechtigten Ausdruck des Volkszorns".

Eine Emnid-Umfrage im Auftrag des "Spiegel" ermittelte für den Juni 92 bei 38% der Bevölkerung "Verständnis für rechtsradikale Tendenzen wegen des Ausländerproblems", während es im Dezember 91 noch 24% waren.

Das ZDF-Politbarometer ermittelte ebenfalls im Juni, daß 60% der Bevölkerung im Osten es nicht in Ordnung fanden, daß so viele Ausländer in Deutschland lebten (Mai: 51%), während die Zahlen für Westdeutschland von 35% im Mai auf 40% im Juni kletterten.

Nach einer Studie des Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien wollen 85% der Ostdeutschen keine Türken mehr ins Land lassen, 82% haben Aversionen gegen Afrikaner oder Asiaten und rund 60% lehnen Osteuropäer ab.

Die TAZ meldet am 1.9. folgende Umfrageergebnisse:

60% der Befragten einer Repräsentativumfrage sprachen sich für einen vorübergehenden Einreisestopp für Asylbewerber aus.

In einer INFAS-Umfrage, die das Hamburger Abendblatt am 12.9.92 veröffentlicht, werden folgende Zahlen genannt:

26% befürworten die Parole "Ausländer raus!"; 51% halten die Devise "Deutschland den Deutschen" für weitgehend zutreffend;

37% meinen, daß die Deutschen sich "im eigenen Land gegen die Ausländer wehren müssen"; 35% im Westen und 42% im Osten wollten der nächsten Wahl fernbleiben.

Schon im August hatte INFAS eine repräsentative Studie vorgelegt, derzufolge die Bereitschaft, rechts von der Union zu wählen, seit März 92 dramatisch angestiegen sei: Von 12% auf 19% in den alten Bundesländern und von 8% auf 12% in den neuen Bundesländern.

69% der Bundesbürger meinten, die Bundesregierung würde ihre Aufgaben "eher schlecht" oder "schlecht" lösen,

54% meinen, die SPD würde Probleme "gleich schlecht" oder "schlechter" lösen.

12. "... kommt sie wieder, die ausgerottete Pest" Erklärung der P.E.N.-Zentren BRD und Ost

Im Wortlaut: Erklärung der beiden deutschen

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:39

P.E.N.-Zentren zum Terror gegen Ausländer

1948 hat der Dichter Günter Eich gewarnt: "Betrachtet die Fingerspitzen! Wenn sie sich schwarz färben, ist es zu spät." In den Jahrzehnten seither haben deutsche Schriftsteller immer wieder dazu aufgerufen, den rechtsextremistischen Tendenzen entschieden Widerstand zu bieten; und immer wieder haben Politiker entgegnet, es gäbe keine Gefahr von rechts. Zur Bekämpfung des linken Anarchismus wurden die staatlichen Mittel bis an die Grenze des Vertretbaren erweitert, der Rechtsextremismus wurde geduldet und verniedlicht.

Jetzt stellt unser Land sich darauf ein, verdeckten und offenen Fremdenhaß, Menschenjagd, Mordanschläge und neonazistischen Terror als Teil des Alltags hinzunehmen. Jetzt werden Neonazis durch Nachgiebigkeit gegenüber ihren Parolen geradezu ermutigt.

Jetzt soll das Grundrecht auf Asyl politischem Opportunismus geopfert werden, ein Menschenrecht, das ausdrücklich aufgrund von Erfahrungen aus der Nazizeit in unser Grundgesetz geschrieben wurde und zu den wichtigsten Charakterzügen unserer Demokratie gehört.

Jetzt dürfen sich Schlägertrupps, deren Methoden sich in nichts von denen früherer SA-Kommandos unterscheiden, als Erfolg anrechnen, wenn ein Stück Substanz der zweiten deutschen Demokratie zerstört wird. Wir erinnern daran, daß Zögerlichkeit, Angst, Anpassertum und parteipolitische Kurzsichtigkeit wesentlich zur Vernichtung der ersten deutschen Demokratie beigetragen haben.

Wir erinnern an Günter Eichs Zeilen von 1948: "Eines Tages kommt sie wieder, die ausgerottete Pest."

Wir fordern alle, die guten Willens sind, dazu auf, sich einzusetzen für den Bestand des Rechts auf Asyl, für ein friedliches Zusammenleben mit Menschen aus anderen Ländern und sie und uns vor dem Terror zu bewahren, bevor es zu spät ist. Ein "zu früh" gibt es in dieser Frage nicht.

P.E.N.-Zentrum

Bundesrepublik Deutschland,

Deutsches P.E.N.-Zentrum (Ost)

13. Die faschistische Gewalt wird alltäglich. Übersicht über ausländerfeindliche Anschläge und Überfälle (10.7.-18.9.92)

Übersicht über ausländerfeindliche und faschistische Anschläge und Überfälle

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:10

Juli 1992

Als der Autor dieser Zusammenstellung seine Arbeit aufnahm, hatte er selbst offenbar falsche Vorstellungen vom Ausmaß dieser Pogrome. Daß es so viele seien, wurde ihm selbst erst während der Arbeit klar. Bei der Datierung der Anschläge, die meist in der Nacht stattfanden, wurde folgendermaßen vorgegangen: Als Datum des Anschlags wurde der Abend zum Maßstab genommen. Problematisch wurde die Datierung bei Zeitungsberichten, die mit "Gestern" etc. argumentieren. Hier ist leider nicht immer genau zu sagen, ob der Anschlag tatsächlich am Tag vor dem Erscheinen der Zeitung stattgefunden hat. Insbesondere die "taz" ist da häufig nicht sehr zuverlässig. Sie hat zwar die umfangreichste Berichterstattung, dafür schludert sie auch am meisten, was die Datierung von Vorfällen anbelangt. So kann es - insbesondere an Wochenenden und bei Anschlagsserien - sowohl zu Doppeltzählungen als auch zu Auslassungen gekommen sein. Dies bitten wir zu entschuldigen. Genauso verzichtet wurde auf die Quellenangaben. Im wesentlichen wurde die "taz" herangezogen, daneben einiges aus dem Hause Springer, der "Stern" und der "Spiegel", die "Frankfurter Rundschau" sowie die "Hannoversche Allgemeine Zeitung". Auch der antifaschistische Informationsdienst "blick nach rechts" sei hier als Quelle ausdrücklich genannt.

Während der Zusammenstellung stellte sich dann auch die Frage, ob angesichts der Fülle der Pogrome eine solche Zusammenstellung überhaupt noch sinnvoll sei. Dies nicht zu tun, hieße aber in gewisser Weise, die Situation in Deutschland hinzunehmen. Im Gegenteil - diese Zusammenstellung sollte dazu anregen, die Dokumentation all dieser Anschläge intensiv zu betreiben und in jedem Einzelfall die zuständigen Behörden nicht aus der Pflicht zu entlassen, die Ermittlung der Täter und ihre Bestrafung, und nicht zuletzt den Ersatz des zerstörten Eigentums etc. pp. zu betreiben.

Hinzu kommt, daß offizielle Stellen, und hier in erster Linie die Bundesregierung, kein Interesse haben, exakte Auskünfte zu erteilen. So hatte sie in den ersten vier Monaten des Jahres 1992 in Beantwortung von Anfragen der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke jeweils Zahlen genannt für rassistisch motivierte Straftaten (Januar: 150, Februar: 145, März: 107, April: 127, davon 85 Brandanschläge), seitdem aber weitere Auskünfte verweigert. Das BKA indes veröffentlichte für denselben Zeitraum 1.000 ausländerfeindlich motivierte Straftaten (Bundesregierung: 529). Auf diese Diskrepanz angesprochen, verwies der zuständige Staatssekretär Lintner auf die "Vielzahl von Ergänzungsmeldungen", die die Zahlen unvergleichbar machten. Der "Spiegel" übrigens liefert noch eine Variante: Er kommt Anfang September auf 740 ausländerfeindliche Gewalttaten. Diese widersprüchlichen Zahlen spiegeln die mangelnde Bedeutung wider, die diesem Thema von offizieller Seite eingeräumt wird. Die Einrichtung eines "Sondermeldedienstes", also einer offiziellen Dokumentationsstelle rassistischen Terrors, wurde von den Innenministern folgerichtig abgelehnt. Ob die Ankündigung von Bundesinnenminister Seiters, jetzt eine solche Zentralisierung zu betreiben, Konsequenzen haben wird, bleibt abzuwarten.

Zur Wortwahl dieser Zusammenstellung: Über die Täter ist nur selten Genaueres zu erfahren. Ob sie als sogenannte "normale" Jugendliche, Skinheads oder Rechtsradikale oder noch anders bezeichnet werden, liegt offenbar im Ermessen des jeweiligen Journalisten. Auch ist zu bezweifeln, ob die Ortsbezeichnung des Anschlags als Asylbewerberunterkunft, Wohnheim o.ä. jeweils korrekt ist. Bei der Zusammenstellung wurde lediglich darauf geachtet, daß offensichtlich exakt benannte Orte (Stadtteile, zentrale Aufnahmestellen etc.) auch so in die Zusammenstellung aufgenommen wurden. Auch ist im konkreten nicht zu überprüfen, ob es sich bei den Opfern um Asylbewerber, legal hier lebende Ausländer, anerkannte ehemalige Asylbewerber, ehemalige Vertragsarbeiter, Kriegsflüchtlinge usw. handelt.

Die Dokumentation wurde mit Auswertung der Tagespresse vom 19. September sowie letzten Radiomeldungen abgeschlossen.

Ostfildern-Kemnat / Baden-Württemberg, 10.7.92: Drei stadt- und polizeibekannte Skinheads überfielen ein Arbeiterwohnheim und schlugen sofort und ohne Vorwarnung auf zwei Jugoslawen ein, von denen der eine starb, während der zweite mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Die Täter gelten als "Rädelsführer" der örtlichen Szene. Vier weitere Skins gelten ebenfalls als Täter. Gegen fünf wurde ein Haftbefehl erwirkt.

Saarbrücken/Saarland, 11.7.92: Angriff auf eine Turnhalle, in der Flüchtlinge aus Bosnien und Albaner aus dem Kosovo untergebracht wurden. Es wurden nazistische Parolen ("Deutschland den Deutschen") geschmiert.

Plessow b. Potsdam/Brandenburg, 15.7.92: Überfall von zehn bis zwölf Skinheads auf ein Erntelager mit ausländischen Erntehelfern. Die Täter benutzen Messer und Ketten. Sechs werden festgenommen, die Waffen sichergestellt.

Leipzig/Sachsen, 15.7.92: Fünf maskierte Männer haben in Leipzig-Süd-Ost einen 21jährigen Vietnamesen überfallen und brutal zusammengeschlagen (mit Baseballschlägern und Schrotflinten). Der Mann wurde schwerverletzt mit Kopfwunden und Schädelhirntrauma ins Krankenhaus eingeliefert. Die Täter entkamen unerkannt.

Buchholz/Niedersachsen, 19.7.92: Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim. In der Nähe des Tatorts wurden vier "amtlich bekannte" rechtsradikale Skinheads gesehen. Schon im April hatte auf dem Buchholzer Bahnhof die Schmiererei gestanden: "Das Asylheim wird brennen. Das ist keine Drohung, sondern ein Versprechen".

Bitterfeld/Sachsen, 19.7.92: Eine Gruppe von Skinheads stürmt das Asylbewerberheim, zerschlägt das Mobiliar und schlägt auf die Bewohner ein. Zwei Heimbewohner wurden verletzt, einer mußte zur stationären Behandlung ins Krankenhaus.

Erfurt/Thüringen, 20.7.92: Vier Neonazis verunglimpften an der Synagoge von Erfurt den verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski. Ein einschlägig als rechtsradikal bekannter junger Mann aus Weimar wurde wenig später als Täter ermittelt und hat gestanden, weigert sich aber, seine drei Mittäter zu benennen.

Marburg/Hessen, 20.7.92: Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Marburg. Der Brandsatz verlöscht, ohne großen Schaden anzurichten.

Woltersdorf b. Lüchow/Niedersachsen, 26.7.92: Brandanschlag auf eine Anlaufstelle für Asylbewerber. Der Dachstuhl brennt aus.

Griesheim/Hessen, 29.7.92: Zwei noch unbekannte Männer verüben einen Brandanschlag mit mehreren Brandsätzen auf ein Asylbewerberheim.

Boizenburg / Mecklenburg-Vorpom-mern, 31.7.92: Etwa 40 Jugendliche überfallen das Asylbewerberheim. Gegen einen NPD-Funktionär hat die Staatsanwaltschaft Schwerin einen Haftbefehl wegen Anstiftung zu schwerem Landfriedensbruch und Brandstiftung erlassen. Am Tag darauf, als die Asylbewerber ihrerseits sich zur Wehr setzten, habe sich "die Situation so erhitzt", daß etwa 100 Asylbewerber nach Lauenburg (Schleswig-Holstein) gingen, um Schutz zu finden.

August 1992

Pirna/Sachsen: Der Bungalow der Musikgruppe "Pacha Mama" wird durch Brandsätze beschädigt, Instrumente verbrennen und ein Sänger erleidet Verbrennungen. Täter: Vier Skinheads. Über Festnahmen ist nichts bekannt.

Guben und Oderbruch: Mehrere Anschläge auf Erntehelfer aus Polen, die im Technikum Guben ein Praktikum machen.

Thiendorf, Autobahn-Raststätte: 20 Neonazis überfallen eine dänische Pfadfindergruppe, zwei Kinder kommen mit Schnittwunden ins Krankenhaus

Plessow/Brandenburg: Drei Verletzte, als ein Dutzend Rechtsradikale mit Ketten und Messern auf Erntehelfer aus Polen und Äthiopien losgehen.

Luckenwalde/Sachsen: Vier Skins schlagen einen Ghanaer auf den Boden.

Leipzig/Sachsen: Ein Vietnamese wird schwer verletzt, als drei Neonazis in seine Wohnung eindringen und mit Baseballschlägern auf ihn einschlagen.

Ohne weitere Angaben nennt der "Stern" vom 27.8.92 für den August 1992 in folgenden Städten Überfälle auf Asylbewerberheime:

Gohlis, Oschersleben, Jessern, Bärenklau, Lübbenau, Vetschau, Osterburg.

Pretzsch, Kreis Wittenberg/Brandenburg, 8.8.92: Zehn Männer überfallen ein Ausländerwohnheim und demolieren die Inneneinrichtung und die sanitären Einrichtungen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Dergentin, Kreis Perleberg/Brandenburg, 9.8.92: 50 Maskierte stürmen mit Knüppeln und Schlagringen ein Ausländerwohnheim und schlagen auf die Bewohner ein. Zehn werden verletzt, einer davon schwer. Mehrere Personen werden festgenommen.

Markranstädt/Sachsen, 8.8.92: Rund 50 Jugendliche greifen ein Asylbewerberheim mit Brandsätzen an. Mehrere kleine Brände können gelöscht werden.

Rudolstadt/Thüringen, 15.8.92: Eine verbotene Heß-Gedenkdemonstration wird trotz Verbot ungehindert durchgeführt. Antifaschisten werden durch massives Polizeiaufgebot behindert (siehe letzter ak).

Spremberg/Brandenburg, 19.8.92: Jugendliche feuern bei einem Überfall auf das Asylbewerberheim mehrere Schüsse ab.

Elsterwerda/Brandenburg, 19.8.92: Acht Jugendliche bewerfen ein Asylbewerberheim mit Steinen und rufen Parolen.

Dresden/Sachsen, 24.8.92: Ein Überfall bewaffneter Skins auf ein Wohnheim polnischer Arbeiter wird von Polizei abgewehrt.

Dresden/Sachsen, 25.8.92: Ein Brandsatz wird auf ein Flüchtlingsheim geworfen. "Bürger Dresdens, wehrt Euch!" ist die Überschrift eines anonymen Flugblatts, das zum Pogrom auffordert: "Wollen wir warten, bis noch mehr passiert?", und seit Wochen mobilisiert eine "Bürgerinitiative" gegen ein Flüchtlingsheim, das betuchten Dresdner Villenbesitzern vor die Nase gesetzt wurde.

Eberswalde/Brandenburg, 26.8.92: Etwa 400 Polizisten und Bundesgrenzschützer sicherten Asylbewerberheim und Öffentlichkeit, als die "Nationalistische Front" in einem Flugblatt zu einer Demonstration gegen eine Radio-Direktübertragung vom Marktplatz in Eberswalde aufgerufen hatte. Zwar wurde die Radiosendung ins Landratsamt verlegt, die 100 Nazis aber konnten kein Unheil anrichten. 40 von ihnen wurden kurzzeitig festgenommen.

27. August 1992

Cottbus/Brandenburg: 200 Randalierer starten einen Angriff auf das Cottbuser Asylbewerberheim.

Schwanefeld/Sachsen-Anhalt: Rechtsradikale überfallen mit Steinen und Leuchtraketen ein Asylbewerberheim.

München/Bayern: 15 Grabsteine auf dem Israelitischen Friedhof in München wurden umgeworfen. Motive werden als "unklar" bezeichnet.

Stendal/Sachsen-Anhalt: 50 Jugendliche versuchen, die Polizeisperre zum Asylbewerberheim mit Baseballschlägern und Brandflaschen zu durchbrechen. 17 Festnahmen; die meisten Täter sind vorbestraft.

28. August 1992

Eisenhüttenstadt/Brandenburg: 20 Jugendliche gehen mit Baseballschlägern und Steinen gegen Polizisten vor. Eine Festnahme, sieben verletzte Polizisten, ein Streifenwagen wird beschädigt.

Saarlouis/Saarland: Angriff auf eine Asylbewerberunterkunft. Ein Brandsatz setzt eine Küche in Brand, die Feuerwehr kann löschen.

Bad Lauterberg/Niedersachsen: Angriff auf eine Asylbewerberunterkunft. Ein Teil der Inneneinrichtung wird durch einen Brandsatz verbrannt.

Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern: 25 Jugendliche greifen trotz Polizei eine Unterkunft mit Brandflaschen und Steinen an. Vier Jugendliche werden festgenommen.

Oschersleben/Sachsen-Anhalt: Auseinandersetzungen von 100 Jugendlichen mit der Polizei. Die Jugendlichen wollen zum Asylbewerberheim durchbrechen, Brandsätze werden geworfen. 17 Festnahmen.

Ilbesheim/Rheinland-Pfalz: Ein Brandsatz wird gegen das Asylbewerberheim geworfen. Der 18jährige Täter gesteht eine Woche später.

Cottbus/Brandenburg: Etwa 180 rechtsradikale Jugendliche gröhlen Naziparolen vor dem Asylbewerberheim (Wiederholung der Angriffe vom Vortag). 15 Festnahmen.

Stendal/Sachsen-Anhalt: Jugendliche werfen Brandsätze auf das Asylbewerberheim.

29. August 1992

Eisenhüttenstadt/Brandenburg: Ein Gebäudeteil des Asylbewerberheims wurde in Brand gesteckt und zerstört. Die Insassen konnten sich mit Hilfe der Polizei in Sicherheit (?) bringen.

Holzhausen b. Leipzig /Sachsen: Etwa 20 Rechtsradikale überfallen ein Zeltlager des dortigen Asylbewerberheims und brennen es ab.

Markkleeberg/Sachsen: Jugendliche schleudern drei Brandflaschen über den Zaun vor einer Unterkunft für 200 Sinti und Roma. Es wurde niemand verletzt.

Spremberg/Brandenburg: 20 Jugendliche randalieren durch die Stadt und schlagen die Scheiben eines China-Restaurants ein. Spremberg gilt als ein Zentrum der "Deutschen Alternative".

Potsdam-Babelsberg/Brandenburg: Ein Asylbewerber aus Ghana wird von mehreren Jugendlichen geschlagen und beraubt. Er kann sich losreißen und in seine Unterkunft flüchten.

Lübbenau/Brandenburg: Die Asylbewerberheime in Lübbenau wurden von Jugendlichen mit Flaschen und Steinen angegriffen.

Zielitz/Sachsen-Anhalt: Skins greifen mit Steinen und Molotowcocktails die Unterkunft an.

Henningen/Sachsen-Anhalt: Zwölf Skins überfallen das Asylbewerberheim und werfen Steine.

Sömmerda/Thüringen: Angriff auf das dortige Asylbewerberheim

Eisenach/Sachsen-Anhalt: Angriff mit Brandsätzen auf das Asylbewerberheim.

Dessau/Sachsen-Anhalt: Jugendliche werden von der Polizei festgenommen, die mit ausländerfeindlichen Parolen zum Flüchtlingsheim ziehen wollen.

Neubrandenburg / Mecklenburg-Vorpommern: Etwa 30 Rechtsradikale schleudern Molotowcocktails in eine Unterkunft. Wachleute können das Feuer löschen. Mit Hilfe von Anwohnern können etwa zehn Täter festgenommen werden (!).

Schwerin/ Mecklenburg-Vorpommern: Vier von 60 Jugendlichen werden festgenommen, als sie auf Polizisten losgehen, die eine Unterkunft schützen.

Wismar / Mecklenburg-Vorpommern: Mehrere Jugendliche greifen zwei Asylbewerber an einer Tankstelle an und verletzen sie.

Wittenberge, Kreis Perleberg/Brandenburg: Polizei verhindert einen Angriff von 40 Rechtsradikalen auf eine Asylbewerberunterkunft.

Pöttmes bei Augsburg/Bayern: Schüsse aus einem Auto werden auf das Asylbewerberheim abgefeuert. Es wurde niemand verletzt.

Hanau/Hessen: Unbekannte werfen einen Brandsatz über den Zaun der Asylbewerberunterkunft. Die Anwohner können den Brand im Vorgarten löschen.

Wunsiedel/Bayern: Skinheads mit Eisenstangen überfallen polnische Arbeiter in einem Wohncontainer und mißhandeln diese schwer.

Oschersleben/Sachsen-Anhalt: Auseinandersetzungen von 100 Jugendlichen mit der Polizei. Die Jugendlichen wollen zum Asylbewerberheim durchbrechen, Brandsätze werden geworfen. 17 Festnahmen.

Sömmerda/Thüringen: Die Scheiben eines China-Restaurants werden eingeworfen.

Sömmerda/Thüringen: Angriff auf das dortige Asylbewerberheim; es werden Steine geworfen.

Groß-Bieberau/Hessen: 15 bis 17 Schüsse werden auf das örtliche Asylbewerberheim abgegeben; keine Verletzten.

Cottbus/Brandenburg: Erneuter Angriff auf das Asylbewerberheim.

30. August 1992

Eisenhüttenstadt/Brandenburg: 50 bis 60 Angreifer auf das Asylbewerberheim werden durch Gespräche von der Polizei von ihrem Vorhaben abgebracht.

Berlin: Das Mahnmal für die deportierten Juden an der Putlitzbrücke im Bezirk Tiergarten wurde durch einen Sprengkörper schwer beschädigt.

Cottbus/Brandenburg: Dritter Angriff in Folge auf das Asylbewerberheim. Steine und Brandflaschen werden eingesetzt, ein Auto abgefackelt. Mit einem Schreckschußrevolver wird eine Journalistin im Gesicht verletzt. 28 Personen werden vorläufig festgenommen.

Hanau/Hessen: Unbekannte werfen einen Brandsatz über den Zaun der Asylbewerberunterkunft. Die Anwohner können den Brand im Vorgarten löschen.

Weitere Ausschreitungen in: Schwerin, Kunrau, Berlin-Lichtenberg, Neubrandenburg.

31. August 1992

Lindenthal b. Leipzig/Sachsen: Ein Auto wird vor einer Unterkunft angezündet und unbekannte Täter werfen mit Steinen auf die Unterkunft. In dieser Unterkunft wohnen Rumänen, deren Zelte in Holzhausen nur zwei Tage zuvor einem Brandanschlag zum Opfer fielen.

Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern: Starke Polizeikräfte verhindern Ausschreitungen gegen eine Unterkunft im Stadtteil Ladebow.

Cottbus/Brandenburg: Polizei hält Krawallmacher zurück. Diese gehen organisiert vor, setzen PKW und CB-Funk ein.

Vetschau b. Cottbus/Brandenburg: Zehn Rechtsradikale schleudern Pflastersteine gegen ein Asylbewerberheim. Als die 20 Bewohner sich bewaffnen und gegen die Angreifen vorgehen wollen, werden sie von der Polizei "beruhigt" und zur Rückkehr ins Wohnheim bewogen.

Lübz/Mecklenburg-Vorpommern: Zehn Rechtsradikale werfen Brandsätze und Steine auf eine Unterkunft.

1. September 1992

Flöha b. Cottbus/Sachsen: 200 Jugendliche aus der rechten Szene greifen mit Steinen und Brandsätzen eine Unterkunft von 150 Asylbewerbern an. Zwei Polizisten werden verletzt, 18 Personen vorübergehend festgenommen.

Spremberg/Brandenburg: Zwei Festnahmen von jungen Männern, die Brandsätze auf ein Asylbewerberheim werfen.

Cottbus/Brandenburg: Erneut versammeln sich 100 Jugendliche vor dem Asylbewerberheim in Cottbus-Sachsendorf. "Sicherheitskräfte" verhindern Krawalle.

2. September 1992

Ketzin b. Potsdam/Brandenburg: Mehrere Männer brennen ein Asylbewerberheim nieder, dessen 44 Bewohner, darunter Frauen und Kinder, sich nur in panikartiger Flucht retten können. Zwei Tatverdächtige, nach Polizeiangaben weder Skinheads noch Rechtsradikale, werden festgenommen. Ministerpräsident Stolpe sprach von einem Mordversuch.

Erfurt/Thüringen: Ein Ausländerwohnheim für Vietnamesen wird mit Steinen und Leuchtgeschossen angegriffen. Die Täter sollen der rechtsradikalen Szene zuzuordnen sein.

Bernsdorf b. Uckermünde/Mecklenburg-Vorpommern: Die Fensterscheiben des Asylbewerberheims werden eingeworfen.

Berlin: Zwei Männer werden festgenommen, weil sie angeblich einen Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim in Hohenschönhausen verübt haben.

Oschersleben/Sachsen-Anhalt: Zwei Täter werfen Brandsätze in eine Flüchtlingsunterkunft. Der Brand kann gelöscht werden.

Blankenburg/Thüringen: Zwei Autos werden vor einem Heim für Asylbewerber angezündet.

Bad Krotzingen/Baden-Württemberg: Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim

Bonn/Nordrhein-Westfalen: Unbekannte bewerfen eine Wohnung, in der Asylanbewerber untergebracht sind, mit Brandsätzen.

Ettenheim/Baden-Württemberg: Jugendliche bewerfen einen Container, in dem Asylbewerber untergebracht sind, mit Steinen.

Weitere Anschläge in: Göttingen/Niedersachsen, Düsseldorf/Nordrhein-Westfalen,

3. September 1992

Northeim/Niedersachsen: Vor zwei Asylbewerberunterkünften in Northeim werden eine Reihe von Autos demoliert. Zumindest einer der Täter wurde als Skin beschrieben. Eine Flasche (Brandsatz?) wurde auf eine Tür geworfen, die schwer beschädigt wurde.

Nörten-Hardenberg / Niedersachsen: Mehrere Flaschen werden durch die Fenster einer türkischen Familie geworfen. Keine Verletzten.

Leverkusen / Nordrhein-Westfalen: Brandanschlag auf eine Unterkunft für Aussiedler aus Osteuropa. Ein leerer Container brannte aus, ein zweiter Brandsatz landete zwischen zwei Wohnungen, wo er gelöscht werden konnte.

Eisenhüttenstadt/Brandenburg: 40 bis 60 Rechtsradikale versuchen, das zentrale Aufnahmelager zu stürmen. Es gibt eine zweistündige Straßenschlacht mit 200 Polizisten. Drei Festnahmen.

Biesenthal/Brandenburg: Eine unbewohnte Holzbaracke auf dem Gelände des Asylbewerberheims wird abgebrannt. Täter unbekannt.

Lübben/Brandenburg: Brandanschlag auf das Asylbewerberheim. Die Flammen können unter Kontrolle gebracht werden. Die Täter entkommen.

4. September 1992

Lübbenau/Brandenburg: 100 Rechtsradikale versuchen, das Asylbewerberheim zu stürmen. Nach drei Stunden hatte die Polizei 18 Täter festgenommen und die Angreifer abgewehrt.

Prenzlau/Brandenburg: 50 Personen verhindern die Unterbringung von Asylbewerbern in einer Schule. Der Bus wird durch Steinwürfe beschädigt.

Chemnitz/Sachsen: Brandsatz auf die Zentrale Ausländerbehörde.

Berlin: Schändung des jüdischen Friedhofs der Gemeinde Adass Jisroel in Weißensee (Die Schändung wiederholt sich wenige Tage später).

Steine gegen Unterkünfte in:

Gandow-Lenzen/Brandenburg, Kremmen/Brandenburg, Wernigeroge/Sachsen-Anhalt, Hettstedt/Sachsen-Anhalt

5. September 1992

Gelnhausen/Hessen: Sechs junge Männer im Alter von 19 bis 23 Jahren aus Gründau sollen einen Brandanschlag auf die Asylbewerberunterkunft in der Gelnhausener Coleman-Kaserne geplant haben. Gegen fünf von ihnen wurde Haftbefehl erlassen. Ihnen wird versuchter Mord sowie schwere Brandstiftung vorgeworfen.

Eisenhüttenstadt/Brandenburg: 150 Randalierer werden von Bundesgrenzschutz und Polizei beim Angriff auf das zentrale Aufnahmelager in Brandenburg abgedrängt. Dies war die dritte Krawallnacht in Folge. 17 Festnahmen.

Brandenburg - weitere Anschläge in: Guben, Prenzlau, Lychen, Wittenberge, Wittstock, Bernau, Groß Schönebeck.

Berlin: Bei umfangreichen Razzien in Berlin um das Asylbewerberheim in Hohenschönhausen werden 570 Personen aus dem "rechten und linken Spektrum" kontrolliert, elf Festnahmen (unklar, welcher Art)

Wernigerode/Sachsen-Anhalt: Fensterscheiben einer Asylbewerberunterkunft werden von etwa 30 Personen eingeworfen. Die Polizei wird mit Steinen attackiert.

Mansfeld/Sachsen-Anhalt: 20 Personen bedrohen ein Asylbewerberheim durch Parolen etc.

Hannover/Niedersachsen: Aus einer Gruppe von 70 Skins wird ein Passant überfallen und mit Gaspatronen beschossen. Auf der Flucht vor der Polizei wird ein Auto beschädigt. 14 Festnahmen, darunter auch vier mutmaßliche Schläger.

Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern: Ein ehemaliges Kinderheim brennt ab, das als Asylbewerberunterkunft hergerichtet werden sollte.

Trassenheide b. Wolgast: 15 Jugendliche werden festgenommen, als sich 40 offenbar gewaltbereite Jugendliche versammeln.

Pritzier/Mecklenburg-Vorpommern: 30 mit Knüppeln bewaffnete Jugendliche erschienen vor dem Flüchtlingsheim und warfen Brandsätze. Das Heim war vorsorglich evakuiert worden.

Hamminkeln, Kreis Wesel/Niedersachsen: Zwei Asylbewerber werden von etwa 20 Skins zusammengeschlagen und beraubt. Vermutlich dieselbe Gruppe griff daraufhin ein Asylbewerberheim an.

Engelsberg/Bayern: In der Nacht zum 6.9. werden drei Asylbewerber verletzt, als ein Brandsatz in eine Unterkunft geworfen wird. Die Unterkunft brannte teilweise aus.

Prenzlau/Berlin: Die Scheiben des Asylbewerberheims werden eingeschlagen.

6. September 1992

Halle/Sachsen: Brandanschläge auf zwei Wohnungen von Vietnamesen in Halle. In einem Fall hatten die Täter neun Brandsätze in eine Wohnung in der Merseburger Straße geworfen und einen vor die Tür. Festgenommen wurden sieben jugendliche Tatverdächtige im Alter zwischen 16 und 19 Jahren, bei denen Schreckschußrevolver, Baseballschläger, ein Schlagstock, ein Axtstiel und ein Stahlrohr sichergestellt wurden. Gegen sechs der Jugendlichen wurde Haftbefehl erlassen, allen sieben wird versuchter Mord, schwere Brandstiftung, Sprengstoffbesitz und schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. Bei dem Anschlag in der Merseburger Straße mußten fünf Kinder, die nicht in den angegriffenen Wohnungen wohnten, wegen Rauchvergiftung im Krankenhaus behandelt werden; unklar ist noch, ob die sieben Festgenommenen auch für den zweiten Anschlag in dieser Nacht verantwortlich sind, bei dem in der Dieskauer Straße eine Vietnamesin schwere Brandverletzungen an Füßen und Unterschenkeln erlitten hatte.

Eisenhüttenstadt/Brandenburg: 24 Randalierer werden festgenommen, als sie Polizisten, die ein Asylbewerberheim schützten, mit Steinen und Brandsätzen bewerfen.

Alfter b. Bonn/Nordrhein-Westfalen: Schüsse durch das Fenster ein Wohnung von Asylbewerbern

Karlsruhe/Baden-Württemberg: Versuchter Brandanschlag

bei Freiburg/Baden-Württemberg: Zwei mutmaßliche Täter werden gefaßt, die versucht hatten, eine Asylbewerberunterkunft anzuzünden.

7. September 1992

Rösrath b. Köln/Nordrhein-Westfalen: Brandsätze auf eine Unterkunft; ein Molli, der durch ein Fenster fliegt, kann gelöscht werden.

Quedlinburg/Sachsen-Anhalt: Etwa 40 bis 50 Jugendliche griffen eine Asylbewerberunterkunft mit Molotowcocktails, Feuerwerkskörpern und Steinen an. Mehrere Fensterscheiben und drei PKWs wurden demoliert. Etwa 50 Anwohner klatschten Beifall. Die Polizei brauchte drei Stunden, um die Ruhe wieder herzustellen. Eine Person wurde festgenommen, gegen drei Jugendliche Strafanzeige gestellt.

Boizenburg-Bahlen/Mecklenburg: Zwei Männer verüben einen Brandanschlag auf eine Unterkunft. Der Brandsatz entzündet sich nicht, die Täter entkommen.

Anklam / Mecklenburg-Vorpommern: Fünf Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf die Giebelwand einer Unterkunft. Der Brandsatz zündet nicht.

Mühlheim/Ruhr/Nordrhein-Westfalen: Unbekannte Täter werfen eine Übungshandgranate durch ein geöffnetes Fenster einer Unterkunft. Angeblich richtete die Granate "kaum Schaden" an.

Marktredwitz bei Wunsiedel/Bayern: Brandanschlag auf eine Unterkunft von 72 Personen. Offensichtlich - so die Polizei - sei der Molotowcocktail beim Anzünden zu Boden gefallen und deshalb abgebrannt, ohne Schaden anzurichten.

8. September 1992

Pankow/Ostberlin: Zwei unbekannte Täter fackeln vor einer Unterkunft zwei Autos ab. Das Feuer kann gelöscht werden, die Angreifer flüchten.

Schulzendorf, Kreis Königs-Wusterhausen/Brandenburg: Unbekannte Täter stecken zwei Autos von Asylbewerbern in Brand. Einer der Wagen brennt vollständig aus. Die Täter können fliehen.

Hamburg: Unbekannte Täter verübten in Hamburg-Barmbek einen Brandanschlag auf die Erweiterungsbaustelle eines Containerdorfes. Die dort schon lebenden Asyslbewerber hatten von dem Anschlag nichts bemerkt.

Fritscheschdorf/Mecklenburg-Vorpom- mern: Steine auf eine Unterkunft von Asylbewerbern.

Quedlinburg/Sachsen-Anhalt: Erneuter Angriff von 50 Jugendlichen auf das Flüchtlingsheim in Quedlinburg. Zwei Brandflaschen, elf Festnahmen.

Waren/Mecklenburg-Vorpommern: Ein Stein fliegt in das Asylbewerberheim, das Bundespräsident von Weizsäcker erst am Sonntag zuvor demonstrativ besucht hatte. Keine Verletzten.

Hilden b. Düsseldorf/Nordrhein-Westfalen: Sechs Skinheads werden festgenommen, nachdem zuvor Angriffe gegen im Bau befindliche Unterkünfte für Asylbewerber gemeldet wurden.

Geisa/Thüringen: Zwei Jugendliche bewerfen das Asylbewerberheim mit handtellergroßen Steinen und flüchten in einem Auto.

Mühlheim/Ruhr/Nordrhein-Westfalen: Unbekannte Täter werfen eine Übungshandgranate durch ein geöffnetes Fenster einer Unterkunft. Angeblich richtet die Granate "kaum Schaden" an.

9. September 1992

Stebnitz/Sachsen: Ein Auto eines Asylbewerbers wird in Brand gesteckt.

Quedlinburg/Sachsen-Anhalt: Erneut Randale von 100 Jugendlichen am Asylbewerberheim, begleitet von 200 applaudierenden Anwohnern. Brandsätze und Steine fliegen. 71 Festnahmen (Alter: 14 bis 25 Jahre), darunter

zwei bekannte Rechte, die per Haftbefehl gesucht werden. Die Rechten sind dabei gut organisiert: Über CB-Funk werden ihre Aktionen koordiniert, mehrere Kuriere sind unterwegs. Bis zu 500 Claqueure kommen in dieser Nacht nicht auf ihre Kosten.

Stendal/Sachsen-Anhalt: Vier Rechtsradikale dringen in eine Schulklasse für lernbehinderte Kinder ein, bedrohen die Lehrerin, erkundigen sich nach der Meinung zu Ausländern und schlagen auf die Behinderten ein. Zwei Schülerinnen wurden schwer verletzt, ein Täter wurde festgenommen.

Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern: Fünf vermummte werfen Brandsätze auf eine Unterkunft. Kein Schaden.

Güstrow-Buckhorst/Mecklenburg-Vor-pommern: Etwa zehn Unbekannte werfen Steine und andere Wurfgeschosse auf ein Flüchtlingsheim.

Reinbek/Schleswig-Holstein: Ein Autohandel der sich direkt neben einer Asylbewerberunterkunft befindet, wird mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert und in Brand gesetzt.

10. September 1992

Güstrow-Buckhorst/Mecklenburg-Vor- pommern: Erneuter Angriff auf das Flüchtlingsheim.

11. September 1992

Mücheln/Sachsen-Anhalt: Unbekannte Täter überfallen die Unterkunft einer jugoslawischen Asylbewerberfamilie und mißhandeln deren Kinder. Die Täter werden von den Eltern und helfenden deutschen Nachbarn in die Flucht geschlagen.

Quedlinburg/Sachsen-Anhalt: Die Polizei greift nicht ein, als erneut Rechtsradikale das Asylbewerberheim stürmen wollen. Diesmal hatten sich demokratische Bürger schützend vor das Haus gestellt, nachdem schon in den Nächten zuvor u.a. der Quedlinburger Bürgermeister sich den Jugendlichen entgegengestellt hatte. Die Polizei greift erst ein, als die Rechtsradikalen die Schützer durch Steine verjagt hatten. Ein früheres Eingreifen, so der Einsatzleiter, hätte nur zur Eskalation beigetragen (sic!). 42 Rechtsradikale werden festgenommen, gegen die aber angeblich "im Schutz der Menge" keine Beweise erhoben werden können. Wie Innenminister Perschau mitteilte, sollen sie mehrheitlich aus der rechten Szene stammen.

Stahnsdorf/Brandenburg: 30 rechtsradikale "Störer" randalieren vor einem Ausländerwohnheim.

Hemsbach/Baden Württemberg: Zwei Kinder im Alter von vier und sechs Jahren müssen mit schweren Brandverletzungen in eine Mannheimer Klinik eingeliefert werden. In der Nacht zum Samstag war ein Brandsatz gegen ein Fenster des Wohnheims geworfen worden. Gegen die beiden mutmaßlichen Täter wurde am 17.9.92: Haftbefehl erlassen.

Gerstungen/Thüringen: Nach einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim werden zwei Tatverdächtige festgenommen.

12. September 1992

Quedlinburg/Sachsen-Anhalt: Mehrere Hundertschaften "begleiten" eine antifaschistische Demonstration mit 300 Teilnehmern zum Asylbewerberheim, um es zu schützen. "Quedlinburger Jugendliche" können Steine auf die Antifaschisten werfen, es kommt zu Auseinandersetzungen. Die Polizei vermeldet 20 Festnahmen (u.a. wegen "Vermummung" - wahrscheinlich wurden also Antirassisten festgenommen) und die Beschlagnahmung von "Waffen".

Stahnsdorf/Brandenburg: 50 mit Schlagstöcken und Funkgeräten ausgerüstete Jugendliche greifen ein Heim an und liefern sich mit der anrückenden Polizei eine Schlacht. 9 Festnahmen.

Prenzlau/Brandenburg: Ein auf ein Asylbewerberheim geworfener Brandsatz kann gelöscht werden. Zwei mutmaßliche Täter werden festgenommen.

Hohenseefeld/Brandenburg: Unbekannte werfen die Fenster eines Asylbewerberheims ein.

Lauchhammer/Brandenburg: Aus einem fahrenden Auto werden Steine gegen eine Unterkunft geworfen.

Weitere Angriffe auf Unterkünfte in Brandenburg, wobei meist Fenster eingeworfen werden: Lychen, Boizenburg, Gölsdorf, Fetschau, Cottbus, Frankfurt/Oder

Dippoldiswalde/Sachsen: 20 Jugendliche dringen gewaltsam in eine Unterkunft ein, neun Asylbewerber flüchten, während die Einrichtung zerschlagen wird. Die anrückende Polizei nimmt zwölf Personen fest.

Zeitheim/Sachsen: Ein größeres Polizeiaufgebot hindert 40 Jugendliche an einem Angriff auf ein Asylbewerberheim.

Zittau/Sachsen: Fensterscheiben des Asylheimes werden eingeworfen.

Stolberg/Sachsen: Fensterscheiben des Asylheims werden eingeworfen.

Geisa/Thüringen: Angriff auf ein Asylbewerberheim.

Ellrich/Thüringen: Angriff auf ein Asylbewerberheim.

Arnstadt/Thüringen: 13 rechtsradikale Jugendliche werden nach dem Angriff auf einen linken Jugendclub festgenommen.

Rhens b. Koblenz/Rheinland-Pfalz: Unbekannte verwüsten den jüdischen Friedhof.

13. September 1992

Hannover-Misburg/Niedersachsen: Et- wa 10 Jugendliche greifen ein Asylbewerberheim an.

14. September 1992

Saarlouis/Saarland: Im letzten Moment konnte die Polizei einen Bombenanschlag auf das Asylbewerberheim Oranna verhindern. Wie die Polizei mitteilte, hätte die Sprengkraft der Rohrbombe ausgereicht, das dreistöckige Gebäude zu zerstören - mit verheerenden Folgen für die 80 Insassen. Der Anschlag war durch einen Telefonanruf angezeigt worden.

Neustadt-Eilvese/Niedersachsen: Ein Hotel brennt aus, in dem der Eigentümer Asylbewerber hatte unterbringen wollen. Brandstiftung wird nicht ausgeschlossen.

Wismar / Mecklenburg-Vorpommern: 30 Jugendliche greifen ein Asylbewerberheim mit Steinen, Eisenstangen und Brandsätzen an und können nur durch ein massives Polizeiaufgebot zurückgedrängt werden. Ausgangspunkt des Überfalls war ein Jahrmarktstreit zwischen einem Asylbewerber und einem 20jährigen Deutschen, der dabei mit dem Messer verletzt worden war. Dieser wiegelte die umstehenden Passanten auf, das Asylbewerberheim plattzumachen. 11 Jugendliche wurden festgenommen.

Weitere Anschläge in Niedersachsen: Emden, Garbsen, Osnabrück, Neu-Wulmstorf

Wadgassen/Saarland: Brandanschlag mit ölgetränkten Lappen in eine Unterkunft für Aussiedler. Die Bewohner - ein Ehepaar - bleiben unverletzt.

Dresden-Prohlis/Sachen: Jugendliche werfen drei Brandsätze gegen ein Asylbewerberheim. Vier Jugendliche werden festgenommen.

Peine/Niedersachsen: "Bürger" halten eine Turnhalle besetzt, die ab Oktober als Asylbewerberheim dienen soll. Die Stadt will räumen lassen, wenn die Turnhalle gebraucht wird.

Hildesheim/Niedersachsen: Die Schützengilde klagt gegen den Plan der Stadt, vor ihrem Vereinsheim eine Asylbewerberunterkunft zu bauen. Angeblicher Grund für die Klage ist das "erhöhlte Verkehrsaufkommen".

15. September 1992

Bad Waldsee/Baden-Württemberg: Anschlag auf das Asylbewerberheim.

Wismar/Mecklenburg-Vorpommern: 21 Festnahmen bei einem erneuten Angriff auf das Asylbewerberheim.

Gerstungen/Thüringen: Unbekannte feuern zwei Schüsse auf das Asylbewerberheim ab und fliehen mit dem Auto. Angeblich hätten sie in die Luft geschossen.

16. September 1992

Wismar/Mecklenburg-Vorpommern: Jugendliche greifen zum dritten Mal hintereinander Bewohner des Asylbewohnerheims. 8 Angreifer werden vorläufig festgenommen.

Zemitz/Mecklenburg-Vorpommern: Unbekannte schleudern eine Brandbombe gegen ein Asylbewerberheim.

Bonn/Nordrhein-Westfalen: Auf das Auto von Lea Rabin, der Ehefrau des israelischen Ministerpräsidenten, wird bei ihrem Deutschland-Besuch ein Hakenkreuz gekratzt.

Blankenfeld, Kreis Zossen/Brandenburg: Fünf vor einem Asylbewerberheim abgestellte Autos werden aufgebrochen und beschädigt.

17. September 1992

Wismar / Mecklenburg-Vorpommern: Etwa 30 Jugendliche werfen Steine und Brandsätze gegen das von 80 Polizisten abgesperrte Asylbewerberheim. Sieben Jugendliche werden festgenommen.

Nußloch/Baden-Württemberg: Zwei unbekannte Täter verüben einen Brandanschlag auf das Asylbewerberheim. Die Brandsätze gehen nicht hoch, da die Flaschen nicht zerbrechen.

Chemnitz/Sachsen: Brandanschlag auf ein Wohnheim von Vietnamesen. Die Bewohner können das Feuer selbst löschen.

Hannover/Niedersachsen: 100.000 DM Sachschaden durch einen Brandanschlag auf noch leerstehende Asylbewerberunterkunft, die Ende September bezogen werden sollte.

18. September 1992

Schwerin/Mecklenburg-Vorpormmern: 50 Jugendliche greifen ein Asylbewerberheim an und schlagen die Fensterscheiben kaputt. 11 werden festgenommen.

Apolda/Thüringen: Ein Vietnamese wird überfallen und sein Auto entwendet.

Bernsdorf/Mecklenburg-Vorpommern: Angriff auf ein Asylbewerberheim. Fensterscheiben gehen kaputt.

Wismar / Mecklenburg-Vorpommern: Polizei hält Jugendliche von Angriffen aus das Asylbewerberheim zurück.

Rostock-Kröpelin / Mecklenburg-Vor- pommern: Polizei hält Jugendliche von Angriffen auf das Asylbeweberheim zurück.

Jördenstorf / Mecklenburg-Vorpommern: Angriff auf ein Asylbewerberheim. Fensterscheiben gehen kaputt.

Anschläge

Als der Autor dieser Zusammenstellung seine Arbeit aufnahm, hatte er selbst offenbar falsche Vorstellungen vom Ausmaß dieser Pogrome. Daß es so viele seien, wurde ihm selbst erst während der Arbeit klar. Bei der Datierung der Anschläge, die meist in der Nacht stattfanden, wurde folgendermaßen vorgegangen: Als Datum des Anschlags wurde der Abend zum Maßstab genommen. Problematisch wurde die Datierung bei Zeitungsberichten, die mit "Gestern" etc. argumentieren. Hier ist leider nicht immer genau zu sagen, ob der Anschlag tatsächlich am Tag vor dem Erscheinen der Zeitung stattgefunden hat. So kann es - insbesondere an Wochenenden - sowohl zu Doppeltzählungen als auch zu Auslassungen gekommen sein. Dies bitten wir zu entschuldigen. Genauso verzichtet wurde auf die Quellenangaben. Im wesentlichen wurde die "TAZ" herangezogen, daneben einiges aus dem Hause Springer, der "Stern" und der "Spiegel" sowie die "Hannoversche Allgemeine Zeitung".

Während der Zusammenstellung stellte sich dann auch die Frage, ob angesichts der Fülle der Pogrome eine solche Zusammenstellung überhaupt noch sinnvoll sei. Dies nicht zu tun, hieße aber in gewisser Weise, die Situation in Deutschland hinzunehmen. Im Gegenteil - diese Zusammenstellung sollte dazu anregen, die Dokumentation all dieser Anschläge intensiv zu betreiben und in jedem Einzelfall die zuständigen Behörden nicht aus der Pflicht zu entlassen, die Ermittlung der Täter und ihre Bestrafung, und nicht zuletzt den Ersatz des zerstörten Eigentums etc. pp. zu betreiben.

Hinzu kommt, daß offizielle Stellen, und hier in erster Linie die Bundesregierung, kein Interesse haben, exakte Auskünfte zu erteilen. So hatte sie in den ersten vier Monaten des Jahres 92 in Beantwortung von Anfragen der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke jeweils Zahlen genannt für rassistisch motivierte Straftaten (Januar: 150, Februar: 145, März: 107, April: 127, davon 85 Brandanschläge), seitdem aber weitere Auskünfte verweigert. Das BKA indes veröffentlichte für denselben Zeitraum 1000 ausländerfeindlich motivierte Straftaten (Bundesregierung: 529). Auf diese Diskrepanz angesprochen, verwies der zuständige Staatssekretär Lintner auf die "Vielzahl von Ergänzungsmeldungen", die die Zahlen unvergleichbar machten. Der Spiegel übrigens liefert noch eine Variante: Er kommt Anfang September auf 740 ausländerfeindliche Gewalttaten. Die Einrichtung eines "Sondermeldedienstes", also einer offiziellen Dokumentationsstelle rassistischen Terrors, wurde von den Innenministern ebenso abgelehnt.

Zur Wortwahl dieser Zusammenstellung: Über die Täter ist nur selten genaueres zu erfahren. Ob sie als sogenannte "normale" Jugendliche, Skinheads oder Rechtsradikale oder noch anders bezeichnet werden, liegt offenbar im Ermessen des jeweiligen Journalisten. Auch ist zu bezweifeln, ob die Bezeichnung des Orts des Anschlags als Asylbewerberunterkunft, Wohnheim o.ä. jeweils korrekt ist. Bei der Zusammenstellung wurden lediglich darauf geachtet, daß offensichtlich exakt benannte Ort (Stadtteile, zentrale Aufnahmestellen etc.) auch so in die Zusammenstellung aufgenommen wurden.

Juli 1992

Ostfildern-Kemnat / Baden-Württemberg, 10.7.92: Drei stadt- und polizeibekannte Skinheads überfallen ein Arbeiterwohnheim und schlugen sofort und ohne Vorwarnung auf zwei Jugoslawen ein, von denen der eine starb, während der zweite mit scheren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Die Täter gelten als "Rädelsführer" der örtlichen Szene. Vier weitere Skins gelten ebenfalls als Täter. Gegen fünf wurde ein Haftbefehl erwirkt.

Saarbrücken / Saarland, 11.7.92: Angriff auf eine Turnhalle, in der Flüchtlinge aus Bosnien und Albaner aus dem Kosovo untergebracht wurden. Es wurden nazistische Parolen ("Deutschland den Deutschen") geschmiert.

Plessow b. Potsdam / Brandenburg, 15.7.92: Überfall von zehn bis zwölf Skinheads auf ein Erntelager mit ausländischen Erntehelfern. Die Täter benutzen Messer und Ketten. Sechs werden festgenommen, die Waffen sichergestellt.

Leipzig / Sachsen, 15.7.92: Fünf maskierte Männer haben in Leipzig-Süd-Ost einen 21jährigen Vietnamesen überfallen und brutal zusammengeschlagen (mit Baseballschlägern und Schrotflinten). Der Mann wurde schwerverletzt mit Kopfwunden und Schädelhirntrauma ins Krankenhaus eingeliefert. Die Täter entkamen unerkannt.

Buchholz / Niedersachsen, 19.7.92: Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim. In der Nähe des Tatorts wurden vier "amtlich bekannte" rechtsradikale Skinheads gesehen. Schon im April hatte auf dem Buchholzer Bahnhof die Schmiererei gestanden: "Das Asylheim wird brennen. Das ist keine Drohung, sondern ein Verbrechen".

Bitterfeld / Sachsen, 19.7.92: Ein Gruppe von Skinheads stürmt das Asylbewerberheim, zerschlägt das Mobiliar und schlagen auf die Bewohner ein. Zwei Heimbewohner wurden verletzt, einer mußte zur stationären Behandlung ins Krankenhaus.

Erfurt / Thüringen, 20.7.92: Vier Neonazis verunglimpften an der Synagoge von Erfurt den verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski. Ein einschlägig als rechtsradikal bekannter junger Mann aus Weimar wurde wenig später als Täter ermittelt und hat gestanden, weigert sich aber, seine drei Mittäter zu benennen.

Marburg / Hessen, 20.7.92: Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Marburg. Der Brandsatz verlöscht, ohne großen Schaden anzurichten.

Woltersdorf b. LÜchow / Niedersachsen, 26.7.92: Brandanschlag auf eine Anlaufstelle für Asylbewerber. Der Dachstuhl brennt aus.

Griesheim / Hessen, 29.7.92: Zwei noch unbekannte Männer verüben einen Brandanschlag mit mehreren Brandsätzen auf ein Asylbewerberheim.

Boizenburg / Mecklenburg-Vorpommern, 31.7.92: Etwa 40 Jugendliche überfallen das Asylbewerberheim. Gegen einen NPD-Funktionär hat die Staatsanwaltschaft Schwerin einen Haftbefehl wegen Anstiftung zu schwerem Landfriedensbruchs und Brandstiftung erlassen. Am Tag darauf, als die Asylbewerber ihrerseits sich zur Wehr setzten, habe sich "die Situation so erhitzt", daß etwa 100 Asylbewerber nach Lauenburg (Schleswig-Holstein) gingen, um Schutz zu finden.

August 1992

Pirna / Sachsen: Der Bungalow der Musikgruppe "Pacha Mama" wird durch Brandsätze beschädigt, Instrumente verbrennen und ein Sänger erleidet Verbrennungen. Täter: Vier Skinheads. Über Festnahmen ist nichts bekannt.

Guben und Oderbruch: Mehrere Anschläge auf Erntehelfer aus Polen, die im Technikum Guben ein Praktikum machen.

Thiendorf, Autobahn-Raststätte: 20 Neonazis überfallen eine dänische Pfadfindergruppe, zwei Kinder kommen mit Schnittwunden ins Krankenhaus

Plessow / Brandenburg: Drei Verletzte, als ein Dutzend Rechtsradikale mit Ketten und Messern auf Erntehelfer aus Polen und Äthiopien losgehen.

Luckenwalde / Sachsen: Vier Skins schlagen ein Ghanaer auf den Boden

Leipzig / Sachsen: Ein Vietnamese wird schwer verletzt, als drei Neonazis in seine Wohnung eindringen und mit Baseballschlägern auf ihn einschlagen.

Ohne weitere Angaben nennt der Stern vom 27.8.92 für den August 92 in folgenden Städten Überfälle auf Asylbewerberheime:

Gohlis

Oschersleben

Pretzsch

Jessern

Bärenklau

Lübbenau

Bitterfeld

Buchholz

Vetschau

Osterburg

Dergentin Kreis Perleberg / Brandenburg, 9.8.92: 50 Maskierte stürmen mit Knüppeln und Schlagringen ein Ausländerwohnheim und schlagen auf die Bewohner ein. Zehn werden verletzt, einer davon schwer. Mehrere Personen werden festgenommen.

Markranstädt / Sachsen, 8.8.92: Rund 50 Jugendliche greifen eine Asylbewerberheim mit Brandsätzen an. Mehrere kleine Brände können gelöscht werden.

Rudolstadt / Thüringen, 15.8.92: Eine verbotene Heß-Gedenkdemonstration wird trotz Verbot ungehindert durchgeführt. Antifaschisten werden durch massives Polizeiaufgebot behindert (siehe letzter AK).

Spremberg / Brandenburg, 19.8.92: Jugendliche feuern bei einem Überfall auf das Asylbewerberheim mehrere Schüsse ab.

Elsterwerda / Brandenburg, 19.8.92: Acht Jugendliche bewerfen ein Asylbewerberheim mit Steinen und rufen Parolen.

Dresden / Sachsen, 24.8.1992: Ein Überfall bewaffneter Skins auf ein Wohnheim polnischer Arbeiter wird von Polizei abgewehrt.

Dresden / Sachsen, 25.8.1992: Ein Brandsatz wird auf ein Flüchtlingsheim geworfen. "Bürger Dresdens, wehrt Euch!" ist die Überschrift eines anonymen Flugblatts, das zum Pogrom auffordert: "Wollen wir warten, bis noch mehr passiert?" und seit Wochen mobilisiert eine "Bürgerinitiative" gegen ein Flüchtlingsheim, das betuchten Dresdner Villenbesitzern vor die Nase gesetzt wurde.

Eberswalde / Brandenburg, 26. August 1992: Etwa 400 Polizisten und Bundesgrenzschützer sicherten Asylbewerberheim und Öffentlichkeit, als die "Nationalistische Front" in einem Flugblatt zu einer Demonstration gegen eine Radio-Direktübertragung vom Marktplatz in Eberswalde aufgerufen hatte. Zwar wurde die Radiosendung ins Landratsamt verlegt, die 100 Nazis aber konnte kein Unheil anrichten. 40 von ihnen wurden kurzzeitig festgenommen.

27. August 1992

Cottbus / Brandenburg: 200 Randalierer starten einen Angriff auf das Cottbuser Asylbewerberheim.

Schwanefeld / Sachsen-Anhalt: Rechtsradikale überfallen mit Steinen und Leuchtraketen ein Asylbewerberheim.

München / Bayern: 15 Grabsteine auf dem Israelitischen Friedhof in München wurden umgeworfen. Motive werden als "unklar" bezeichnet.

Stendal, Sachsen-Anhalt: 50 Jugendliche versuchen, die Polizeisperre zum Asylbewerberheim mit Baseballschlägern und Brandflaschen zu durchbrechen. 17 Festnahmen; die meisten Täter sind vorbestraft.

28. August 1992

Eisenhüttenstadt / Brandenburg: 20 Jugendliche gehen mit Baseballschlägern und Steinen gegen Polizisten vor. Eine Festnahme, sieben verletzte Polizisten, ein Streifenwagen wird beschädigt.

Saarlouis / Saarland: Angriff auf eine Asylbewerberunterkunft. Ein Brandsatz setzt eine Küche in Brand, die Feuerwehr kann löschen.

Bad Lauterberg / Niedersachsen: Angriff auf eine Asylbewerberunterkunft. Ein Teil der Inneneinrichtung wird durch einen Brandsatz verbrannt.

Greifswald / Mecklenburg-Vorpommern: 25 Jugendliche greifen trotz Polizei eine Unterkunft mit Brandflaschen und Steinen an. Vier Jugendliche werden festgenommen.

Oschersleben / Sachsen-Anhalt: Auseinandersetzungen von 100 Jugendlichen mit der Polizei. Die Jugendlichen wollen zum Asylbewerberheim durchbrechen, Brandsätze werden geworfen. 17 Festnahmen.

Ilbesheim / Rheinland-Pfalz: Ein Brandsatz wird gegen das Asylbewerberheim geworfen. Der 18jährige Täter gesteht eine Woche später.

Cottbus / Brandenburg: Etwa 180 rechtsradikale Jugendliche gröhlen Naziparolen vor dem Asylbewerberheim (Wiederholung der Angriffe vom Vortag). 15 Festnahmen.

29. August 1992

Eisenhüttenstadt / Brandenburg: Ein Gebäudeteil des Asylbewerberheims wurde in Brand gesteckt und zerstört. Die Insassen konnten sich mit Hilfe Polizei in Sicherheit (?) bringen.

Holzhausen b. Leipzig /Sachsen: Etwa 20 Rechtsradikale überfallen ein Zeltlager des dortigen Asylbewerberheims und brennen es ab.

Markkleeberg / Sachsen: Jugendliche schleudern drei Brandflaschen über den Zaun vor einer Unterkunft für 200 Sinti und Roma. Es wurde niemand verletzt.

Spremberg / Brandenburg: 20 Jugendliche randalieren durch die Stadt und schlagen die Scheiben eines China-Restaurants ein. Spremberg gilt als ein Zentrum der "Deutschen Alternative"

Potsdam-Babelsberg / Brandenburg: Ein Asylbewerber aus Ghana wird von mehreren Jugendlichen geschlagen und beraubt. Er kann sich losreisen und in seine Unterkunft flüchten.

Lübbenau / Brandenburg: Die Asylbewerberheime in Lübbenau wurden von Jugendlichen mit Flaschen und Steinen angegriffen.

Zielitz / Sachsen-Anhalt: Skins greifen mit Steinen und Molotowcocktails die Unterkunft an.

Henningen / Sachsen-Anhalt: Zwölf Skins überfallen das Asylbewerberheim und werfen Steine.

Sömmerda / Thüringen: Angriff auf das dortige Asylbewerberheim

Eisenach / Sachsen-Anhalt: Angriff mit Brandsätzen auf das Asylbewerberheim.

Dessau / Sachsen-Anhalt: Jugendliche werden von der Polizei festgenommen, die mit ausländerfeindlichen Parolen zum Flüchtlingsheim ziehen wollen.

Neubrandenburg / Mecklenburg-Vorpommern: Etwa 30 Rechtsradikale schleudern Molotowcocktails in eine Unterkunft. Wachleute können das Feuer löschen. Mit Hilfe von Anwohnern können etwa zehn Täter festgenommen werden (!)

Schwerin / Mecklenbrug-Vorpommern: Vier von 60 Jugendlichen werden festgenommen, als sie auf Polizisten losgehen, die eine Unterkunft schützen.

Wismar / Mecklenburg-Vorpommern: Mehrere Jugendliche greifen zwei Asylbewerber an einer Tankstelle an und verletzen sie.

Wittenberge, Kreis Perleberg / Brandenburg: Polizei verhindert einen Angriff von 40 Rechtsradikalen auf eine Asylbewerberunterkunft.

Großbieberau / Hessen: 15 bis 17 Schüsse werden auf das örtliche Asylbewerberheim abgegeben; keine Verletzten

Pöttmes bei Augsburg / Bayern: Schüsse aus einem Auto werden auf das Asylbewerberheim abgefeuert. Es wurde niemand verletzt.

Hanau / Hessen: Unbekannte werfen einen Brandsatz über den Zaun der Asylbewerberunterkunft. Die Anwohner können den Brand im Vorgarten löschen.

30. August 1992

Eisenhüttenstadt / Brandenburg: 50 bis 60 Angreifer auf das Asylbewerberheim werden durch Gespräche von der Polizei von ihrem Vorhaben abgebracht.

Berlin: Das Mahnmal für die deportierten Juden an der Putlitzbrücke im Bezirk Tiergarten wurde durch einen Sprengkörper schwer beschädigt.

Cottbus / Brandenburg: Dritter Angriff in Folge auf das Asylbewerberheim. Steine und Brandflaschen werden eingesetzt, ein Auto abgefackelt. Mit einem Schreckschußrevolver wird eine Journalistin im Gesicht verletzt. 28 Personen werden vorläufig festgenommen.

Weitere Ausschreitungen in:

Schwerin

Kunrau

Berlin-Lichtenberg

Neubrandenburg

31. August 1992

Lindenthal b. Leipzig / Sachsen: Ein Auto wird vor der Unterkunft angezündet und unbekannte Täter werfen mit Steinen auf eine Unterkunft. In dieser Unterkunft wohnen Rumänen, deren Zelte in Holzhausen nur zwei Tage zuvor einem Brandanschlag zum Opfer fielen.

Greifswald / Mecklenburg-Vorpommern: Starke Polizeikräfte verhindern Ausschreitungen gegen eine Unterkunft im Stadtteil Ladebow.

Cottbus / Brandenburg: Polizei hält Krawallmacher zurück. Diese gehen organisiert vor, setzen PKW und CB-Funk ein.

Vetschau b. Cottbus / Brandenburg: Zehn Rechtsradikale schleudern Pflastersteine gegen ein Asylbewerberheim. Als die 20 Bewohner sich bewaffnen und gegen die Angreifen vorgehen wollen, werden sie von der Polizei "beruhigt" und zur Rückkehr ins Wohnheim bewogen.

Lübz / Mecklenburg-Vorpommern: Zehn Rechtsradikale werfen Brandsätze und Steine auf eine Unterkunft.

1. September 1992

Flöha b. Cottbus / Sachsen: 200 Jugendliche aus der rechten Szene greifen mit Steinen und Brandsätzen eine Unterkunft von 150 Asylbewerbern an. Zwei Polizisten werden verletzt, 18 Personen vorübergehend festgenommen.

Spremberg / Brandenburg: Zwei Festnahmen von jungen Männern, die Brandsätze auf ein Asylbewerberheim werfen.

Cottbus / Brandenburg: Erneut versammeln sich 100 Jugendliche vor dem Asylbewerberheim in Cottbus-Sachsendorf. "Sicherheitskräfte" verhindern Krawalle.

2. September 1992

Ketzin b. Potsdam / Brandenburg: Mehrere Männer brennen ein Asylbewerberheim nieder, dessen 44 Bewohner, darunter Frauen und Kinder, sich nur in panikartiger Flucht retten können. Zwei Tatverdächtige, nach Polizeiangaben weder Skinheads noch Rechtsradikale werden festgenommen. Ministerpräsident Stolpe sprach von einem Mordversuch.

Erfurt / Thüringen: Ein Ausländerwohnheim für Vietnamesen wird mit Steinen und Leuchtgeschossen angegriffen. Die Täter sollen der rechtsradikalen Szene zuzuordnen sein.

Bernsdorf b. Uckermünde / Mecklenburg-Vorpommern: Die Fensterscheiben des Asylbewerberheims werden eingeworfen.

Berlin: Zwei Männer werden festgenommen, weil sie angeblich einen Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim in Hohenschönhausen verübt haben.

Oschersleben / Sachsen-Anhalt: Zwei Täter werfen Brandsätze in eine Flüchtlingsunterkunft. Der Brand kann gelöscht werden.

Blankenburg / Thüringen: Zwei Autos werden vor einem Heim für Asylbewerber angezündet.

Weiter Anschläge in:

Göttingen / Niedersachsen

Düsseldorf / Nordrhein-Westfalen

Nordheim

Bad Krozingen

3. September 1992

Northeim / Niedersachsen: Vor zwei Asylbewerberunterkünften in Northeim werden eine Reihe von Autos demoliert. Zumindest einer der Täter wurde als Skin beschrieben. Eine Flasche (Brandsatz?) wurde auf eine Tür geworfen, die schwer beschädigt wurde.

Nörten-Hardenberg / Niedersachsen: Mehrere Flaschen werden durch die Fenster einer türkischen Familie geworfen. Keine Verletzten.

Leverkusen / Nordrhein-Westfalen: Brandanschlag auf eine Unterkunft für Aussiedler aus Osteuropa. Ein leerer Container brannte aus, ein zweiter Brandsatz landete zwischen zwei Wohnungen, wo er gelöscht werden konnte.

Eisenhüttenstadt / Brandenburg: 40 bis 60 Rechtsradikale versuchen, das zentrale Aufnahmelager zu stürmen. Es gibt eine zweistündige Straßenschlacht mit 200 Polizisten. Drei Festnahmen.

Biesenthal / Brandenburg: Eine unbewohnte Holzbaracke auf dem Gelände des Asylbewerberheims wird abgebrannt. Täter unbekannt.

Lübben / Brandenburg: Brandanschlag auf das Asylbewerberheim. Die Flammen können unter Kontrolle gebracht werden. Die Täter entkommen.

4. September 1992

Lübbenau / Brandenburg: 100 Rechtsradikale versuchen, das Asylbewerberheim zu stürmen. Nach drei Stunden hatte die Polizei 18 Täter festgenommen und die Angreifer abgewehrt.

Prenzlau / Brandenburg: 50 Personen verhindern die Unterbringung von Asylbewerbern in einer Schule. Der Bus wird durch Steinwürfe beschädigt.

Chemnitz / Sachsen: Brandsatz auf die Zentrale Ausländerbehörde.

Berlin: Schändung des jüdischen Friedhofs in Weißensee

Steine gegen Unterkünfte in:

Gandow-Lenzen / Brandenburg

Kremmen / Brandenburg

Wernigeroge / Sachsen-Anhalt

Hettstedt / Sachsen-Anhalt

5. September 1992

Gelnhausen / Hessen: Sechs junge Männer im Alter von 19 bis 23 Jahren aus Gründau sollen einen Brandanschlag auf die Asylbewerberunterkunft in der Gelnhausener Coleman-Kaserne geplant haben. Gegen fünf von ihnen wurde Haftbefehl erlassen. Ihnen wird versuchter Mord sowie schwere Brandstiftung vorgeworfen.

Eisenhüttenstadt / Brandenburg: 150 Randalierer werden von Bundesgrenzschutz und Polizei beim Angriff auf das zentrale Aufnahmelagers in Brandenburg abgedrängt. Dies war die dritte Krawallnacht in Folge. 17 Festnahmen.

Brandenburg - weitere Anschläge in:

Guben

Prenzlau

Lychen

Wittenberge

Wittstock

Bernau

Groß Schönebeck

Berlin: Bei umfangreichen Razzien in Berlin um das Asylbewerberheim in Hohenschönhausen werden 570 Personen aus dem "rechten und linken Spektrum" kontrolliert, elf Festnahmen (unklar, welcher Art)

Wernigerode / Sachsen-Anhalt: Fensterscheiben einer Asylbewerberunterkunft werden von etwa 30 Personen eingeworfen. Die Polizei wird mit Steinen attackiert.

Mansfeld / Sachsen-Anhalt: 20 Personen bedrohen ein Asylbewerberheim durch Parolen etc.

Hannover / Niedersachsen: Aus einer Gruppe von 70 Skins wird ein Passant überfallen und mit Gaspatronen beschossen. Auf der Flucht vor der Polizei wird ein Auto beschädigt. 14 Festnahmen, darunter auch vier mutmaßliche Schläger.

Greifswald / Mecklenburg-Vorpommern: Ein ehemaliges Kinderheim brennt ab, das als Asylbewerberunterkunft hergerichtet werden sollte.

Trassenheide b. Wolgast: 15 Jugendliche werden festgenommen, als sich 40 offenbar gewaltbereite Jugendliche versammeln.

Pritzier / Mecklenburg-Vorpommern: 30 mit Knüppeln bewaffnete Jugendliche erscheinen vor dem Flüchtlingsheim und warfen Brandsätze. Das Heim war vorsorglich evakuiert worden.

Hamminkeln, Kreis Wesel / Niedersachsen: Zwei Asylbewerber werden von etwa 20 Skins zusammengeschlagen und beraubt. Vermutlich dieselbe Gruppe griff daraufhin ein Asylbewerberheim an.

Engelsberg / Bayern: In der Nacht zum 6.9. werden drei Asylbewerber verletzt, als ein Brandsatz in eine Unterkunft geworfen wird. Die Unterkunft brannte teilweise aus.

6. September 1992

Halle / Sachsen: Brandanschläge auf zwei Wohnungen von Vietnamesen in Halle. In einem Fall hatten die Täter neun Brandsätze in eine Wohnung in der Merseburger Straße geworfen und einen vor die Tür. Festgenommen wurden sieben jugendliche Tatverdächtige im Alter zwischen 16 und 19 Jahren, bei denen Schreckschußrevolver, Baseballschläger, ein Schlagstock, ein Axtstiel und ein Stahlrohr sichergestellt wurden. Gegen sechs der Jugendlichen wurde Haftbefehl erlassen, allen sieben wird versuchter Mord, schwere Brandstiftung, Sprengstoffbesitz und schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. Bei dem Anschlag in der Mersebruger Straße mußten fünf Kinder, die nicht in den angegriffenen Wohnungen wohnten, wegen Rauchvergiftung im Krankenhaus behandelt werden; unklar ist noch, ob die sieben Festgenommenen auch für den zweiten Anschlag in dieser Nacht verantwortlich sind, wo bei einem Anschlag in der Dieskauer Straße eine Vietnamesin schwere Brandverletzungen und Füßen und Unterschenkeln erlitten hatte.

Eisenhüttenstadt / Brandenburg: 24 Randalierer werden festgenommen, als sie Polizisten , die ein Asylbewerberheim schützten, mit Steinen und Brandsätzen bewerfen

Alfter b. Bonn / Nordrhein-Westfalen: Schüsse durch das Fenster ein Wohnung von Asylbewerbern

Karlsruhe / Baden-Württembegr: Versuchter Brandanschlag

bei Freiburg / Baden-Württemberg: Zwei mutmaßliche Täter werden gefaßt, die versucht hatten, eine Asylbewerberunterkunft anzuzünden

7. September 1992

Rösrath b. Köln / Nordrhein-Westfalen: Brandsätze auf eine Unterkunft; ein Molli, der durch ein Fenster fliegt, kann gelöscht werden

Quedlinburg / Sachsen-Anhalt: Etwa 40 bis 50 Jugendliche griffen eine Asylbewerberunterkunft mit Molotowcocktails, Feuerwerkskörpern und Steinen an. Mehrere Fensterscheiben und drei PKWs wurden demoliert. Etwa 50 Anwohner klatschten Beifall. Die Polizei brauchte drei Stunden, um die Ruhe wieder herzustellen. Eine Person wurde festgenommen, gegen drei Jugendliche Strafanzeige gestellt.

Boizenburg-Bahlen / Mecklenburg: Zwei Männer verüben einen Brandanschlag auf eine Unterkunft. Der Brandsatz entzündet sich nicht, die Täter entkommen.

Anklam / Mecklenburg-Vorpommern: Fünf Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf die Giebelwand einer Unterkunft. Der Brandsatz zündet nicht.

Mühlheim/Ruhr / Nordrhein-Westfalen: Unbekannte Täter werfen eine Übungshandgranate durch ein geöffnetes Fenster einer Unterkunft. Angeblich richtete die Granate "kaum Schaden" an.

Marktredwitz bei Wunsiedel / Bayern: Brandanschlag auf eine Unterkunft von 72 Personen. Offensichtlich - so die Polizei - sei der Molotowcocktail beim Anzünden zu Boden gefallen und deshalb abgebrannt, ohne Schaden anzurichten.

8. September 1992

Pankow / Ostberlin: Zwei unbekannte Täter fackeln vor einer Unterkunft zwei Autos ab. Das Feuer kann gelöscht werden, die Angreifer flüchten.

Schulzendorf, Kreis Königs-Wusterhausen / Brandenburg: Unbekannte Täter stecken zwei Autos von Asylbewerbern in Brand. Einer der Wagen brennt vollständig aus. Die Täter können fliehen.

Hamburg: Unbekannte Täter verübten in Hamburg Barmbek einen Brandanschlag auf die Erweiterungsbaustelle eines Containerdorfes. Die dort schon lebenden Asyslbewerber hatten von dem Anschlag nichts bemerkt.

Fritscheschdorf / Mecklenburg-Vorpommern: Steine auf eine Unterkunft von Asylbewerbern.

Quedlinburg / Sachsen-Anhalt: Erneuter Angriff von 50 Jugendlichen auf das Flüchtlingsheim in Quedlinburg. Zwei Brandflaschen, elf Festnahmen.

Waren / Mecklenburg-Vorpommern: Ein Stein fliegt in das Asylbewerberheim, das Bundespräsident von Weizsäcker erst am Sonntag zuvor demonstrativ besucht hatte. Keine Verletzten.

Hilden b. Düsseldorf / Nordrhein-Westfalen: Sechs Skinheads werden festgenommen, nachdem zuvor Angriffe gegen im Bau befindliche Unterkünfte für Asylbewerber gemeldet wurden.

Geisa / Thüringen: Zwei Jugendliche bewerfen das Asylbewerberheim mit handtellergroßen Steinen und flüchten in einem Auto.

9. September 1992

Stebnitz / Sachsen: Ein Auto eines Asylbewerbers wird in Brand gesteckt.

Quedlinburg / Sachsen-Anhalt: Erneut Randale von 100 Jugendlichen am Asylbewerheim, begleitet von 200 applaudierenden Anwohnern. Brandsätze und Steine fliegen. 71 Festnahmen (14 bis 25 Jahre), darunter zwei bekannte Rechte, die per Haftbefehl gesucht werden. Die Rechten sind dabei gut organisiert: Über CB-Funk werden ihre Aktionen koordiniert, mehrere Kuriere sind unterwegs. Bis zu 500 Clacqeure kommen in dieser Nacht nicht auf ihre Kosten.

Stendal / Sachsen-Anhalt: Vier Rechtsradikale dringen in eine Schulklasse für lernbehinderte Kinder ein, bedrohen die Lehrerin, erkundigen sich nach der Meinung zu Ausländern und schlagen auf die Behinderten ein. Zwei Schülerinnen wurden schwer verletzt, ein Täter festgenommen.

Greifswald / Mecklenburg-Vorpommern: Fünf vermummte werfen Brandsätze auf eine Unterkunft. Kein Schaden.

Güstrow-Buckhorst / Mecklenburg-Vorpommern: Etwa zehn Unbekannte werfen Steine und andere Wurfgeschosse auf ein Flüchtlingsheim

11. September 1992

Quedlinburg / Sachsen-Anhalt: Die Polizei greift nicht ein, als erneut Rechtsradikale das Asylbewerberheim stürmen wollen. Diesmal hatten sich demokratische Bürger schützend vor das Haus gestellt, nachdem schon in den Nächten zuvor u.a. der Quedlinburger Bürgermeister sich den Jugendlichen entgegengestellt hatte. Die Polizei griff erst ein, als die Rechtsradikalen die Schützer durch Steine verjagt hatten. Ein früheres Eingreifen,

so der Einsatzleiter, hätte nur zur Eskalation beigetragen (sic!). 42 Rechtsradikale werden festgenommen. Wie Innenminister Perschau mitteilte, sollen sie mehrheitlich aus der rechten Szene stammen.

12. September 1992

Quedlinburg / Sachsen-Anhalt: Mehrere Hundertschaften "begleiten" eine antifaschistische Demonstration mit 300 Teilnehmern zum Asylbewerberheim, um es zu schützen. "Quedlinburger Jugendliche" können Steine auf die Antifaschisten werfen, es kommt zu Auseinandersetzungen. Die Polizei vermeldet 20 Festnahmen (u.a. wegen "Vermummung" - wahrscheinlich wurden also Antirassisten festgenommen) und die Beschlagnahmung von "Waffen".

14. Das Auge des Gesetzes: Täter - Festnahmen - Anklagen - Urteile

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:09

Wie die Polizei mitteilte, wurden bei den Ausschreitungen in Rostock insgesamt 290 Personen festgenommen. In 400 bis 500 Fällen werde ermittelt, wobei diese Zahl noch weiter ansteige, da die Rostocker Staatsanwaltschaft zur Zeit die Polizeivideos sichte. Besonders peinlich für die Polizei ist dabei, daß angeblich gerade in der Nacht der Mordanschläge der Camcorder des Dokumentationstrupps durch Steinwürfe beschädigt worden sein soll. Peinlich ist dies in zweierlei Hinsicht: Zum einen gibt die Polizei damit zu, das Geschehen beobachtet zu haben, was der These von der Wachablösung widerspricht; zum andern stellt sie sich und ihrem hochgelobten Spezialtrupp natürlich ein polizeitaktisches Armutszeugnis aus. Mittlerweile werden Fernsehaufnahmen zur Auswertung herangezogen. Ein Abschlußbericht über die polizeilichen Ermittlungen sei in etwa 3 Monaten zu erwarten. Insgesamt ergingen 32 Haftbefehle, darunter zwei wegen des Verdachts auf versuchten Mord, die meisten wegen schweren Landfriedensbruchs.

In diesen Zahlen sind aber auch die festgenommenen Antirassisten enthalten: So wurden in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch zwischen 22 und 30 Antirassisten aus Berlin, Strausberg und Hamburg festgenommen, meist aus ihren Autos heraus, und bis zu 30 Stunden ohne Nahrung festgehalten. Gegen vier von ihnen ist bereits Haftbefehl wegen schweren Landfriedensbruchs erlassen worden. Überhaupt ist dieses Verhalten gegenüber Antifaschisten typisch. Wo sich gegen die Pogrome Widerstand organisiert, ist die Polizei sofort massiv präsent und nimmt insbesondere "vermummte" und "bewaffnete" Linke fest. Dabei ist sie - wie in Quedlinburg - nicht zur Stelle, wenn rechtsradikale Jugendliche mit Steinen auf Antifaschisten losgehen. Ein Eingriff der Polizei findet erst statt, als die Rechten Gefahr laufen, selbst verprügelt zu werden.

Zur Frage, ob die Krawalle "hausgemacht" gewesen seien (also von Rassisten aus Mecklenburg-Vorpommern und besonders Rostock angezettelt wurden), oder ob überregional operierende Nazi-Kader mitgemischt hätten, ergaben sich bisher nur wenige konkrete Hinweise: So tauchte in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag (Montagabend brannte das Asylbewerberheim) ein Flugblatt der "Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" auf, in dem den "Kameraden" die Vermittlung von Rechtsbeistand unter Bremer Postfach- und Telefaxnummern angeboten wurden. Diese "Hilfsgemeinschaft ..." (HNG) ist eine im Umfeld der offen nazistischen Banden operierende Gruppe, die - mit wenigen Ausnahmen - alle nazistischen Straftäter "betreut". Und während die Behauptung, Neonazi Worch sei schon in der Nacht von Sonntag auf Montag (die zweite Pogromnacht) in Rostock gesehen worden, vom Hamburger VS-Chef Uhrlau vehement dementiert wurde, fehlte ein gleiches Dementi für die dritte Nacht. Also - so die Schlußfolgerung - war Christian Worch, Chef der "Nationalen Liste" aus Hamburg und einer der Führer der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front", tatsächlich "vor Ort". Ein Auto, das ihm gehört, war von Zeugen als Funk-"Einsatzleitung" der Nazis in Rostock identifiziert worden. Zu klären ist auch die Rolle der "Deutschen Volksunion", deren Rostocker Aktivist nach eigenem Bekunden "in allen Nächten" auf der Straße gewesen sei (war er einer der Klatschenden?) und deren Propaganda seit Wochen eine Pogromstimmung insbesondere gegen Roma verbreitet (siehe Artikel zur DVU-Propaganda in diesem AK).

Mittlerweile sind in beschleunigten Verfahren mehrere Urteile ergangen, wobei zwei Jugendstrafen (zweiwöchiger Jugendarrest) durch die U-Haft verbüßt sind, in einem weiteren Fall wurde eine neun-monatige Jugendstrafe ohne Bewährung gegen einen 18jährigen Rostocker ausgesprochen. Schon vorher war ein Jugendlicher zu einem Jahr mit Bewährung und ein weiterer zu Arrest verurteilt worden. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, wolle sie sich die Frage der Revision überlegen und erst einmal weitere Urteile abwarten.

Die bisherigen Urteile lagen weit unter dem von ihr geforderten Strafmaß. Kurz vor Redaktionsschluß wurde die erste Haftstrafe gegen einen Erwachsenen erlassen: 9 Monate gegen einen 34 jährigen Mann.

Wie die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" meldete, saßen am 9.9.92 in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) neun mutmaßliche rechtsradikale Gewalttäter hinter Gittern, in Schwerin fünf. Am 11.9.92 wurden in Brandenburg acht Rechtsradikale zu Jugendstrafen auf Bewährung verurteilt, weil sie im August 1991 das Wohnlager Schwarze Pumpe in Spremberg in Brand gesteckt hatten (Spremberg gilt als ein

Zentrum der "Deutschen Alternative" und liegt bei Hoyerswerda). In Sachsen sitzen zur Zeit 54 Personen wegen rechtsradikaler Straftaten in Untersuchungshaft.

Im folgenden eine Aufstellung über weitere Festnahmen im Zusammenhang mit Pogromen. In den meisten Fällen befinden sich die Festgenommenen längst wieder auf freiem Fuß. Wo die Pressemeldungen eindeutig auf Haftbefehle schließen lassen, ist dies dementsprechend formuliert, wobei natürlich unklar ist, ob in jedem Fall U-Haft noch besteht.

Schwerin: Als Anstifter zu schwerem Landfriedensbruch und Brandstiftung wird ein NPD-Funktionär verhaftet. Er soll am 31.7.92 40 Jugendliche zu einem Überfall auf das Asylbewerberheim in Boizenburg/Mecklenburg angestachelt haben.

Ostfildern-Kemnat/Baden-Württem-berg, 10.7.92: Gegen fünf von sieben Tätern - allesamt stadt- und polizeibekannte Skinheads, als "Rädelsführer" besonders gewaltbereit etc. - werden Haftbefehle erwirkt, nachdem drei von ihnen in ein Arbeiterwohnheim eingedrungen waren und einen Jugoslawen erschlagen sowie einen zweiten schwer verletzt hatten.

Eberswalde/Brandenburg, 10.7.92: In einem "beschleunigten Verfahren" wird einer der Skinheads, die als Zeugen vernommen wurden, wegen Hakenkreuz-Tragens zu 1.200 DM Geldstrafe verurteilt.

Plessow b. Potsdam/Brandenburg, 15.7.92: Zehn bis zwölf Skinheads mit Ketten und Messern überfallen ein Erntelager von Polen, Tschechoslowaken und Äthiopiern. Sechs werden vorläufig festgenommen, die Waffen sichergestellt.

Hamburg-Sinstorf, 17.7.92: Eine rechtsradikale Skin-Bande von zwölf Personen im Alter zwischen 17 und 20 Jahren wurde ausgehoben. Sie hatte kiloweise Nazi-Material gehortet und seit dem Herbst 1991 eine ganze Serie von Brandanschlägen verübt und dabei Aufkleber der FAP verklebt. Allein dreimal griffen sie das Asylheim in Rönneberg an.

Biebelsheim/Hessen, 23.7.92: Die Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach stellt Ermittlungsverfahren gegen Nazis ein, die mehrfach ein "Denkmal für Adolf Hitler" gefordert hatten, die "Auschwitzlüge" in der Öffentlichkeit verbreiteten etc., weil die "Äußerungen keinen bestimmten Personen zuzuordnen seien". Lediglich im Falle eines Ritterkreuzträgers werde weiter ermittelt. Er hatte das Original-Ritterkreuz mit Hakenkreuz präsentiert.

Erfurt/Thüringen, 24.7.92: Als Täter der antisemitischen Vorfälle gegen den verstorbenen Heinz Galinski an der Erfurter Synagoge wird ein einschlägig als rechtsradikal bekannter junger Mann aus Weimar ermittelt. Er weigert sich, seine drei Mittäter anzugeben.

Berlin, 29.7.92: Ein 29jähriger aus dem "rechtsextremen Umfeld" wurde wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstand zu fünf Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Er hatte einem Türken im Februar 1991 mit einem Messer in den Bauch gestochen. Der Fall - so der Richter - läge an der Grenze zum versuchten Totschlag.

Dergentin, Krs. Perleberg/Brandenburg, 9.8.92: Mehrere Festnahmen, als 50 maskierte Männer mit Knüppel und Schlagringen eine Ausländerunterkunft stürmen und zehn Bewohner verletzen, einen davon schwer.

Buchholz/Niedersachsen, 13.8.92: Vier Skinheads im Alter von 16 bis 26 Jahren werden festgenommen. Sie gestanden drei Sprengstoffanschläge. Sie hatten außerdem Sprengstoffanschläge auf das Eigentum von Ausländern geplant. Gegen den 26 Jahre alten Haupttäter wurde schon wegen Brandstiftung auf ein Asylbewerberheim im Juli ermittelt. Bis auf den 16jährigen kamen die übrigen in U-Haft.

Eberswalde/Brandenburg, 19.8.92: Bei einer Antirassistischen Demonstration anläßlich des Prozesses gegen Skinheads, die den Angolaner Amadeu Antonio getötet hatten, kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Antirassisten und Skinheads, in deren Verlauf die Polizei auf die Antirassisten losgeht: Drei Personen wurden vorläufig festgenommen, gegen die Anzeigen wegen schweren Landfriedensbruchs, Widerstands in besonders schwerem Fall, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Sachbeschädigung vorlägen. Wohlgemerkt: Gegen Antirassisten!

Düsseldorf/Nordrhein-Westfalen, 25.8.92: Die Haftbefehle gegen zwei Skinheads, die im Mai ein Asylbewerberheim in Solingen überfallen und mit Stöcken auf tamilische Flüchtlinge eingeprügelt hatten,

werden aufrecht erhalten. Es bestehe Fluchtgefahr und die beiden Skins (20 und 25 Jahre alt) hätten erhebliche Freiheitsstrafen ohne Bewährung zu erwarten.

Geldern/Nordrhein-Westfalen, 26.8.92: Ein besoffener deutscher Bewohner einer Kellerwohnung in einem von Asylbewerbern bewohnten Haus hat dieses in Brand gesteckt, ums sich "an der Stadt Geldern zu rächen".

Cottbus/Brandenburg, 28.8.92: 15 Festnahmen von Rechtsradikalen, die ein Asylbewerberheim angreifen.

Stendal/Sachsen-Anhalt, 28.8.92:

17 Jugendliche werden festgenommen, als sie ein Asylbewerberheim angreifen wollen.

Eisenhüttenstadt/Brandenburg, 28.8.92: Eine Festnahme, als Jugendliche mit Steinen und Baseballschlägern auf Polizisten losgehen und einen Funkstreifenwagen beschädigen

Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern, 28.8.92: Vier Jugendliche, die ein Asylbewerberheim angreifen, werden festgenommen.

Oschersleben/Thüringen, 28.8.92: 12 Festnahmen bei einem Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft.

Wochenende, 29./30.8.: Bei Krawallen in mindestens 15 Städten wurden etwa 30 rechtsradikale Personen festgenommen, wobei die Polizeistatistik die 90 Festnahmen von der Demonstration in Rostock auf ihr Anti-Krawall-Konto bucht.

Brandenburg/Brandenburg, 29.8.92: Zehn von etwa 30 Rechtsradikalen werden mit Hilfe von Anwohnern (!) festgenommen, als sie eine Asylbewerberunterkunft mit Molotowcocktails überfallen.

Schwerin/Mecklenburg-Vorpommern, 29.8.92: Vier Täter werden festgenommen, als sie mit Steinen auf Polizisten losgehen, die ein Asylbewerberheim schützen.

Dessau/Sachsen-Anhalt, 29.8.92: Jugendliche werden festgenommen, als sie mit ausländerfeindlichen Parolen zum Flüchtlingsheim ziehen wollen.

Cottbus/Brandenburg, 30.8.92: 28 von ca. 150 Randalierern, die mit Steinen, Brandflaschen und Schreckschußpistolen eine Asylbewerberunterkunft angreifen, werden vorläufig festgenommen.

Spremberg b. Cottbus/Brandenburg, 31.8.92: Drei Jugendliche aus dem Kreis Hoyerswerda werden festgenommen, die aus einem Trabant heraus Rauchbomben auf ein Asylbewerberheim geworfen hatten. Die Hinweise kamen "aus der Bevölkerung".

Hamburg, 1.9.92: Wegen gefährlicher Körperverletzung wurde in Hamburg-Bergedorf der Nazi-Skin Markus H. (22) zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die geständigen Mitangeklagten, die teilweise auch schon Schmerzensgeld gezahlt hatten, Christian O. (21) und Christian H. (20), erhielten zwei Jahre Jugendstrafe auf Bewährung sowie Arbeitsleistungen im Krankenhaus. Die drei hatten gemeinsam am 20. Juli 1991 in einer Bergedorfer Kneipe eine Schlägerei mit Türken angefangen und auf der Straße dann mit eisenbewehrten Stiefeln auf eines ihrer Opfer eingetreten. Das Opfer erlitt schwere Verletzungen und wurde auf die Intensivstation eingeliefert. Markus H. bestritt bis zuletzt die Tat. Ihm werden Kontakte zur nazistischen "Nationalen Liste" um Christian Worch nachgesagt; sein Verteidiger war der einschlägig bekannte Nazi Jürgen Rieger.

Spremberg/Brandenburg, 1.9.92: Zwei Festnahmen von jungen Männern, die Brandsätze auf ein Asylbewerberheim werfen.

Flöha b. Cottbus/Sachsen, 1.9.92:

18 vorübergehende Festnahmen, als etwa 200 rechte Jugendliche ein Asylbewerberheim angreifen und zwei Polizisten verletzen.

Ketzin b. Potsdam/Brandenburg, 2.9.92: Zwei tatverdächtige Männer werden festgenommen; sie sollen ein Asylbewerberheim abgebrannt haben, in dem 44 Personen sich nur durch panikartige Flucht retten konnten. In diesem Fall sprach Ministerpräsident Stolpe von einem Mordversuch. Die beiden gestehen die Tat und haben mit einer Anklage wegen Mordversuchs und schwerer Brandstiftung zu rechnen. Da die beiden 20 Jahre alt

sind, muß noch darüber entschieden werden, ob auf die beiden das Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht angewandt wird.

Berlin, 2.9.92: Zwei Männer werden festgenommen mit der Beschuldigung, ein Ausländerwohnheim in Hohenschönhausen angezündet zu haben.

München/Bayern, 2.9.92: Ein Lager mit Ausrüstungsstücken (Armeekleidung, Gasmasken, Stahlhelme und Messer) wird ausgehoben. Drei Jugendliche - mutmaßlich der rechten Szene zuzuordnen - werden festgenommen (einer 14 Jahre, die anderen 16 Jahre alt).

Ilbesheim/Rheinland-Pfalz, 3.9.92: Ein 18jähriger hat gestanden, einen Brandsatz gegen das Asylbewerberheim geworfen zu haben. Er wird der Neonazi-Szene zugerechnet.

Berlin, 3.9.92: Die Berliner Polizei gibt die Festnahme von sieben Personen bekannt, die für eine Serie von Brandanschlägen gegen Ausländer verantwortlich sein sollen. Zwei Männer hätten zugegeben, im August und September versucht zu haben, ein von Vietnamesen bewohntes Heim in Hohenschönhausen in Brand zu setzen.

Eisenhüttenstadt/Brandenburg, 3.9.92: Drei Festnahmen, als 40 bis 60 Rechtsradikale sich mit 200 Polizisten eine Straßenschlacht liefern.

Lübbenau/Brandenburg, 4.9.92: 18 Festnahmen, als 100 Rechtsradikale das Asylbewerberheim stürmen wollen.

Trassenheide bei Wolgast, 4.9.92: 15 Festnahmen aus einer Menge von 40 offenbar gewaltbereiten Jugendlichen.

Eisenhüttenstadt/Brandenburg, 5.9.92: Bei der dritten Krawallnacht werden 17 Personen festgenommen.

Hannover/Niedersachsen, 5.9.92: 14 randalierende Skins wurden festgenommen, als sich in Döhren im Laufe des Samstags etwa 70 von ihnen versammelten und mindestens einen Passanten zusammenschlugen und mit Gaspatronen um sich schossen. Auf der Flucht vor der Polizei demolierten sie ein Auto. Neben Gasrevolvern wurde auch eine Reichskriegsflagge sichergestellt. Die 14, darunter vier mutmaßliche Schläger, blieben die Nacht über in der Zelle.

Gelnhausen/Hessen, 6.9.92: Gegen fünf von sechs jungen Männern im Alter von 19 bis 23 Jahren wird Haftbefehl wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung erlassen. Sie sollen einen Brandanschlag auf die Asyslbewerberunterkunft in der Gelnhausener Coleman-Kaserne geplant haben.

Eisenhüttenstadt/Brandenburg, 6.9.92: 14 Festnahmen von Randalierern, die mit Steinen und Brandsätzen auf Polizisten losgehen, die eine Unterkunft schützen.

Halle, 6.9.92: Zwei Stunden nach dem Brandanschlag auf zwei Wohnungen von Vietnamesen in Halle wurden sieben Jugendliche im Alter von 16 bis 19 Jahren festgenommen, bei denen Schreckschußrevolver, Baseballschläger, ein Eispickel, ein Schlagstock und ein Stahlrohr sichergestellt wurden. Gegen sechs Jugendliche wurde Haftbefehl erlassen, allen sieben werden versuchter Mord, schwere Brandstiftung, Sprengstoffbesitz und schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen.

Quedlinburg/Sachsen-Anhalt, 7.9.92: Eine Person wurde festgenommen, gegen drei Jugendliche wurde Strafanzeige gestellt, als etwa 40 bis 50 Jugendliche eine Asylbewerberunterkunft angriffen.

Quedlinburg/Sachsen-Anhalt, 8.9.92: Elf Festnahmen bei einem erneuten Angriff auf das Flüchtlingsheim.

Potsdam/Brandenburg, 8.9.92: Wie der Leiter das brandenburgischen Verfassungsschutzes, Pfaff, mitteilte, werde gegen mehrere Mitglieder der "Deutschen Alternative" (DA) wegen Beteiligung an Gewaltakten ermittelt. Auch solle das Verbot der DA durch gezielte Ermittlungen vorbereitet werden.

Quedlinburg/Sachsen-Anhalt, 8.9.92: 71 Festnahmen von meist bekannt rechtsradikalen Jugendlichen in der vierten Krawallnacht in Folge, darunter zwei bekannte, per Haftbefehl gesuchte Rechtsradikale.

Düsseldorf/Nordrhein-Westfalen, 8.9.92: Sechs Skinheads werden festgenommen. Sie sollen Attacken auf im Bau befindliche Unterkünfte von Asylbewerbern unternommen haben.

Stendal/Sachsen-Anhalt, 10.9.92: Ein Rechtsradikaler wird festgenommen, der mit drei weiteren eine Schulklasse für lernbehinderte Schüler im Schulgebäude terrorisiert und zwei Schülerinnen schwer zusammenschlägt.

Gerstungen/Thüringen, 11.9.92: Zwei tatverdächtige werden nach einem Brandanschlag festgenommen.

Arnstadt/Thüringen, 11.9.92: 13 rechtsradikale Jugendliche werden nach einem Überfall auf einen linken Jugendclub festgenommen.

Quedlinburg/Sachsen-Anhalt, 11.9.92: 42 Jugendliche aus dem einschlägig bekannten rechtsradikalen Spektrum werden festgenommen, gegen die "im Schutz der Menge jedoch keine Beweise erhoben" werden konnten.

Stahnsdorf/Brandenburg, 12.9.92: Neun Personen, die ein Asylbewerberheim angreifen, werden vorläufig festgenommen.

Prenzlau/Brandenburg, 12.9.92: Zwei mutmaßliche Werfer von Brandsätzen auf ein Asylbewerberheim werden festgenommen.

Quedlinburg/Sachsen-Anhalt, 12.9.92: 20 Festnahmen anläßlich einer antirassistischen Demonstration vor dem Asylbewerberheim, nachdem es trotz massiver Polizeipräsenz zu Angriffen rechter Jugendlicher auf die Antirassisten kommt. Die Festgenommenen sind wohl meist Antirassisten (wegen "Vermummung").

Dippoldiswalde/Sachsen, 12.9.92: Zwölf von 20 Jugendlichen werden festgenommen, nachdem sie in das örtliche Heim eingedrungen waren, die Asylbewerber vertrieben und die Einrichtung demoliert hatten. Am 14.9. werden neun von ihnen dem Haftrichter vorgeführt.

Rudolstadt/Thüringen, 14.9.92: Gegen den Führer der "Deutsch-Nationalen Partei", Thomas Dienel wird vom Kreisgericht Rudolstadt ein Haftbefehl wegen Volksverhetzung und Beleidigung ausgesprochen, dessen Vollzug gegen Meldeauflagen ausgesetzt wird. Hintergrund ist eine Versammlung, die Dienel in Saalfeld durchgeführt hatte und auf der er mit ausländerfeindlichen und nazistischen Sprüchen zu weit gegangen war.

Wismar/Mecklenburg-Vorpommern, 14.9.92: Elf jugendliche Randalierer werden festgenommen, als sie nach einer Jahrmarktauseinandersetzung mit Steinen, Eisenstangen und Brandsätzen auf ein Asylbewerberheim losgehen.

Hemsbach/Baden-Württemberg, 14.9.92: Gegen die beiden mutmaßlichen Täter, die am 11.9.92 bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim zwei Kinder schwer verletzt hatten, wird ein Haftbefehl erlassen.

Dresden/Sachsen, 15.9.92: Eine von der Nazi-Organisation "Nationale Offensive" angemeldete Demonstration wird verboten. Diese hatte für den 3. Oktober eine Demo für "Einigkeit und Recht und Freiheit" und gegen "Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit" angemeldet. Das Verbot sei nach eingehender Rechtskonsultation ausgesprochen worden. Die Nazis kündigten Rechtsmittel an.

Wismar/Mecklenburg-Vorpommern, 15.9.92: Erneut 21 Festnahmen, als Jugendliche auf das Asylbewerberheim losgehen.

Rostock/Mecklenburg-Vorpommern, 15.9.92: Zum ersten Mal ist ein Erwachsener zu einer Haftstrafe wegen der Krawalle in Rostock verurteilt worden. Ein 34jähriger erhielt acht Monate Haft. Bislang waren 10 Jugendliche bzw. Heranwachsende zu Jugendstrafen abgeurteilt worden.

Dresden/Sachsen, 16.9.92: Bei einer Razzia der "Sonderkommision REX (Rechtsextremismus) werden in Sachsen 107 Wohnungen von mutmaßlichen rechtsradikalen Gewalttätern in 15 Orten durchsucht. Durchsucht wurden Wohnungen in Leipzig, Großenhain bei Dresden, Hoyerswerda, Wurzen bei Leipzig, Chemnitz und Flöha. Die Durchsuchungen - so wurde mitgeteilt - standen im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren in Dresden, Leipzig, Chemnitz und Bautzen. Sieben mit Haftbefehl gesuchte Rechtsradikale wurden festgenommen, nach sechs weiteren wird jetzt gefahndet. Neben NS-Material wurden Waffen wie Baseballschläger, Schlagstöcke, Messer, Wurfsterne, eine scharfe Pistole und eine Harpune sichergestellt. Zur Zeit befinden sich in Sachsen 54 Rechtsradikale in Untersuchungshaft.

Wie das Innenministerium in Sachsen mitteilte, habe sich die Einrichtung der Sonderkommission REX (nach den Ausschreitungen in Hoyerswerda gegründet) bewährt. Seitdem würden in Sachsen etwa 90% der rechtsextremistischen Straftaten aufgeklärt. Außerdem habe man durch hartes repressives Auftreten, eine Politik der Hausdurchsuchungen auch bei geringem Anlaß etc. relative Erfolge bei der Abschreckung erzielt.

Wismar/Mecklenburg-Vorpommern, 17.9.92: Sieben Jugendliche werden bei erneuten Angriffen auf das Asylbewerberheim festgenommen. Seit Beginn der Woche sind damit 46 Festnahmen zu verzeichnen.

Schwerin/Mecklenburg-Vorpommern, 18.9.92: Elf Jugendliche werden festgenommen, als etwa 50 Jugendliche bei einem Angriff auf ein Asylbewerberheim die Fensterscheiben einwerfen.

ES/Hamburg

15. "Dr. Frey in Rostock - DVU setzt sich durch." Zur Propaganda der Deutschen Volksunion

Rubrik: DVU (Deutsche Volks-Union); Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:12

"Hunderte begeisterter Rostocker empfingen mit anhaltenden Ovationen im größeren Versammlungssaal den DVU-Vorsitzenden Dr. Frey und begleiteten seine Rede mit Beifallsstürmen. Der DVU-Vorsitzende rechnete mit der gescheiterten Politik der alten Partien ab und stellte jene an den Pranger, die gegen den Willen der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes ihre verfehlte antideutsche Europa- und Ausländerpolitik mit allen Mitteln durchsetzen wollen." - So berichtete die "Deutsche Wochenzeitung" am 26. Juni 1992 von einer Versammlung in Rostock, auf der wohl nach mehrfachen Bemühungen um die Gründung eines Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern der DVU endlich ein Erfolg für diese Nazis zu verzeichnen war. Was dort allerdings genau besprochen wurde, bleibt nur angedeutet: "Es schloß sich eine überaus harmonische und informative Diskussion an. Das überwiegend sehr junge Publikum bekannte sich engagiert zu den Zielen der Deutschen Volksunion und es kam zu sehr zahlreichen Beitritten."

Von anderen Auftritten führender DVU-Funktionäre ist der Wortlaut der Reden dieser Bande hinlänglich bekannt. So hetzte z.B. der DVU-Abgeordnete Weidenbach in der Bremer Bürgerschaft folgendermaßen: "Werfen Sie die Schwindler hinaus, die Gauner, die Verbrecher multinationaler Herkunft, die Herointürken und Kokainneger, zigeunernde Plünderer und polnische Schmuggler und Autoschieber, denn durch die Duldung züchten Sie ja Fremdenfeindlichkeit!", bevor er von Senator Fücks (Grüne) und der Vizepräsidentin der Bürgerschaft Frau Bernbacher gestoppt wurde.

Nun sind diese Stichworte des Herrn Weidenbach in der Tat nicht seine eigene Erfindung. Polnische Autoschieber, türkische Heroin- und afrikanische Kokainhändler - das sind landauf, landab gängige Klischees vom Unheil, das "uns Deutsche" bedroht.

Das Besondere an der Propaganda der DVU ist allerdings, daß sie seit Monaten in einem permanenten Dauerfeuer in ihren Gazetten in ständiger Wiederholung desselben Themas ihre Klientel bearbeitet. Insbesondere Sinti und Roma aus Osteuropa sind dabei ihr hervorstechendstes Thema.

In der DVU-Wochenzeitung "Deutsche Wochenzeitung" gibt es aus den letzten Wochen so gut wie keine Ausgabe, die nicht speziell gegenüber dieser Gruppe von Asylbewerbern eine Pogromhetze entfaltet. Verbunden mit antisemitischen Versatzstücken und dem Vermitteln eines Gefühls der Bedrohung von Deutschland durch Mafia, internationales Judentum, organisiertes Verbrechen etc. wird jenes Konglomerat von Gefühlen erzeugt, aus dem heraus das Abfackeln eines Asylbewerberheims nur mehr ein kleiner Schritt ist. Und insofern ist der Hinweis auf die DVU-Veranstaltung des Dr. Frey in Rostock in der Tat mehr als ein bloß rhetorischer Trick: Es gab in der Tat einen DVU-Funktionär, der jede Nacht in Lichtenhagen dabei war: Arno Artz (54), ortsansässiger Versicherungsvertreter. Ob aktiv "an der Front", klatschend im Mittelfeld oder steuernd in der Etappe - vielleicht helfen da die Polizei- Videos.

Einige Kostproben

für diese Hetze:

DWZ vom 24. April 1992: Titelseite: "Noch mehr Ausländer ? - Was Bonner Politiker planen"

DWZ vom 1. Mai 1992: Titelseite: "Asylanten statt Deutsche? Politiker wollen das Volk austauschen" und im Innern dann noch einmal: "Sind wir Ausländerfeinde - eine offene Antwort von Dr. Gerhard Frey"

DWZ vom 22. Mai 1992: Titelseite: "Wie Asylanten bevorzugt werden - Deutsche als Menschen zweiter Klasse?"

DWZ vom 29. Mai 1992: Titelseite: "Wer stoppt kriminelle Ausländer? - Deutsche in Angst und Schrecken"

DWZ vom 10. Juli 1992: Auf der Titelseite: "Zigeuner-Terror gegen Deutsche - Die Opfer der kriminellen Praktiken". Im Heft "erfährt" der Leser dann am Beispiel Leipzig, wie angeblich "die Roma" - ausgehend von einem Wohnlager - in kriminellen Banden die Leipziger Innenstadt unsicher machten. Ein zweiter Artikel unter

dem Titel "Steuergelder für Asylbetrüger" zielt erneut gegen die Roma; diesmal geht es um das gescheiterte Ansiedlungsprojekt der NRW-Landesregierung für Roma in Skopje/Makedonien; hier - so suggeriert die DWZ - würden erneut "Asylbetrüger" als angebliche NS-Opfer Steuergelder erschleichen.

DWZ vom 17. Juli 1992: Titelseite: "Wie Asylanten abkassieren - Der Betrug mit der Sozialhilfe". Im Artikel wird die Möglichkeit des "Doppelt- Kassierens" von Sozialhilfe ausgewalzt anläßlich des "Zählappells" in Schleswig-Holstein, wo angeblich 5,8% der Asylbewerber unberechtigt Sozialhilfeleistungen in Anspruch nehmen.

Auf der vorletzten Seite ein Artikel über den "Terroristen" Schamir, damals Ministerpräsident von Israel, der als angeblicher Chef der Mossad-Abteilung für Morde an deutschen Wissenschaftlern in arabischen Diensten verantwortlich sei. Daß es sich dabei um Rüstungsprojekte handelte, an denen diese deutschen Nazi-Wissenschaftler beteiligt waren, wird selbstverständlich verschwiegen.

DWZ vom 24. Juli 1992: Ausnahmsweise kein Asylthema auf der Titelseite. Dafür "Heyms Sündenregister" (Stefan Heym war in einem Kölner Hotel angegriffen worden). Auf der zweiten Seite dann aber ein Artikel zu angeblichen Diebstählen von Roma-Sippen in Celle. Alle ausführlich geschilderten "Diebstähle" stellen sich bei genauem Lesen als reine Phantasterei bzw. versuchte Diebstähle heraus.

DWZ vom 31. Juli 1992: Diesmal kommt's dick: "Haßte Galinski die Deutschen? Sein wahres Gesicht"; "Die Mafia in Gefahr - Deutschland in Gefahr" und "Immer mehr Scheinasylanten" - diese drei Aufmacher treffen das Weltbild dieser Zeitung: Die jüdische Verschwörung und "Deutschland" in Gefahr durch Mafia und Scheinasylanten. Im Artikel zu Galinski wird der Antisemitismus kaum mehr gebändigt: "Für Galinski zählte nur jüdisches Leiden", er sei ein "unerbittlicher Kritiker Deutschlands", ein "Gegner der Meinungsfreiheit" (Galinski hatte sich immer für das Verbot jeglicher nazistischen Propaganda eingesetzt), er sei eine "angemaßte Superinstanz" gewesen, verantwortlich für die Aufhebung der Verjährung für Kriegsverbrecher, die Errichtung einer Holocaust-Gedenkstätte in der Wannseevilla etc.: "Diese angemaßte Super-Instanz war es, die bei vielen Deutschen den Eindruck weckte, Galinski sei eine Art Statthalter."

Aufgepaßt: Nicht die DWZ hat den Eindruck des Statthalters, sondern anonyme "viele Deutsche" - die DWZ schürt diesen "Eindruck" nur, indem die "angemaßte Superinstanz" ausführlich dargestellt wird. Und auch die Frage der hinter dem "Statthalter" stehenden Macht wird klassisch-nazistisch beantwortet: Entweder natürlich "die Juden" oder "Israel", denen allein Galinski angeblich verpflichtet war, oder aber - keiner hätte es geahnt - der Sozialismus, der Galinski den Orden "Stern der Völkerfreundschaft" verliehen hatte. Also wieder einmal die jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung ...

Die DWZ vom 7.8.92 macht dann erst einmal Olympiapause, die Ausgabe vom 14.8.92 berichtet dann wieder über eine halbe Seite über Veranstaltungen der DVU, auf denen Gerhard Frey offen die Forderung "Stoppt die Zigeunerflut" (so die Überschrift) aufgestellt hatte. Selbstverständlich sei man nicht gegen die etwa 15.000 berechtigten Asylsucher, aber die 500.000 Asylbetrüger, die dem deutschen Volk mit 15 Milliarden jährlich auf der Tasche lägen, müßten endlich von Grenzschutz und Bundeswehr an der Oder-Neisse-Grenze gestoppt werden. Daneben Meldungen über "explodierende Ausländerkriminalität", die "Tricks der Asylbetrüger" usw.

DWZ, 21. August 1992: "Fällt Oder-Neiße-Grenze - Neue Ära bricht an" und "Die Zigeuner-Mafia - Terror durch Asylkriminelle" - das sind die Aufmacher dieser Ausgabe. Es wird der Eindruck erweckt, als seien "die Deutschen" auf den Straßen nicht mehr sicher, als gäbe es eine Entwicklung, "die Sicherheit und Schutz für alle Bürger kaum noch gewährleistet". Und zum ersten Mal die Drohung: "Furcht, Hilflosigkeit und Zorn breitet sich unter Bürgern aus ..."

DWZ, 28. August 1992: "Was Asylanten uns kosten - Bei Deutschen wird gespart" - unter diesem Titel wird erneut insbesondere gegen Sinti und Roma gehetzt. Tatsächlich sind es nur zum Teil "neue" Erkenntnisse der DWZ, die hier aufgetischt werden, denn es werden die alten Geschichten aus Leipzig vom 10. Juli wieder aufgewärmt. Und: "Bald ist es so weit: Die Melkkuh Deutschland, an deren Zitzen weite Teile der Welt hängen, ist ausgelutscht."

Ein erster Kommentar zu Rostock "verurteilt" die Gewalttäter, die Aufmerksamkeit wird auf die Claqeure gelenkt: "Die Bevölkerung hat ganz offensichtlich den Glauben an die Versprechungen von Politikern der alten Parteien verloren, der ungehemmte Zustrom angeblicher Asylanten werde gebremst."

DWZ, 4. September 1992: Aufmacher: "Ausländer-Kriminalität - Das Ausmaß des Verbrechens" und: "Rostock - ein Signal - Die Politik hat versagt." Hier hat die DWZ ihre Argumentationslinie zu Rostock voll entwickelt: Verbale Distanzierung von den "Gewalttätern", Solidarität mit den von "Zigeunern" "bis aufs Blut gereizten" Bürgern, Kritik an der Regierung, deren Nicht-Handeln die Polizei zu Prügelknaben gemacht habe etc. und: "Das Problem sind hauptsächlich Zigeuner, deren rasch zunehmende Invasion die betroffene Bevölkerung zur Weißglut bringt, weil ein Großteil dieser ungebetenen Gäste abstoßende kriminelle Praktiken in bisher kaum vorstellbarer Dreistigkeit vollzieht und vor allem schwache, hilf- und wehrlose Deutsche u.a. durch Eigentumsdelikte ins Unglück stürzt".

DWZ, 11. September 1992: Neben dem Abdruck der volksverhetzenden Rede des DVU-Abgeordneten Weidenbach (der auch für einige der zitierten DWZ-Artikel verantwortlich ist), enthält diese Ausgabe der DWZ auf der Titelseite folgende drei Aufmacher: "EG: Deutschlands Untergang - So werden wir verraten". "Zigeuner über Zigeuner! - Wie sie sich aufführen!" und "Bürgerkrieg gegen Asylanten? Kronawitters Warnungen". Zustimmend werden hier die Äußerungen des SPD-Rechten Kronawitter (vor allem aus dem "Spiegel" vom 7.9.92) zitiert. Im Artikel zu "Deutschlands Untergang", an dem die EG, die wachsende Kriminalität und natürlich die "Zigeuner" schuld sind, wird zustimmend ein Leserbrief aus der Rostocker "Ostsee-Zeitung" zitiert, in dem es heißt: "Aber für Dreckschweine, deren Zivilisationsniveau der Schweinestall war und die sich hier als Diebe und Betrüger betätigen und denen in ihrer Heimat wahrscheinlich der verdiente Knast drohte, haben wir kein Verständnis und kein Mitleid."

Und schließlich wird in dem Artikel "Zigeuner über Zigeuner" die angebliche Situation um die Coleman-Kaserne von Gelnhausen geschildert, von wo aus Roma die Innenstadt "terrorisieren". Auch hier das aus Rostock bekannte Klischee: "Sexuelle Belästigungen von Frauen, sogar von Kindern auf den Schulhöfen und im Schwimmbad, stehen an der Spitze der Übergriffe. Daneben stapeln sich Anzeigen wegen Ladendiebstählen, Hausfriedensbruch und nächtlicher Ruhestörung. Der Gelnhausener Bürgermeister Michaelis: ‚Wenn nichts geschieht, ist eine Eskalation vorprogrammiert.`"

Die Eskalation hat stattgefunden: Am 5. September (die DWZ erschien am 11.9., die Fakten standen schon fest) wurden sechs junge Männer erwischt, die einen Anschlag auf die Coleman-Kaserne verüben wollten. Gegen fünf von ihnen wurde Haftbefehl erlassen. Ihnen wird Mordversuch und schwere Brandstiftung vorgeworfen.

16. Asylanten im Eßzimmer? "Bild" läßt Wohnraum beschlagnahmen

"Bild" läßt Wohnraum für Ausländer beschlagnahmen

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:48

"Wohnraum beschlagnahmt. Familie muß Asylanten aufnehmen" titelte Bild am vergangenen Dienstag. In gewohnt knapper Form entwarf das Blatt ein Horrorszenario für die deutsche Familie: Stellen Sie sich vor, Sie sitzen beim Abendessen und Ihnen passiert, was Familie Stegmann angeblich widerfahren ist. Es klingelt, und herein kommt ein Roma-Asylantenehepaar aus Polen, das bei Ihnen zwangseingewiesen ist. Widerspruch? Zwecklos! Zitat Gemeindedirektor Petering: "Die Polen bleiben drin!"

Damit Bild-Leser nicht nur wissen, was auf sie zukommt, sondern auch erfahren, wie sie sich wehren können, berät die Zeitung unter der Überschrift: "Was kann der Staat mir für Asylanten wegnehmen?" In dem Artikel wird suggeriert, daß jedes kleine Eigenheim und jeder Vorgarten unter Umständen beschlagnahmt werden könne. Es wird von Küchenbenutzung und Zelten im Garten gesprochen, auch vor Flüchtlingen in Gartenlauben und Wohnwagen sei der Deutsche nur bedingt sicher. So weit Bild.

Was wirklich geschah: Familie Stegmann, Vater, Mutter und drei erwachsene Kinder, lebten in Lemförde bei Bremen in einer Sieben-Zimmer-Wohnung für 515 Mark kalt. Wegen Eigenbedarf mußten sie ausziehen. Die Gemeinde wies ihnen vorübergehend Räume in einem Obdachlosenhaus in der Pommernstraße zu. Obdachlose haben keine Mietverträge und müssen zweimal monatlich Wohnungssuche nachweisen. Stegmanns leben von drei Einkommen und einer Arbeitslosenunterstützung. "Wir konnten uns bisher zu keiner neuen Wohnung entschließen", so Frau Stegmann zur taz, da uns 1000 bis 1200 Mark Miete zuviel sind."

Gemeindedirektor Petering hat die Unterbringung der beiden polnischen Asylsuchenden in einem Zimmer der Pommernstraße verfügt. Im Zuge der Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen ein völlig üblicher Vorgang. Daß es sich um Roma handeln soll, ist ihm neu. Frau Stegmann argwöhnt: "Die Frau ist sicher Zigeunerin." Beim Mann wisse sie es nicht. Stegmanns bewohnen drei Räume. Allen Bewohnern steht mehr Platz zur Verfügung als die vom Gesetz knapp bemessene Quadratmeterzahl. Bild weiß das! Zieht es aber vor, unberechtigte Ängste zu schüren und damit die alltägliche Hetze gegen Ausländer fortzusetzen. Dieses Blatt könnte der Fidibus am nächsten Molotowcocktail gegen ein Asylbewerberheim sein.

UM (aus: taz, 10.9.92)

17. Der Mörder war immer der Gärtner ... Keine Spur im Fall der Bombe von Hannover

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:11

Als am Abend des 29. August 1992 mitten auf dem Hannoveraner Altstadtfest eine Bombe detonierte und insgesamt 19 Personen verletzte, waren die Parallelen zum Münchner Wiesen-Attentat von 1980 überdeutlich. Damals waren es mutmaßlich Rechtsradikale (auch wenn bis heute nicht alle Zweifel über den gesamten Hintergrund ausgeräumt sind), die im Wahlkampf des Franz Josef Strauß diese Bombe bastelten und detonieren ließen. Damals wurden 13 Menschen getötet und 215 verletzt. Auch damals gab es keine Bekennerschreiben, und nur die Tatsache, daß der mutmaßliche Täter selbst tot am Tatort blieb, ließ die Aufklärung vorankommen. Auch im Falle der Hannoveraner Bombe gibt es nach Polizeiangaben keine eindeutigen Bekennerschreiben. Zwar gab es im Verlauf der ersten Tage gleich mehrere Bekenneranrufe, die jeweils eine Gruppe des rechtsradikalen Spektrums als Täter nannten (von der "Nationalistischen Front" bis zu einer bisher nicht bekannten "Nationalsozialistischen Freiheitsfront"), doch hält die Polizei diese sämtlich für Trittbrettfahrer.

Der Zeitpunkt der Hannoveraner Bombe eine Woche nach den Krawallen von Rostock paßt dabei ins Schema einer Strategie der Spannung und Provokation. Das Ziel der Bombe - willkürlich herausgegriffene Menschen - paßt ins faschistische Schema.

Mittlerweile scheint nahezu Gras über die Sache gewachsen zu sein. Eine Fahndung nach drei Jugendlichen, die als verdächtig galten, verlief erfolgreich - die Jugendlichen wurden gefunden und stellten sich als unschuldig heraus. Der Sprengstoff wurde analysiert und entpuppte sich als eine reine Amateurmischung (woraus die Polizei vorsichtig zu mutmaßen anfing, der/die Täter könnte/n sich in der Wirkung der Bombe getäuscht haben und hätte/n vielleicht nur angeben wollen). Gezündet - und das geht über den vermuteten Bubenstreich eigentlich hinaus - wurde die Bombe elektrisch.

Kriminalistisch gesehen also Fehlanzeige - und politisch? Mutmaßungen über einen Zusammenhang der Bombe mit Schutzgelderpressung und ähnlichen Delikten in der Hannoveraner Kneipenszene der Altstadt wurden bald als offenbar unbegründet ausgeschieden. So bleiben bisher nur Vermutungen: Waren es vielleicht in der Tat pubertierende Jugendliche oder ist etwas dran an der Spur der HAZ, die per Zufall herausfand, daß einer der Verletzten durchaus Freunde in der bekannten rechten Szene hat? Oder was stand in dem Brief, den einer der "Bekenner" - Samson - in einem Schließfach des Hauptbahnhofs hinterlegt hatte?

Angesichts so vieler Fragen ohne Antworten bleibt eigentlich nur erstaunlich, daß uns in diesem Fall bisher noch kein angeblich linker Attentäter präsentiert wurde. Ist da vielleicht noch etwas im Busch?

ES, Hamburg

18. Feltrinelli, Gramsci und die Fiat-Arbeiter. Klassenkämpfe und linke Theorie in Italien. Drei Buchvorstellungen

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:01

Fast nichts erfährt der Benutzer des italienischen Handlexikons La Nuova Enciclopedia Universale Garzanti über "den Verleger": "Feltrinelli Giangiacomo (Mailand 1926 - Segrate 1972) Gründer des F.-Institus für die Geschichte des internationalen Sozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung (1950) und des gleichnamigen Verlages (1954). Er wurde bei der Vorbereitung eines terroristischen Attentats getötet." "Der Verleger", toter Held des gleichnamigen Romans von Nanni Balestrini und namenlos wie alle darin vorkommenden Personen, ist Giangiacomo Feltrinelli; italienischen LeserInnen muß das nicht extra gesagt werden.

Zur Aufklärung dessen, was damals, im März 1972, "wirklich geschah" an jenem Strommast am Rand von Mailand, wo Feltrinelli von einer Sprengladung zerfetzt wurde, kann und will das Buch nichts beitragen. Es gibt keine Antwort auf die Frage: "Weshalb zieht ein reicher Mann ein Millionär wie der Verleger alleine los um eine Dynamitladung an einem Strommast anzubringen?" Ist die Annahme eines staatlichen Mordes an Feltrinelli nicht noch genauso plausibel wie vor 20 Jahren? Oder war sie schon damals eine "lächerliche These", der verzweifelte Versuch linksbürgerlicher Mitläufer, ihre "unschuldige und harmlose Beteiligung an der Bewegung" zu verteidigen?

Balestrini zeigt ein Panorama der italienischen Linken, damals und heute, die bei aller Besonderheit in ihrer Zusammensetzung der Linken in anderen westeuropäischen Linken ähnelt. 1972 war ein Wendepunkt, der Tod Feltrinellis ein Anstoß für die massenhafte Hinwendung zum bewaffneten Kampf. Der Versuch, 17 Jahre danach einen Film über "den Verleger" zu machen - das ist Balestrinis Story - kann nicht gelingen. Zu sehr haben sich die Auffassungen der Beteiligten auseinanderentwickelt. Oder waren sie schon immer unvereinbar? "Jedenfalls wird dieser Film niemals gedreht werden sagte sie die Szene mit dem Begräbnis sagte der Blonde und tat als hätte er sie nicht gehört während er das Fenster schloß weil es zu windig war ist die letzte Szene es ist die Szene in der alle zum letzten Mal zusammen sind zusammen für eine Sache die ihre gemeinsame Sache war und die es jetzt nicht mehr gibt..."

Balestrinis Buch ist auch Nichtkennern der italienischen Szene ohne Einschränkung zu empfehlen. Dem Verlag Libertäre Assoziation, der das im Original schon 1989 erschienene Buch in deutscher Sprache herausgebracht hat, wäre ein "Bestseller" durchaus zu wünschen.

Nanni Balestrini: Der Verleger. Hamburg (Libertäre Assoziation) 1992, 164 Seiten, DM 20,-

Gramsci heute

Den vielen Veröffentlichungen über Antonio Gramsci in seinem 100. Geburtsjahr 1991 hat der Verlag Pahl-Rugenstein-Nachfolger Anfang 1992 ein weiteres Buch hinzugefügt. "Antonio Gramsci heute. Aktuelle Perspektiven seiner Philosophie" heißt die von Hans Heinz Holz und Giuseppe Prestipino herausgegebene Aufsatzsammlung, die das Ergebnis einer nicht ungewöhnlichen Panne ist: Ein zum 100. Geburtstag Gramscis von Wissenschaftlern der Universitäten Groningen und Siena geplantes Symposium konnte aus finanziellen Gründen nicht stattfinden. Die schon fertiggestellten Vorträge wurden vom Pahl-Rugenstein-Verlag in dem vorliegenden Buch zusammengefaßt.

Anliegen der Herausgeber ist es, die Linie von Lenin zu Gramsci herauszuarbeiten: "Gramsci war - vom Beginn seiner politischen und publizistischen Tätigkeit an - ein ‚Leninist` und wurde es, bis zu den letzten Niederschriften der ‚Gefängnishefte`, immer mehr, immer differenzierter." Wie so oft wird auch hier aus der Übertreibung Unsinn: Im Jahre 1910, das ist der Zeitpunkt seiner ersten Artikelveröffentlichungen, kannte Gramsci vermutlich noch nicht einmal Lenins Namen; über seinen ideologischen Standort noch zu Beginn des Jahres 1917 schrieb er später: "Ich war tendenziell ein Anhänger Croces", des liberalen Philosophen und Antimarxisten. Dem unterstützenswerten Anliegen, Gramscis Leninismus zu belegen, wird auch durch das Palmiro Togliatti überlassene "Schlußwort" ein schlechter Dienst erwiesen. Dessen Beitrag, geschrieben im

Januar 1958, stellt zweifellos ein interessantes Zeitdokument dar, in dem das vordergründige Interesse des Autors allerdings unübersehbar ist: den von ihm konzipierten "italienischen Weg zum Sozialismus" als folgerichtige Anwendung der Ideen Lenins und Gramscis herauszustellen.

Von den übrigen in dem Sammelband enthaltenen Beiträgen sei hier der von Andrea Catone über "Gramsci, die passive Revolution, unsere Zeit" besonders hervorgehoben, der einer Aktualisierung Gramscis viel eher dienlich ist. Catone zitiert Gramscis nicht nur für die Geschichte Italiens charakteristische Beobachtung, "daß a) im Verlauf der italienischen Geschichte eine Initiative des Volkes gefehlt hat und b) die Tatsache, daß der ‚Fortschritt` sich als restaurative Antwort bzw. Reaktion der herrschenden Klassen auf das sporadische und unmethodische Umstürzlertum der Volksmassen erweist ..." So wertet Gramsci den Faschismus als eine Form passiver Revolution. Catone schlußfolgert: "Die vorbeugende Konterrevolution ist eine dem kapitalistischen System immanente Notwendigkeit." Das kann nicht oft genug betont werden - gerade gegenüber jenen falschen Gramsci-Interpreten, die sein Konzept der Zivilgesellschaft zur gewaltfreien Idylle verfälschen.

Hans Heinz Holz, Giuseppe Prestipino: Antonio Gramsci heute. Aktuelle Perspektiven seiner Philosophie. Bonn (Pahl-Rugenstein Nachfolger) 1992. 188 Seiten; DM 28,-.

Comeback der Arbeiterklasse?

Als "eines der wichtigsten Bücher zur Klassengeschichte" Italiens stellt das Wildcat-Kollektiv seine im Mai 1992 herausgebrachte Geschichte der Arbeiterkämpfe bei FIAT zwischen 1969 und 1980 vor. Voraussetzung für ein "Comeback der Arbeiterklasse" sei es, "sich der eigenen untergründigen Geschichte zu versichern" (Vorwort). Genau das tut Marco Revelli in seinem im italienischen Original schon 1989 erschienenen Buch "Schichtwechsel. Fiat und die Arbeiter(innen); die Immigration - der Heiße Herbst - der Waffenstillstand - die 35 Tage". In einer Reihe von Interviews läßt Revelli die Protagonisten von einst zu Wort kommen: die vor allem aus Süditalien eingewanderten ArbeiterInnen, die im "Heißen Herbst" 1969 in Turin daran gingen, "eine Stadt ganz für sich (zu) erbauen, mit eigenen Rechten und mit eigenen Vorstellungen von Ehre und Würde".

Sergio Bologna hebt in seinem Nachwort hervor, daß der Egalitarismus der FIAT-ArbeiterInnen ein wichtiges Gegengewicht darstelle "zu der verrückten Vorstellung von ‚individuellen Rechten`, die sich heutzutage in der Gewerkschaft breitmacht und die Demokratievorstellung der gesamten Tradition der Arbeiterbewegung verändert, die auf dem Begriff von ‚gesellschaftlichem Kollektiv` gründete, und die Vorstellung der Assoziation negiert, die grundlegend ist für das gewerkschaftliche Prinzip." Dieses historische Verdienst der FIAT-ArbeiterInnen sehen Revelli und Bologna durch die bis heute nachwirkende Niederlage von 1980 nicht geschmälert.

TheKla 15: Schichtwechsel. Fiat und die Arbeiter(innen); die Immigration - der Heiße Herbst - der Waffenstillstand - die 35 Tage. Berlin (Sisina) 1992; DM 8,-. Bestellungen durch Überweisen von DM 8,- auf Postgirokonto Berlin, Sisina, Nr. 31502-109; Stichwort "TheKla 15"

Js.

19. "Kriminelle Ausländer überfluten Deutschland" Kriminalstatistik als Instrument staatlicher Pogromhetze

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:34

Die "Welle des Verbrechens", ausgelöst durch Ausländer und Asylbewerber, ist eine zentrale Stereotype des bundesdeutschen Rassismus. Sie wird von Nazis und rechter Presse ausgeschlachtet, um Stimmung zu schüren. "Asylantenheime sind Anlaufstellen für Kriminelle" titelte Springers "Welt am Sonntag" am 23. August und überschrieb den "dramatischen Appell eines deutschen Oberstaatsanwalts" mit dessen Klage "Der Staat läßt uns im Stich". Als das Blatt ausgeliefert wurde, hatte ein rassistischer Mob die Sache bereits auf seine Weise in die Hand genommen und begonnen, das Flüchtlingsheim in Rostock-Lichtenhagen mit Morddrohungen und Brandschatzung von Ausländern zu säubern.

Die Dauerpressekampagne zum Thema "Ausländerkriminalität" speist sich vornehmlich aus staatlichen Verlautbarungen. Mit Schlagzeilen wie "Kriminalität steigt alarmierend - 27 % Ausländeranteil" wird eine ("interne") BKA-Studie aufgemacht. (WamS, 15.3.92) CSU-Landesgruppenchef Bötsch führt ganz platt "die wachsende Zahl der Verbrechen auf den wachsenden Ausländeranteil in Deutschland zurück". (FAZ, 27.7.92)

Die nicht abreißenden Schreckensmeldungen hatten - vor allem in der Ex-DDR - in Meinungsumfragen ermittelbare Erfolge: Ein Drittel der Bewohner der ostdeutschen Großstädte fühlt sich bedroht und hat Angst, abends allein auf die Straße zu gehen. Fast ein Drittel der Menschen in den neuen Bundesländern hält es für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich, in den nächsten Monaten Opfer eines Raubes oder eines Diebstahls zu werden. Das Umschlagen von derart geschürten Bedrohungsängsten in Pogromstimmung ist nicht nur Tag für Tag empirisch zu beobachten, es ist auch politisch kalkulierbar.

Was ist dran an den Zahlen?

Der Ausländeranteil in den alten Bundesländern, so wird argumentiert, habe 1991 8,5 % betragen, dagegen stellten Ausländer 26,8 % der Straftatverdächtigen. Bei der Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik für 1991, die diese Zahlen ausweist, durch die Bundesregierung war von einer "höheren Kriminalitätsbelastung der Ausländer" die Rede. Doch diese als unbestreitbar und objektiv geltenden Zahlen und die scheinbar zwangsläufigen Schlußfolgerungen werden durch eklatante statistische Auslassungen und "Kunstfehler" gewonnen:

Zunächst ist die Berechnungsbasis für den genannten Ausländeranteil von 8,5 % der Bevölkerung unzulässig. Ignoriert werden dabei nämlich große Ausländergruppen wie Illegale, Touristen und Stationierungsstreitkräfte. Wenn aber ein Mitglied solcher Gruppen geschnappt wird, wie es Rauschgift einführt oder sich in Diskotheken prügelt, erhöht das die Zahl der ausländischen Tatverdächtigen, während es bei der Berechnung der ausländischen Wohnbevölkerung nicht mitzählt. Eine genauere Auswertung der "statistischen Rohdaten" des bayrischen LKA beispielsweise hat ergeben, daß mehr als die Hälfte der ausländischen Tatverdächtigen nicht in Bayern ansässig war. Schon durch die Ansetzung der Grunddaten entsteht also ein kräftig schiefes Bild.

Zum zweiten kann eine große Zahl von Straftaten, die Ausländern vorgeworfen werden, von Deutschen schlechterdings nicht begangen werden: all das, was unter "Verstöße gegen das Asyl- und Ausländerrecht" zusammengefaßt wird. Dazu gehört beispielsweise eine Verletzung der Aufenthaltsbeschränkung auf das Einzugsgebiet einer ganz bestimmten Ausländerbehörde, die Flüchtlingen zugemutet wird. Schon Verwandtenbesuche in der Nachbarstadt führen geradewegs in die Kriminalstatistik. Desgleichen arbeiten mit abgelaufener Arbeitserlaubnis oder illegaler Grenzübertritt (Ausländeranteil: 99,2 %) ... oder ... oder ... Jedem fünften nichtdeutschen Verdächtigen werden solche ausländerspezifischen oder besser: ausländerrechtsprovozierten Delikte vorgeworfen. Auch der hohe Anteil im Bereich Urkundenfälschung (53,9 %) erklärt sich oft aus der Zwangslage, deutschen Behörden "richtige" Dokumente präsentieren zu müssen. In der Kriminalstatistik machen allein diese Posten zusammen über 60.000 Verstöße aus.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfaßt immer die von der Polizei Verdächtigten (unabhängig von späteren Verurteilungen oder Freisprüchen). Damit gehen alle polizeilichen Vorurteile in die Statistik mit ein - ebenso

wie dann die gleichen Vorurteile durch die Statistik wieder bestätigt werden. Ein Beispiel: Bei Eigentumsstraftaten wie Ladendiebstahl etc. hat eine gerade veröffentlichte Dunkelfelduntersuchung ergeben, daß "Angehörige niedriger Schichten eine deutlich geringere Deliktbelastung aufweisen als statushöhere Personen". Die gegenteilige Aussage der offiziellen Statistiken könne "als Ergebnis selektiver Verfolgungs- und Bestrafungspraktiken der Polizei und der Gerichte gewertet werden." (Dissertation von P. Kerschke-Risch, nach: Welt, 17.9.92)

Bezogen auf Ausländer kam der unabhängige Kriminologe Prof. Dr. Villmow (Uni Hamburg) in einem Vortrag bei der BKA-Tagung "Ausländerkriminalität in der BRD" zu der Feststellung, "daß Ausländer im Ermittlungs- und Strafverfahren Vorurteilen und besonderer Strenge unterworfen sind. Polizei und Justiz seien vielfach ausländerfeindlich. Häufig seien Kontrollnormen einseitig gegen Ausländer gerichtet." (der kriminalist, 12/88) Besondere Polizeimaßnahmen (Razzien in bestimmten Quartieren, Kontrollen an Bahnhöfen) und die allgemein höhere Polizeipräsenz in "Problemvierteln" puschen die Verdächtigenzahlen weiter.

Die Bereitschaft zu Anzeigen und Denunziationen dürfte bei der zunehmend rassistisch verhetzten deutschen Bevölkerung gegenüber Ausländern deutlich höher liegen. Aussagen in Ermittlungsverfahren neigen zu eindeutigen Schuldzuschreibungen bis hin zur Falschbeschuldigung. Eine Untersuchung beim Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen stellte fest, "daß die Staatsanwaltschaft bei tatverdächtigen Ausländern weit häufiger als bei Deutschen einen von der Polizei als Gewaltdelikt eingestuften Sachverhalt zu einer ‚Straftat minderer Schwere` umdefinieren oder das Verfahren gar einstellen mußte". Der Autor wertete dies "als Indiz dafür, daß Polizei und Anzeigeerstatter dazu neigen, bei Ausländern erheblich stärker als bei Deutschen den Sachverhalt zu dramatisieren und als Gewaltkriminalität überzubewerten". (nach: Zeit, 19.6.92)

Oft sind die ausländerspezifischen Delikte schlichtweg die Kriminalität des kleinen Mannes. So wird ein Ausländeranteil von 77,3 % bei Taschendiebstählen nachgewiesen. (Übrigens werden speziell Taschendiebstähle nach anderen polizeilichen Quellen z.T. auch von international arbeitenden Banden ausgeführt, die gezielt zu Großereignissen anreisen.) Scheidung von Hand- und Kopfarbeit auch hier: Massendelikte unter der deutschen Wohnbevölkerung wie Versicherungsbetrug oder Steuerhinterziehung setzen einen gewissen materiellen Wohlstand und Vertrautheit mit dem deutschen Verwaltungs- und Rechtssystem voraus. Solche Verstöße werden in aller Regel nicht plakativ herausgestellt, sondern eher als Kavaliersdelikte behandelt und weisen obendrein hohe Dunkelziffern auf.

Sozialstruktur ausgeklammert

Zurück zu der schrägen Kriminalstatistik: Sie vergleicht stillschweigend Äpfel und Birnen. Die ausländische Bevölkerung in der BRD entspricht in ihrer Alters-, Geschlechts- und Sozialstruktur mitnichten der zum Vergleich herangezogenen deutschen. In der Altersgruppe der 18- bis 39jährigen Männer ist die Kriminalitätsrate auch unter Deutschen erheblich höher als im Durchschnitt der Bevölkerung. Unter den Ausländern ist jedoch gerade diese Gruppe überproportional vertreten. Sie wird statistisch mit Frauen, Kindern oder Rentnern aus der deutschen Bevölkerung verglichen. Noch krasser gilt dasselbe Muster für die soziale und regionale Struktur: Überdurchschnittlich viele Ausländer - nach der bayrischen Studie 47 % gegenüber 20 % bei der deutschen Bevölkerung - leben in Großstädten, wo die Kriminalitätsrate höher liegt als anderswo.

Ausländer haben statistisch gesehen weniger qualifizierte und schlechter bezahlte Jobs, höhere Arbeitslosenzahlen (vor allem die Jugendlichen der sogenannten "zweiten Generation"), einen geringeren Bildungsstand und beengtere Wohnverhältnisse als die zum Vergleich herangezogenen BRD-Staatsbürger. Die meisten dieser Lebensumstände haben mit dem Rassismus und der real existierenden Chancenungleichheit in der BRD zu tun - mit der ins Extreme gesteigerten Schwierigkeit, eine Wohnung zu finden, mit der Nichtanerkennung von im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen, mit der Abdrängung in Berufe im Dienstleistungsbereich, in der "schmutzigen" Industrie oder in graue Beschäftigungsverhältnisse. Würde man auf die zu den Vergleichen herangezogene deutsche Bevölkerung dieselben sozialen Auswahlkriterien anwenden, ließen sich vermutlich ähnlich über dem Durchschnitt liegende Kriminalitätsraten ermitteln.

Die Ghettobildung, der ausländische Familien unterworfen sind, führt im übrigen zu einer bedrückenden Konsequenz, die bereits aus den USA bekannt ist: Aus Not und Perspektivlosigkeit begangene Straftaten

richten sich vor allem gegen Menschen in der gleichen Situation. Über 60 Prozent aller Delikte würden zum Nachteil von Landsleuten verübt, hat der Trierer Kriminologe Kühne festgestellt. Bei Kapitalverbrechen wie Mord und Totschlag betrage der Anteil sogar "bis zu 80 Prozent". (Spiegel, 12.8.91) Gerade die angebliche Bedrohung durch Gewalttaten wird zynischerweise immer wieder angeführt, wenn Ausländerkriminalität als Sicherheitsrisiko Nummer eins im Bewußtsein der BRD-Bürger verankert werden soll.

Die amtliche Kriminalstatistik reflektiert all die aufgezählten Faktoren nicht. Auch wenn ein kleiner Hinweis vor unzulässigen Vergleichen und Verallgemeinerungen warnt, dienen die von der Bundesregierung verbreiteten Zahlen den Ausländerfeinden aller Couleur als willkommene Munition. Es gibt für die Ermittlung und Veröffentlichung von speziell auf Ausländer bezogenen Kriminaldaten keinen positiven Grund. Die Forderung kritischer Kriminologen, die besondere Hervorhebung ausländischer Verdächtiger in der Statistik endlich abzuschaffen, widerspricht jedoch ganz offensichtlich dem Interesse derer, die den Konflikt um die von Ausländern beherrschte "multikulturelle Kriminalität" (WamS) am Kochen halten wollen.

Dumpfes Ressentiment

auf Amtsdeutsch

Inzwischen scheint die ausländerfeindliche Hetze eine Qualität gewonnen zu haben, in der es auf statistisch oder sonstwie begründete (Schein-)Argumente oft gar nicht mehr ankommt. In der "hessischen polizeirundschau" (10/91) schildert ein Beamter des hessischen Innenministeriums seine Teilnahme an Polizeikontrollen in Frankfurt: "Die kontrollierten Personen waren meist Asylbewerber, die Taschen voller Geld, Bier trinkend" - eine offenbar empfindliche Verletzung deutschen Volksempfindens - "anmaßend, aggressiv, Unverständnis vortäuschend, ohne Aufenthaltsgenehmigung für Frankfurt". Die Polizei könne gegen das "Potential der Bedrohung ... effektiv nichts ausrichten" - " ... ein Sicherheitsgefühl stellt sich nicht ein. Man meinte, ständig eine unterschwellige Bedrohung zu spüren, ein gewisses Unbehagen war vorhanden."

Eine Bedrohung liegt schon allein in der Existenz von Menschen ausländischer Herkunft. "Bevölkerungsstrukturen mit hohem Ausländeranteil" hätten Metropolen wie Frankfurt, Hamburg und Berlin "nach Erkenntnissen von Sicherheitsexperten zu Brutstätten der Kriminalität werden lassen." (WamS, 26.1.92)

Im Fachblatt "Kriminalistik" sind - neben durchaus um Sachlichkeit bemühten Beiträgen - auch schiere Hetzartikel zu finden. So ist unter dem Titel "Wie lösen wir die Ausländerfrage?" zu lesen: "Die Türken stellen ... das größte Ausländerkontingent in unserem Lande und bereiten zugleich auch am meisten Sorgen, weil sie (vom Islam geprägt) einem ganz anderen Kulturkreis entstammen und sich deshalb besonders schwer bei uns einpassen können." Zwischenüberschriften wie "Die Zuwanderungslawine" oder "Das ‚Türkenproblem`" gliedern den Artikel, die "Lösungsvorschläge" sind ein kaum verbrämtes "Zwangsassimilation oder Ausländer raus": "Machen wir uns doch insoweit nichts vor: es gibt auch viele Ausländer, die gar nicht integriert werden wollen." (Kriminalistik 6-7/83)

Im Rahmen der oben schon zitierten BKA-Arbeitstagung zählte Staatssekretär Spranger "abweichende Wertvorstellungen und kulturelle Gepflogenheiten" zu den "Ursachen der besonderen Kriminalitätsbelastung" und forderte eine "Strategie der präventiven Bekämpfung der Ausländerkriminalität", die u.a. dies zum "Ansatzpunkt für Einsatzmöglichkeiten" macht. (Innere Sicherheit, 27.10.88) Was das nun eigentlich konkret heißen sollte, hat vermutlich keiner nachgefragt - die Botschaft war auch so deutlich genug.

Hetze gegen bestimmte Ausländergruppen

Gern treffen die allerorts zitierten "Sicherheitsexperten" eine Zuordnung einzelner Kriminalitätsbereiche anhand eines nationalen Rasters: Polen klauen Autos, Jugoslawen verüben Wohnungseinbrüche, "junge Türken (haben) sich zu gewalttätigen Gangs zusammengerottet". (Egon Franke, Berliner Landesvorsitzender der deutschen Polizeigewerkschaft, nach WamS, 26.1.92) Daß solche rassistischen Zuweisungen nicht einmal in sich konsistent sind, zeigen andere Veröffentlichungen: "Die Jugos beherrschen durch ihre Brutalität den ganzen Bereich der Prostitution", zitiert "Bild" (14.8.91) eine weitere Polizeistellungnahme. Für Einbruch und Diebstahl sind diesmal Rumänen zuständig - was soll's. Türken und Kurden - wahlweise auch Schwarzafrikaner - dealen mit Heroin, Albaner verdienen beim Hütchenspiel. "Die Frankfurter Szene verfüge beispielsweise über einen schier unerschöpflichen Nachschub an potentiellen Kriminellen aus der

jugoslawischen Provinz Kosovo", habe der Frankfurter Inspektionsleiter Hans Kraushaar festgestellt. (WamS, 12.1.92)

Für die Pflege rassistischer Vorurteile wird das "Organisierte Verbrechen" offenbar als besonders geeignet angesehen. In einem "Lagebild 01 Organisierte Kriminalität" werden "ausländische Straftätergruppierungen" nacheinander abgehandelt. Den Abschnitt "Italiener" leitet die angebliche Aussage italienischer Sicherheitsbeamter ein: "Wo Sizilianer sind, ist auch die Mafia." (nach WamS, 12.1.92) Begriffe wie "Jugo-Banden", "Kurden-Mafia", "Polen-Gangs" sind in der Berichterstattung alltäglich geworden und vermitteln gezielt den Eindruck, "daß die neue Kriminalität in Deutschland von Ausländern beherrscht wird." (WamS, 21.1.92) Unterschlagen wird regelmäßig die enge Verquickung von deutschen Behörden, halbseidenen "Unternehmen" und offen kriminellen Aktivitäten z.B. im Bereich der Bauspekulation und -korruption, des lukrativen Subventionsschwindels und der illegalen Devisentransaktionen, aber auch der traditionellen "Rotlichtviertel". Bei der organisierten Großkriminalität übertreffen deutsche Rüstungsproduzenten, Waffenhändler und Giftmüllschieber die Schäden an Leib und Leben bei weitem, die jeder noch so dramatisierte angeblich ausländerdominierte Rauschgifthandel anrichten kann.

Etwas konjunkturabhängig kocht das Thema "Ausländerextremismus" hoch. Beliebtes Motto: Ausländische Konflikte würden "in unseren Städten ausgetragen". Mal ist es die kurdische PKK (deren Entlarvung als Terrororganisation vor Gericht gerade grandios gescheitert ist), mal die türkische Dev Sol ("Anhaltspunkte für geheime Waffenlager in Deutschland"), mal wird die Gefahr irakischer Anschläge beschworen (während des Golfkriegs), mal über zu erwartenden "Jugoslawen-Terror in Deutschland" orakelt. (Hamburger Abendblatt, 13.9.91) Immer wieder findet sich irgendein Polizei- oder Verfassungsschutzchef, der "Anzeichen für verstärkte Aktivitäten ausländischer Terrorgruppen" ausgemacht hat und ordentlich trommelt.

Zielscheibe "Asylanten"

Die Stigmatisierung trifft gezielt solche Ausländergruppen, die zahlreiche Flüchtlinge stellen. Wo die Propaganda vom Schmarotzertum der Asylsuchenden nicht ausreicht, um den Volkszorn zu schüren, bezeichnen die aufgeführten polizeilichen Zuordnungen bevorzugte Ziele rassistischer Angriffe.

Noch weniger als bei ausländischen Arbeitnehmern scheren sich die Agitatoren bei den Asylsuchenden um Fakten, etwa wenn "Bild" hetzt: "Schon jeder zweite Asylbewerber in Stuttgart raubt, stiehlt, handelt mit Rauschgift". Der angeblich "dramatische Anstieg" der Kriminalität unter Asylbewerbern entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Anstieg von aus der Not geborenen Bagatelldelikten. Mehr als zwei Drittel aller Straftaten von Asylbewerbern, ergab eine Untersuchung der renommierten Stuttgarter Kriminologin Monika Traulsen, sind Verstöße gegen Ausländer- und Asylrecht, Ladendiebstähle oder Schwarzfahren. Bei der Gewaltkriminalität liegen die Kriminalitätsraten deutlich unter denen der Deutschen, bei Mord und Totschlag ebenso wie bei Raub oder Vergewaltigung. Und selbst beim Rauschgifthandel: Prozentual verstoßen deutlich weniger Asylbewerber gegen Drogengesetze als Deutsche. (nach Stern, 31.10.91)

Doch die Polizei wird nicht müde, Flüchtlinge pauschal zu diffamieren. "Um manche Asylantenheime gedeihe die Kriminalität ‚überproportional`", wird ein "führender Berliner Kriminalbeamter" zitiert. (WamS, 19.1.92) Die Berliner Polizei gewann "Erkenntnisse, daß die Sowjet-Mafia ‚besonders gern` mit Asylanten zusammenarbeitet." (ebd.)

Die angeblichen "Erkenntnisse" sind so neu nicht. "Nach den Feststellungen der baden-württembergischen Polizei haben sich großstädtische Asylantenwohnheime zu bevorzugten Umschlagplätzen für Heroin und andere harte Drogen entwickelt", behauptete schon 1988 der damalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium Spranger.

Innerhalb des Sicherheitsapparats hat allerdings nur die (DGB-)"Gewerkschaft der Polizei" die sich aufdrängende Schlußfolgerung gezogen, die Einrichtung von Sammelunterkünften abzulehnen (und sich im übrigen auch gegen die Änderung des Asylartikels ausgesprochen).

Die baden-württembergische Landesregierung verfolgt eine genau entgegengesetzte Politik: sie war und ist Vorkämpferin bei der Konzentration von Flüchtlingen in großen Lagern. In dem ebenso klaren wie perfiden Kalkül, damit Kristallisationspunkte für soziale Probleme und rassistische Empörung zu schaffen, wurde dieses Konzept im Bundesrat für allgemeinverbindlich erklärt. Zusammen mit dem Arbeitsverbot für Flüchtlinge und

der aus derselben politischen Ecke forcierten Umwandlung der Sozialhilfe in "Sachleistungen" und ihrer Kürzung auf ein lächerliches Taschengeld wurde und wird alles nur Erdenkliche getan, um die Flüchtlinge in eine ausweglose Lage zu bringen. Wenn daraus sozialer Sprengstoff entsteht, ist das staatlich geplant und gewollt.

Die Erfolge seiner menschenverachtenden Politik nahm der baden-württembergische Innenminister Schlee mit "wachsender Sorge" zur Kenntnis: die "Asylbewerberkriminalität" steige sogar "überproportional zur wachsenden Flut der Asylbewerber". Um dann endlich verkünden zu können: straffällige Ausländer hätten "ihr Gastrecht verwirkt" und müßten "- unabhängig vom Stand eines etwaigen Asylverfahrens - konsequent abgeschoben werden". (Welt, 25.11.91)

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

Quellen:

Die Ausführungen zur Kriminalstatistik stützen sich auf Artikel der "Zeit" vom 19.6.92, der "Süddeutschen Zeitung" vom 11.3.92 und des "Stern" vom 31.10.91

20. "Zigeuner"-Hetze in brauner Tradition

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:37

Gegen Roma und Sinti richten sich nicht zufällig ein Großteil der gewaltsamen Attacken von Nazis und aufgeputschen Bürgern. Sie werden von staatlichen Stellen mit Hinweisen auf ihren angeblichen Volkscharakter systematisch diffamiert und kriminalisiert. Der nordrhein-westfälische Sozialminister Heinemann (SPD), in der wenig später aufgeflogenen "Drehbuchaffäre" über eine Alltäglichkeit der bürgerlichen Politik gestolpert, konnte kurz zuvor offen rassistische Thesen verkünden, ohne nennenswerten Protest hervorzurufen. Wenige Tage nach dem Rostocker Pogrom erklärte Heinemann, der Aufruhr gegen die Asylbewerber sei "eindeutig durch das Fehlverhalten bestimmter Einwanderungsgruppen verursacht worden, die das Klima vergiftet haben". Man könne "nicht mehr länger darum herumreden", so der Minister, "es handelt sich dabei um Roma und Sinti aus Rumänien und Jugoslawien". (Spiegel, 37/92)

In Niedersachsen sind eine Reihe von Gemeinden, darunter Wolfsburg, dazu übergegangen, asylsuchenden Roma die Annahme ihrer Asylanträge zu verweigern und keine Unterkünfte oder irgendwelche sonstigen Versorgungsleistungen mehr zu geben, "damit die Karawane weiterzieht". Der Sprecher der Braunschweiger Bezirksregierung rechtfertigt den eindeutigen (und von ihm auch gar nicht bestrittenen) Verstoß gegen das Asylgesetz mit dem Hinweis auf den "schwierigen Personenkreis mit seinem abweichendem Sozial- und Hygieneverhalten". (FR, 5.8.92)

Eine eine aus amtlichen Verlautbarungen gespeiste Pressekampagne wirft den aus Rumänien und Jugoslawien geflohenen Roma ihre Not und ihre verzweifelten Versuche vor, sich nach Deutschland durchzuschlagen. "Ungeheuerlich" nennt der Chef der Grenzschutzstelle Schmilka "die Tricks und rabiaten Methoden, mit denen vor allem Zigeuner versuchten, ins Land zu gelangen". (WamS, 16.8.92) Die Roma würden "von bezahlten Schlepperbanden ins Land gelotst", um hier doppelte Sozialhilfe zu kassieren. Die "WamS" (9.8.92) erklärte die Hannoveraner Innenstadt "zu einem Zentrum aufdringlicher Bettelei durch rumänische Zigeuner, wie sie in Deutschland bisher nicht registriert worden ist". "Schamlos" seien die bettelnden Roma-Frauen und Kinder, erregen sich Restaurantbesitzer in der Fußgängerzone, die ihre Geschäfte beeinträchtigt sehen; "Diebstähle und Betrügereien" würden sich häufen, ergänzt die Polizei. Die niedersächsische Landesregierung hat beschlossen, dem "aggressiven Betteln" von Roma entgegenzutreten, das "erheblichen Unmut in der Öffentlichkeit errege". "Die Toleranz hat Grenzen", verkündete die sozialdemokratische Justizministerin Alm-Merk. (FR, 5.8.92)

Das hat sie in Deutschland nicht erst seit dem angeblichen Massenansturm in diesem Jahr. Die Verfolgung der Roma und Sinti unter dem Faschismus ist bekannt. Weniger bekannt ist, daß 1949 Himmlers gesammelte Planungsunterlagen zur Durchführung des Völkermords von der "Landfahrerzentrale" des bayrischen LKA übernommen wurden. Bis in die 60er Jahre arbeiteten dort unter dem LKA-Abteilungsleiter und früheren SS-Hauptsturmführer Supp dieselben Leute, die bereits im Reichssicherheitshauptamt in Berlin und in der "Zigeunerleitstelle München" den Völkermord maßgeblich organisiert hatten, mit den "Rassegutachten", Stammbaumtafeln, Karteien etc. der Nazis. Später gingen die Unterlagen dann zur "wissenschaftlichen Auswertung" an den Rassehygieniker Dr. Arnold. Finanziert aus Mitteln des Bundesinnenministeriums und in enger Kooperation mit den Polizeistellen in München und Hamburg diente diese Auswertung dem Ziel, der Polizei die Arbeit bei der Erfassung und Verfolgung von Sinti und Roma zu erleichtern. (pogrom, 6/87)

Das polizeiliche Vorgehen gegen Roma und Sinti ist von diesen Traditionslinien geprägt. Immer mal wieder bricht sich die rassistische Grundeinstellung in öffentlichen Kampagnen Bahn. Die Hamburger Revierwache 27 veröffentlichte im Juli 87 im örtlichen Lokalblatt einen Aufruf an "alle Einwohner um erhöhte Wachsamkeit und Mithilfe": "Wer dunkelhaarige, meist recht bunt gekleidete Kinder und Jugendliche, die einem nicht aus der Nachbarschaft bekannt sind, um das Haus streichen oder auch einzeln vor der Tür stehen sieht, der sollte sofort die Polizei unter 110 anrufen. Anwohner die (...) verdächtige Beobachtungen machen, sollten keine Scheu haben, die Polizei zu informieren. Auch falls sich die Meldung als falscher Alarm herausstellen sollte - entstehen dem Anrufer keine Kosten." Auf eine Anfrage der GAL-Abgeordneten Ulla Jelpke hin stellte sich der Hamburger Senat voll und ganz hinter die Hetze der Polizei und erklärte, die Hamburger Bevölkerung nehme solche "Hinweise zur Kriminalitätsvorbeugung überwiegend positiv auf. Fälle, in denen derartige

Veröffentlichungen eine Beeinträchtigung des gesellschaftlichen Klimas zur Folge hatten oder Gewalttätigkeiten provozierten, sind dem Senat bisher nicht bekannt geworden." (Senatsdrucksache 13/208)

21. Internationales Frauenflüchtlingshaus - Villa Courage

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:26

Die Situation für ausländische Frauen in der BRD ist oft noch miserabler als die der Männer. In vielen Fällen rechtlich und ökonomisch von den (Ehe-)Männern abhängig, haben die Frauen keine Chance, ihr Leben selbst zu bestimmen und zu organisieren. So haben z.B. nachgezogene Ehefrauen von Männern, die in irgendeiner Form einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, kein eigenes Aufenthaltsrecht. Ihr Aufenthaltsstatus leitet sich von dem des Mannes her. Erst nach mindestens drei Jahren haben Frauen ein eigenes Aufenthaltsrecht. Aber auch dieses ist insofern eingeschränkt, als die Frauen nach einer kurzen Schonfrist von einem Jahr kein Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe mehr beziehen dürfen. Sollte eine Frau sich während dieser mindestens drei Jahre dauernden Zeit von ihrem Mann trennen oder scheiden lassen wollen, droht ihr die Ausweisung. Diese Situation bedeutet für die Frauen, daß ihnen oft nur die Wahl bleibt zwischen dem Erleiden von Gewalt in der Ehe und der Ausweisung.

Für alleinlebende heterosexuelle Frauen und lesbische Frauen ist es mindestens ebenso schwierig, ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu bekommen. Frauen, die ohne Männer leben, werden so gut wie gar nicht im AusländerInnengesetz berücksichtigt. Frauenspezifische Fluchtgründe wie z.B. Vergewaltigung, sexuelle Folter, Zwangsverheiratung werden von den deutschen Gerichten meist nicht als Asylgrund anerkannt. (siehe hierzu auch ak 340)

Zur Prostitution gezwungene Frauen sind, da sie meist illegal in der BRD leben, von Zuhältern und Händlern extrem erpreßbar. Sie haben daher überhaupt keine Chance, der Gewalt und den unwürdigen Verhältnissen zu entkommen.

Von der Situation der Frauen in den Sammelunterkünften ist bisher wenig bekannt. Es kann aber laut der Terre-des-femmes-Gruppe in Freiburg davon ausgegangen werden, daß es auch dort eine "z.T. extreme geschlechtsspezifische Herabwürdigung und sexuelle Gewalt seitens der männlichen Flüchtlinge und vor allem des männlichen Personals" gibt.

Um sich vor Gewalt, welcher Art auch immer, in Sicherheit bringen zu können, standen den ausländischen Frauen bislang nur deutsche Frauenhäuser zur Verfügung. Die Freiburger Terre- des- femmes-Gruppe schreibt dazu: "Nicht nur die große Hemmschwelle, in einem deutschen Frauenhaus Hilfe zu suchen, sondern auch der oft erfahrene Rassismus von den deutschen Bewohnerinnen sowie eine wesentlich kompliziertere Gesamtsituation in kultureller, gesellschaftlicher, aber vor allem rechtlicher Hinsicht machen deutlich, daß die deutschen Frauenhäuser der Situation der flüchtenden ausländischen Frauen nur in sehr begrenztem Maße gerecht werden können".

Aus jahrelanger Auseinandersetzung mit der Situation von Flüchtlingsfrauen und vom Frauenhandel betroffenen Frauen in der BRD zog die Terre des femmes-Gruppe in Freiburg die Konsequenz. Seit Anfang dieses Jahres gibt es in Freiburg die Villa Courage, ein internationales Frauenflüchtlingshaus. 15 Frauen mit Kindern können darin "einen zumindest vorübergehend gesicherten Aufenthaltsort und Schutzraum, wo sie mit ihren Kindern nicht nur vor akuter sexistischer Gewalt und Verfolgung, sondern auch vor rassistischen Auseinandersetzungen weitgehend sicher sein können", finden. Zur Zeit sind in der Villa Courage noch Plätze frei.

Von Finanzierungsplanungen und Hauskauf, über die Entwicklung einer räumlichen Konzeption bis hin zu FrauenLesbenworkcamps, die die notwendigen Entrümpelungs-, Abriß- und Renovierungsarbeiten durchführten, hat es bis zur Eröffnung rund zwei Jahre Arbeit gebraucht. Ein Antrag bei der Stadt Freiburg für eine ABM-Stelle wurde abgelehnt. Drei Stellen auf Honorarbasis, die die Villa Courage seit Anfang 1992 hat, werden mit Unterstützung von Terre des Hommes, der Berliner Stiftung Umverteilen und dem Komitee des Weltgebetstages der Frauen finanziert.

Die Initiatorinnen betonen, daß sie kein Sozialarbeitsprojekt von deutschen für ausländische Frauen wollen. "Vielmehr geht es uns darum, einen Zufluchtsort zur Verfügung zu stellen, der Möglichkeiten für die kulturelle Entfaltung und die Erhaltung der eigenen Identität mit einschließt. Die Organisationsform soll deshalb autonom

sein und von den Bewohnerinnen in Selbstverwaltung geführt werden." Zur Unterstützung der Bewohnerinnen arbeiten in der Villa eine guatemaltekische, eine philippinische und eine deutsche Frau iranischer Herkunft auf Honorarbasis.

Die Villa Courage ist ein Modellprojekt. Die Frauen der Terre- des-femmes-Gruppe in Freiburg arbeiten daran, ein breites Unterstützungsnetz aufzubauen, um zum einen den Aufbau weiterer Häuser dieser Art anzuregen und um zum anderen drohende Abschiebungen verhindern oder zumindest politisch erschweren zu können. Wer mehr Informationen haben oder das Projekt finanziell unterstützen möchte kann, sich an folgende Adresse wenden: Villa Courage e.V., c/o Terre des femmes, Städtegruppe Freiburg, Habsburger Straße 9, 7800 Freiburg, Tel.: 0761/55 12 80.

Li., Hamburg

22. "Der Schutz der Flüchtlinge steht an erster Stelle." Interview mit Tanju Tügel, Ausländerbeauftragter der PDS

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Ausländer- und Asylpolitik; PDS; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:04

Tanju Tügel ist Ausländerbeauftragter der PDS und Mitglied des PDS-Bundesvorstandes. Das Interview führte Karin Dörre.

Tanju, worin siehst Du die Ursachen für den steigenden Rassismus in Deutschland?

Rassismus ist natürlich in Deutschland nicht erst in den letzten zwei Jahren entstanden. Er hat gerade hier seine Kontinuität und war immer vorhanden. Der Ein- und Ausschluß von Menschengruppen wegen bestimmter Merkmale, ob biologisch oder ethnisch, äußerte sich im Alltag auf vielfältige Weise. Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die DDR haben - wenn auch auf unterschiedliche Weise - mit ihrer Politik den Rassismus institutionalisiert. Nehmen wir nur die Situation der Immigrantinnen und Immigranten. Obwohl sie seit mindestens 30 Jahren hier leben, werden sie immer noch als Menschen minderen Rechts behandelt. Das Rechtssystem der Bundesrepublik diskriminiert Menschen, die einen anderen Paß als den deutschen haben, per Gesetz. Auch in der DDR fand das - bei aller ehrlichen Solidarität, die viele leisteten - auf ähnliche Weise statt. Besonders zu spüren bekamen das Menschen, die auf der Grundlage von Regierungsabkommen in die DDR kamen.

Mit dem Verlauf des Anschlusses der DDR an die BRD und der Art und Weise, wie die sogenannte deutsche Einheit gestaltet bzw. eben nicht gestaltet wird, hat sich die Situation enorm verschlechtert, viele Menschen sind in eine Identitätskrise geraten. Speziell im Osten. Es ist erschreckend, wie viele sich auf ihr "Deutschsein" zurückziehen. Die Entwicklung in den letzten zwei Jahren verläuft - sowohl innen- als auch außenpolitisch - auf einer nationalistischen Grundlage.

Breite Teile der deutschen Bevölkerung haben eine unheimliche Angst um ihren Konsumstandard. Deutsche sehen sich mehr und mehr als etwas Besseres. Das wird offen und mit immer stärkerer Gewalt artikuliert.

Dabei dürfen sich die "braven" Bürger Deutschlands durchaus im Recht fühlen. Es ist ja gerade die Politik der Bundesrepublik, jetzt außenpolitisch im Rahmen der EG ihre Positionen ökonomisch, politisch und auch militärisch zu verstärken. Man darf jetzt einfach Sachen machen, wozu man bis jetzt nicht so die Gelegenheit hatte, gepaart mit sozialen und ökonomischen Problemen bricht das auf. Rassistische Gedanken, die sich seit Jahrzehnten immer wieder reproduziert hatten, verwandeln sich in offene Gewalt.

Siehst Du denn soziale Probleme, beispielsweise im Osten, als eine Ursache der ansteigenden Gewalt?

Nein. Ich halte es für verkürzt, davon auszugehen, daß sich in Krisensituationen Gewaltbereitschaft oder Akzeptanz von Gewalt erhöht. Diese Gewaltbereitschaft kommt in der Bundesrepublik von rechts, was durchaus nicht gleichzusetzen ist mit sozialer Not. Ganz abgesehen davon - würden wir von einem kausalen Zusammenhang zwischen sozialen Problemen und wachsender Gewaltbereitschaft ausgehen, dann steht doch wohl die Frage, warum in den Ländern, in denen diese Probleme viel größer sind, solche Sachen nicht passieren. Im Gegenteil: Z.B. wird in vielen lateinamerikanischen Ländern Protest gegen das System, gegen die Regierungen gerichtet, und das meistens nicht in einem nationalistischen Kontext, sondern im Ringen um die Befreiung.

Sicherlich ist in der Bundesrepublik die Kontinuität des Rassismus ein Faktor. Und es ist nicht unwesentlich, daß die Kanalisierung der Unzufriedenheit durch Medien und durch Politikerinnen und Politiker der großen etablierten Parteien mit einer Schuldzuweisung an ImmigrantInnen und Flüchtlinge verbunden wird. Auch die Akzeptanz rechtsradikaler Parteien hat in den letzten Jahren eindeutig zugenommen. In solchen Situationen, das zeigt sich sehr deutlich, werden viele Menschen für einfache Losungen, die keine Lösungen sind, anfälliger.

Dazu muß man offen sagen, daß dies auch ein Alarmzeichen für die Unwirksamkeit der linken demokratischen Kräfte ist. Sie sind derzeit leider nicht in der Lage, Unzufriedenheit, die objektiv aus der Problemlage der einzelnen Menschen resultiert, auf die Bekämpfung der Ursachen zu kanalisieren.

Braucht die Linke also bessere oder sogar einfachere Losungen?

Ich rede nicht über populistische Losungen, daß wir etwa anfangen sollten, auf so eine Weise Politik zu machen. Aber fragen müssen wir uns schon, wie wirksam unsere Aktionen sind. Selbstverständlich suchen Menschen, die in der Angst leben, daß ihr Lebensstandard noch weiter sinken wird, Gruppen, die sie als Sündenböcke abstempeln können. Man fühlt sich nicht gar so klein, wenn man weiß, unter einem ist jemand, der in einer noch schlechteren Lage ist. Aber in der Bundesrepublik ist es nun schon so weit, daß man diese Gruppen auch physisch vernichten möchte. Wer aber den sozialen Problemen als Ursache für Gewalt gegen Flüchtlinge das Wort redet und vorgaukelt, die Lösung wäre, die Flüchtlinge einfach nicht hereinzulassen, der spielt ein gefährliches Spiel. Auf diese Weise nämlich wird plötzlich die gesamte Problematik umgedreht: Für die Täter gibt es viel Verständnis, so daß am Ende völlig verwischt wird, wer Schuld ist an der rassistischen Gewalt. Opfer und Täter müssen eindeutig benannt werden, gerade von Linken. Sonst tragen auch wir am Ende dazu bei, daß die Akzeptanzgrenze für Gewalt immer niedriger wird.

Und schließlich, wer glauben machen will, rassistische Gewalt beruhe auf sozialer Unsicherheit, der schaue sich die Wahlergebnisse der Republikaner in den westdeutschen Ländern an. Sie erzielten eben nicht nur in Wohngebieten mit hoher Arbeitslosigkeit, sondern gerade in gutsituierten Gegenden beträchtliche Stimmengewinne.

Seit den Pogromen in Rostock hört und liest man von Politikern wieder häufiger, der Rassismus sei im Osten viel stärker, das sei das Ergebnis von 40 Jahren DDR, der Schule von Frau Honecker... Herr Thierse meint sogar, die Ostdeutschen müßten erst lernen, mit Ausländern zu leben. Wie siehst Du das?

Natürlich sind in den Städten Ostdeutschlands Überfälle passiert, die im Westen bisher ein solches Ausmaß von "Volksfestcharakter" nicht hatten, das ist Fakt. Hoyerswerda und Rostock stehen wirklich als Symbol für eine neue Qualität von Rechtsextremismus und Rassismus. Nur, es erstaunt nicht, daß gerade jene Politikerinnen und Politiker, die immer von einem vereinigten Land sprechen, an dem Punkt wieder zwei Gebiete mit ganz unterschiedlichen Charakterzügen konstruieren. Ich halte von dieser Diskussion, ob Ostdeutsche oder Westdeutsche rassistischer sind, nicht viel. Es handelt sich um ein deutsches Problem, und als solches muß man das auch betrachten. Auch statistische Gegeneinanderstellungen bringen uns nicht weiter. Obwohl eindeutig nachweisbar ist, ich erinnere nur an Hünxe und Münster, daß rassistische Überfälle auch im Westen furchtbare Ergebnisse zeitigen.

Es ist aber eine Besonderheit Ostdeutschlands, daß dort viele Strukturen fehlen, die eventuell - wenn es gewollt ist - im Westen der Bundesrepublik einiges im Sinne von Schadensbegrenzung erreichen können. Damit meine ich die Selbstorganisation der ImmigrantInnen und Flüchtlinge oder antirassistische Organisationen. In den ostdeutschen Ländern waren keine - und sind es zum Teil immer noch nicht - Infrastrukturen für die Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen vorhanden. Weder materiell noch personell. Per Einigungsvertrag wurde aber trotzdem durchgesetzt, daß über Nacht Flüchtlinge auch im Osten Deutschlands untergebracht werden mußten.

Ich will damit nicht sagen, daß ostdeutsche Länder keine Flüchtlinge aufnehmen sollen. Aber die Bedingungen dafür müssen vorbereitet werden. Ich sehe es schon als eine Strategie an, daß Flüchtlinge einfach in den Kommunen "abgekippt" werden, ohne sich darum zu sorgen, ob da ein Haus ist, in dem sie menschenwürdig leben können, ob es AnwältInnen und BetreuerInnen gibt etc. Auf der anderen Seite stehen z.B. FDGB-Heime leer, und Kommunen, die händeringend darum kämpfen, auch, um dort Flüchtlinge unterzubringen, scheitern an eben diesem Einigungsvertrag, der Rückgabe vor Entschädigung festschreibt.

Und nicht zuletzt hat die Bundesregierung mit ihrer Politik die ostdeutsche Bevölkerung in eine Lage gedrängt, in der sie als Deutsche zweiter Klasse froh sind, noch eine dritte Klasse unter sich zu wissen. All das paßt doch gut zu dem Gerede von "Das Boot ist voll" oder "Die Deutschen sind mit der Asylantenflut überfordert".

Was die Aussage von Herrn Thierse betrifft: die ist gefährlich. Was sollen denn die Ostdeutschen erst lernen? Daß niemand das Recht hat, einfach andere Menschen anzuzünden? Das dürfte allgemein bekannt sein. Dazu

braucht man keine besonderen Ossi-Kurse an der Volkshochschule. Notwendig ist, daß die Diskussion nicht auf dieser Ebene weitergeführt, sondern gehandelt wird, um in der Bundesrepublik dem wachsenden Rassismus etwas entgegenzusetzen.

Was zum Beispiel?

Momentan steht der Schutz der Flüchtlinge an erster Stelle. Viele Menschen mit Zivilcourage stellen sich schützend vor Flüchtlingsheime, aber wir sind noch zu wenige. Hier, denke ich, sollten wir uns bemühen, hartnäckiger an Mutlose und Ängstliche, die aber ihr menschliches Gewissen nicht verloren haben, heranzutreten, und wir sollten es gemeinsam mit anderen demokratischen und humanistischen Kräften tun.

Wichtig ist auch die Aufklärung über Fluchtursachen, über die Lebensbedingungen der Flüchtlinge, über ihre unerträgliche Diskriminierung durch die Behörden und nicht zuletzt über die Mitverantwortung der Bundesrepublik für die Reproduktion der Fluchtursachen. Wir sollten auch immer wieder darauf hinweisen, daß, solange die Fluchtursachen nicht bekämpft werden, viel mehr Menschen versuchen werden, ihr Überleben in anderen Ländern zu sichern. Und niemand hat das Recht, ihnen dieses Menschenrecht zu verweigern.

Die PDS vertritt mit ihrer Forderung nach offenen Grenzen für alle eine sehr radikale Position. Ist eine so unpopuläre Forderung durchzuhalten, wird sie überhaupt in der gesamten Partei getragen?

Diese Forderung wurde bereits auf dem letzten Parteitag im Dezember 1991 mit großer Mehrheit von den Delegierten angenommen. In der Mitgliedschaft der PDS gibt es natürlich sehr kontroverse Meinungen, was in einer solchen mitgliederstarken Partei auch in Grundsatzpositionen ganz normal ist. Ich kann hier keine Prozentzahlen angeben, wieviele der Mitglieder hinter dem Beschluß stehen, sondern ich muß auf dieser Grundlage, von der ich froh bin, sie zu haben, arbeiten. Menschen von konsequent antirassistischen Positionen zu überzeugen, ist eine Aufgabe auch in die Partei hinein. Und was unsere Minderheitenposition in dieser Gesellschaft angeht - wir sind eine linke sozialistische Partei, die nicht populistisch Mehrheitsstimmungen bedient. Das kann die SPD übrigens auch viel besser. Und ich finde, wir befinden uns mit unserer Minderheiten-, aber richtigen Position in einer guten ehrlichen Gesellschaft - gemeinsam mit ImmigrantInnen- und Flüchtlingsorganisationen, antirassistischen Organisationen, kirchlichen Kreisen. Ich bin lieber in so einer Minderheit als in einer Mehrheit mit CDU/CSU, FDP und SPD. Wohin Populismus, der immer mit einem Auge nach der Macht schielt, führt, sehen wir gerade jetzt an der SPD, die dafür sorgen will, daß der Artikel 16 GG endgültig kippt.

Ich finde, gerade unter dem Druck rassistischer Gewalt darf es nicht dazu kommen, daß richtige linke Grundsatzpositionen aufgegeben werden. Der Bundesvorstand der PDS hat darüber auf seiner Klausurtagung lange diskutiert. Mit uns ist das nicht zu machen. Wir halten an dem Beschluß fest.

Angesichts der steigenden Zahl rassistischer Überfälle, des steigenden Beifallsgeschreis und Mitmischens sogenannter "normaler" Deutscher, wird ziemlich viel Sorge aus dem Ausland über die Entwicklung in Deutschland laut. Marschiert Deutschland in einen neuen Faschismus?

Ich denke, 1992 ist nicht 1933. In dem Sinne sehe ich keine akute Gefahr einer faschistischen Machtübernahme. Aber festzuhalten ist, daß vor allem die Nachbarländer mit den Deutschen nicht die besten Erfahrungen haben. Zweitens muß man zur Kenntnis nehmen, daß es auch in anderen Ländern Europas rassistische Überfälle gibt. Aber die Reaktion antirassistischer Kräfte ist dort eine ganz andere. Nehmen wir als Beispiel Italien, wo hunderttausende Menschen auf die Straße gegangen sind. Auch in Brüssel haben über Hunderttausend demonstriert, als ein Überfall stattfand. In Schweden kam es sogar zum Generalstreik, was für die Bundesrepublik momentan für mich undenkbar ist. Die Gefahr in Deutschland sehe ich darin, daß immer mehr Kreise nach rechts schwenken und Gewalt akzeptieren, aber die Gegenreaktionen ziemlich begrenzt bleiben. Das macht mir, ehrlich gesagt, auch Angst. Aber andererseits sehe ich momentan wesentliche Unterschiede zu 1933, z. B. ist das Großkapital nicht an einer faschistischen Machtübernahme interessiert. Die Großkonzerne brauchen Arbeitsimmigration. Trotzdem - unterschätzen dürfen wir diese Entwicklung in ihrer Wirkung nicht. Jeder rassistische Überfall ist ein Überfall zuviel. Und es sind auch keine Randerscheinungen, wie Regierende gern glauben machen möchten. Mit der weiteren Forcierung der Debatte um Artikel 16 wird Gewalt befördert und benutzt, um Demokratie noch weiter abzubauen. Gewalttätiger Rassismus geht nicht nur von rechtsextremistischen Schlägern aus, der kommt auch aus Bonn. Mit der seit Jahren immer weiteren

Verschärfung des Asylrechts, mit Sondergesetzen für Menschen ohne deutschen Paß, und nun eben mit der Beseitigung des Artikels 16.

Was kann denn die Linke Deiner Auffassung nach dieser wachsenden Gewalt entgegensetzen, und was macht konkret die PDS?

Bis jetzt ist es leider so, daß Linke sich oft gegenseitig nachweisen wollen, wer der größere Antirassist ist und wie gefährlich eigentlich die andere Position für die ganze Bewegung ist, anstatt gemeinsame Aktionen, die ja punktuell da sind, zur kontinuierlichen Zusammenarbeit auszubauen. Differenzen, die sich seit Jahren festgesetzt haben, sollten wir angesichts der neuen Situation nicht in den Vordergrund rücken. Damit meine ich nicht, daß wir jetzt ohne politische Grundlage in einen Aktionismus verfallen, sondern solidarischer gemeinsam über Langzeitaktionen nachdenken sollten. Und ich bin sogar bereit, sehr weit zu gehen und nicht nur Linke einzubeziehen. Leider ist es doch häufig so, daß man mit einer solchen Position schnell als Abweichler oder als Kompromißler abgestempelt wird. Aber muß nicht letztlich das Ergebnis zählen? Ist es - bei aller Differenz - jetzt nicht am wichtigsten, der rassistischen Gewalt Einhalt zu gebieten, Flüchtlinge zu schützen?

Die PDS versucht jedenfalls, mit allen Personen und Organisationen, die etwas gegen die derzeitige Entwicklung tun wollen, zusammenzuarbeiten, zu zeigen, daß eine Gegenstimme da ist. In den Parlamenten versuchen wir über Anfragen, Anträge zumindest eine Öffentlichkeit herzustellen. Ich überschätze keineswegs die Möglichkeiten der parlamentarischen Arbeit, aber auch dort dürfen wir nicht zulassen, daß nur noch eine Stimme herrscht. Und wir machen in den Parlamenten die Positionen der Flüchtlinge und ImmigrantInnen deutlich - sie dürfen es ja nicht. Auf der Bundestagsebene wurde von unseren Abgeordneten die weitaus größte Anzahl an kleinen Anfragen und Anträgen zu diesem Thema gestellt. Ein Antrag der PDS/LL zu einer breit angelegten Kampagne gegen Rassismus schmort seit Monaten in den Ausschüssen. Außerparlamentarisch gibt es in ostdeutschen Ländern, Städten und Gemeinden neue Zusammenhänge, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten Aufklärungsarbeit leisten.

Und ich denke, wenn wir in der Bundesrepublik etwas Wirksames unternehmen wollen, sollten wir uns wirklich erstens darauf einigen, was wir wollen und uns nicht gegenseitig nachweisen, was wir nicht wollen. Zweitens sollten wir aufhören, antirassistische Bewegung als Monopol der Linken zu betrachten und versuchen, mit allen demokratischen Kräften zu einer Zusammenarbeit zu kommen.

Die PDS veranstaltet vom 13. bis 15. November in Berlin einen Europäischen Kongreß gegen Rassismus. Mit welchen Erwartungen?

Wir haben Organisationen und Personen eingeladen aus vielen europäischen Ländern, auch solche, die sich nicht unbedingt als Linke definieren. Vielleicht können wir auch aus ihren Erfahrungen für die antirassistische Bewegung in der Bundesrepublik einiges lernen. Um zu gemeinsamer Arbeit zu kommen, ist es schon nötig, über die Grenzen dieses Landes zu schauen und die Entwicklung in Europa insgesamt zu analysieren. Dafür soll der Kongreß ein Angebot sein. Die Möglichkeiten, die wir als PDS haben, möchten wir in den Dienst der antirassistischen Bewegung Europas stellen. Damit ist auch gleichzeitig gesagt, daß das ein offener Kongreß ist, mit dem wir auch eine Plattform für kulturvollen Streit anbieten. Es ist ein Versuch, durch die Erfahrungen der Teilnehmenden eine Verständigung und vielleicht auch eine gewisse Vernetzung herbeizuführen, die den neuen Erfordernissen in Europa entspricht.

Ansonsten sind meine Erwartungen nicht allzu groß. Die Welt wird am 16. November nicht viel anders aussehen. Aber wenn wir es schaffen würden, daß mit dem Kongreß Ost-und Westeuropa ins Gespräch kommen und daraus einige konkrete Überlegungen erwachsen, dann wäre das ein Schritt nach vorn. Wir erwarten von Referentinnen und Referenten aus verschiedenen Ländern ihre spezifische Sicht auf die neue Situation in Europa, die in der Summe hoffentlich zu einer breiteren Bestandsaufnahme führt und daß davon ausgehend auch über konkrete Schritte - und am liebsten europaweit - nachgedacht werden kann.

Ist Deiner Ansicht nach der Artikel 16 noch zu retten. Und was passiert, wenn er in Kürze fällt?

Durch den Umschwung der SPD als Koalitionspartner im Wartestand sind natürlich die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag durcheinandergekommen. Eine Abwehr der Änderung des Grundgesetzartikels 16 ist nur noch durch eine Entscheidung der Delegierten des SPD-Sonderparteitages möglich. Darüber will ich lieber nicht spekulieren. Aber wir müssen uns darauf einstellen, daß mit dem Verweis auf die sogenannte europäische

Harmonisierung auf kurz oder lang der Artikel 16 verändert wird. Abgesehen davon, daß natürlich in den 80er Jahren mehrmals durch Verfahrensänderungen dieser Artikel immer wieder eingeengt wurde - es gibt ja keine Garantie für politisches Asyl in der Bundesrepublik. Eine beträchtliche Zahl eindeutig begründeter Anträge wird abgelehnt. Das neue Asylverfahrensgesetz ist ja das jüngste Produkt der Abschiebepolitik. In dem Sinne befürchte ich als weiteren Schritt die endgültige Beseitigung des Artikels 16. Dennoch bin ich der Meinung, daß wir nach wie vor mit aller Kraft gegen eine Änderung dieses Artikels vorgehen müssen. Diese Debatte hat ja auch eine enorm gefährliche ideologische Funktion. Der Geschichtsrevisionismus, der jetzt immer salonfähiger wird, möchte alles, was an Schuld und Verantwortung der Deutschen in der Nazizeit erinnert, wegradieren. Der Artikel 16 gehört nun mal dazu. Das sollten wir nicht unterschätzen. Ich denke, daß wir als Linke zumindest den Versuch unternehmen müssen, die SPD-Basis anzusprechen, daß sie jetzt nicht unter dem Druck der rassistischen Gewalt dieses falsche Signal, was wirklich katastrophale Folgen haben wird, durchsetzen hilft.

Schönen Dank für das Gespräch.

"Gegen eine Festung Europa"

Kongreß der PDS/LL in Berlin vom 13. bis 15.11.1992

Ablauf:

Freitag, 13.11.1992

19.00 Uhr Eröffnungsplenum:

Festung Europa - grenzenloser Rassismus?

Sonnabend, 14.11.92

Der Kongreß nimmt seine Arbeit ab 9 Uhr auf.

Arbeitsgruppe 1

Zur Genesis von Flucht und Migration in und nach Europa.

Arbeitsgruppe 2

Diskriminierungstatbestände und Antidiskriminierungspolitik im europäischen Vergleich

Arbeitsgruppe 3

Ursachen von Rassismus und Nationalismus im Spiegel der europäischen Migrations- und Rassismusforschung

Arbeitsgruppe 4

Rechtsradikalismus und Nationalismus in Europa - Was hat moderner Antifaschismus dem Rechtsruck entgegenzusetzen?

Arbeitsgruppe 5

Rassismus in Medien und Diskursen.

Arbeitsgruppe 6

Perspektiven einer antirassistischen Politik in Europa

Arbeitsgruppe 7

Rassismus im Realsozialismus

Arbeitsgruppe 8

Rassismus und Sexismus

19 Uhr Plenum:

Rassismus und Kolonialismus - Spurensuche in einer 500jährigen Geschichte

Sonntag, 15.11.92

9.30 bis 13 Uhr Abschlußplenum

Perspektiven einer antirassistischen Politik in Europa

Anmeldung zum Kongreß und nähere Information im Kongreßbüro, c/o Tanju Tügel, Kleine Alexanderstraße 28, O-1020 Berlin, Tel: 030- 28409447, Fax: 030-2814169

23. Ausländerbehörde außer Rand und Band. Langjähriger Aufenthalt in der BRD schützt nicht mehr vor der Abschiebung

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:43

Der Hamburger Senat ist stolz darauf, prozentual gerechnet mehr AusländerInnen abzuschieben als jedes andere Bundesland. Insbesondere gegenüber CDU-geführten Landesregierungen bekräftigt der zuständige SPD-Innensenator Hackmann seit langem gern sein Credo: Wir in Hamburg schieben mehr Ausländer ab als die Bayern.

Das jüngste Beispiel für die Vorreiterrolle Hamburgs wurde Anfang August mit der Aufhebung des Abschiebestopps für KurdInnen geliefert. Bis dahin wurden kurdische BürgerInnen, deren Ausweisung rechtskräftig entschieden war, nicht abgeschoben, da "eine generelle Gefährdung aufgrund kurdischer Volkszugehörigkeit in der Westtürkei gegeben sei." Eine freundliche Umschreibung der Tatsache, daß die türkische Regierung und das Militär Krieg gegen die KurdInnen führen.

Der weitere Aufenthalt der Betroffenen hier wurde "geduldet", wie es im Behördendeutsch heißt. Damit ist es nun vorbei. Zeitgleich mit Berichten über das Massaker in Sirnak - dort gab es 500 Tote bei einem Einsatz der türkischen Armee mit u.a. deutschen Panzern - wurde bekannt, daß der Abschiebestopp für KurdInnen vom Hamburger Senat aufgehoben worden war. Seitdem laufen die Abschiebungen weiter. Begründung: Eine Gefährdung sei nicht gegeben. Eine solche Aufhebung der Duldung gibt es nicht einmal in Mecklenburg-Vorpommern, wo die CDU-Landesregierung nach Rostock ihre Abschiebungspolitik noch weiter verschärft hat, wie von dortigen Ausländerämtern mitgeteilt wurde. Doch die jetzt wieder einsetzende Abschiebung bildet nur die Spitze des Eisbergs sozialdemokratischer Ausländerpolitik.

Vollstreckerin des rigorosen Abschiebeprinzips des SPD-Senats ist in der täglichen Ausweisungs- und Abschiebepraxis die Hamburger Ausländerbehörde. Diese Dienststelle sorgt dafür, daß die bunte, aufwendige und überall sichtbare Imagewerbung "Hamburg - Tor zur Welt" Wirklichkeit wird. Mit einem Tritt werden inzwischen viele ausländische BürgerInnen verschiedener Nationalitäten aus dem hanseatischen Tor zur Welt befördert.

Das neue Ausländergesetz

Das seit Sommer 1991 geltende neue Ausländergesetz bildet den formellen Rahmen für eine von der Öffentlichkeit kaum bemerkte Verschärfung auf diesem Gebiet. Der relativ beste Schutz vor Ausweisung und Abschiebung für AusländerInnen war bisher ihr langjähriger Aufenthalt in der BRD. Im neuen Ausländergesetz wurde dies durch eine eigene Vorschrift anerkannt. Es ist dort von einem besonderen Ausweisungsschutz für AusländerInnen die Rede, die nach langen Jahren hier mit viel Mühen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erlangen konnten. Mehr an gesichertem Aufenthaltsstatus läßt sich für AusländerInnen in der Pyramide der verschiedenen Aufenthaltsgestattungen nicht erreichen. Das Merkmal des "besonderen Ausweisungsschutzes" galt in der Diskussion vor Einführung des neuen Ausländergesetzes als Beleg für eine liberale und vermeintlich ausländerfreundliche Absicht der Bundesregierung. Allerdings, und wie so oft, findet sich im Gesetz ein wenig weiter die Bestimmung, daß der besondere Ausweisungsschutz dort nicht gilt, wo die "öffentliche Sicherheit und Ordnung" gefährdet sei. Genau dies ist nun, es läßt sich denken, eine der Hauptgrundlagen für die Ausweisungs- und Abschiebungsverfügungen der Hamburger Ausländerbehörde.

Abschiebungsalltag

Beispiel 1: Der türkische Bürger A. lebt seit 1972 in der BRD. Er arbeitet in verschiedenen Hamburger Betrieben und führt dort aus, was gemeinhin die Dreckarbeit genannt wird. Die Ehefrau folgt ihm und es werden nach und nach drei Kinder geboren, die gegenwärtig noch zur Schule gehen. Herr A. verfügt über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Über einen Bekannten wird er an einem Drogengeschäft beteiligt. Er informiert die türkische und die deutsche Drogenfahndung, und daraufhin werden andere Geschäfte unterbunden und verhindert. In der Strafverhandlung ist er geständig, und durch ihn werden weitere Taten aufgeklärt. Ohne finanzielle Vorteile erlangt zu haben, wird er wegen Beteiligung an dem einen Geschäft zu

vier Jahren und neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Die Ausländerbehörde verfügt die Ausweisung und betreibt die Abschiebung.

Das Ausländergesetz sieht eine obligatorische Abschiebung bei bestehendem besonderen Ausweisungsschutz erst bei einer Verurteilung von mehr als fünf Jahren vor. Bei geringeren Strafen steht die Abschiebung im Ermessen der Ausländerbehörde, und die nutzt ihre Kompetenz, um Herrn A. rauszuwerfen. Er bilde eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und müsse aus generalpräventiven Gründen der Abschreckung abgeschoben werden. Dem Hinweis, daß seine Familie hier lebe, die Kinder nicht den Vater verlieren sollten und er nach 20 Jahren in der BRD über keinerlei Verbindungen in der Türkei mehr verfüge, wird entgegnet, er habe bei Begehung der Straftat (ja) auch nicht an seine Familie gedacht. Die Hamburger Verwaltungsgerichte schließen sich dieser Argumentation in zwei Instanzen ausdrücklich an. Außerdem müsse, so Verwaltung und Gerichte gleichlautend, anderen AusländerInnen deutlich vor Augen geführt werden, was mit ihnen geschehe, wenn sie in ähnlicher Weise straffällig würden.

Langer Aufenthalt, Familie und Kinder in Hamburg, Bindungslosigkeit in der Türkei, Geständnis, Kooperation mit der Drogenfahndung und Aufklärung weiterer Drogengeschäfte - alles vergeblich, wenn die Ausländerbehörde abschieben will. Früher konnten solcherart Betroffene bleiben, heute nicht mehr.

Doch nicht nur höhere Freiheitsstrafen führen zur Ausweisung.

Beispiel 2: Der jetzt 25jährige türkische Bürger B. lebt seit 1979 mit seinen Eltern und der gesamten Familie in der BRD. Er verfügt ebenfalls nicht mehr über Bindungen in die Türkei und ist im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis. Den Keller seiner Wohnung stellt er einem Bekannten als Drogendepot zur Verfügung, ohne in sonst irgendeiner Weise in Drogengeschäfte verstrickt zu sein. Seine Tatbeteiligung wird von ihm später offenbart, und er leistet Beiträge zur Aufklärung anderer Geschäfte. Das Strafgericht erkennt dies ausdrücklich an und stellt ihm zudem eine günstige Sozialprognose. Er will ein Studium aufnehmen, bewirbt sich und nach der Entlassung aus der Untersuchungshaft betreibt er entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen. Das Urteil lautet schließlich auf zwei Jahre, zur Bewährung ausgesetzt, auch um ihm ein berufliches Fortkommen zu ermöglichen. Unmittelbar nach Aufnahme eines weiteren, vom Arbeitsamt vermittelten Fortbildungskurses verfügt die Ausländerbehörde die Ausweisung und Abschiebung. Begründung: Herr B. sei eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Ausreisefrist: 1 Woche.

Das angerufene Verwaltungsgericht bestätigt im Eilverfahren die Verfügung und sogar noch die Ausreisefrist. Insbesondere wird darauf verwiesen, daß Herr B. bereits früher auffällig geworden und deshalb bei ihm davon auszugehen sei, daß er die Rechtsordnung ständig mißachte. Der Einblick in die Behördenakte ergibt, daß Herr B. in jungen Jahren tatsächlich einmal mit der Rechtsordnung in Konflikt geraten war. Er hatte seinerzeit seine Schülermonatskarte manipuliert und war damit etwas preiswerter U-Bahn gefahren. Zusammen mit der jetzigen Bewährungsstrafe reicht dies dem Ausländeramt, ihn rauszuwerfen.

Der öffentlich gepriesene besondere Ausweisungsschutz erweist sich als Makulatur. Wenn jemand wie Herr B. in der beschriebenen Situation seiner Lebensumstände mit juristischen Mitteln gegen die Ausländerbehörde nicht mehr hier gehalten werden kann, ist nicht vorstellbar, wie vergleichbar Betroffene noch geschützt werden können.

Aber auch ohne Verstrickung in Drogendeals werden lange hier lebende AusländerInnen abgeschoben.

Beispiel 3: Der 51jährige tunesische Bürger C. lebt seit 1969 in der BRD. Anfang der 80er Jahre verliert er seinen Arbeitsplatz, und aus diesem Grund wird ihm keine weitere Aufenthaltserlaubnis mehr erteilt. Herr C. bleibt weiter hier und wird von Familienmitgliedern und Freunden materiell unterstützt. Schließlich gelingt es Herrn C., eine Arbeitsplatzzusage zu erhalten. Außerdem werden für ihn verschiedene Bürgschaftserklärungen abgegeben, in denen versichert wird, daß die materielle Unterstützung aufrechterhalten wird und Herr C. keine Sozialhilfe oder andere öffentliche Mittel für seinen Aufenthalt in Anspruch nehmen wird. Mit der Zusage und den Bürgschaftserklärungen ausgerüstet bemüht sich Herr C. 1992 um eine Legalisierung seines Aufenthaltsstatus und stellt den Antrag, ihm zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Die Ausländerbehörde lehnt ab und betreibt statt dessen die Ausweisung und Abschiebung.

Schließlich noch ein Beispiel dafür, wie inzwischen mit Menschen umgesprungen wird, die aus dem Osten kommen. Gab es vor Jahren Geld und Anerkennung für "Aussiedler aus Oberschlesien", gilt dies heute nicht mehr.

Beispiel 4: Der 33jährige Herr D. lebt seit Mitte der 80er Jahre in der BRD, nachdem er zuvor aus Polen eingereist war. Er betreibt hier sein Verfahren zur Anerkennung als "Vertriebener". Der Vertriebenenausweis wird erteilt, doch stellt sich nachträglich heraus, daß an den deutschen Vorfahren in den Ostgebieten und ihrem "Bekenntnis zum deutschen Brauchtum" aus Sicht der hiesigen Behörden manches zweifelhaft gewesen sein mag. Herr D. gerät in den Verdacht, unrichtige Unterlagen über seine Vorfahren vorgelegt zu haben. Das anschließende Strafverfahren endet in erster Instanz mit Freispruch und wird in zweiter Instanz wegen Geringfügigkeit eingestellt. Zu einer abschließenden Klärung der gegen Herrn D. erhobenen Vorwürfe kommt es nicht. Der Vertriebenenstatus wird gleichwohl widerrufen, ohne daß Herr D. darauf hingewiesen wird, daß er fortan als Ausländer gelte und einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu stellen habe. Herr D. geht davon aus, zwar kein "Vertriebener" zu sein, hier aber weiter leben zu dürfen, ebenso wie Freunde und Bekannte aus Polen in ähnlicher Lage. Ein Fehlschluß wie sich zeigen soll. Die Hamburger Ausländerbehörde verfügt seine Ausweisung und ist nicht bereit, seinen langen Aufenthalt hier und seine Bindungslosigkeit in Polen anzuerkennen.

Die Beispiele zeigen auf, daß die Hamburger Ausländerbehörde dazu übergegangen ist, nicht nur seit kurzem hier lebende BürgerInnen wieder aus dem Land zu werfen. Wer zehn oder mehr als 20 Jahre hier gelebt hat, soll nicht mehr sicher sein, hier auch im nächsten Jahr noch leben zu können. Die soziale Integration der langjährig hier lebenden AusländerInnen bietet keinen Schutz mehr vor der Willkür der Behörden.

Die Verunsicherung und Angst, die mit diesem staatlichen Vorgehen bei den vielen Betroffenen hervorgerufen wird, paßt in das Kalkül des SPD-Senats und der neuen sozialdemokratischen Ausländerpolitik, die sich in der Alltagspraxis schon vor der Petersberger Wende der SPD Bahn gebrochen hatte.

Inzwischen erblassen nicht mehr nur Flüchtlinge in Hamburg bei dem Stichwort "Ausländerbehörde", sondern beinahe alle AusländerInnen hier in der Stadt. Die Sozialdemokratie will das.

mar., Hamburg

24. "Operation Balkansturm"?

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:38

Man traut sich wieder. Lauter als irgendjemand sonst in der Welt rufen deutsche Politiker und Journalisten nach militärischer Gewalt gegen Jugoslawien. Andere Politiker, die ihnen widersprechen, schämen sich nicht, als Argument die "Risiken des Partisanenkrieges" anzuführen, unter denen in Jugoslawien bereits die Wehrmacht "gelitten" habe. Wir haben es in zwei Jahren Ganzdeutschland wahrlich weit gebracht.

Aber ist, was laut herumgeschrien wird, darum auch schon realistisch? Droht eine internationale Militärintervention in Jugoslawien, womöglich mit einer Eskalation über den ganzen Balkan? Ich will zu zeigen versuchen, warum ich das derzeit und unter den gegebenen Umständen für unwahrscheinlich halte.

Herbst 1991: Die WEU winkt ab

Im September-Oktober 1991 wurde vorübergehend der Einsatz einer rein europäischen "Friedenstruppe" in Jugoslawien diskutiert. Es scheint, daß der französische Präsident Mitterand um den 10. September herum diese Möglichkeit als erster ins Spiel brachte. Diese Truppe unter WEU-Kommando sollte eine Pufferzone zwischen den Kriegsparteien in Kroatien überwachen. Die WEU sollte diese Aufgabe laut Mitterand allerdings nur übernehmen, falls die UNO dazu aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage wäre. Im übrigen sollte sie nach den gleichen Regeln wie eine "Friedenstruppe" der UNO funktionieren. Das hieß: Voraussetzung wäre erstens die Zustimmung aller Kriegsparteien zur Stationierung, und zweitens ein haltbarer Waffenstillstand. Es ging also, im Unterschied zu einigen kürzlich hochgespielten Interventionsoptionen, nicht um einen Kampfeinsatz mit dem Ziel, eine der Kriegsparteien zum "Einlenken" zu zwingen.

Die Ziele Mitterands bei seinem Vorschlag scheinen gewesen zu sein, erstens eine eigenständige militärische Rolle der WEU zu etablieren, und zweitens die in Sachen Jugoslawien zu Alleingängen tendierende deutsche Politik "einzubinden". Ein Zusammenhang mit Mitterands Besuch in der BRD am 19. September 1991 liegt auf der Hand. Im gemeinsamen Kommunique wurde zum einen der "Friedenstruppen"-Vorschlag erneuert, zum anderen ein Bekenntnis zum "größtmöglichen Zusammenhalt" der EG-Staaten und zur "laufenden Koordinierung" ihrer Jugoslawien-Politik "im Rahmen der WEU" festgeschrieben.

Daß die Taktik Mitterands immerhin einen kurzfristigen Erfolg hatte, war der FAZ vom 28.9.91 zu entnehmen: "In der CDU wird derzeit die Frage einer völkerrechtlichen Anerkennung (...) zurückhaltender behandelt als zu Beginn der Krise. Zunehmend mißt die Bundestagsfraktion der CDU/CSU dem westeuropäischen Zusammenhalt den Vorrang zu." Der außenpolitische Fraktionssprecher Lamers betonte, das "vorrangige Ziel, die EG handlungsfähig zu machen und die Politische Union herbeizuführen", dürfe auf keinen Fall durch Streit um die Jugoslawien-Politik gefährdet werden. Die anderen EG-Staaten hätten die Folgen einer Anerkennung Kroatiens klarer gesehen als die BRD. Die Folgen einer "militärischen Automatik" seien in Deutschland kaum bedacht worden. (Nämlich: daß man Kroatien, wenn man es anerkennt, dann eigentlich auch gegen Verletzungen seines Territoriums militärisch schützen müsse.) Die deutsche Jugoslawien-Politik habe, so Lamers, bestehendes Mißtrauen bei den Verbündeten noch verschärft. Er forderte eine "Selbstkritik, die den Bundestag und die Unionsfraktion einschließt."

Positiv zu einer WEU-"Friedenstruppe" äußerte sich sofort Italien. Die britische Regierung hingegen teilte mit, sie sehe derzeit keine Möglichkeit einer Militärintervention in Jugoslawien. Spätestens damit war klar, daß es für die Idee keinen europäischen Konsens geben würde. Die Außenministerkonferenz der EG vertagte das Problem, indem sie eine Arbeitsgruppe der WEU beauftragte, unterschiedliche Optionen für eine Militärintervention zu analysieren.

Der angeforderte Expertenbericht lag Ende September 1991 vor. Er sah drei unterschiedliche Varianten für eine militärische Flankierung der bereits in Kroatien tätigen EG-Beobachter vor. Der notwendige Kräfteeinsatz wurde zwischen 2000 und 6000 Soldaten geschätzt. Nur die vierte Option konnte aber als "Friedenstruppe" im Sinne des Mitterand-Vorschlags gelten. Dafür wurden 30.000 Mann veranschlagt: 20.000 als Kampftruppe und 10.000 "Hilfspersonen" (vor allem Nachschub und Kommunikationswesen).

Aufgrund dieser Analyse wurden die WEU-Mitglieder befragt, in welchem Umfang sie bereit wären, sich eventuell an einer der Optionen zu beteiligen. Es ergab sich erstaunlicherweise, daß für die vierte Möglichkeit

nicht genügend Kräfte vorhanden seien. Explizit gesagt: Die WEU sah sich nicht in der Lage, 30.000 Soldaten zusammenzubringen. Wörtlich genommen war das selbstverständlich blanker Hohn für den Anspruch, eine eigene militärische Rolle Westeuropas zu etablieren. Angesichts der Stärke der einzelnen nationalen Armeen kann dieser Verweis auf den "Sachzwang" nicht überzeugen. Ins Politische übersetzt muß man schlußfolgern, daß der kollektive Wille für eine militärische "eigene Rolle Europas" nicht einmal in dieser relativ geringen Größenordnung vorhanden war (und ist). Zum Vergleich: Am Golfkrieg 1991 beteiligte sich Großbritannien allein mit 35.000 Soldaten; Frankreich schickte weitere 10.500 Mann.

UNO, übernehmen Sie!

Ende Oktober 1991 legte der WEU-Ministerrat die ganze Idee definitiv zu den Akten. Die europäische Rolle verlegte sich nun darauf, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Aufstellung einer UNO-"Friedenstruppe" zu gewinnen. Im Prinzip war das überhaupt kein Problem, aber in der Praxis dauerte es doch noch länger als ein halbes Jahr. Erstens mußten alle Kriegsparteien zustimmen, und die Verhandlungen mit den autonomen serbischen Politikern Kroatiens gestalteten sich zäh und schwierig. Es bedurfte großen Drucks und direkter Einmischung der Belgrader Regierung, bevor sie Anfang Februar 1992 zustimmten. Zweitens wurde die Stationierung durch technische und finanzielle Probleme der UNO verzögert. Die veranschlagten Gesamtkosten - etwa 635 Millionen Dollar - wurden vor allem von den USA als zu hoch beanstandet. Nach Berichten der jugoslawischen Presse ging die UNO schließlich soweit, die Kriegsparteien zur Übernahme eines erheblichen Kostenanteils aufzufordern.

Nach der ursprünglichen Planung sollte die Stationierung der "Friedenstruppe" (UNPROFOR) bis Ende April erfolgt sein. Tatsächlich waren zu diesem Zeitpunkt UNO-Soldaten aber nur in einer der vier vorgesehenen Zonen, nämlich in Ostslawonien, angekommen. Der Abschluß der Stationierung verzögerte sich bis Anfang Juli.

UNPROFORs Auftrag - der zunächst auf zwölf Monate befristet ist - ist nur in Kroatien der einer "Friedenstruppe". Hiervon zu unterscheiden sind die UNPROFOR-Einheiten in Bosnien-Hercegovina, über die gleich noch etwas gesagt werden soll. Die Gesamtstärke in Kroatien liegt bei etwa 15.000 Mann. Sie sind auf vier räumlich voneinander getrennte Zonen (genannt Sektor Nord, Sektor West usw.) verteilt, die ungefähr den serbischen autonomen Gebieten entsprechen. Ihr Auftrag wäre dort vor allem, die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen zu ermöglichen, sowie die "illegalen Streitkräfte" zu entwaffnen. Da sie keinen Kampfauftrag haben - und dafür militärisch auch viel zu schwach wären -, sind sie auf den guten Willen der faktischen Machthaber, das heißt der autonomen serbischen Behörden und Milizen, angewiesen. Wenn sich beispielsweise herausstellt, daß der kroatischen Bevölkerung die Rückkehr verwehrt wird, oder daß sogar noch nach Eintreffen der UNPROFOR-Truppen Vertreibungen vorgenommen werden, wie es real mehrfach geschehen sein soll, bleibt nur der Weg der Protesterklärung.

In Bosnien-Hercegovina sollte UNPROFOR eigentlich nur Unterstützungsaufgaben für die Mission in Kroatien wahrnehmen. So sollte in Sarajevo das UNPROFOR-Hauptquartier eingerichtet werden, während Banja Luka (von den autonomen Serben Bosniens zu ihrer Hauptstadt erklärt) Nachschubzentrum für die in Kroatien stationierten "Blauhelme" sein sollte. Man hoffte, als diese Planung Anfang des Jahres entworfen wurde, daß die Einbeziehung von Sarajevo in die UNPROFOR-Mission auch die Lage in der Stadt stabilisieren würde. Aufgrund der Kämpfe verlegte UNPROFOR Mitte Mai sein Hauptquartier nach Belgrad. In Sarajevo blieb zeitweise nur eine Restgruppe (etwa 100 Mann) zurück, um Hilfslieferungen zu unterstützen. Die geplante Logistik-Basis in Banja Luka wurde gar nicht erst eingerichtet.

Am 8. Juni beschloß der UNO-Sicherheitsrat, 1100 "Blauhelme" in Sarajevo zu stationieren, um mit serbischer Zustimmung den von diesen bis dahin besetzt gehaltenen Flughafen zu übernehmen. Die UNO-Truppe sollte eine Luftbrücke nach Sarajevo sichern und die Versorgung der Bevölkerung übernehmen.

Erst ab diesem Datum gibt es also einen eigenständigen UNPROFOR-Auftrag für Bosnien-Hercegovina, der sich jedoch von dem für Kroatien grundsätzlich unterscheidet. Unter anderem bedeutet dieser Unterschied, daß sich UNPROFOR in Bosnien-Hercegovina absolut nicht in die Politik einzumischen hat und keine "Puffer" zwischen den Kriegsparteien bildet. Ihr Auftrag dort ist von der Definition her ausschließlich humanitär, jedoch weder "friedenschaffend" noch "friedenwahrend". Das hat sich inzwischen etwas geändert.

Das Europa-Parlament befürwortete schon im April eine Ausweitung der UNO-Mission in Bosnien-Hercegovina im Sinn einer "Friedenstruppe". Das wurde u.a. auch von der BRD, Frankreich und Polen unterstützt, im UNO-Sicherheitsrat aber abgelehnt. Die Argumente sind zum einen, daß der UNO für eine solche Aufgabe die finanziellen und materiellen Mittel fehlen. Zweitens wurde darauf verwiesen, daß die anhaltenden und unkontrollierbaren Kämpfe dort eine Friedensmission unmöglich machen. Das kann politisch eigentlich nicht überzeugen, weil es die UNO nicht von vornherein davon abhalten müßte, den Einsatz einer "Friedenstruppe" jetzt schon vorzuschlagen oder anzubieten. Auch in Kroatien herrschte noch keineswegs Waffenruhe, als die UNO sich um die Stationierung einer "Friedenstruppe" zu kümmern begann und entsprechende Verhandlungen einleitete.

Eine große Sorge des aus Ägypten stammenden UNO-Generalsekretärs Boutros-Ghali ist offenbar, daß eine übermäßige Konzentration der insgesamt vergleichsweise knappen UNO-Mittel auf europäische Probleme (einschließlich des GUS-Raums) stattfinden könnte, so daß für Konfliktlösungen und Hilfsaktionen in der "Dritten Welt" zuwenig übrig bleibt. Andererseits hat sich spätestens im Golfkrieg gezeigt, daß es sich nachteilig auswirkt, wenn die UNO Aufgaben einfach an interessierte Großmächte wegdelegiert und diese dann unter dem Firmenschild der Vereinten Nationen ihre eigenen Interessen verfolgen läßt.

Nur bedingt weist der Plan von Boutros-Ghali, eine "Schnelle Eingreiftruppe" der UNO zu formieren, einen Ausweg aus diesem Dilemma. Denn auch dieses Projekt basiert auf separaten und autonomen Kontingenten der Mitgliedsstaaten, die nur "im Ernstfall" der UNO zur Verfügung gestellt werden sollen. Man bliebe also im bewußten Fall doch wieder in erster Linie auf den guten Willen der Großmächte angewiesen.

Inzwischen steht eine Aufstockung der UNPROFOR-Kräfte in Bosnien-Hercegovina von rund 1500 auf demnächst etwa 7500 bis 8000 Mann bevor. Die zusätzlichen Soldaten werden von europäischen Staaten, an erster Stelle Großbritannien, zur Verfügung gestellt. Diese werden auch selbst die Kosten des Einsatzes tragen. Verbunden mit dieser Verstärkung ist eine Ausdehnung des Auftrags. "Blauhelme" sollen - zusätzlich zu Sarajevo - künftig mit jeweils einem Bataillon in fünf Zonen um die Städte Banja Luka, Tuzla, Bihac, Mostar und Vitez stationiert werden. In manchen Berichten ist auch von sieben oder sogar elf Zonen die Rede. Die Aufgabe von UNPROFOR dort wird im Wesentlichen darin bestehen, die Versorgung der Bevölkerung zu überwachen oder zu übernehmen.

Es handelt sich also immer noch nicht um eine "Friedenstruppe". Immerhin aber steht UNPROFOR jetzt auch zur Verfügung, um in Bosnien-Hercegovina die schweren Waffen der Kriegsparteien zu "kontrollieren". In diese Kategorie werden Geschütze, Raketen, Panzer und Flugzeuge gerechnet. "Kontrolle" bedeutet lediglich, daß diese Waffen stärker konzentriert und UNO-Beobachtern zugänglich gemacht werden. Sie bleiben aber jederzeit einsatzbereit.

Noch im Juli hatte Boutros-Ghali heftig protestiert, nachdem der EG-Vertreter Carrington in Bosnien-Hercegovina einen Waffenstillstand vermittelt hatte, der auch die Unterstellung der schweren Waffen unter UNO-Kontrolle vorsah. Das gehe, so Boutros-Ghali, über die Möglichkeiten von UNPROFOR hinaus. Außerdem würde die UNO dabei riskieren, allmählich in den jugoslawischen Konflikt hineingezogen zu werden. Mit Verweis auf die knappe Personal- und Finanzlage der Vereinten Nationen forderte Boutros-Ghali die EG auf, sie möge sich doch bitte selbst um die Umsetzung ihrer Friedenspläne kümmern. Der UNO-Sicherheitsrats, der zunächst Carrington unterstützt hatte, schloß sich der Kritik seines Generalsekretärs an.

Inzwischen aber, wie gesagt, hat UNPROFOR auch die Kontrolle der schweren Waffen als Aufgabe übernommen. In der Praxis erweist sich das nach wie vor als schwierig. Es scheint, daß bisher die serbischen Truppen ihre Waffen nur teilweise und die muslimischen und kroatischen Verbände überhaupt noch nicht "kontrollieren" lassen.

Nebenschauplatz Adria

Seit Mitte Juli sind unter dem Kommando von NATO und WEU Kriegsschiffe und Flugzeuge in der Adria stationiert, um das zuerst von der EG beschlossene und dann vom UNO-Sicherheitsrat übernommene Embargo gegen Rest-Jugoslawien zu überwachen. Die BRD ist an diesem Einsatz beteiligt. Mehr noch: die Bundesregierung hat nicht nur maßgeblich die Verhängung des Embargos betrieben, sondern auch der ganze

Adria-Einsatz ist offenbar maßgeblich auf eine deutsche Idee und deutschen Druck zurückzuführen. (Vgl. Artikel "Aus historischen Gründen" im letzten ak)

Die NATO-WEU-Flotte bleibt außerhalb der jugoslawischen Hoheitszonen. Sie "spricht" vorbeifahrende Frachtschiffe lediglich an, soll aber keine Inspektionen oder gar Beschlagnahmungen vornehmen. Es soll auf keinen Fall Gewalt angewendet werden. Konfrontationen mit der jugoslawischen Marine können weitgehend ausgeschlossen werden, zumal Belgrad äußerst darauf bedacht ist, Provokationen zu vermeiden. Das könnte sich ändern, wenn auf die Scharfmacher, vor allem von deutscher Seite, gehört würde, die eine "effektive Blockade" der jugoslawischen Küste verlangen. Sie stehen damit aber bisher allein auf weiter Flur.

Von sozialdemokratischen Gegnern des Adria-Einsatzes ist eingewendet worden, daß man die Überwachung des Schiffsverkehrs ebenso gut und politisch unproblematischer durch Satelliten, Funküberwachung usw. vornehmen könnte. Das Flottenunternehmen diene also in erster Linie dazu, deutsche Ambitionen auf internationale Militärpräsenz zu rechtfertigen und ihr praktisch näher zu kommen. Das ist zweifellos richtig. Dennoch geht von der Anwesenheit der Kriegsschiffe offenbar eine erhebliche einschüchternde Wirkung aus. Jedenfalls wurde seither eine beträchtliche Abnahme des Schiffsverkehrs registriert. Die Aktion dient also auch dazu, Rest-Jugoslawien wirtschaftlich auszuhungern und in die Knie zu zwingen - ein Ziel, bei dem sich die SPD von niemand an Konsequenz und Schärfe übertreffen lassen möchte.

Die militärische Funktion des Adria-Einsatzes besteht primär darin, daß erstmals die WEU überhaupt aktiv geworden ist, insofern also ein Präzedenzfall geschaffen worden ist, und daß die BRD von Anfang an gleichberechtigt beteiligt ist. Politisch kann die Bundesregierung positiv verbuchen, daß es um diesen Militäreinsatz kaum noch eine Debatte gab - vielleicht dadurch begünstigt, daß eine kriegerische Eskalation des Unternehmens von vornherein äußerst unwahrscheinlich war.

Andererseits ist nicht zu übersehen, daß dieses Flottenunternehmen auch die anhaltende Unfähigkeit der WEU zu einer größeren "europäischen Rolle", die schon im Herbst 1991 deutlich wurde, kaschieren soll. Eine Unfähigkeit, die vor allem darin begründet ist, daß man sich erstens über die Ziele einer Intervention sehr uneinig ist, und daß man zweitens die reale Verwicklung in einen kriegerischen Konflikt scheut. Ersatzweise wurde der Adria-Einsatz in Teilen der deutschen Presse (vor allem FAZ) zum Auftakt einer größeren Militärintervention hochgespielt.

Kriegsgeschrei...

Zwischen Juni und August dieses Jahres wurde, in erster Linie von deutschen Politikern, für eine internationale Kriegsoption gegen Jugoslawien nach dem Vorbild der "Operation Wüstensturm" gegen Irak geworben. Aus Platzgründen sollen hier nur wenige Stimmen zitiert werden.

Anfang Juni brachte die Fraktion der "Europäischen Volkspartei" (d.h. Christdemokraten u.ä.) im Europaparlament einen Antrag auf eine "begrenzte Militärintervention" in Jugoslawien ein, "im Rahmen der WEU oder auf anderem Wege, möglichst im Einvernehmen mit den Vereinten Nationen". Die Intervention sollte sich ausschließlich auf Luftstreitkräfte und Marine stützen. Ziel sollte u.a. die "Entmilitarisierung" des Luftraums, das heißt die Zerstörung oder Lähmung der jugoslawischen Luftwaffe sein. Sodann sollten Waffendepots und Nachschubwege der Serben in Bosnien-Hercegovina bombardiert werden, ebenso wie Artilleriestellungen.

In diesem Rahmen - schnelle Schläge aus der Luft, kein Einsatz von Bodentruppen - bewegte sich im wesentlichen die weitere Kampagne. Außenminister Kinkel orakelte Mitte Juni: Der Konflikt könne "vielleicht doch nur durch militärische Aktionen gelöst werden." "Dabei sei seiner Ansicht nach weniger an den Einsatz von Soldaten im Land selbst zu denken, als an Einsätze von See her, um das Kampfgebiet zunächst einmal zu überwachen und abzuschotten - ‚und vielleicht auch Einsätze aus der Luft`." (FAZ, 15.06.) - Ende Juni, von einem Besuch in den USA zurückkehrend, äußerte sich Kinkel etwas präziser: "Nach Kinkels Ansicht gelte es bei einem Militäreinsatz europäischer Länder und Amerikas zuerst Sarajevo zu sichern, dann das Umland, und schließlich dafür zu sorgen, daß die Serben zu schießen aufhörten. Offenkundig hielte es Kinkel für das Wirksamste, die VI. Flotte in der Adria auffahren zu lassen und aus der Luft mit technischen Mitteln den Aufstieg serbischer Flugzeuge zu verhindern." (FAZ, 1.7.)

Mitte Juli warb der CDU-Fraktionsvize Gerster während eines Besuchs in Slowenien für den Blitzkrieg: "Wenn ein Angriff, dann schnell. Dann aber keinen Dauerkrieg mit Landtruppen, sondern einen gezielten Schlag gegen Luftwaffe, Flugplätze und gegen die Raketenbasen der Serben." - Der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Lamers, erinnerte sich offenbar beim Stichwort Sarajevo an 1914 und empfahl das probate Mittel eines Ultimatums: "Wenn die Serben den Waffenstillstand (...) bis heute um 24 Uhr nicht einhalten, müssen die EG-Außenminister sofort erneut zusammenkommen und einen schnellen Militäreinsatz zum Schutz der Menschen in Bosnien vorbereiten." (SZ, 22.7.)

Zwei Stimmen aus der SPD. Der Abgeordnete von Bülow: "Wenn man mit ‚massiver Luftintervention` den Serben die Lufthoheit nehme, sei mit einem Abnehmen der Kämpfe zu rechnen. Es müsse verhindert werden, daß die NATO mit Bodentruppen in einen langen Krieg ‚mit Partisanenelementen` verwickelt werde. Doch solle die jugoslawische Armee mit gezielten Luftangriffen auf den Nachschub für die Artillerie ausgeschaltet werden." Falls von unseren Partnern gefordert, wäre eine deutsche Beteiligung nicht auszuschließen. (FAZ, 8.8.) - Der SPD-Abgeordnete Steiner: Europa müsse "ein Exempel statuieren und mit Angriffen der Luftwaffe Artilleriestellungen und Munitionslager der Serben zerstören (...). Ein Luftangriff kann in weniger als einer Woche vorbereitet werden. Die Ziele, also Geschützstellungen und Munitionsdepots, sollten durch die Luftüberwachung durch Satelliten und Aufklärungsflugzeuge schon bekannt sein." (FAZ, 9.8.)

An weiteren deutschen Kriegsbefürwortern seien (in der Reihenfolge ihrer Auftritte) genannt: Baden-Württembergs Ministerpräsident Teufel (CDU); der SPD-Abgeordnete Niggemeier; der frühere Staatssekretär beim Bundesverteidigungsministerium, Würzbach (CDU); der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wittmann (CSU); der frühere Verteidigungsminister Scholz (CDU); der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Altenburg. Der Rekord an Tollkühnheit kommt Würzbach zu, der für die ganze Aktion "zwei Tage" veranschlagte und unter den Teilnehmern gern auch "wir Deutschen mit unserer Luftwaffe" sehen wollte. (FAZ, 12.8.)

Auf internationaler Ebene äußerten sich insbesondere folgende Politiker zugunsten von Luftangriffen auf serbische Stellungen und Objekte: die frühere britische Premierministerin, Thatcher; der französische Oppositionsführer Chirac; der Erste Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Fabius; der frühere Labour-Außenminister, Owen; der demokratische Präsidentschaftskandidat in den USA, Clinton.

Als einzige Regierung sprach sich die türkische für eine Militärintervention aus. Einen entsprechenden Aktionsplan ließ sie Anfang August dem UNO-Sicherheitsrat übergeben. Den Inhalt beschrieb die "Neue Zürcher" am 20.8. so: "Demnach sollten Positionen der serbischen Artillerie auf den Hügeln um Sarajevo bombardiert werden. Bombardiert werden müßten ferner alle Routen, auf denen die logistische Unterstützung der ‚jugoslawischen` Armee zu den serbischen Truppen gelangt. Sollten diese Angriffe erfolglos bleiben, müßte schließlich die Rüstungsindustrie auf dem von Serbien kontrollierten Territorium zerstört werden." - Um die Ernsthaftigkeit dieses Vorschlags zu demonstrieren, begann die Türkei sofort mit der Aufstellung eines mechanisierten Bataillons, das für internationale Interventionen zur Verfügung stehen soll. Zu der Einheit gehören 400 Soldaten und 80 Offiziere.

Zum Verständnis der türkischen Politik ist anzumerken, daß sie nicht bloß eigene Ambitionen als aufsteigende Vormacht im Schnittkreis von vier konfliktträchtigen Regionen - Balkan, Nahost, Kaukasus und Mittelasien - verfolgt. Sie steht auch unter dem Erwartungsdruck der gesamten islamischen Welt, die wenigstens auf verbaler und symbolischer Ebene die kämpferische Solidarität mit den "bosnischen Brüdern" ausgedrückt sehen will.

...und Einwände

Die deutsche Regierung setzte sich Ende Juli deutlich von den expliziten Kriegsschreiern ab: "Mit Blick auf die Lage in Bosnien-Hercegovina versicherte Kohl, die Bundesregierung und ihre Partner drängten sich nicht nach ‚politischen oder militärischen Abenteuern`. Die Probleme in Restjugoslawien ließen sich nicht durch die Verwicklung weiterer Truppen in die Kämpfe lösen." Der Fraktionsvorstand der CDU/CSU im Bundestag legte sich auf die Position fest, "ein militärischer Einsatz in Jugoslawien sei nicht zuletzt aus militärischen Gründen mit größter Vorsicht zu bewerten, weil eine Unterbindung der serbischen Kriegshandlungen nur durch den Einsatz von Bodentruppen erreichbar wäre. Hierbei wäre eine Beschränkung auf eine relativ kleine Zahl von

Einheiten aber mutmaßlich nicht ausreichend. Die Erfahrungen mit dem schwierigen Gelände und dem Partisanenkampf, unter dem die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg litt, belegten dies." (FAZ, 24.7. und 25.7.)

Eine Rolle bei dieser klaren Absage hat sicher - außer der keck bekundeten Weisheit, daß gebranntes Kind das Feuer scheut, wo es sich doch eigentlich um einen ausgewachsenen Brandstifter handelt - in erster Linie die Erkenntnis gespielt, daß die Regierungen aller Großmächte einer Militärintervention ablehnend gegenüberstehen. Dies aus mehreren Gründen. Erstens ist die Sorge vor unkontrollierbaren Verwicklungen in einen langen und verlustreichen Krieg ("zweites Vietnam") sicher ein glaubwürdiges Argument. Aus diesem Grund stehen überall, auch in der BRD, die Militärs in der ersten Reihe derjenigen, die vor einer Intervention dringend warnen und schlimmste Szenarien ausmalen.

Zweitens sind Frankreich, Großbritannien und die USA, und auf der anderen Seite auch Rußland, nicht an einer Lösung interessiert, die total einseitig zu Lasten Restjugoslawiens, d.h. im wesentlichen Serbiens, gehen würde. Sie wollen keine militärische Niederlage oder Schwächung Serbiens - unter anderem vermutlich auch deshalb, weil diese als Sieg des erstarkenden Deutschland gesehen würde. Insbesondere für Frankreich und Rußland ist Serbien immer noch Favorit auf dem Balkan, auch wenn sie die internationale Politik der Sanktionen und der Druckausübung gegen Belgrad mittragen.

Mit den Augen der Militärs

Es kommt selten vor, daß sich das potentielle Opfer einer Militäraktion mit gescheiten Beiträgen an der Fachdiskussion über das Für und Wider beteiligt. Deshalb soll der Blick auf diesen Teil der Debatte mit Äußerungen des jugoslawischen Armeesprechers Stojadinovic eingeleitet werden, die den Nagel schon auf den Kopf zu treffen scheinen: Eine Intervention wäre militärisch und politisch irrational. Sie könnte zu einer Ausweitung der Kämpfe auf dem Balkan und zum Übergreifen auf andere Teile Europas führen. Für eine erfolgreiche Intervention wären mindestens 250.000 Soldaten notwendig. Die Aktion würde ein Jahr in Anspruch nehmen und bis zu 100 Milliarden Dollar kosten. Der Unterschied zum Golfkrieg wäre enorm. Selektive Luftangriffe wären nicht möglich, da in Bosnien-Hercegovina die Positionen der Kriegsgegner sehr nahe beieinander liegen. Überdies beschränke das bergige Terrain die Möglichkeiten für Luftwaffe und Panzer. Ein Angriff auf die jugoslawische Armee könnte zur Eskalation im Kosovo und im muslimischen Sancak führen. Damit wäre das Risiko einer Beteiligung Griechenlands, Bulgariens und Albaniens am Krieg gegeben, und es würden sich "neue europäische Koalitionen" bilden.

Der US-General McCaffrey stimmt mit der von seinem jugoslawischen Kollegen geschätzten Dauer einer Intervention - etwa ein Jahr - überein, veranschlagt aber den erforderlichen Kräfteeinsatz auf 400.000 Mann. Der kanadische General MacKenzie, erster Befehlshaber von UNPROFOR in Sarajevo, meint sogar, daß für eine "effektive" Militäraktion eine Million Soldaten notwendig werden könnten. Ein Erfolg würde sich trotzdem nicht garantieren lassen, da das Gelände "ideale Voraussetzungen für den Guerrillakampf" biete. Geschütze würden auf Lastwagen und sogar in Bussen transportiert, so daß es völlig unmöglich wäre, sie aus der Luft auszuschalten. Und außerdem: "Nehmen wir an, wir bringen die Truppen rein, befrieden das Land, ziehen uns zurück. Was würde die Leute daran hindern, wieder anzufangen?".

Es scheint, daß eine Militärintervention im vollen Sinn soweit außerhalb der Realität liegt, daß sie in den vom Military Comitee der NATO analysierten Optionen noch nicht einmal vorkommt. Die weitestgehende Möglichkeit, die überhaupt theoretisch "durchgespielt" wurde, wäre die Schaffung eines militärisch abgesicherten Landkorridors vom kroatischen Hafen Split bis nach Sarajevo, um die Versorgung der Stadt sicherzustellen. Es stellte sich heraus, daß die Militärs allein dafür mehr als 100.000 Mann veranschlagten, einschließlich Logistik usw. Selbst wenn man sich nur auf die militärische Eskortierung aller Konvois beschränken würde, wären nach Einschätzung von NATO-Militärs 30.000 Soldaten erforderlich, und ebenso viele würden für eine vollständige "Kontrolle" der schweren Waffen der Kriegsparteien benötigt. Alle diese Kräfteansätze gehen jedoch davon aus, daß es sich nicht um eine Kampfmission handeln würde, sondern die grundsätzliche Zustimmung und Kooperationsbereitschaft der Kriegsparteien vorliegen müßte.

Jetzt erst recht: verweigern!

Die serbischen Streitkräfte in Bosnien-Hercegovina werden von führenden Bonner Militärs auf 60.000 reguläre Soldaten plus 35.000 "Freiwillige" (Milizen u.ä.) geschätzt. Ausgerüstet seien sie mit etwa 100 Panzern, 200

Schützenpanzern sowie 50 Kampfflugzeugen. Im internationalen Maßstab handelt es sich also um eine eher schwache Armee.

Zum Vergleich: den etwa 250.000 irakischen Soldaten an der Golfkriegsfront stellte die von den USA geführte Koalition mehr als eine halbe Million Mann entgegen. Damit war für einen Zeitraum von mehreren Monaten ein großer Teil der US-Streitkräfte gebunden. Nämlich: 37 % aller Armeesoldaten; 46 % der Marines; 42 % der modernen Kampfpanzer; 75 % der taktischen Flugzeuge. (Lt. "Time", 4.3.91)

Soweit man die rein militärischen Argumente gegen eine Intervention in Jugoslawien ernst nimmt, deuten sie darauf hin, daß derzeit die materiellen Möglichkeiten der NATO, in den aus dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten resultierenden Konfliktzonen eingreifen zu können, gering wären.

Um überhaupt eine Chance auf öffentliche Akzeptanz zu haben, müßte ein Krieg heute erstens sehr kurz sein und zweitens nahezu ohne eigene Verluste ablaufen. Modell Golfkrieg. Gerade damit der Krieg selbst kurz sein kann, ist aber eine längere ungestörte Phase des Aufbaus der eigenen Streitkräfte erforderlich - im Fall des Kriegs gegen Irak beispielsweise vier bis fünf Monate. Notwendig ist außerdem die Konzentration von weit überlegenen Streitkräften. Das bindet Kräfte (siehe oben) und verursacht enorme Kosten. Das Modell Golfkrieg ist daher weder beliebig wiederholbar noch unbeschränkt auf alle Weltgegenden ausdehnbar. Es wird vermutlich ein Ausnahmefall bleiben, zumal sich selten ein so phantastisches Schlachtfeld, im vollen Sinn des Wortes, findet wie die kuwaitisch-irakischen Wüsten. Damit schrumpft auch der Popanz einer militärisch diktierten "Neuen Weltordnung" zu bescheideneren Maßstäben. Alles andere würde in den Bevölkerungen der Großmächte ein völlig verändertes Verhältnis zum Krieg voraussetzen, das sich irgendwann durchaus entwickeln könnte (etwa als Resultat sich verschärfender ökonomischer Konkurrenz und Verteilungskämpfe), aber heute in keinem dieser Staaten Einfluß hat.

Dennoch müßte es als dringendes Alarmsignal gewertet werden, mit welcher Unbefangenheit und Unverschämtheit gerade in Deutschland Politiker und Journalisten für Militäraktionen werben. Nicht etwa, daß sie damit auf breite Zustimmung oder auch nur Interesse stoßen, zumindest ist davon nichts festzustellen. Die chauvinistisch ansprechbaren Sektoren der Bevölkerung haben ganz andere Sorgen; Stichwort "Asylantenflut". Da bleibt wenig Aufmerksamkeit, "wenn fern in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen" (Goethes Faust).

Aber der Widerspruch gegen die Kriegsschwätzer, wo er denn kommt, bleibt ruhig und sachlich, als sei es im Prinzip durchaus normal und legitim, daß Deutsche über Nutzen oder Schaden von Bombenangriffen auf Jugoslawien unterschiedliche Meinungen haben und natürlich öffentlich vertreten können. Etwa so, als ginge es um unterschiedliche Ansichten über die authentische Zubereitungsart einer echten Sachertorte. Es geht aber um Ungeheuerlichkeiten, nämlich um Hetze zum Krieg. Das ist überall unerträglich, aber in Deutschland allemal noch mehr als im Rest der Welt.

Übrigens gilt formal immer noch die Verfassung, die den Auftrag der Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränkt. Wenn dies nun, zum zweitenmal seit dem Golfkrieg, in Frage gestellt wird zugunsten absoluter Beliebigkeit - die Bundeswehr kann im Prinzip überall eingesetzt werden, wo nach Bonner Maßstäben Unrecht geschieht -, dann sollte das als weiteres Argument für eine Verweigerungskampagne aufgegriffen werden.

Kt.

25. Zwischen allen Fronten. Die Isolierung Südkurdistans und die Waffe der Blockade

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:28

Offiziell unterstehen sie noch der Regierungsgewalt Bagdads, die von der Kurdistan-Front beherrschten kurdischen Gebiete im Irak. Die Auswirkungen des UN(US)-Embargos, die dem irakischen Regime Schranken setzen sollen, behindern massiv den Wiederaufbau der Wirtschaft in Südkurdistan. Nur mit dem UN(US)-Embargo ist es Saddam Hussein möglich, seinen Krieg gegen Kurdistan mit einer Wirtschaftsblockade fortzusetzen (1).

Staub und Steine - das war die Hinterlassenschaft des irakischen Regimes in Südkurdistan. 4.000 Orte, darunter 20 Städte, wurden Haus für Haus gesprengt, die Brücken vom Krieg zerstört und die Straßen fast unpassierbar. Mit der Ausrichtung des Verkehrsnetzes auf die Zentren Kirkuk und Mosul, die außerhalb des kurdisch kontrollierten Gebietes liegen, fehlt es heute an einer Nord-Südverbindung in dem befreiten Gebiet.

300.000 Flüchtlinge aus Kirkuk und Umgebung, darunter viele Turkmeninnen und Turkmenen, sind in das befreite Gebiet geflohen. Noch heute kommen Flüchtlinge aus dieser Region.

Die Intifada, der bewaffnete Aufstand der Kurdinnen und Kurden im Frühjahr 1991, entriß ein Gebiet von knapp 50.000 Quadratkilometern, auf dem die Mehrzahl der vier Mio. KurdInnen des Irak wohnen, der Kontrolle der Bagdader Regierung.

Damit begann die Neuorganisation des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens. Der Übergang zu einer anderen, eigenständigen Wirtschaftsform schuf ein Vakuum, dessen Überwindung vor viele Schwierigkeiten gestellt war und ist.

Die ökonomischen Strukturen unter dem irakischen Regime waren zentralistisch organisiert und einseitig auf die Gewinne aus den Ölexporten ausgerichtet. Erst mit der zunehmenden Kriegsverschuldung des Irak wurde die Privatisierung vorangetrieben.

Aufgrund der hohen Einnahmen aus dem Ölgeschäft mußte das irakische Regime keine Steuern erheben. Heute ist die kurdische Regierung aufgrund der Finanzknappheit gezwungen, ein Steuersystem einzuführen. Ebenso ist der Aufbau eines eigenständigen Bankensystems unerläßlich. Vor der Intifada waren alle Banken zentral mit Bagdad verbunden. Diese Verbindungen sind heute durch die irakische Blockade gekappt und die Banken in Südkurdistan nicht funktionsfähig.

Mit den Petrodollars konnte es sich das irakische Regime leisten, relativ hohe Sozialleistungen zu finanzieren. Die IndustriearbeiterInnen hatten z.B. den Status von Beamten. Das Einkommen eines Fabrikdirektors war nur wenig höher als der Lohn der ArbeiterInnen. Mutterschutzurlaub von eineinhalb Jahren war üblich, Männer- und Frauenlöhne waren gleich. Heute werden, aufgrund der geänderten politischen Lage, die Gehälter der staatlichen Angestellten nicht mehr aus der irakischen Staatskasse gezahlt. Die Finanzierung sozialer Absicherung ist für das kurdische Parlament eine weitere Herausforderung.

Unter die irakische Blockade fallen auch Lebensmittel, die vom UN(US)-Embargo eigentlich ausgenommen sind. Dies vergrößert selbstverständlich die Schwierigkeiten bei einer bereits prekären Versorgungslage.

Der Aufbau einer eigenständigen Ökonomie ist für die Überlebensfähigkeit des kurdisch kontrollierten Gebietes eine der dringendsten Aufgaben. Die Bemühungen in diese Richtung werden in zweierlei Hinsicht massiv beschränkt: durch das UN(US)-Embargo und die irakische Wirtschaftsblockade. Diese setzen die Grenzen des Handlungsspielraumes für das im Mai 1992 gewählte kurdische Parlament. Und diese Grenzen diktieren einen Pragmatismus, an dem die verschiedenen Wünsche und Vorstellungen über den Aufbau des Landes zerspringen - die Utopie zerrinnt an den Grenzen der Macht.

Die Auswirkungen des UN(US)-Embargos auf den Wiederaufbau des Landes sollen im folgenden exemplarisch für die Sektoren Industrie und Landwirtschaft dargestellt werden.

Vor der Intifada waren die Industriezweige Zigaretten, Zement und Textil in Südkurdistan für den gesamten Irak bedeutend. Viele der Rohmaterialien stammten aus Kurdistan. In Südkurdistan befinden sich zwei der vier

irakischen Zigarettenfabriken. Vor der Intifada lag die Produktion bei 75.000 Zigaretten am Tag, der Tabak wurde in Kurdistan angebaut. Heute stehen beide Fabriken still, da durch das Embargo die Einfuhr von Papier aus der Türkei verhindert wird.

Die zwei Zementfabriken Südkurdistans waren der Hauptlieferant des Irak. Eine große Fabrik mit der Kapazität von 2.600 Tonnen pro Tag steht heute still, eine kleinere mit einer Produktion von 300 t/täglich arbeitet noch. Für den Wiederaufbau der zerstörten Orte ist gerade dieser Industriezweig von immenser Bedeutung.

Die Stoffabrik war vor der Intifada die bedeutendste Textilfabrik im Mittleren Osten, sowohl was die Gewinne als auch die Qualität betraf. Heute wird in dieser Fabrik, mit den Bereichen Spinnerei, Färberei und Weberei, nur mit verminderter Produktion gearbeitet, da Rohmaterial (Polyester) nur noch bis Oktober vorhanden ist. Mit der Drosselung der Produktion soll der Zeitpunkt der Stillegung verzögert werden, um die Arbeitsplätze so lange wie möglich erhalten zu können. Durch den Wiederaufbau der Landwirtschaft verfügt Kurdistan über eigene Schafwolle. Diese Wolle kann jedoch nicht verarbeitet werden, weil es an entsprechenden Spinnmaschinen fehlt, die selbst nicht hergestellt werden können. Ebenso ist der Ersatz der Weberschiffchen durch das Embargo unmöglich.

Der kurdischen Textilindustrie stehen demnach sowohl Erfahrung wie auch ein Teil der Rohmaterialien und Arbeitskräfte zur Verfügung. Die Auswirkungen der UN(US)-Blockade ruinieren diesen wichtigen Industriezweig.

Abhängig von der Stoffabrik sind zwei Teppichfabriken, die bei einer Stillegung ebenfalls ihre Produktion einstellen müssen. Die größere Teppichfabrik hat durch die Intifada, abgesehen von einer 14tägigen Schließung, keine Produktionsveränderungen vornehmen müssen. An den 74 Webstühlen arbeiten 120 Arbeiterinnen, die meist zwischen zehn und achtzehn Jahre alt sind. Die Bezahlung erfolgt nach geknüpften Zentimeter.

Der Verkauf wird über die Stoffabrik organisiert. Durch das Embargo ist jedoch die Ausfuhr von Teppichen blockiert. So müssen diese, infolge der fehlenden Absatzmärkte, gelagert werden.

Eine Erweiterung der manuellen Teppichproduktion ist wegen des Embargos nicht möglich. Webstühle könnten in Kurdistan zwar hergestellt werden, das dazu benötigte Eisen darf aber nicht eingeführt werden.

Noch wichtiger als die Industrie ist gegenwärtig die Landwirtschaft. Um der kurdischen Eigenständigkeit die Grundlage zu entziehen, hat Saddam den größten Teil der Landwirtschaft zerstört.

Südkurdistan ist ein sehr fruchtbares Land, auf dem u.a. Weizen, Reis und Tabak angebaut und Gemüse- und Obstgärten angelegt wurden. Sichtbarer Erfolg der Reorganisation der Landwirtschaft sind die Einbringung der Weizenernte, Reispflanzungen und Sonnenblumenfelder, wie auch die Aufzucht von Schafen und anderen Kleintieren.

Die Bemühungen erfolgen allerdings unter den Bedingungen der Blockaden. So fehlen Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen, mitunter auch Benzin. Die Weiterverarbeitung agrarischer Produkte wird durch das Embargo teilweise verunmöglicht.

Durch die Verminung großer Gebiete sind diese landwirtschaftlich noch nicht nutzbar. Schneeschmelze und Regenfälle haben viele Minen weggespült, so daß zwischen verminten und unverminten Gebieten nicht mehr unterschieden werden kann. Die Verminung fordert noch immer zahlreiche Opfer.

Unter das UN(US)-Embargo fallen auch Minensuchgeräte, nach denen der türkische Zoll besonders gründlich sucht. Trotz der Hilfe ausländischer Organisationen ist es nur vereinzelt möglich, solch dringend benötigte Geräte nach Südkurdistan zu bringen.

Das UN(US)-Embargo, das offiziell gegen Bagdad gerichtet ist und doch zu Saddams Erfüllungsgehilfen wurde, droht jeden Ansatz zur Eigenständigkeit zu verhindern.

Auf politischer Ebene ist die Durchbrechung der internationalen Isolierung unabdingbar. Die Bemühungen um Beziehungen zum Ausland sind jedoch widerspruchsvoll. Auf der einen Seite besteht an ihrer Notwendigkeit kein Zweifel, andererseits ist Südkurdistan umringt von Regimen, zu denen Kontakte zu halten immer den

Vorwurf der Kollaboration einbringen wird - "we have a nice neighbourhood" (der kurdische Minister für internationale Kontakte, Mohammed Tofiq).

Ebenfalls problematisch sind Versuche, mit Westeuropa und den USA Beziehungen aufzunehmen.

Dieser Widerspruch ist, trotz verschiedener Vorstellungen und unterschiedlicher Bereitschaft zu Kompromissen in den einzelnen Parteien, im Sinne einer eindeutigen Lösung nicht aufzuheben.

Das Parlament wird als Vertretung des südkurdischen Volkes politisch nicht anerkannt. Das Ausland unterhält nur Beziehungen zu den einzelnen Parteien. An der Aufrechterhaltung ist den ausländischen Regierungen gelegen, da sie unter Ausspielung der verschiedenen kurdischen Parteien ihre Interessen besser durchsetzen können. Andrerseits sind die Alleingänge Barzanis (Demokratische Partei Kurdistan) und Talabanis (Patriotische Union Kurdistan) einer gemeinsamen kurdischen Interessensvertretung ebenso abträglich.

Wie wichtig Kontakte zum Ausland für die Existenz Südkurdistans sind, wird auch daran deutlich, daß Saddam Hussein explizit das Ziel formulierte, alle ausländischen Organisationen aus Südkurdistan zu vertreiben. Wahr macht er seine Drohungen mit Bombenattentaten auf Autos von Hilfsorganisationen.

Die Aufhebung des UN(US)-Embargos ist, gerade auch seitens einer internationalen Öffentlichkeit, eine der dringendsten Forderungen.

Der Boykott der Habur-Grenze

Seit dem 18.7.92 ist der LKW-Verkehr über die türkisch/südkurdische Grenze aufgrund eines Boykottaufrufes der PKK fast ganz zum Erliegen gekommen. Anlaß ist die zunehmende Bereitschaft Mes'ud Barzanis, türkischem Druck nachzugeben, und in der von seiner DPK beherrschten Grenzregion gegen die PKK vorzugehen. Zwar lehnt Barzani weiter offiziell die direkte militärische Zusammenarbeit mit der Türkei ab, seine Verbundenheit mit der Türkei reicht aber so weit, daß er für Auslandsreisen einen türkischen Diplomatenpaß benutzt.

Inzwischen versuchen die Peschmerga Barzanis, die Nachschubwege der PKK im Grenzbereich abzuschneiden. Es wurden auch Kämpfer der PKK und mutmaßliche PKK-Anhänger von DPK-Peschmerga festgenommen und sogar ihre Auslieferung an die Türkei erwogen. Außerdem wird die kleine PAK (Freiheitspartei Kurdistans), quasi ein Ableger der PKK in Südkurdistan, von der DPK unterdrückt.

Die PKK wirft der Kurdistan-Front die Zusammenarbeit mit den USA und der Türkei vor. Diese würden dabei das Interesse verfolgen, die PKK von Süden und Norden her einzukreisen und zu isolieren. Die PKK hat im Laufe dieser Auseinandersetzungen zum offenen Kampf gegen die Kurdistan-Front aufgerufen.

Die Spannungen erreichten ihren Höhepunkt mit der Ermordung des PKK-Anhängers Sadik Ömer in einem südkurdischen Dorf in Grenznähe. Für die Tat wird die Kurdistan-Front verantwortlich gemacht. Als Reaktion wurden in den Grenzstädten Cizre, Silopi und Nusaybin (Türkisch-Kurdistan) Aufrufe des Gebietskommandanten von Nord-Botan verteilt, in denen die Lastwagenfahrer auf- gefordert wurden, nicht mehr über die Grenze nach Südkurdistan zu fahren.

Der Boykott-Aufruf hatte Erfolg. Vor dem Boykott passierten ca. 500 LKWs täglich diese Grenze. Sie brachten Lebensmittel, die inzwischen vom UN(US)-Embargo ausgenommen sind, nach Südkurdistan bzw. in das von Saddam beherrschte Mosul. Heute fahren nur noch wenige LKWs über die Grenze.

Die Bedeutung des Grenzübergangs wird durch die Tatsache sichtbar, daß der Irak trotz des UN(US)-Embargos ein immer noch wichtiger Handelspartner der Türkei ist. In dieser Zahl ist nur der offizielle Güterverkehr berücksichtigt.

Das eigentliche Geschäft ist der Schmuggel. In großen Zusatztanks wird irakischer Diesel in die Türkei gebracht. Für die LKW-Fahrer, die ihr Fahrzeug häufig auf Raten gekauft haben, bringen solche Fahrten hohe Gewinne. In den grenznahen Städten Türkisch-Kurdistans lebt ein nicht unerheblicher Teil kleiner Handwerksbetriebe von dem Bau bzw. der Montage dieser Zusatztanks.

Nach dem Golfkrieg und dem UN(US)-Embargo kam der Handel in dieser grenznahen Region fast zum Erliegen. Die wirtschaftliche Situation in diesen Städten ist völlig von dem Grenzhandel abhängig. Der seit der

Lockerung des UN(US)-Embargos zunehmende Grenzverkehr ermöglichte eine Erholung aus der wirtschaftlichen Depression.

Die Kurdistan-Front erhebt auf jeden LKW 1.000 Dinar (= 100 DM) Gebühren, das entspricht im inflationsgeschüttelten Südkurdistan fünf bis sechs Monatslöhnen. Diese Zolleinnahmen sind eine der größten Finanzquellen der Front.

Mit dem Boykott sollen die Mittel für die DPK-Peschmerga beschnitten werden. Allerdings dienen diese Einnahmen zumindest nicht ausschließlich der Bezahlung der Verbände (1). Außerdem kann der Unterhalt großer Peschmerga-Verbände, angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, als verdeckte Sozialhilfe angesehen werden.

Der Boykott der Habur-Grenze hat in Südkurdistan zu einem Anstieg der Lebensmittelpreise zwischen 200 bis 300% geführt.

Der Konflikt zwischen PKK und DPK erinnert an viele Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Widerstandsgruppen. Zum einen ist die Konfrontation zum Teil von außen aufgezwungen, zum anderen wird sie - neben weltanschaulichen Gründen - von beiden Seiten mit dem Argument der Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Todfeind geführt. Solche Argumente stoßen auch außerhalb Kurdistans immer wieder auf offene Ohren, wobei leicht übersehen wird, daß im Geflecht der kurdischen Politik keine der größeren Parteien ohne Beziehungen zu den Staaten auskommen kann, die die Kurden und Kurdinnen im eigenen Land unterdrücken.

jasa

Anmerkungen:

1) Vgl. auch: "Bagdad bläst zum Weizenkrieg", me., in: blätter des iz3w, Nr. 183, S.9f.

Nachbemerkung

Nach Fertigstellung des Berichts wurde bekannt, daß die PKK den Boykott der Habur-Grenze am 20.8.92 für beendet erklärte.

26. Sirnak/Türkei: Massaker mit deutschen Waffen

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:45

Die kurdische Stadt Sirnak ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt und von ihren Bewohnern verlassen. Dies ist das Ergebnis eines über vierzigstündigen schweren Beschusses mit Mörsern, Granatwerfern und Panzern (darunter deutsche Leopard-Panzer) durch die türkische Armee.

Die kurdische Zeitung "Özgür Gündem" dokumentierte am 26.8. Funksprüche des Brigadekommandanten von Sirnak, die ein städtischer Beamter am Morgen des 18. August auf Tonband aufgenommen hatte:

* Ich wiederhole! Das Krankenhaus, die Moschee, das Wasserwerk ..., Gecitboylu ... nehmt diese Stellen unter ständigen Beschuß!

* Mein Sohn, zerstört und macht alles nieder, von Yogurtcular bis Gecitboyu. (Beschimpfungen) Ihr sollt alles zerstören. Vernichtet, vernichtet, es reicht!

* Ihr, die in den Süd-Barrikaden, ich gebe mich nicht zufrieden. Wenn ihr nicht alles vernichtet, werden sie morgen wieder auf euch schießen, deswegen alles vernichten. Ihr sollt alles vernichten! Verbrennt alle Häuser!

Nach dem Dauerfeuer waren nur die öffentlichen Gebäude, Armee- und Gendarmeriekasernen sowie die Offizierswohnhäuser unbeschädigt geblieben - obwohl nach offiziellen Verlautbarungen ein Angriff einer ganzen Guerillaarmee stattgefunden haben soll. Auch war von den angeblich Hunderten von PKK-Angreifern und ihren schweren Waffen in der vom Militär hermetisch abgeriegelten Stadt keine Spur mehr zu entdecken.

Soldaten und Sondereinheiten setzten das Zerstörungswerk fort, indem sie die Läden der Stadt plünderten und ansteckten und willkürlich über 500 Menschen verhafteten. Alle wurden gefoltert. Flüchtlinge berichteten von Greueltaten: Mitglieder der Spezialteams hätten auf offener Straße einen jungen Mann zu Boden gerissen und ihm beide Augen ausgestochen. Der Gendarmeriekommandant von Sirnak habe sich persönlich an den Folterungen beteiligt und gedroht, so lange im Amt zu bleiben, bis die "Kurden mit Stumpf und Stiel ausgerottet sind".

Mit amerikanischen F-16-Kampfflugzeugen wurden in der Folgezeit immer wieder Dörfer in der Umgebung bombardiert. Die Bewohner der Stadt, die einmal über 30.000 Einwohner zählte, und zum Teil auch des Umlandes, sind nach Cizre und Silopi geflüchtet, 5.000 Flüchtlinge lagern in Zelten an einem Fluß an der Straße nach Cizre, nur wenige Tausend sind in dem von Sicherheitskräften besetzten Sirnak zurückgeblieben.

Der türkische Staat hat unterdessen seine Politik der verbrannten Erde in Kurdistan weiter eskaliert. Der nationale Sicherheitsrat, ein von der Armeespitze beherrschtes Gremium, dessen Beschlüsse den Charakter von "Empfehlungen" an die Regierung haben, denen unbedingte Folge zu leisten ist, kündigte an, "alle Mittel" gegen den "separatistischen Terror" einzusetzen. Die systematische Vertreibungspolitik der Armee hat in den letzten Wochen eine neue Qualität erreicht. Wenige Tage nach den Sirnak-Massaker wurden große Teile der an der irakischen Grenze gelegenen Stadt Cukurca von Militärverbänden zerstört; alle über 12jährigen Jungen und Männer wurden festgenommen. Aus Cukurca und auch aus der Kreisstadt Uludere, ebenfalls in der Provinz Hakkari gelegen, sowie aus dem von Armee-Einheiten beschossenen Dargecit (Kerboran) fliehen Tausende. In Uludere hatten Soldaten gedroht, die Stadt dem Erdboden gleichzumachen. Die nach Razzien der Armee oder Gendarmerie niedergebrannten Dörfer sind kaum mehr zu zählen.

Nachdem eine Vielzahl von Augenzeugenberichten, Film- und Fotodokumenten über den Einsatz von Deutschland gelieferter Waffen in den Massakern vorliegt, hat die Hilfsorganisation medico international in einem Schreiben an Bundesaußenminister Kinkel auf den offenen Bruch der türkischen Zusagen hingewiesen, die Waffen nicht gegen die Zivilbevölkerung einzusetzen. Medico forderte die sofortige Einstellung der Waffenlieferungen und ein dauerhaftes Waffenembargo gegen die Türkei.

Im Außenministerium waren dagegen "keine Hinweise bekannt, daß in Sirnak deutsche Waffen eingesetzt wurden". Ein Sprecher erklärte, es gebe "keinen Anlaß, daran zu zweifeln", daß die Türkei die Waffen in Übereinstimmung mit dem Nato-Vertrag und dem Briefwechsel zwischen Kinkel und dem türkischen Außenminister Cetin bei Wiederaufnahme der Waffenlieferungen einsetzt (taz, 17.9.92).

Unterdessen besuchte am 15.9. eine Delegation des Verteidigungsausschusses im türkischen Parlament auf Einladung des entsprechenden Bundestagsausschusses die BRD. Auf dem Programm stand ein Besuch bei der Rüstungsfirma Jung Jugental, die Ersatzteile für Leopard I-Panzer herstellt, wie sie in Sirnak eingesetzt wurden. Die Einladung und der Besuch in der Waffenfabrik wurde auch von der SPD voll mitgetragen. Lediglich die PDS warf dem Bundestag vor, die türkischen Befehlshaber "unverhohlen" zu ermutigen, "weiteres Kriegsgerät für ihren Mord am kurdischen Volk in der Bundesrepublik zu ordern".

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

Der Artikel stützt sich auf Berichte von medico international und verschiedene Artikel der taz sowie der Neuen Züricher Zeitung. Die Übersetzung aus Özgür Gündem ist dem Kurdistan-Rundbrief 19/92 entnommen.

Dokumentation:

House of Commons London

Parliamentary Human Rights Group

Erklärung von Lord Avebury, Vorsitzender der Parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, und Mr. Michael Feeney, Chefberater seiner Eminenz Kardinal Hume in Flüchtlingsfragen, zu ihrem Besuch in Türkisch-Kurdistan

Wir besuchten zwischen Freitag, 4. September, und Montag, 7. September, die kurdische Region der Türkei, um den Beschuldigungen nachzugehen, daß gegen die Bevölkerung der Region militärische Gewalt eingesetzt worden sei. Wir werden in Kürze einen vollständigen Bericht publizieren. In Anbetracht der internationalen Besorgnis über die Bombardierung der Stadt Sirnak durch das türkische Militär zwischen dem 18. und 20. August haben wir uns jedoch entschlossen, diese sofortige Erklärung abzugeben.

Wir stimmen mit Herrn Ismet G. Imset ("Questions and Answers behind the Sirnak violence", Turkish Daily News, 6. September 1992) überein, daß es Gründe gebe für "ernsthafte Besorgnis, daß Ankara seine gesamte Politik im Südosten geändert haben könne, daß es den Weg weiterer Demokratisierung in der Region verlassen habe und kurzfristige militärische Lösungen des Problems bevorzuge."

Die absichtliche Zerstörung von Sirnak durch die türkische Armee war ein infamer Akt, der ohne Provokation begangen worden war. Es gibt keinen Beweis, der die Behauptung der Regierung stützt, daß bewaffnete Guerillas die Stadt besetzt hätten. Die Abfolge der offiziellen Erklärungen, in denen die Anzahl der angeblichen Guerillas zuerst mit 1.500 angegeben wurde, dann auf 800 und schließlich auf 500 reduziert wurde, zeigt, daß die Geschichte eine vollständige Erfindung war. In der Stadt wurden Guerillas weder getötet noch gefangengenommen, es wurden keine Patronenhülsen von den angeblichen Guerillas zurückgelassen, und weder von den Einwohnern noch von den Militärs wurde einer der Guerillas gesehen. Von den 500 ursprünglich verhafteten angeblichen Guerillas wurden außer 146 alle freigelassen, und wir fordern die Behörden auf, die übrigen entweder anzuklagen oder zu entlassen.

Andererseits hat ein Augenzeuge, der die Stadt am 22. August besuchte, berichtet, daß er wegen der enormen Menge von Patronenhülsen mit der Markierung MKE (Made in Turkey) kaum auf der Straße gehen konnte. Wir sprachen mit einer Familie, deren Haus von Granaten eines deutschen Leopard-Panzers zerstört wurde. Wir sahen selbst, daß - während das Polizei-Hauptquartier und das Postamt (offensichtliche Ziele für die Guerillas) unversehrt waren - kein einziges Haus, kein Laden und kein Geschäft unbeschädigt geblieben war. Viele Gebäude und Autos wurden absichtlich in Brand gesteckt, und Augenzeugen sagten, daß sie Soldaten gesehen hätten, die entzündbare Flüssigkeiten in Gebäude gossen und ansteckten.

Die Behörden waren nicht willens, uns nach Sirnak hineinzulassen und ließen uns eine Stunde an einem bewaffneten Kontrollpunkt am Eingang der Stadt warten. Als sie schließlich zustimmten, uns in die Stadt zu lassen, wurden wir von einer Polizeieskorte überall hin begleitet, selbst in das örtliche Krankenhaus. Der uns eskortierende Offizier, der sich weigerte, uns seinen Namen zu nennen, erlaubte uns nicht, einen von einem Schrappnell verletzten Patienten unter vier Augen zu befragen.

Unsere Beobachtungen und Diskussionen überall in der kurdischen Region überzeugten uns, daß der Angriff auf Sirnak kein isoliertes Geschehen war, sondern Teil eines generellen Plans, mit militärischer Gewalt gegen die Zivilbevölkerung der Region vorzugehen. Wir sprachen mit Leuten in Dörfern, die von Truppen angegriffen

wurden, und wir hörten von vielen anderen Fällen dieser Art. Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß sich die Regierung für eine viel härtere Linie in ihrem Bestreben, mit den Guerillas der PKK (Kurdische Arbeiterpartei) fertigzuwerden, entschieden hat. Wir nahmen mit großer Besorgnis die Erklärung von Präsident Özal am 6. September auf, daß "die Gemeinden der Region nicht entwicklungsfähig sind" und daß "man früher oder später diese Gegend in Richtung Westen des Landes verlassen wird". Die Entvölkerung einer ganzen Region durch Militärgewalt ist eine Politik, die die Welt seit den Tagen von Stalin nicht gesehen hat.

Wir fordern den Premierminister (hier gemeint: Major - Anm. d. Übers.) als Präsident der EG auf, eine sofortige Demarche herauszugeben, mit der die türkischen Behörden aufgefordert werden, den Einsatz militärischer Gewalt gegen die Bewohner der kurdischen Region zu stoppen und humanitäre Organisationen in dieser Region einzuladen, um den Verletzten, Beraubten und Enteigneten dieser Angriffe zu helfen. (Übersetzung: ak)

27. Der lange Atem der Revolte. Sozialrevolutionäre in Indien: Die Naxalitenbewegung

Autor: Kiki Schmidt und Peter Zinke · Rubrik: Indien · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:17

"Das in den fernen Weiten Osteuropas verlöschende Feuer des Kommunismus findet in den Dschungeln Zentralindiens frischen Sauerstoff." Es bedarf nicht unbedingt dieser poetischen Betrachtungsweise unseres Kollegen Venu Menon von der Times of India, um den politischen Sprengstoff zu erkennen, den die sogenante Naxalitenbewegung darstellt. Die meist jungen land- und kastenlosen AktivistInnen analysieren nicht nur die "größte Demokratie der Welt" als korruptes und feudales System, sie haben durch Landverteilung und den Aufbau einer Gegenmacht längst mit dessen Abschaffung begonnen.

Über die bei uns völlig unbekannte Naxalitenbewegung, von Indiens Ministerpräsident Rao als "eines der größten innenpolitischen Probleme", bezeichnet, berichten Kiki Schmidt und Peter Zinke.

Zwanzig magere und ärmlich gekleidete Männer und Frauen sitzen im Kreis um einen Bambusstab herum, an dessen Spitze eine kleine rote Fahne weht. Die Stimmung ist angespannt, niemand spricht ein Wort, in den Gesichtern spiegeln sich jedoch Aufregung und Freude. Schließlich steht einer der Versammelten auf, schwingt mit einer Hand lässig eine dicke Eisenkette, wie sie für Landabmessungen benutzt wird und ruft etwas pathetisch "Madigah Mallah, das erste Stück Land soll Dir gehören". Sein ernstes Gesicht verzieht sich zu einem Lachen, als er einen ausgemergelten 60jährigen Mann anblickt, der - vom Geschehen völlig überwaltigt - zu keiner Reaktion fähig ist. Währenddessen haben die anderen schon damit begonnen, das trockene Ödland abzumessen und eine revolutionäre Ballade von Gaddar anzustimmen, einem bekannten Telugu-Barden.

"Aber was, wenn er die Polizei holt?", fragt Madigah Mallah dann zögernd, aber wohl nur, um sich nochmals die beruhigende Antwort des Anführers geben zu lassen: "Das wird er nicht wagen, und wenn er es doch tut, werden die Cops sich nicht trauen, hier aufzutauchen".

Die kleine Revolution, von der hier die Rede ist, spielte sich im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh ab, und zwar in einem entlegenen Dorf im Bezirk Warangal, etwa 20 Kilometer von der nächsten Straße und Buslinie entfernt.

Eigentlich hätte Madigah Mallah den halben Hektar Land schon Jahrzehnte früher bekommen müssen, wenn die beschlossenen Landreformen verwirklicht worden wären. Aber als Mallah vor 25 Jahren all seinen Mut zusammennahm und seinen Landlord um ein Stückchen Boden anflehte, wurde er fortgejagt.

Der Kastenlose, der seit frühester Jugend dem Großgrundbesitzer Mukunda Reddy und später dessen Sohn zu Diensten war, brauchte weitere 20 Jahre, um seinen ersten rebellischen Schritt zu vollziehen: Er trat der Bauernfront bei. Seitdem tat er ungeheuerliche Dinge: Er verließ ohne Erlaubnis die Felder, nahm an Versammlungen teil und wagte es sogar, dem Landlord erhobenen Hauptes in die Augen zu sehen.

Die Bauernfront, der sich Mallah anschloß, war eine bis vor kurzem legale Organisation, die von den Naxaliten aufgebaut wurde (die von offizieller Seite gewöhnlich als Terroristen oder Extremisten bezeichnet werden). Eine Einheit dieser Naxaliten hatte kurz vor der Landverteilungsaktion Mallahs Großgrundbesitzer besucht und "gebeten", 10 Hektar seines Grundes an die landlose Dorfbevölkerung abzutreten. Dieser hatte sich beeilt, der "Bitte" nachzukommen und den Boden zu überschreiben. Er wußte genau, was Landlords passiert war, die sich unkooperativ verhalten hatten.

Madigah Mallah steht noch lange auf seinem Stückchen Land und träumt davon, was er - nun zum ersten Mal für sich - anbauen kann: Ob Erdnüsse, oder bei Bewässerung die viel lukrativeren Chillies oder gar Tomaten. Irgendwann trottet auch er zum Dorf zurück, etwas ernüchtert darüber sinnierend, daß dies zwar alles 40 Jahre zu spät kommt, aber zumindest noch zu seinen Lebzeiten.

Der lange Atem der Revolte - 25 Jahre Naxalitenbewegung

Die Bezeichnung "Naxaliten" ist von Naxalbari abgeleitet, einem kleinen Ort im Teeanbaugebiet Darjeeling, das zu West-Bengalen gehört. In diesem Bundesstaat bildete die CPI(M) eine Partei mit dem etwas

tautologischen Namen Kommunistische Partei Indiens (Marxisten) 1967 erstmals die Regierung. Die CPI(M) war damals für ihre Militanz bekannt und nicht wenige ihrer Kader waren davon überzeugt, daß sich Indien in einer revolutionären Situation befände. Unter der Führung der CPI(M) besetzten im Sommer jenen Jahres bewaffnete Tagelöhner in Naxalbari Felder von Großgrundbesitzern und ernteten sie ab. Im Verlauf der sich anschließenden Auseinandersetzungen wurden Landlords vertrieben und andere, die als besonders grausam verrufen waren, getötet.

Das Vorbild Naxalbari griff wie der berühmte Steppenbrand um sich: Beginnend mit West-Bengalen, Andhra Pradesh und Kerala weitete sich die Bewegung auf die Staaten Bihar, Uttar Pradesh, Madhya Pradesh, Maharastra und den Punjab aus. Überall wurden Landlords vertrieben, enteignet und vor "Volksgerichte" gestellt, wo sie sich meist öffentlich entschuldigen mußten, manchmal aber auch hingerichtet wurden.

Angeführt wurde die Bewegung von Intellektuellen und Studenten aus der städtischen Mittelschicht, von denen tausende ihre gesicherte bürgerliche Existenz aufgaben, ihr Vermögen der Bewegung übertrugen und aufs Land gingen, um mit der bäuerlichen Bevölkerung zu leben, den Guerillakrieg vorzubereiten und zu führen.

Vorbild der AktivistInnen war der erfolgreiche "Volkskrieg" Maos in China, nach dessen Theorie die Landbevölkerung des Trikont das revolutionäre Subjekt sei und ihre Guerilla die Städte einkreisen und schließlich die politische Macht erkämpfen könnte.

Heftig diskutiert wurde in Indien auch die daran anknüpfende These Lin Piaos, die peripheren Länder seien die Dörfer der Welt und könnten die imperialistischen Staaten - die Städte - umzingeln und besiegen. Inspiriert wurden die Naxaliten weiterhin vom Nord-Vietnamesischen Revolutionsstrategen Nguyen Vo Giap und lateinamerikanischen Theoretikern.

Ziel der Naxalitenbewegung war also die Eroberung der Staatsmacht durch die politische Mobilisierung der Landbevölkrung und durch den bewaffnetem Kampf (als wichtigem Schritt hin zur Weltrevolution). Grundlage dieser Strategie war die Charakterisierung Indiens als semifeudale Gesellschaft. Und in der Tat hatte sich seit der Unabhängigkeit 1948 für über 70% der InderInnen so gut wie nichts geändert. Die Congress-Führer Gandhi und Nehru waren beides Brahmanen und entstammten wohlhabenden Großgrundbesitzerfamilien. Sie bekämpften stets und mit Erfolg radikalere AktivistInnen, die neben der Souveränität auch eine soziale Umverteilung verlangten.

Die erste Naxalitenrevolte war 1972 so gut wie gescheitert. Eine Ursache hierfür lag in internen Streitigkeiten über ideologische und strategische Fragen, die zur Aufsplitterung der Naxaliten in über Dutzend verschiedene "K-Gruppen" führte. Daneben bewirkte die ausufernde Praxis der "Liquidierung von Klassenfeinden" (selbst Verkehrspolizisten wurden das Ziel von Anschlägen!) eine Entfremdung von der Bevölkerung. Den Rest gab der Bewegung eine gnadenlose staatliche Repression, bei der sich v.a. die CPI(M)-Regierung von West-Bengalen hervortat, aus deren Reihen der Steppenbrand einst angefacht worden war. Mindestens 5.000 AktivistInnen wurden allein in diesem Bundesstaat getötet, die meisten in Polizeigewahrsam oder in den Gefängnissen.

Doch trotz dieser verheerenden Niederlage gaben die übriggebliebenen KämpferInnen nicht auf. In den 70er Jahren reorganisierten sie unmerklich ihre Struktur und begannen Anfang der 80er Jahre wieder mit militanten Aktionen. Heute sind die Naxaliten fast so stark wie vor über zwei Jahrzehnten.

Zwar kann von einem einheitlichen Kampf nicht die Rede sein; es kommt weiterhin zu amöbenhaften Spaltungen und periodischen Wiedervereinigungen, doch es gelingt der Guerilla, ihre Operationsgebiete zu verteidigen und auszubauen. Gegenwärtig umfaßt die Aktionsbasis der Naxalitengruppen die nördliche Hälfte des Bundesstaats Andhra Pradesh und zieht sich dann über den südlichen Teil Madhya Pradeshs hoch bis nach Bihar. Daneben sind Randbereiche der Staaten Orissa, Maharastra und Karnataka betroffen. Das Gebiet, in dem die maoistische Guerilla eine relevante politische Kraft darstellt, umfaßt eine Fläche von etwa 250.000 qkm (im Vergleich: dies ist die Größe der alten BRD). In dieser Region, die von schwer zugänglichen Dschungelarealen durchzogen ist und deshalb günstige geographische Verhältnisse für die Naxaliten bietet, leben mehrere 10 Millionen Menschen. Die meisten von ihnen gehören ethnischen Minderheiten an.

Die politischen Ziele der jetzigen Naxaliten-Gruppen sind weniger ambitioniert als in der Vergangenheit, obwohl Mao immer noch als politisches Vorbild angesehen wird. Die Weltrevolution ist nicht mehr angesagt,

statt dessen sollen durch den Aufbau einer bewaffneten Gegenmacht die feudalen Verhältnisse auf dem Land zurückgedrängt und egalitäre Strukturen aufgebaut werden. In jüngster Zeit wird die Forderung nach einem eigenen Bundesstaat "Dandakaranya" erhoben.

Das Innere der "größten Demokratie" - Ursachen der Naxalitenbewegung

Grundlage aller Macht im agrarischen Indien ist der Besitz von Land, dem Hauptproduktionsmittel für den Großteil der Bevölkerung. Und die zentrale Ursache für die Naxalitenbewegung stellt die Konzentration des Bodenbesitzes in den Händen weniger Landlords dar - ungeachtet einer ganzen Reihe von Landreformgesetzen, die schlichtweg ignoriert oder umgangen werden.

Der Besitz von Grund und Boden bedeutet ökonomische Macht, mit Geld wiederum wird politischer Einfluß erkauft und Polizei wie Justiz geschmiert. Daraus resultierend sind die Großgrundbesitzer in weiten Teilen Indiens nach wie vor absolute Herrscher über die Bevölkerung, die ihren Boden bestellt.

Hunderttausende von InderInnen leben in Schuldknechtschaft, einem Sklavendasein, das sich auf die Nachkommen überträgt und Folge von Wucherkrediten ist, die von vielen kleinen Bauern bei Mißernten aufgenommen werden müssen. Von LandarbeiterInnen und Pächtern wird verlangt, bei Bedarf kostenlose Dienste für den Landlord zu leisten, sie müssen sich respektvoll vor diesem verneigen und dürfen ihn nur ansprechen, wenn sie dazu aufgefordert werden. Angehörigen niederer Kasten oder Dalits (Kastenlosen) wird der Zugang zu den örtlichen Brunnen verwehrt, ihre Frauen sind sexuelles Freiwild für die Großgrundbesitzer, die häufig auf das "Recht der ersten Nacht" bestehen und nach Belieben vergewaltigen. Der ländlichen Unterschicht wird daneben verboten, sich Häuser aus Stein zu bauen, so daß die Dörfer fast nur aus Lehmhütten bestehen, die häufig dem Monsunregen nicht standhalten. Bei Wahlen müssen die Untergebenen in der Regel für die Partei des Landlords stimmen und ihr Dorf dürfen sie nur mit Erlaubnis ihres "Herrn" verlassen. Die Entlohnung reicht in der Regel kaum fürs Überleben, so daß Hunger, Unterernährung und chronische Krankheiten alltäglich sind. Viele versuchen deshalb ihr Glück in den dramatisch anwachsenden Slums von Bombay, Delhi oder Kalkutta. Weigern sich die "Untertanen", den Forderungen des Landlords nachzukommen oder leisten gar Widerstand, müssen sie mit brutalen Gewaltakten der Goondas (Schläger und Killertrupps der Landlords) oder mit Mißhandlungen bzw. Festnahmen durch die Polizei rechnen. Den jeweiligen Großgrundbesitzer seinerseits wegen Vergewaltigung oder Mord anzuzeigen, ist völlig aussichtslos und führt allenfalls zur umgehenden eigenen Inhaftierung.

Auch die politischen Parteien, die stets den Einsatz für die Benachteiligten auf ihre Fahnen schreiben, sind für die verarmte Landbevölkerung der falsche Adressat. Abgesehen von der Komplizenschaft zwischen Landlords und örtlichen Abgeordneten hat während des letzten Jahrzehnts offenes Gangstertum bestimmenden Einflugs auf das politische System Indiens gewonnen. "Der Gebrauch von Gangstermethoden anstelle von Parteiorganisation und finanziellem Einsatz wurde in Indien zum wichtigsten Mittel, um die Staatsmacht zu erlangen und zu behaupten. Die neue politische Infrastruktur besteht nicht mehr aus Individuen an der Basis, die lokale Geschehnisse oder Probleme nach oben weitergeben könnten, sondern aus Muskelmännern und der örtlichen Mafia. Eine Kombination von Alkohol-Baronen, Schmugglern und korrupten Politikern bestimmt die Staatspolitik, Gangster stehlen Wahlurnen, Schmuggler finanzieren Wahlkämpfe und die Polizei wird nach machtpolitischem Belieben eingesetzt ...", so der Politikprofessor Rajni Kothari von der Universität Delhi.

Das krasseste Beispiel für Gangsterismus als Staatspolitik ist der nördliche Bundesstaat Bihar, wo Maos These, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt, stündlich ihre Bestätigung findet: In den letzten beiden Jahren verübten Privatarmeen der Landlords 23 Massaker an Kleinbauern und Tagelöhnern, die sich gegen ihre Unterdrückung zu wehren begannen. In einer Racheaktion vergewaltigten kürzlich Großgrundbesitzer und ihre bewaffneten Helfer etwa 100 Frauen. Kommentar eines Landlords: "Wenn wir sie töten, sterben sie schnell, wenn wir sie vergewaltigen, sterben sie langsam" (zit. n. The Week, 5.8.92). Die Polizei ermittelt in keinem dieser Fälle. In Bihar kennt die Korruption keine Grenzen, so gut wie alle öffentlichen Gelder versacken in privaten Taschen, so daß es zwar Gesundheits-, Bildungs-, und Entwicklungsprogramme oder Straßen auf dem Papier bzw. Landkarten gibt, aber nicht in der Realität. Folge: Nach einer Untersuchung der National Commission of Labour hungern über 50% der BewohnerInnen, 77% der Frauen sind Analphabetinnen und in Gebieten mit Bewässerungsanlagen sind 97% der Bevölkerung landlos. In Bihar ist alles käuflich: Akademische Abschlüsse und Titel (3.500 Rupies für den Titel und die Zulassung als Arzt) bis hin zu Universitätsrektorenposten (25.000-30.000 Rupies) (Sunday, 28.6.92).

Um Mitgift zu sparen, wird in Bihar sogar seit kurzem mit Waffengewalt verheiratet: Etwa 100 Fälle wurden jüngst bekannt, in denen Eltern Gangsterbanden engagieren, die vermögende Söhne kidnappen und mit der Pistole an der Schläfe zwingen, die Heiratsformalitäten zu absolvieren (The Week, 17.5.92).

Gebiete, wo dieser Feudalismus und Gangsterismus am stärksten ausgeprägt ist, sind die Hochburgen der Naxaliten. Daneben sind ihre Einheiten in Waldgebieten stark verankert, wo ethnische Minderheiten seit jeher Rodungsfeldbau betreiben und vom Verkauf von wildem Honig oder Baumwolle leben. Dies wird ihnen zunehmend von der staatlichen Forstverwaltung untersagt, und zwar unter dem Deckmantel des Umweltschutzes. Die Forstbeamten, die Polizeivollmacht besitzen, verkaufen ihrerseits Nutzholz an die Holzmafia. Folglich ist das Credo der Naxaliten in der Dschungel-Region Bastar auch so simpel wie verständlich: "Der Wald und seine Bevölkerung gehören zusammen - und unsere Waffen sind dazu da, den Wald vor dem Zugriff des Staates zu schützen" (zit.n. Hindustan Times, 29.6.92).

Vom Dalam bis zum Zentralkomitee - Die Struktur der Naxaliten

Der 24jährige Vilas aus Nizamabad ist der Sohn eines Tagelöhners aus einer niederen Kaste. Sein Vater dient dem örtlichen Landlord seit 35 Jahren und bekommt dafür pro Tag 10 Rupies (60 Pfennige). Um die Familie zu ernähren, arbeiten Vilas' vier Schwestern täglich 12 Stunden in einer Bidi-Fabrik (Bidis sind indische Billigzigaretten) für den gleichen Lohn. Vilas erinnert sich, daß während seiner Kindheit der Vater meist tagelang außer Haus war, denn er bestellte tagsüber die Felder des Landlords und schlief nachts auf dessen Hinterhof, da er die Kühe frühmorgens zu melken hatte. Vilas erinnert sich an die blechgedeckte Lehmhütte seiner Familie am Stadtrand. Vilas bekam mit, wieviel der Landlord verdiente und wie wenig er seinem Vater zahlte. Deshalb ist Vilas heute bei den Naxaliten. Die allermeisten der heutigen Kader entstammen Familien mit geringem oder keinem Landbesitz, gehören niedrigen Kasten an oder ethnischen Minderheiten. Anders als vor 25 Jahren ist die Intelligenz der Mittelschicht kaum noch unter den Aktiven zu finden. Die Naxaliten kämpfen heute für sich selbst.

"Diese jungen Männer und Frauen haben den stufenweisen Prozeß der Verarmung erlitten oder beobachtet. Familien, die unter ihrer Schuldenlast zusammenbrechen, die von den Wucherern ihres Landes beraubt werden und während der Trockenzeit hungern müssen. Und sie waren Zeugen der Komplicenschaft zwischen der reichen Klasse der Großgrundbesitzer, Polizei und Politik. Diese jungen Leute sind nicht mit Marxismus-Leninismus oder den Lehren Maos vertraut, aber mit dem kalten Wind der Verarmung. Kommunismus ist für sie so etwas wie ein natürlicher Verwandter", so sieht es die Times of India (15.12.91).

Die im Untergrund lebenden Kader sind zu Einheiten mit 10-15 AktivistInnen zusammengeschlossen. Der Frauenanteil schwankt zwischen 30 und 40%. In diesen Dalams wird versucht, strikte Gleichheit zu praktizieren, d.h. Frauen wie Männer sind gleichermaßen für Waschen, Kochen, politische und militärische Aufgaben zuständig. Allerdings werden nur wenige Dalams von Frauen kommandiert. Die Einheiten verfügen über selbstgebaute Bomben und Flinten, daneben besitzen sie aber auch erbeutete automatische Gewehre, chinesische AK 47 und fernzündbare Landminen.

Jeder Dalam betreut ein Gebiet von 20 bis 80 meist kleinen Dörfern, zwischen denen er ständig pendelt. Seine Mitglieder leben in einer symbiotischen Gemeinschaft mit der Dorf- bzw. Waldbevölkerung: Sie werden mit Informationen über Polizeibewegungen sowie Lebensmitteln versorgt, dafür schützen sie die Kleinbauern vor den Exzessen der Landlords. In den jeweiligen Dörfern sind feste Kontaktpersonen für die Zusammenarbeit mit den Dalams und für Notfälle zuständig. Diese sog. Militanten, eine Art Dorfmiliz, sind bewaffnet, leben aber legal und unauffällig.

Nach oben gibt es weitere drei Organisationsebenen: Die Dalams wählen Bezirkskomitees, diese Regionalkomitees und die oberste Instanz schließlich ist das Staats- bzw. Zentralkomitee, das die wichtigsten Entscheidungen trifft. Insgesamt sind zur Zeit etwa 20 verschiedene Naxalitengruppen aktiv (Eitelkeit und Streitlust war schon immer ein Hauptmanko der indischen Linken), die sich in ihrer politischen Programmatik nur unwesentlich unterscheiden. Die mit Abstand stärkste Organisation ist die "People's War Group" (PWG) mit vielleicht 5.000 UntergrundkämpferInnen. Sie ist vor allem in Andhra Pradesh und den angrenzenden Staaten aktiv. Das "Maoist Communist Centre" (MCC) ist mit gut 1.000 Guerilleras und Guerilleros die zweitwichtigste Gruppe und operiert in Bihar.

Auf legaler Ebene bauten die Naxaliten daneben eine ganze Reihe von Organisationen auf - vom revolutionären Schriftstellerverband über Bauernvereinigungen bis hin zur radikalen Frauenliga -, die in ihren Teilbereichen Öffentlichkeitsarbeit leisteten. Die meisten dieser Naxalitennahen Organisationen wurden kürzlich in Andhra Pradesh und Karnataka verboten.

Die Aktionsbereiche

der Naxaliten

Kurz nach Mittermacht erreicht der Dalam das Dorf Daba. Beinahe eine Armee von LandarbeiterInnen ist unter dem hellen Mond versammelt, die Sicheln in ihren Händen blinken. Neben ihnen warten 5 ha reifen Korns darauf, abgeerntet zu werden. Nach nur wenigen Augenblicken wird das Startzeichen gegeben. Die Dorfbevölkerung macht sich an die Arbeit. Nach weniger als zehn Minuten steht keine einzige Ähre mehr. Eine rote Fahne wird abschließend in die Mitte des kahlen Feldes postiert, damit keine Mißverständnisse aufkommen.

Der wichtigste Erfolg der Naxaliten ist sicherlich, der Landbevölkerung den Stolz und die Menschenwürde zurückgegeben zu haben. In ihren Aktionsgebieten ist die Schuldknechtschaft abgeschafft, und die Landlords samt ihren Goondas wagen keine Übergriffe mehr. Die Bevölkerung kann somit zumindest ohne ständige Furcht vor Gewalttaten leben. Die verelendeten Outcasts und Landlosen haben miterlebt, daß die feudale Ordnung nicht unerschütterlich ist und Landlords wie staatliche Organisationen nicht unangreifbar sind. Und sie haben erfahren, daß Widerstand möglich ist und erfolgreich sein kann.

Der populärste Aktionsbereich der Dalams ist die Aneignung und Verteilung von Land aus dem Besitz der Landlords, der Grundlage der dörflichen Herrschaftsstruktur. Allein in Andhra Pradesh verteilten Naxalitengruppen in den letzten Jahren ca. 200.000 Hektar Agrar- und Forstland. Darunter befanden sich auch gut 100 Hektar des indischen Premiers Narashima Rao, der sich später damit brüstete, diese Flächen großherzig den Armen geschenkt zu haben.

Großen Zuspruch finden auch Aberntungsaktionen auf den Feldern der Landlords (siehe oben), oder "drought-raids", Plünderungen staatlicher Lebensmittellager bzw. Vorratskammern reicher Leute oder von Großhändlern.

Von den städtischen Geschäftsleuten gefürchtet sind die "Geldsammelaktionen", die jährlich Millionen von Rupies einbringen und von den Naxaliten für ihre Bewaffnung sowie bedürftige LandbewohnerInnen ausgegeben werden. Die "erbetenen" Ertrage sind jedoch so gehalten, daß kein Händler oder Unternehmer dadurch in den Ruin getrieben wird.

Große Sympathien bei den Frauen brachte den Naxaliten das Verbot von Alkohol in den von ihnen kontrollierten Gebieten ein, einer Haupteinnahmequelle der ländlichen Mafia. Selbst im besten Restaurant von Warangal wird Alkohol nur heimlich und als Cola getarnt serviert.

In manchen Waldgebieten, wie in Bastar, beschränken sich die Aktivitäten der Landguerilla darauf, Forstbeamte und Polizisten anzugreifen und zu vertreiben. Das hierfür eingesetzte Waffenarsenal reicht von Pfeil und Bogen bis hin zu Landminen.

Da das indische Justizsystem durch und durch korrupt ist, sind für die Unterschicht Gerichte keine Institutionen, von denen Gerechtigkeit zu erwarten wäre. Mit Praja-Courts oder öffentlichen Volksgerichten versuchen die Naxaliten, die Funktion einer neutralen Schiedsstelle zu übernehmen. Diese Sofort-Justiz war zeitweise so beliebt, daß selbst Angehörige der Polizei mit ihren Problemen zu den Naxaliten kamen. So erschien etwa im Bezirk Mahabubnagar ein Polizeiinspektor mit seiner Schwester bei der People's War Group. Die Schwester war von ihrem Mann mißhandelt worden, um mehr Mitgift von ihrer Familie zu erpressen. Darauf hatte sie ihn verlassen. Das Praja-Gericht ordnete an, daß der Ehemann 70.000 Rupies zurückzuzahlen habe. In einem anderen Fall wurde ein Landlord dazu gezwungen, 50.000 Rupies an die Familie eines Landarbeiters zu zahlen, der durch einen Traktor getötet worden war (Week, 11.5.90).

Die meisten Streitfälle, die vor die Praja-Courts kommen, sind Ehe-, Familien oder Nachbarschaftszwistigkeiten, die meist zufriedenstellend geschlichtet werden. In den letzten Monaten allerdings häufen sich die Meldungen, daß speziell junge und unerfahrene Kader barbarische Strafen wie das

Abhacken von Gliedmaßen verhängt hätten. Diese schlimmen Vorfälle haben die Popularität der Praja-Courts erheblich geschmälert.

Der Umgang mit (revolutionärer) Gewalt ist gegenwärtig das gravierendste Problem der Naxaliten. Es wurden nachweislich unschuldige UnterstützerInnen als Polizei-Spitzel getötet und bei zwei Aktionen, die regionale Generalstreiks unterstützen sollten, kamen 40 ZivilistInnen ums Leben. Einheiten hatten Zuggleise gesprengt, sich aber zu nachlässig um Warnungen gekümmert, so daß zwei Züge entgleisten. Zwar wurden nach diesen katastrophalen Aktionen jedesmal Entschuldigungen der Führung verbreitet, doch ernsthafte Konsequenzen sind nicht zu erkennen. AnalytikerInnen der Naxalitenbewegung führen diese Exzesse und verantwortungslosen Handlungen auf die rasche Ausbreitung der Dalams zurück. Zu viele Interessierte seien ohne ausreichende Überprüfung und Ausbildung rekrutiert und bewaffnet worden. Resultat sei, daß die leitenden Gremien die Kontrolle über die Basis verloren hätten und viele, denen es nur um persönliche Macht und Bereicherung gehe, zu den Naxaliten hätten stoßen können.

Wie auch immer: Speziell die stärkste Naxaliten-Fraktion, die People's War Group, hat in jüngster Zeit viel vom mühsam aufgebauten Vertrauen der Bevölkerung verloren und steht gegenwärtig mit dem Rücken an der Wand. Etliche altgediente Kader sind ausgestiegen und einst wohlwollende Intellektuelle haben sich distanziert.

Zwei Herzen schlagen ach ... Die intellektuelle Mittelschicht

Im Chefredaktionszimmer einer großen Telugu-Zeitung in Hyderabad, wo wir mit sieben Journalisten plaudern, macht niemand ein Hehl aus seiner Sympathie für die "Naxals". Trotz aller Kritik ist es keine Frage, daß die "Liquidierung von Klassenfeinden" für legitim gehalten wird. Stolz erzählt der Chefredakteur, daß selbst in den dichtesten Dschungelgebieten ihr Blatt von den Naxaliten gelesen werde. Die Zeitung gehört einem Abgeordneten der regierenden Congress-Partei.

Wir treffen im Zug einen Professor für Agrarwissenschaft. Eigentlich sei er ja gegen Gewalt, aber - beeilt er sich, hinzuzufügen - die Naxaliten sollten doch gefälligst aus der chinesischen Revolution lernen und neben ihren Guerilla-Einheiten eine Rote Armee aufbauen.

Der Korrespondent des Indian Express ist ein ausgesprochener Gegner der Naxaliten und schwört auf Gesetz und Verfassung, die - zugegeben - nicht völlig umgesetzt seien. Die bundesdeutschen Autonomen nennt er im gleichen Atemzug verächtlich "vegetarische Militante", weil sie keine Menschen umbringen.

Zwischen Repression und Integration - Der staatliche Umgang mit den Naxaliten

Kurzmeldung aus der Tageszeitung "The Hindu", 13.5.92: "Nagpur. Die Polizei eröffnete gestern in Etapalli das Feuer auf eine Menschenmenge, die die örtliche Polizeistation angriff, nachdem ein vermutlicher Unterstützer der Naxaliten verhaftet worden war. Die Polizei mußte 29 Schüsse zur Selbstverteidigung abgeben. Im Getümmel gelang es dem Gefangenen, zu entkommen, die Polizei hat schwerbewaffnete Anti-Naxaliten-Einheiten in dem Gebiet stationiert."

Die Regierung von Andhra Pradesh reagierte zunächst "klassisch" auf die Herausforderung der Naxaliten. Sie betrieb eine Politik der verbrannten Erde und ließ 300 Dörfer niederbrennen, die als Hochburgen der Guerilla galten. Laut Angaben des Bürgerrechtskomitees von A.P. wurden 12.000 Menschen wegen angeblicher Kontakte zu den Naxaliten verhaftet. Bei großangelegten Razzien umzingelte die Polizei Dörfer, trieb die BewohnerInnen zusammen und mißhandelte und folterte sie. Hunterte angeblicher Naxaliten, darunter Journalisten und Menschenrechtler, starben in "fake-encounters", wurden also unter der fadenscheinigen Begründung ermordet, es habe eine bewaffnete Auseinandersetzung stattgefunden. Andere wurden in den Gefängnissen gefoltert und getötet. Diese Repressionswelle stärkte aber die Naxaliten statt ihren Aktionsradius einzudämmen.

Als der Congress-Politiker Channa Reddy dann im Januar 1990 die Staatsregierung bildete, änderte sich die Politik der Aufstandsbekämpfung fundamental.

Channa Reddys erklärtes Ziel war die Integration der Naxaliten in den "mainstream" der etablierten Parteien und Organisationen. Er entließ alle unter dem Verdacht des Naxalismus stehenden

Untersuchungsgefangenen, wies die Polizei an, keine abgetauchten AktivistInnen mehr festzunehmen und erklärte, alle Gruppen könnten ungehindert öffentliche Kundgebungen veranstalten und Treffen abhalten.

Dieser liberale Schwenk führte dazu, daß die PWG Massenveranstaltungen in Warangal und Hyderabad mit mehreren Hunderttausend Menschen abhielt und ihre Stärke beweisen konnte. Doch an Integration dachte keine der Guerillagruppen. Statt dessen bauten sie während dieser Periode ihre Infrastruktur weiter aus und setzten ihre Aktivitäten fort.

Das liberale Intermezzo dauerte folglich nur ein knappes Jahr. Channa Reddy wurde Anfang '91 durch seinen Parteifreund Janardhan Reddy ersetzt, der wieder die harte Linie verfolgte. Folterungen, Vergewaltigungen und Morde sind seitdem wieder an der Tagesordnung, allein seit Januar wurden 246 "Naxaliten" in "encounters" getötet (Angaben vom Bürgerrechtskomitee Andhra Pradesh).

Vorigen Mai verbot die Regierung Andhra Pradeshs offiziell die PWG und zehn ihrer Frontorganisationen. Für die Kader der PWG macht dies keinen Unterschied, denn sie leben seit Jahren illegal. Menschenrechtsaktivisten wie der Anwalt K.G. Kannabiran, Präsident des Bürgerrechtskomitees von Andhra Pradesh, befürchten, daß die willkürlichen Mißhandlungen und Festnahmen von allen, die irgendwelcher Kontakte zu den Naxaliten verdächtigt werden, nun auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden (die beiden Gesetze, mit denen das Verbot juristisch abgesichert wurde, sind übrigens britischen Ursprungs und wurden 1908 bzw. 1938 gegen die indische Befreiungsbewegung angewandt). Daneben sind die Polizeikräfte und paramilitärischen Einheiten (Grenzschutz, Anti-Naxalite-Squads) um mehrere tausend Mann aufgestockt worden.

Doch trotz des erneuten Anziehens der Repressionsschraube und aller Scheußlichkeiten (siehe hierzu den AI-Bericht zu Indien), hält die Regierung Andhra Pradesh an integrativen Versuchen fest.

Satyanarayara Rao ist Leiter der Special Intelligence Branche in Andhra Pradesh. Das Ziel dieser politischen Abteilung ist die Überredung von Naxaliten-Kadern zur Aufgabe. Raos Truppe arbeitet relativ erfolgreich, mehrere hundert Guerilleras und Guerilleros ergaben sich in den letzten Monaten. Voraussetzung hierfür ist die Zusicherung von Straffreiheit und das Nichtinsistieren auf belastende oder sicherheitsrelevante Informationen. S. Rao spielt uns keine Sympathie für die Bewegung vor, er hat sie und arbeitet deshalb so effektiv. Offen läßt auch er anklingen, daß die Liquidierung von Klassenfeinden schon okay sei. Er schenkt uns sogar ein Foto von einem erschossenen Gewerkschaftsführer und kommentiert: "Von der Polizei in einem fake-encounter erschossen".

Das sich Ergeben gilt erstaunlicherweise auch in Naxalitenkreisen als legitimes Mittel, um sich zeitweilig oder ganz von der Bewegung zurückzuziehen. Die "surrenderers" sprechen die Entscheidung mit ihren Einheiten ab, lassen die Waffen bei den GenossInnen und vollziehen den Schritt in die Legalität. "Nicht wenige", so lächelnt S. Rao, "gehen aber nach einiger Zeit wieder in den Untergrund zurück." So erzählt uns auch der "Surrenderer" Kaniki Reddy, der zehn Jahre lang im Untergrund kämpfte und zuletzt Bezirksvorsitzender der PWG in West-Godavari war: "Wenn die PWG ihre Fehler korrigiert, bin ich natürlich wieder mit dabei."

Gaddar, die Stimme

des Aufstands

Gaddar, der Barde, ist ein Bilderbuchrevolutionär. Er hat eine dichte, wilde Mähne und einen Vollbart, trägt ein weites Gewand und seine Augen blitzen, wenn er von erfolgreichen Kommando-Aktionen erzählt. Der Outcast Gaddar hat sechs Jahre lang als singender Revolutionär bzw. revolutionärer Sänger in einem Dalam mitgekämpft. Nun lebt er wegen einer Krankheit in der Legalität und ist Vorsitzender der Kulturvereinigung der Naxaliten. Gaddar vertraut darauf, daß ihn seine legendäre Berühmtheit vor dem Zugriff des Staates schützt, doch ist er nur tagsüber in seinem kleinen Haus in der Nähe Hyderabads anzutreffen. Nachts verschwindet er regelmäßig aus Furcht vor Polizeiüberfällen. Jedes Kind in Andhra Pradesh kennt Gaddar, den Barden, so daß es ein Leichtes ist, sein Domizil aufzuspüren. Zu seinen Konzerten pilgern Zehntausende. Gaddar versteht es, die politischen Verhältnisse und die revolutionäre Message in einfachen Worten rüberzubringen. Zum Thema Gewalt etwa meint er: "Wenn sie dich foltern, Unschuldige töten oder Frauen vergewaltigen, schreibst du dann einen Appell und flehst sie an, bitte, bitte, tötet, foltert und vergewaltigt nicht mehr?". Über seine Erfahrungen in der Waldregion Bastars berichtet er lächelnt: "Als wir das erste Mal hinkamen, liefen die WaldbewohnerInnen

vor uns davon; als die Cops und Forstbeamten vor uns davonliefen, schlossen sie sich uns an und sagten: ‚Der Löwe ist vertrieben`".

Während des Erzählens läßt Gaddar, der Barde, immer wieder Sequenzen seiner Balladen einfließen, mal traurig-monoton, dann wieder melodisch-lebhaft und stürmisch aufbrausend. Leider verstehen wir kein Telugu. Doch Gaddar übersetzt uns den Titel seines neuesten Songs, der sich auf das Verbot der PWG und ihrer Frontorganisationen bezieht: "Du hast einen großen Fehler gemacht, Reddy, du Bastard."

Roter Steppenbrand

oder kalte Dusche -

die Aussichten der Naxaliten

In Andhra Pradesh befinden sich die Naxaliten, speziell die PWG, in einer tiefen Krise. Von innerparteilichen Machtkämpfen gebeutelt, durch die Rückwirkungen katastrophaler Aktionen geschwächt und mit schwerbewaffneten Paramilitärs konfrontiert. Sie kämpfen dort im Augenblick auf verschiedensten Ebenen ums Überleben.

Westlich und östlich dieses Bundesstaats jedoch, in Karnataka und Orissa, gelang es den Naxaliten in jüngster Zeit, unangefochten Fuß zu fassen, und "befreite Gebiete" zu erkämpfen. Ähnlich sieht es weiter nördlich aus: Im Süden Madhya Pradeshs bekommt die Polizei kein Bein auf den Boden, so daß jüngst 70 Angehörige einer Spezialeinheit völlig demoralisiert den Dienst quittierten. Und in einigen Bezirken von Bihar hat das MCC faktisch alle administrativen Aufgaben übernommen. "Was heißt hier Parallelregierung", klagt ein leitender Polizeibeamter, "vom Staat ist hier keine Spur zu sehen". ("Hindustan Times" 13.5.92).

So schnell also werden die zählebigen Naxaliten nicht totzukriegen sein, zumindest solange nicht, wie die feudalen Verhältnisse in Indien fortbestehen. Einem Staat, in dem Klassengegensätze größer nicht möglich sind, der über Atombomben und Satelliten verfügt, der gigantische Beträge für modernste Raketentechnologie ausgibt, in dem Milliardäre wie die Birlas, Tatas oder Hindujas sich im Verein mit westlichen Investoren durch Konsumgüterproduktion für die städtische und ländliche Upperclass eine goldene Nase verdienen, während der Großteil der Bevölkerung auf dem Land jeglicher Rechte beraubt in Elend und Hunger lebt. Eine Alternative zu der Landguerilla der Naxaliten ist weit und breit nicht in Sicht. Korruption, Nepotismus und Gangsterismus sind auch in als "kommunistisch" firmierende Parteien wie die CPI oder CPI(M) tief vorgedrungen. So starben etwa in West-Bengalen (wo die CPI(M) regiert) während der letzten Jahre mehr als 400 Menschen in Polizeigewahrsam, und die Schlägertrupps der Parteijugend plündern offenen Visiers Läden politischer Gegner.

Trotz aller Fehler, Brutalitäten und fortlaufenden Aufspaltungen sind die Naxaliten die einzige glaubwürdige Kraft für die Landbevölkerung Indiens, denn wo sie aktiv sind, hat das feudale System tiefe, kaum noch zu kittende Risse bekommen.

Kiki Schmidt, Peter Zinke

P.S.: Herzlichen Dank für Anregungen und Unterstützung von Herrn Roy vom Daily Telegraph (Kalkutta) sowie den Redaktionen von Vdayen und Supra Bhatam (Hyderabad).

"Wir befinden uns im Krieg..."

Interview mit einem Naxaliten-Jäger

Surendra Babu ist seit einem halben Jahr Befehlshaber der "Anti-Naxalite-Squads" im Bezirk Warangal, etwas nördlich von Hyderabad. Zuvor war er an anderer Stelle im Kampf gegen die PWG aktiv, offensichtlich nicht ohne Erfolg, denn immerhin bekleidet Babu mit seinen etwa 30 Jahren das dritthöchste Polizeiamt im Bezirk. "Aus Sicherheitsgründen" nennt uns Babu allerdings nicht sein genaues Alter, ebensowenig wie seinen Namen und die Anzahl der paramilitärischen Polizisten, die er unter sich hat (aus anderer, sicherer Quelle wissen wir, daß es etwa 3.000 sind).

Als Babu mit zweistündiger Verspätung von einer Fahrt durch Dörfer zurückkommt - zum Zwecke der Informationsbeschaffung, wie es heißt - stehen alle Polizisten stramm und salutieren. Babu geht in sein Büro, ohne sie eines Blickes zu würdigen. Mit Mühe überreden wir seine schwerbewaffnete Leibgarde, daß wir

zumindest Zettel und Stift mit in sein Zimmer nehmen dürfen. Babu ist modisch gekleidet, durchtrainiert und - träfe man ihn im Café - würde er zunächst einen sympathischen Eindruck machen.

Frage: Was sind nach Ihren Erkenntnissen die derzeitigen Hauptaktivitäten der Naxaliten im Bezirk Warangal?

Babu: Ausschließlich Gewalt, Zerstörung von öffentlichem Eigentum und Morde an unschuldigen Menschen, 1991 allein 63.

Aber die AktivistInnen der PWG haben doch beträchtliche Flächen an Land verteilt, die Gerichtsbarkeit ausgeübt und vieles mehr ...

Das war 1989/90 unter der permissiven und laschen Regierung Channa Reddys. Doch nun werden nur unsere Informanten erschossen, Alkoholläden zerstört, Regierungseigentum wird in die Luft gesprengt, und um Gefangene freizupressen, werden selbst kleine Regierungsangestellte gekidnappt.

Die Grundvoraussetzung für das erfolgreiche Operieren einer Guerilla ist die Sympathie und Unterstützung von seiten der Bevölkerung. Wie sieht es denn hiermit im Augenblick aus?

Es ist praktisch keine Unterstützung durch die Bevölkerung mehr vorhanden.

Aber wer versorgt denn dann die Naxaliten mit Informationen oder Lebensmitteln?

Die Leute unterstützen die Naxaliten nur aus Angst.

Laut zahlreichen Zeitungsartikeln sowie Angaben von Menschenrechtsorganisationen terrorisiert die Polizei die Zivilbevölkerung in Regionen, wo die Guerilla aktiv ist. Unbeteiligte werden mißhandelt und gefoltert, Frauen regelmäßig vergewaltigt und allein in den letzten drei Monaten soll die Polizei in dieser Region 300 Häuser von angeblichen UnterstützerInnen niedergebrannt haben. Was sagen Sie zu diesen Vorwürfen?

Alle diese Anschuldigungen sind falsch.

Nehmen wir die zerstörten Häuser, wer hat diese denn nach Ihrer Ansicht niedergebrannt?

Es war die Dorfbevölkerung selbst und bei den Häusern handelte es sich um Naxalitenbehausungen. Grund: Natürlich müssen wir ganze Dörfer durchsuchen, um Terroristen zu finden. Dies ist für die Dorfbevölkerung natürlich mit Unannehmlichkeiten verbunden. Und deshalb sind sie wütend auf die Naxaliten und stecken deren Häuser an.

Es gab also keine Exzesse von seiten der Polizei, alles geht stets streng nach dem Gesetz vor sich?

Wir befinden uns im Krieg, das muß man verstehen. Die PWG sprengt Wagenladungen voll Polizisten in die Luft, wie kann also diese Seite verlangen, daß wir Gesetze und Regeln einhalten?

Sie halten sich also nicht immer an die Gesetze?

Das habe ich nicht gesagt; ich habe nur eine Frage gestellt.

Eine Frage wollen auch wir noch stellen: Wie lange werden Sie brauchen, um das sog. Naxaliten-Problem zu lösen?

10-15 Jahre.

28. "Der vietnamesischen Revolution dienen." Kommunistische Politik in Kambodscha. von Andreas Skrypietz

Rubrik: Vietnam; Kambodscha · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:16

Pol Pot ist der Name, mit dem seit Ende des Vietnamkrieges kommunistische Politik in Kambodscha verbunden wird. Dies berührt jedoch nur ein kleinen zeitlichen Abschnitt kommunistischer Politik in der Region. Einen wesentlich größeren Einfluß auf die politische Entwicklung in Kambodscha hat das Nachbarland Vietnam gehabt, genauer gesagt, die Kommunistische Partei Vietnams.

Im folgenden soll versucht werden, diesen Einfluß genauer zu skizzieren. Denn ein Teil der aktuellen Probleme zwischen den vier ehemaligen Bürgerkriegsparteien ist historisch begründet; allen voran die Widersprüche zwischen den Vietnamesen bzw. der ehemaligen Regierung Hun Sen und den Khmer Rouge speisen sich aus dem Entstehungszusammenhang der kommunistischen Partei Kambodschas, dem Agieren der Kommunistischen Partei Vietnams und der Geschichte des Befreiungskampfes in Indochina.

Die Geschichte nimmt ihren Anfang im Jahre 1930. Einige VietnamesInnen, darunter Ho Chi Minh, gründen die Kommunistische Partei Vietnams. Wenige Monate nach diesem Ereignis kam es bereits zu Differenzen mit der Komintern. Die vietnamesischen KommunistInnen, allen voran Ho Chi Minh, sahen es als ihre vorrangige Aufgabe an, in ihrem Land den Befreiungskampf zu führen. Demgegenüber hatte die Komintern mehr den multinationalen Charakter des Befreiungskampfes gegen die Franzosen in Vietnam, Laos und Kambodscha vor Augen. Für sie war es naheliegend, den Kampf nicht nur in einem Land zu führen, sondern gemeinsam in allen dreien. Aber 1930 waren Ansätze kommunistischer Politik weder in Kambodscha noch in Laos zu erkennen. Allein in Vietnam gab es eine kommunistische Partei. In Kambodscha und in Laos dagegen gab es innerhalb der Widerstandsgruppen nur geringe sozialistische Kräfte. Allein in Vietnam bestand innerhalb der städtischen Intelligenz, aber auch in Teilen der Bauernschaft Interesse und Bereitschaft, sich innerhalb einer solchen Partei zu organisieren.

Folglich sah es die Komintern als eine Funktion der vietnamesischen Kommunistischen Partei an, Aufbauarbeit in den benachbarten Ländern zu betreiben. Erstens, um die Basis für kommunistische Politik in Indochina im allgemeinen zu vergrößern; und zweitens, um die Ausgangslage für einen revolutionären Befreiungskampf insgesamt zu verbessern. So erfolgte eine massive Kritik seitens der Komintern an den vietnamesischen KommunistInnen, die sich dann im Oktober 1930 dem Druck beugten. In Abwesenheit zahlreicher Gründungsmitglieder nannte sich die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) in kommunistische Partei Indochina (KPInd) um. Darüberhinaus sah sie es als ihre Aufgabe an, den revolutionären Prozeß in den Nachbarstaaten voranzutreiben. Allerdings haben die führenden Kader der Partei um Ho Chi Minh nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie es als Anmaßung betrachteten, den revolutionären Prozeß in Kambodscha und Laos bestimmen zu sollen. Aus Sicht Ho Chi Minhs wäre dies die Aufgabe der Laoten und Khmer selber gewesen. Dennoch folgte die KPV der Linie der Komintern, und die kommunistische Partei Indochinas war geboren.

Die Föderation Indochina

und die KPV

Hintergrund für die Politik der Komintern war die Vorstellung, in Indochina nach einem erfolgreichen Befreiungskampf eine indochinesische Föderation nach sowjetischem Vorbild aufzubauen. Aus ihrer Sicht war die KPV die führende Kraft im Befreiungskampf in Indochina, was aber nur zum Teil zutraf. Denn weder in Laos noch in Kambodscha gab es Ansätze für eine sozialistische oder kommunistische Politik. Die Komintern ließ sich demgegenüber von der Vorstellung leiten, daß sich die KPV in der gleichen Lage befände wie die Bolschewiki 1917. Doch zu dem unterschiedlichen Selbstverständnis, daß die Viet Minh nicht das Erbe des vietnamesischen Königreiches antreten wollten, kam hinzu, daß die Herrschaft dieses Königshauses über Ostlaos und Kambodscha in den dreißiger Jahren schon fast 100 Jahre vorbei war.

Aber noch in einem weiteren Punkt ging die Sichtweise der Komintern an den realen Verhältnissen in Indochina, insbesondere in Kambodscha, vorbei. So hatte sich in der Zeit der französischen Besatzung die vietnamesische Gesellschaft "europäisiert" bzw. war starken europäischen Einflüssen ausgesetzt. Demgegenüber hatte sich die Gesellschaft Kambodschas wenig geändert; weder hatte sich die "Intelligentia" vergrößert noch die bestehende etwa politisch radikalisiert. Dies lag vor allem an der französischen Besatzungspolitik. Denn die Franzosen besetzten alle Posten zur Verwaltung und Bewirtschaftung des Landes mit Vietnamesen, insbesondere im Bereich der Gummiplantagen. Darüberhinaus protegierten sie den Zuzug von VietnamesInnen aus dem Süden des Landes, so daß sowohl in Phnom Penh als auch in den größeren Städten am Mekong große vietnamesische Kolonien entstanden. Insbesondere die Tatsache, daß die Franzosen Vietnamesen, hauptsächlich Südvietnamesen, zu ihren "Vollstreckern" und "Beamten" machten, führte zu bis heute anhaltenden Ressentiments seitens der Khmer.

Die Führung der KPV war sich sowohl dieser als auch der Tatsache, daß sich die KPV unter immensem Druck der Besatzer befand, bewußt. Die noch junge Partei konnte und wollte nicht auf Kader verzichten, die statt des eigenen Aufbaus den Aufbau von Strukturen in den Nachbarländern fördern sollten. Dieses Dilemma wurde jahrelang dadurch "gelöst", daß es auf Parteitagen und bei ähnlichen Anlässen Aufrufe und Appelle zum Aufbau der Partei in Laos und Kambodscha gab, realiter geschah aber nichts.

So war es zwar in den frühen dreißiger Jahren gelungen, in Laos einige dort ansässige VietnamesInnen für die Partei zu rekrutieren, in Kambodscha aber war nichts dergleichen geschehen. So mußte die regionale Parteikonferenz für Laos 1934 protokollieren, daß es unter den Mitgliedern der Partei nicht eine einzige LaotIn gab. Dies änderte sich bis zum Ende der dreißiger Jahre etwas, das ZK der KPInd kam aber 1938 nicht umhin festzustellen, daß der Parteiaufbau in Laos wenig erfolgreich und in Kambodscha ein vollständiger Mißerfolg war. Erst in den vierziger Jahren wurde in größerem Umfang versucht, Menschen für die KPInd zu rekrutieren; so wurden Kader nach Laos und Kambodscha geschickt, die der Landessprache kundig waren, so daß nicht nur dort ansässige VietnamesInnen von der Partei erreicht wurden. Dennoch änderte sich an der desolaten Lage der Partei in Laos und vor allem in Kambodscha nichts, die Partei war dort in Wahrheit nicht existent.

Angesichts der Verhältnisse in Indochina, dem eigenen Anspruch der vietnamesischen KommunistInnen - allen voran Ho Chi Minh -, die Revolution und Befreiung in Vietnam voranzubringen, sowie der inneren Verhältnisse in Laos und Kambodscha war es mehr eine theoretische Konstruktion denn eine realistische Option für die Praxis, eine Kommunistische Partei Indochinas ins Leben zu rufen. Ebenso entsprang die Propagierung einer Föderation für Indochina mehr der Ideenwelt der Komintern, eine Welt nach dem Vorbild der UdSSR zu schaffen, denn den konkreten Bedingungen des Befreiungskampfes in Viet-nam, Laos und Kambodscha.

Kambodscha und der Widerstandskampf 1945-1954

Das Ende des zweiten Weltkrieges stellt mit der Gründung der "demokratischen Republik Vietnam" (DRV) im Norden des Landes einen wichtigen Einschnitt im Befreiungskampf der Viet Minh, aber auch für Kambodscha dar.

Angesichts der anhaltenden Besatzung weiter Teile Vietnams und Kambodschas durch die Franzosen lag es für die KP in Hanoi auf der Hand, sich in Kambodscha nach Bündnispartnern umzuschauen. Hierfür standen unterschiedliche Vorgehensweisen zur Verfügung. Zum einen konnte darauf gesetzt werden, in Kambodscha eine eigene, unabhängig arbeitende KP als zukünftigen PartnerIn aufzubauen, oder sich im Land nach bereits aktiv vorhandenen PartnerInnen umzuschauen. Hanoi entschied sich für die letztere Variante.

Dies aus zwei Gründen: Erstens waren nichtkommunistische Khmer nationalistischer Prägung interessiert und bereit, mit Hanoi ein Bündnis gegen Frankreich einzugehen, und zweitens war in Thailand mit Pridi Panomyong ein Premierminister an der Macht, der der Politik gegen Frankreich nicht nur freundlich gesinnt war, sondern von seinem Territorium aus den Kampf gegen die Besatzer unterstützte. Hanoi entschied sich gegen den Aufbau der damals noch eigenen Partei und für das Bündnis mit Bangkok und den Khmer Nationalisten.

Son Ngoc Than war bis zur Rückkehr der Franzosen Premierminister in Kambodscha und war bestrebt, den Befreiungskampf zusammen mit der KPV zu führen. Die thailändische Regierung materialisierte ihre Unterstützung: Die "Khmer Befreiungsfront" erhielt die Waffen und Bestände der ehemaligen thailändischen

Befreiungsarmee; gleichzeitig wurden unter der Leitung von führenden Parteikadern aus Hanoi - Trian Van Giau und Nguyen Van Tay - gemeinsame kambodschanisch- vietnamesische Guerillaeinheiten aufgebaut und das "Volksbefreiungskomitee der Khmer" gegründet. Bis auf wenige Personen waren sowohl die kambodschanischen Teile der Guerilla als auch das Komitee nationalistisch eingestellt und gehörten zur Gruppe der Khmer Issarak.

Für die KPInd bestand nach wie vor die Aufgabe, in Laos und Kambodscha Parteiarbeit zu leisten, Mitglieder zu rekrutieren und dergleichen. Für die Parteiführung war es aber verständlicherweise wichtiger, Bündnispartner und Mitkämpfer im Krieg gegen Frankreich zu finden. Folglich wurden zwischen 1945 und 1950 so gut wie keine Anstrengungen unternommen, in Kambodscha nationale Parteistrukturen aufzubauen. In einem Dokument der späteren "Revolutionären Volkspartei der Khmer" (hier abgekürzt KPRP nach ihrem englischen Namen, AS) ist zu finden, daß 1951 gerade mal fünfzig KambodschanerInnen Mitglieder der Partei waren. Der militärische und politische Kampf gegen Frankreich war für das ZK der KPInd wichtiger als die Aufgabe, die Partei in den Nachbarstaaten aufzubauen.

Diese Einschätzung änderte sich allerdings ab 1949. Einige drastische Veränderungen im politisch-militärischen Geflecht in Indochina ließen die Gründung einer eigenständigen kommunistischen Bewegung in Kambodscha als notwendig resp. hilfreich erscheinen.

Erstens war durch mehrere Niederlagen der Khmer Issarak ein Vakuum in der Führung des nationalen Befreiungskomitees entstanden. Die meisten Mitglieder waren entweder von den Franzosen arrestiert worden oder bei Gefechten ums Leben gekommen.

Zweitens änderte sich die Lage in Thailand für Hanoi dramatisch. Die Regierung Pridi Panomyong wurde von Phibul Songgram, dem letzten Diktator während des II. Weltkrieges, gestürzt. Gleichzeitig wechselte die Richtung der Politik, die USA wurden zum Hauptpartner Thailands. Die Regierung in Bangkok erkannte den ehemaligen König von Vietnam und damaligen Militärdiktator Bao Dai als rechtmäßige und alleinige Regierung Vietnams an. Darüberhinaus startete die Regierung eine propagandistische und militärische Offensive gegen die Guerilla der Khmer und Viet Minh im Grenzgebiet zu Kambodscha. Der Begriff der "kommunistischen Bedrohung" wurde fester Bestandteil der Regierungspolitik. Dem bisherigen Bündnis zwischen Hanoi und Bangkok gegen Frankreich war somit ein schnelles Ende beschieden.

Drittens erhielt die DRV eine immense Unterstützung durch die Kommunistische Partei Chinas nach deren erfolgreichem Kampf und Sieg 1949. Hierdurch ermutigt, bereiteten die VietnamesInnen eine militärische Offensive an allen Fronten vor. Dazu war es aber unumgänglich, sowohl die kämpfenden Einheiten zu vergrößern als auch eine beachtliche politische Unterstützung zu organisieren.

Auf der dritten Konferenz des ZK der KPInd im Februar 1950 umriß General Vo Nguyen Giap diese neue Phase des Befreiungskampfes. Er forderte die Konferenz auf, alles dafür zu tun, um in Laos und Kambodscha eigenständige und schlagkräftige Armeen aufzubauen und darüber hinaus eine massive Unterstützung des Kampfes auf politischer Ebene zu organisieren. Dies hieß, in Kambodscha größere Anstrengungen zu unternehmen, um die KPInd auch in diesem Land zum Leben zu erwecken. Allerdings gab es eine hierzu konträr laufende Entwicklung.

Viertens nämlich änderte Frankreich seine Politik in Indochina. 1949 verständigte sich Frankreich mit den Repräsentanten der ehemaligen Königreiche Laos und Kambodscha sowie der Bao Dai Militärregierung, diese Länder als unabhängig zu deklarieren. Wobei dieser Status mit denen der heutigen "Homelands" in Südafrika zu vergleichen ist. Die Macht in diesen Staaten war nach wie vor fest in französischen Händen. Dies brachte Hanoi zu der Einschätzung, daß die Unabhängigkeitserklärungen nur ein Vorwand waren, um die anhaltende französische Kolonisation vor der Welt zu kaschieren. Gleichzeitig aber befürchtete die Führung der KPInd, daß nach diesem Manöver die Viet Minh als die vermeintlich "wahren" Imperialisten in Indochina dastünden. Jedenfalls verstärkte die französische Regierung ihre Propaganda in diese Richtung. Diese Umstände ließen es Hanoi als wenig geschickt erscheinen, am alten Konzept der KPInd - eine Partei für drei Länder - festzuhalten. Zum ersten Mal seit dem Beginn des Befreiungskampfes sah es so aus, daß eine eigenständige KP in Kambodscha für den Kampf von Nutzen sei.

Diese Sichtweise spiegelte sich in den Statuten der Partei wider, die Ende 1950, Anfang 1951 ins Leben gerufen wurde. Danach war es Aufgabe der KPRP, gegen den Imperialismus zu kämpfen. Vom Kampf für den

Sozialismus steht in den Statuten nichts geschrieben. In internen Dokumenten der KPV ist zu lesen, daß die KPRP alle progressiven patriotischen Kräfte des Landes organisieren sollte, von der traditionellen Aufgabe einer kommunistischen Partei - Organisation des Proletariats - war nichts lesen. Statt dessen war von einer engen Zusammenarbeit mit den Kräften in Hanoi die Rede. Auch nach einem offiziellen Gründungskongreß der KPRP, der die Unabhängigkeit der Partei von Hanoi formell besiegelte, unterhielt die KPV ein Büro für die Politik in Laos und Kambodscha, und die Politik der drei Parteien wurde minutiös auf regelmäßigen Treffen in Hanoi abgestimmt.

Hintergrund für das Vorgehen der KPV in dieser Situation war das Konzept der drei vereinigten Fronten im Gegensatz zur französischen Politik der drei unabhängigen Länder. Die Gründung und Etablierung formal unabhängiger Parteien kommunistischer Orientierung in Kambodscha und auch in Laos erfolgte ausschließlich nach Maximen des oben genannten Konzeptes. Die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) war jederzeit dazu in der Lage, die Politik dieser neuen Partei zu kontrollieren. So waren auch nach der Gründung der KPRP Kader in Hanoi für die ideologische Ausrichtung der Partei sowie für ihre Agitation und Propaganda verantwortlich.

Hinzu kommt, daß die KPV, insbesondere General Giap, der Ansicht war, daß die KommunistInnen in Laos und Kambodscha dem Kampf des vietnamesischen Volkes zuerst zu dienen hätten und daß erst nach einer erfolgreichen Befreiung Vietnams die Sache der Laoten und Khmer auf der Tagesordnung stünde. Angesichts der politischen und auch militärischen Verhältnisse in Indochina, der Stärke der Viet Minh und der Abhängigkeit in der politischen Arbeit von der Unterstützung Hanois wurde diese Sicht weitgehend von den Mitgliedern der KPRP geteilt, die Ende 1953 gerade erst im Begriff war, eine Partei zu werden. Das ZK der KPV war Ende 1953 weit davon entfernt, die KPRP und die laotische KP als eigenständige Organisationen anzusehen und anzuerkennen. Es waren Gründungen der KPV, und es war ein Teil ihres Kampfes. Diese Sichtweise sollten sich noch lange halten und kommunistische Politik in Kambodscha bis in unsere Tage dominieren.

1954 -1963: Das Bündnis Hanoi, Sihanouk und die Khmer KP

Die Genfer Konferenz 1954 über Indochina stellt einen Einschnitt in der Politik Hanois gegenüber Kambodscha dar. Die Waffenstillstandsabmachungen sahen einen vollständigen Rückzug Vietnams aus Kambodscha vor: Alle Militärs und Politkader mußten das Land verlassen. Für die KPRP hieß dies, daß sie von nun an ohne ihre Berater und Helfer aus Hanoi auskommen mußte. Ein weiterer entscheidender Punkt für die Veränderung des Vorgehens der KPV ab 1954 war die für 1955 in Kambodscha vorgesehene Wahl. Aufgrund des Genfer Abkommens standen Mitte der fünfziger Jahre militärische Optionen zur Befreiung Indochinas nicht an oberster Stelle der Tagesordnung. Von daher war es logisch, daß in Kambodscha die Frage des Wahlausganges von entscheidender Bedeutung war. Aus Sicht Hanois war es lebenswichtig, daß in Kambodscha eine Regierung an die Macht kam, die dem wachsenden Einfluß der USA widerstehen konnte.

Die KPRP kam hierfür nicht in Frage. Ohne die bisherige Unterstützung durch bewaffnete Kräfte und politische Kader der KPV erschien die junge kambodschanische Partei dem ZK in Hanoi zu schwach, um in die oben skizzierte Position zu gelangen. Folglich setzte die KPV alles daran, andere Bündnispartner zu finden, die bereit und in der Lage waren, einen politischen und auch militärischen Kurs mitzugehen, der gegen Frankreich und die USA gerichtet war.

Der Verlust der Unterstützung und die Änderung der Politik Hanois gegenüber der KPRP führte zu einer tiefen Krise der Partei. Die KPRP hatte keinen nennenswerten Einfluß in der Bevölkerung, ihre Guerillaeinheiten waren ebenso wie viele ihrer führenden Köpfe größtenteils mit den VietnamesInnen in Richtung Hanoi abgezogen. Ein Drittel der offiziell registrierten 1.800 Mitglieder der Partei verließen nach dem Genfer Abkommen Kambodscha in Richtung DRV. Allein eine kleine Gruppe Intellektueller gründete die "Krom Pracheachon", die Gruppe des Volkes; in ihr versammelten sich einige Kräfte aus der intellektuellen Oberschicht Kambodschas und ehemalige Parteikader, um die Rechte der WiderstandskämpferInnen zu verteidigen und auf einer kleinen Basis an den Wahlen teilzunehmen. Hanoi wandte sich demgegenüber Norodom Sihanouk und seinen Kräften zu. Dieser war Sohn des kambodschanischen Königshauses, war in großen Teilen der Bevölkerung beliebt und galt schon damals als nationale Integrationsfigur.

Sihanouk gewann die Wahlen mit einer überwältigenden Mehrheit, und seine Politik schien den Interessen Hanois entgegenzukommen. Seine Neutralitätspolitik versprach erfolgreich zu sein, jedenfalls was das Eindämmen des US-amerikanischen Einflusses anbelangte. Jedoch wurde unter seiner Herrschaft die innenpolitische Opposition stärker unterdrückt als je zuvor; die Khmer KommunistInnen mußten einen hohen Preis für das Bündnis Hanoi-Phnom Penh bezahlen. Doch zunächst ein kurzer Blick auf den außenpolitischen Kurs von Sihanouk:

Die Grundzüge der friedlichen Koexistenz von kommunistischen und nichtkommunistischen Staaten nebst der Wahrung der eigenen Blockfreiheit waren die Maxime der Politik des Prinzen. Weder wurde in seiner Regierungszeit Kambodscha Mitglied der SEATO, dem südostasiatischen Militärpakt unter Kontrolle der USA, noch gab er dem Drängen der USA nach, Militärberater ins Land zu lassen. Statt dessen versuchte er, zwischen den Fraktionen in Laos, Kambodscha und Vietnam zu vermitteln. Sowohl den Wiener Verhandlungen über Laos zwischen der Pathet Lao und der königlichen Regierung als auch den Bemühungen in Süd- vietnam mit dem Diem-Regime zu einem Ausgleich zu kommen, stand er positiv gegenüber. Aus der Sicht Hanois bot diese Politik die Möglichkeit, den ausländischen Einfluß in Indochina möglichst klein zu halten. Dies war einer der entscheidenden Gründe für die langjährige Unterstützung Sihanouks durch die KPV.

Innenpolitisch war dagegen diese Unterstützung ein mittelschweres Desaster. Der Prinz stand nach wie vor für die politischen Ziele des Königshauses, stets begleitete ihn der Verdacht, doch lieber mit den USA zu paktieren als den Befreiungskampf zu unterstützen. Die Demokratische Partei Kambodschas war sein stärkster Gegner. In ihr waren die meisten bürgerlichen Kräfte der Khmer Issarak, der ehemaligen Widerstandsbewegung im II.Weltkrieg, organisiert. Sie standen für strikte Neutralität und wollten jeden ausländischen Einfluß in Kambodscha unterbinden. Sie waren neben der Person des Prinzen der Hauptbündnispartner der KPV. Allerdings setzte Sihanouk auch diese Kräfte im Lauf der fünfziger und sechziger Jahre einem immer stärkeren politischen wie militärischen Druck aus.

Die KPRP allerdings sah sich den härtesten Repressalien ausgesetzt, in einer für sie fast unerträglichen Situation: Die Führer der Khmer KommunistInnen unterstützten den Kurs der KPV. Sieu Heng und Tou Samouth teilten die Einschätzung, daß die Entwicklung der kambodschanischen Gesellschaft noch nicht ein Stadium der harten Klassengegensätze erreicht hatte und daß ein Übergang auf friedlichem Wege zu anderen Machtverhältnissen den Notwendigkeiten entspräche. Diese Sichtweise umfaßte auch die Tatsache, daß Hanoi von seinen kommunistischen Partnern in Kambodscha erwartete, ein Bündnis mit Sihanouk einzugehen, während dieser nach und nach die Partei ins Gefängnis steckte oder schlicht massakrieren ließ. Es entstand der Eindruck, daß sich Sihanouk die "Freiheit" für seinen Neutralitätskurs gegenüber den USA mittels brutaler Repression im Inneren erkaufte. Diese Kombination aus Repression und verordneter Defensive brachte die KPRP fast zum Zusammenbruch. Zwischen 1955 und 1959 gaben zahlreiche lokale und regionale Kader der Partei auf, es gelang Sihanouk - u.a. durch die indirekte Hilfe der KPV - die Khmer KommunistInnen in dieser Zeit nahezu vollständig zu neutralisieren.

Im September 1960 wurde auf einem Parteikongreß der desolate Zustand der Partei festgestellt und nach Auswegen gesucht. Die Partei schwankte zwischen dem Festhalten am bisherigen Kurs und einer unabhängigen Linie mit einer stärker nationalistischen Prägung, die von einer Gruppe junger Intellektueller vorgetragen wurde. Die Kritik dieser Gruppe bezeichnete das Konzept des friedlichen Überganges zur Macht in Kambodscha als revisionistisch. Vielmehr sei es notwendig, die Basis der Partei im eigenen Land zu vergrößern, wobei die Hauptanstrengung in der Rekrutierung der ländlichen Bevölkerung und der Bauernschaft liegen müßte. Zugleich forderten sie, daß die Partei sich sowohl politische wie militärische Optionen im Kampf um die Befreiung des Landes offen halten müßte. Zudem analysierten sie die Lage Kambodschas als die eines halbkolonialen Landes, indem die Khmer nichts zu sagen hätten. Es sei vorrangige Aufgabe der Partei, den Kampf gegen den Landadel und die reaktionäre Elite des Landes zu führen.

Die Parteikonferenz wollte dieser Linie nicht als ganzes folgen, es kam zu einer Pattsituation. Auf der einen Seite standen größtenteils ältere Mitglieder, die noch aus der Tradition und dem Parteiverständnis der KPInd und der Zeit der engen Verbundenheit mit Hanoi stammten. Sie wollten die bisherige politische Praxis weitgehend beibehalten. Auf der anderen Seite befanden sich jüngere KommunistInnen, die nie Mitglied der KPInd gewesen waren und die ihre Ausbildung und Erziehung im französischen Exil erhalten hatten. Das nationale Schicksal Kambodschas war ihr großes Anliegen und weniger die Vorstellung, in erster Linie der

Sache der Vietnamesen zu dienen. Innerhalb dieser Gruppe fungierten an führender Stelle Ieng Sary und Saloth Sar, letzterer besser bekannt als Pol Pot.

Seit diesem Parteitag muß für die KP in Hanoi klar gewesen sein, daß sie nicht mehr wie bisher von der Gefolgschaft der Khmer KommunistInnen ausgehen konnte. Es gab eine relevante Gruppe in der Partei, die dem Kurs des ZK in Hanoi energisch widersprach. So hatte Hanoi für den Süden Vietnams angesichts der Unbeliebheit und Korruptheit der Regierung Diem die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes beschlossen. Dies insbesondere mit der Einschätzung, durch ein aggressiveres Vorgehen gegen Diem die unzufriedenen Teile der Bourgeoisie sowie relevante Teile der Bauernschaft zu gewinnen. Demgegenüber sahen sie für Kambodscha die Fortführung des Bündnisses mit der Demokratischen Partei und Sihanouk vor, was den Ausschluß militärischer Mittel im Kampf beinhaltete.

Zwischen 1960 und 1962 gab es einen Streit innerhalb der KPRP um die Führung, der mit allen Mitteln geführt wurde. Ende 1962 hatte sich die Gruppe um Pol Pot durchgesetzt. Dabei muß gesagt werden, daß das bis heute unaufgeklärte Verschwinden des ehemaligen Parteisekretärs Tou Samouth den Weg für die Gruppe um Pol Pot freigemacht hat. Auf einem außerordentlichen Parteikongreß im Frühjahr 1963 wurde er zum Führer der Partei gewählt. Kurze Zeit später, im Sommer 1963, verließ die gesamte Parteiführung Phnom Penh, um auf dem Land unter der Bauernschaft eine neue Parteibasis aufzubauen und den bewaffneten Kampf vorzubereiten.

Mit den Veränderungen innerhalb der KPRP war das Bündnis für Hanoi unkalkulierbar geworden. Zur gleichen Zeit verbesserte sich das Verhältnis zwischen Hanoi, Sihanouk und Bejing. Hintergrund war die Analyse der Regierung Sihanouk, daß die USA in Südvietnam nicht gewinnen könnten. Folglich müsse sie ihre ablehnende Haltung gegenüber Hanoi aufgeben. Im August 1963 nahmen die DRV und Kambodscha diplomatische Beziehungen auf; kurz nach dem Novemberputsch gegen Diem kappte die Regierung alle laufenden Projekte, an denen die USA noch beteiligt waren. Gleichzeitig wurde das erste Abkommen zwischen der VR China und Kambodscha über chinesische Militärhilfe geschlossen. Bis zum Frühjahr 1965 wendete sich die Regierung Sihanouk zunehmend vom Westen ab. Sichtbarstes Zeichen war die Unterstützung der "Konferenz der Völker Indochinas". Sie sollte ein Symbol für die Unterstützung des Kampfes der drei Völker gegen die USA sein. Zwei Monate später unterbrach Sihanouk die diplomatischen Beziehungen zu den USA. Die Regierung in Phnom Penh war innerhalb von zwei Jahren zu einem Verbündeten der KPV im Befreiungskampf geworden.

Als 1965 der Krieg in Südvietnam eskalierte, erlaubte Sihanouk den Truppen der Viet Minh und des Viet Cong, das Grenzgebiet zu Kambodscha als Rückzugs- und Aufmarschgebiet zu benutzen. Phnom Penh war somit auch zu einem militärischen Partner der KPV geworden. Dies ist der Hintergrund, vor dem sich im Sommer 1965 die Führung der KPRP mit hohen Funktionären der KPV in Hanoi zum ersten Mal seit der Übernahme der Parteiführung durch Pol Pot traf.

Le Duan, der Delegationsleiter der KPV, vertrat die Auffassung, daß die Khmer ihre revolutionären Anstrengungen zurückschrauben müßten bis die VietnamesInnen ihren Sieg errungen hätten. Dies würde fast automatisch auch die Befreiung Kambodschas bedeuten. Von daher empfahl Le Duan den Khmer KommunistInnen, die Regierung Sihanouk zu unterstützen, sie auch zu kritisieren, den Kampf aber ausschließlich mit nicht-militärischen Mittel zu führen.

Pol Pot charakterisierte nach diesem Treffen die vietnamesische Position gegenüber der Partei folgendermaßen: Für die KPV und ihren Kampf sei Kambodscha ein Nebenkriegsschauplatz, dessen Schicksal vom Verlauf des Krieges auf dem Hauptkriegsschauplatz Südvietnam abhinge. Die Vietnamesen wünschten, daß die KPRP ausschließlich im Kampf gegen den gemeinsamen Feind in Südvietnam behilflich sei, nach einem Sieg würde dann Hanoi die Khmer unterstützen.

Es bedarf nicht vieler Worte, um zu erklären, daß diese Sicht der Entwicklung in Indochina und insbesondere in Kambodscha von der Führung der KPRP nicht geteilt wurde. Der Streit zwischen den beiden Parteien sollte in den nächsten Jahren denn auch hauptsächlich um diese Frage gehen.

Kambodscha und der US-Krieg 1965 -1970

Innerhalb dieser fünf Jahre erfolgte eine drastische Veränderung der politischen Verhältnisse in Kambodscha. Die Regierung Sihanouk befand sich in einer mehrfachen Zwickmühle, und die KPRP erhielt zum ersten Mal in ihrer Geschichte massenhaften Zulauf.

Die Situation Sihanouks ist insofern von Bedeutung, als er einerseits einer der wichtigsten Bündnispartner der KPV und andererseits der härteste Gegner der KPRP war. Hanoi setzte Sihanouk unter Druck, um die Basen im kambodschanisch-vietnamesischen Grenzgebiet weiter ausbauen zu können; um 1967 herum hatten die Viet Minh und der Viet Cong ganze Provinzen der Grenzregion unter ihrer faktischen Kontrolle. Diese Tatsache wiederum verstärkte die Gegnerschaft konservativer und weiter rechts stehender Kreise in Phnom Penh. Relevante Teile der bürgerlichen Gesellschaft standen dem Bündnis mit Hanoi und Bejing äußerst kritisch gegenüber. Eine Partnerschaft mit den USA unter Führung Lon Nols wäre diesen Kreisen genehmer gewesen.

Auf der anderen Seite begannen die späteren Khmer Rouge einen verstärkten Guerillakrieg gegen Sihanouk und seine bürgerliche Regierung. Diese Front versuchte der Prinz durch Interventionen bei der Führung der KPV - sie solle ihre Gefolgsleute in Kambodscha zurückbeordern - zu beseitigen, was aber mißlang. Insgesamt versuchte Sihanouk, weiter einen Kurs des Ausgleiches zwischen rechts und links zu führen, was ihm aber immer weniger glückte.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1966 unterließ es Sihanouk, KandidatInnen aufzustellen, die seiner politischen Linie entsprachen. Dies führte dazu, daß er sich einer rechtsgerichteten Nationalversammlung gegenübersah, die mit allen Mittein ein Bündnis mit den USA erreichen wollte. Das Kabinett Lon Nol repräsentierte ausschließlich diese Position. Der Handlungsspielraum des Präsidenten war somit eng begrenzt. Für Hanoi wurde das Bündnis mit Sihanouk immer problematischer, und es wurde innerhalb des ZKs der KPV auch die Gefahr eines Rechtsputsches gegen den Prinzen gesehen. Dennoch wurde am Bündnis mit ihm festgehalten, um einerseits die günstigen Bedingungen für den Kampf im kambodschanisch-vietnamesischen Grenzgebiet nicht zu gefährden, und andererseits, weil Hanoi der Ansicht war, daß Sihanouk umgekehrt ebenso nichts anderes übrig bliebe, als am Bündnis mit der KPV festzuhalten.

Die Analyse der KPRP ging in eine andere Richtung. Nach den Wahlen 1966 waren für sie die Zeichen unübersehbar, daß die Regierung Lon Nol ein Bündnis mit den USA über die Ausschaltung Sihanouks erreichen wollte. Sie sah die Gefahr eines Staatsstreiches. Diese Einschätzung trug Pol Pot bei einem Besuch in Hanoi Ende 1969 vor, konnte aber keine Übereinstimmung mit dem ZK der KPV erreichen. Dies lag nicht zuletzt daran, daß die KPV der damaligen Führung der KPRP äußerst skeptisch gegenüberstand.

Seit Mitte der sechziger Jahre war der Dissens zwischen den beiden Parteien in der Frage des Vorantreibens der Revolution in Kambodscha unverkennbar. Als es trotz intensiver Versuche der KPV nicht gelang, die KPRP von ihrem Kurs des bewaffneten Kampfes gegen Sihanouk abzubringen, wurden die Khmer KommunistInnen als "Abenteurer" und "Linksextremisten" diskreditiert. Die Führung der KPV war sich nicht zu blöde, unter den altgedienten Khmer-Kadern, die schon seit zehn Jahren und länger in Hanoi im Exil lebten, die berühmte Schrift Lenins über die Kinderkrankheiten des Kommunismus zu verteilen. Ihr war offenkundig jedes Mittel recht, um die KPRP vom Kurs des bewaffneten Kampfes abzubringen. Dies gelang jedoch nicht.

Im Gegensatz zur niederschmetternden Einschätzung der Khmer KP seitens der KPV gelang es der Partei im Laufe der sechziger Jahre eine Massenbasis aufzubauen. Zunächst konnten im Nordosten des Landes, an der Grenze zu Laos und Vietnam, die Khmer Loeu für die Ziele der KPRP gewonnen werden. Hieran war insbesondere Pol Pot beteiligt, der seit Anfang 1963 in diesem Gebiet agierte. Darüberhinaus führten zahlreiche Aufstände dazu, daß das Vertrauen insbesondere der städtischen Bevölkerung in die Politik des Prinzen schwand. Eine Spaltung der Gesellschaft fand statt, wobei es insbesondere den führenden KPRP Mitgliedern Khieu Samphang, Hou Youn und Hu Nim gelang, weite Teile der mittlerweile radikalisierten städtischen Bevölkerung für die Sache der KPRP zu gewinnen. Die Partei war zu einer echten Gefahr für Sihanouk geworden.

Trotz der sichtbar wachsenden Stärke der Khmer KP forderte Le Duan noch kurz vor dem Staatsstreich Lon Nols die Khmer Partei auf, ihren Kampf so lange auszusetzen, bis die Viet Minh und der Viet Cong den Sieg errungen hätten. Weiterhin hielt die KPV am Bündnis mit Sihanouk fest, obwohl dieser die Bombardierung des Grenzgebietes zwischen Kambodscha und Vietnam stillschweigend duldete und seine Truppen gegen Verbände der KPRP, aber auch der Viet Minh und Viet Cong ziehen ließ.

Zu wichtig - und letztendlich auch mit kriegsentscheidend - waren für die Viet Minh die Aufmarschgebiete in Kambodscha, als daß sie durch einen Wechsel des Bündnispartners aufs Spiel gesetzt werden durfen. Erst eine extreme Veränderung der innenpolitischen Verhältnisse in Kambodscha veranlaßte die Führung der KPV, über diesen Punkt nachzudenken.

Es war der Staatsstreich des CIA via General Lon Nol, der der US-Intervention in Kambodscha freie Hand gab. Aber auch diese von den Führern der KPRP schon früher analysierte Situation bewog die KPV keineswegs, das Bündnis mit der Kambodschanischen KP zu suchen.

Angesichts der anhaltenden Differenzen zwischen den Parteien über die Frage des Haupt- und Nebenkriegsschauplatzes und die Aufgabe der Khmer KP war es nicht überraschend, daß Hanoi eine eigene kambodschanische Befreiungsarmee aufbaute und weiterhin an Sihanouk als zentraler Figur des neuen innerkambodschanischen Widerstandes festhielt. Das ZK in Hanoi hatte nicht ein Jota Vertrauen in die Kambodschanische KP und ihre Guerilla.

Das Bündnis zwischen der KPV und ihrer eigenen Gründung KPRP war am Ende der sechziger Jahre, im Übergang zu den Siebzigern, auf einem Tiefpunkt angelangt. Das ZK in Hanoi hatte jeden Einfluß auf die Khmer KommunistInnen verloren, die entgegen der Planung Hanois Anfang der sechziger Jahre begannen, einen eigenen Weg zu gehen. Die Entwicklung nach 1970 bis zur Machtübernahme der Khmer Rouge brachte keine positiven Veränderungen im Verhältnis der Parteien, der endgültige Bruch kam, als die Khmer Rouge die vietnamesische Bevölkerung aus Kambodscha mit brutalsten Mitteln vertrieb. Alleiniger Bündnispartner der Khmer KP blieb Bejing.

Kommunistische Politik

als Anhängsel

Es mag sicherlich merkwürdig klingen, aber die Bezeichnung "Anhängsel" ist durchaus treffend für die Art und Weise, wie in Kambodscha über Jahrzehnte kommunistische Politik betrieben wurde. Sei es die Politik der KPInd oder der späteren KPV, immer war es die Maxime des ZK dieser Partei, daß die Entwicklung in Kambodscha und auch in Laos der Sache der Vietnamesen dienen müsse. Angesichts der gesellschaftlichen Bedingungen für kommunistische Politik in Viet-nam, Kambodscha und Laos war es nicht verwunderlich, daß sich die KPV als führende politische Kraft ansah. Dennoch ist zu fragen, inwieweit das Agieren der Partei das ehemals vorhandene Vertrauen der fortschrittlichen Khmer in die KPInd, aber auch in die KPV aufs Spiel gesetzt hat. Die Führung der KP Vietnams hat immer die Erfordernisse des Befreiungskampfes vor Augen gehabt, im Mittelpunkt logischerweise die Entwicklung in Vietnam selber. Der ehemalige Auftrag der Komintern, eine einheitliche kommunistische Partei in Indochina zu sein, wurde seitens der Vietnamesen nur dann in die eigenen Überlegungen mit einbezogen, wenn es taktisch von Nutzen war. Dagegen ist nur bedingt ein Einwand zu erheben, insbesondere wenn mensch an den letztendlichen Erfolg der Viet Minh und der Viet Cong denkt. Doch diese nachträgliche Rechtfertigung stellt keine hinreichende Begründung für das Vorgehen der KPV insgesamt gegenüber den Khmer dar.

Die kambodschanischen KommunistInnen waren solange willkommene Kombattanten, wie sie der Linie der KPV folgten. Nur unter der Bedingung, daß die Khmer die Vorstellungen der VietnamesInnen teilten, war es für sie möglich, innerhalb der Partei Politik zu machen. Als sie begannen, ihre eigenen Positionen zu finden und zu formulieren, wurden sie anfänglich von Hanoi nicht ernst genommen und anschließend mehr oder weniger ignoriert. Dieses Verhalten wurde nicht ganz zu Unrecht von den Khmer als arrogant und überheblich empfunden. Ein Umstand, der die bereits vorhandenen Ressentiments zwischen diesen Völkern nicht gerade verkleinert hat.

Es waren halt solche Reden wie die von Truong Chinh, ZK Mitglied der KPV, aus dem Jahre 1951, die das Vertrauen der jungen Khmer KommunistInnen in die KPV unterminierten. In dieser Rede, aus der im übrigen auch die Überschrift dieses Artikels stammt, fordert er unmißverständlich, daß die Khmer und die Laoten der Revolution der Vietnamesen dienen müßten. Demgegenüber seien die Vietnamesen mit ihrem Kampf so beschäftigt, daß sie den Nachbarvölkern nur begrenzte Hilfestellung leisten könnten. Sicherlich, diese Sicht mag extrem sein, verdeutlicht aber, warum die Khmer, allen voran die Khmer Rouge den Vietnamesen aus der KP ein abgrundtiefes Mißtrauen entgegenbringen. Dieses Mißtrauen ist bis heute vorhanden und für viele aktuelle Probleme des Überganges zu friedlichen Verhältnissen in Kambodscha ausschlaggebend. Nach wie

vor verdächtigen die Khmer die Vietnamesen, Kambodscha in ihr Staatsgebiet einverleiben zu wollen. Ein Umstand, der angesichts der historischen Entwicklung gerade der beiden kommunistischen Parteien in diesen Ländern nicht weiter verwunderlich ist.

Andreas Skrypietz, Bristol

Anmerkungen:

Die Daten in diesem Artikel sind im wesentlichen den beiden folgenden Untersuchungen entnommen:

- David P. Chandler und Sen Kiernan (Hrsg.): Revolution and its Aftermath in Kampuchea: Eight Essays.

- Ben Kiernan: Origins of Khmer Communism; in: South East Asian Affairs, 1981.

29. "Haben wir doch geglaubt, daß diese Leute ihr Handwerk verstehen." Die soziale Situation in den neuen Bundesländern

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:42

Früher stand in jedem DDR-Dorf am Ortseingang ein Schild, auf dem es hieß: "Vorwärts zur Verwirklichung der Beschlüsse des X-ten Parteitags!" Heute steht an jedem Ortseingang ein Schild mit der Aufschrift: "Hier entsteht das Gewerbegebiet XY mit soundsoviel Quadratmetern". In dieser Beziehung hat sich wenig geändert - damals wie heute: leere Versprechungen. Das Gerede von "Keinem soll es schlechter gehen" und "Es werden blühende Landschaften entstehen" ist heute für jeden platten Witz gut. Die realen Verschlechterungen sind ablesbar an Arbeitslosenzahlen, Mangel an sozialen Einrichtungen, steigenden Mieten, Abbau von Kultureinrichtungen und zunehmender Armut. Dennoch fühlen sich die Einzelnen mehrheitlich, nach ihrer subjektiven Selbsteinschätzung gefragt, nicht unbedingt schlechter gestellt als in DDR-Zeiten. Die Unzufriedenheit, Identitätsverlust und Resignation auslösenden Faktoren sind gleichwohl zu einem wesentlichen Teil in den sozial-ökonomischen Umständen zu suchen.

Die DDR hatte im Sommer 1989 vor der Ausreisewelle und der Maueröffnung rund 9,7 Mio. Erwerbstätige. Dies entsprach bei einer Einwohnerzahl von rund 17 Mio. einer Quote von 56% Beschäftigten, bezogen auf alle EinwohnerInnen. Diese Quote war eine der höchsten der Welt. Zum Vergleich: In der BRD lag und liegt die Quote der Erwerbstätigen bezogen auf die Einwohnerzahl bei 45%. Die hohe Erwerbstätigenquote in der DDR erklärt sich zum einen daraus, daß die Ausbildungsgänge extrem kurz waren, d.h. die jüngeren Leute früh in den Erwerbsprozeß eingegliedert wurden. Mit Anfang, spätestens Mitte zwanzig waren beispielweise HochschulabsolventInnen und FacharbeiterInnen bereits in relativ verantwortungsvolle Posten eingerückt, für die in der BRD nur erheblich ältere Leute in Frage kommen. Die DDR war das Land mit der relativ jüngsten Beschäftigungs- und Qualifikationsstruktur. Zum anderen erklärt sich der damalige hohe Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung daraus, daß rund 85% aller Frauen im erwerbsfähigen Alter auch tatsächlich erwerbstätig waren. Auch mit dieser Quote nahm die DDR weltweit eine Spitzenposition ein.

Nimmt mensch diese Verhältnisse von vor drei Jahren zum Maßstab und hält sich dabei vor Augen, daß neben den rein materiellen Einkünften sich durch Erwerbsarbeit auch soziale Lebensumstände und Identitäten formen und ihren Wert für die Menschen haben, dann haben wir es gegenwärtig mit einer Katastrophe zu tun.

Arbeitslosigkeit

Von den ehemals rund 9,7 Mio. DDR-Beschäftigten sind heute nur noch rund 60%, d.h. gut 5,8 Mio. in den neuen Bundesländern erwerbstätig. Die Zahlen teilen sich wie folgt auf:

540.000 arbeiten als PendlerInnen im Westen. Bis März 1992 sind 700.000 in den Westen ausgewandert, 20.000 siedeln pro Monat in den Westen über. 510.000 sind in Weiterbildungsmaßnahmen, nur der geringste Teil von ihnen mit einer Chance darauf, nach der Qualifizierungsmaßnahme einen Arbeitsplatz zu finden. Etwas über 780.000 sind im Vorruhestand oder beziehen Altersübergangsgeld. Wer über 55 Jahre alt ist, sitzt staatlich alimentiert zu Hause und wartet darauf, RentnerIn zu werden. Knapp 400.000 Menschen arbeiten auf ABM-Stellen. Diese dienen im Moment dazu, hauptsächlich in Sozialeinrichtungen auszuhelfen; die Betroffenen werden in Landschaftssanierungsmaßnahmen eingesetzt oder reißen ihren eigenen ehemaligen Betrieb ab und graben die Erde um. Die Tätigkeit als ABM-Kraft ist im seltensten Fall mit der Perspektive auf einen festen Arbeitsplatz verbunden, denn es gibt kaum finanzstarke Träger für diese ökonomisch unproduktiven Arbeiten. Hinzu kommt, daß die ABM-Stellen um 100.000 zusammengestrichen werden, die Bundesanstalt für Arbeit will damit 6 Mrd. DM einsparen. Knapp 300.000 Menschen arbeiten als KurzarbeiterInnen, häufig bei Kurzarbeit Null. Diese Zahl sinkt beständig (im ersten Quartal 1991 erreichte sie den Spitzenwert von 2 Mio.), der größere Teil der ehemaligen Kurzarbeiter ging in die Arbeitslosigkeit. Richtig offiziell arbeitslos gemeldet waren im August 1992 1,7 Mio. Davon sind 64% Frauen; sie werden seltener vermittelt als Männer, bekommen weniger Arbeitslosengeld und sind zusätzlich belastet durch den Wegfall sozialer Einrichtungen wie Kindergärten, Jugendklubs, Betriebskantinen, kommunalen Wäschereien etc. Die zu DDR-Zeiten dort erbrachten gesellschaftlichen Leistungen über die Essenausgabe bis zum Bügeln sind

heutzutage wieder individualisiert und werden zum ganz überwiegenden Teil von den Frauen bewältigt. Ökonomische Selbständigkeit war für die Frauen der DDR eine Selbstverständlichkeit - im Konfliktfall hatten sie auf jeden Fall eine eigene materielle Basis. Eine Existenz als Alleinerziehende war unproblematisch im Vergleich zu heute - ohne Kinderkrippenplatz, ohne Arbeitsplatz und mit steigender Miete. Die Erfahrung, die zugewiesene Rolle als Hausfrau der Familie übernehmen zu müssen, mit zwar guter Berufsqualifikation aber ohne Arbeitsplatz und die Erfahrung neuer Abhängigkeit machen jetzt hundertausende von DDR-Frauen und üben einen besonderen Zwang aus. Ein derartiges Umkrempeln von Lebensperspektiven und Biographien war für viele am Beginn der Wiedervereinigung unvorstellbar.

Lebensstandard

Fast alle Untersuchungen gehen davon aus, daß der Lebensstandard im Osten etwa halb so hoch ist wie der im Westen. Zwar sind die Tariflöhne in den neuen Bundesländern durch neue Tarifabschlüsse immer wieder angestiegen, doch ebenso wurden Steuern und Sozialabgaben angehoben, so daß die Nettolöhne bei knapp 50% des westdeutschen Niveaus liegen. Dem steht eine weitgehende Angleichung der Lebenshaltungskosten gegenüber. Die Preise in den neuen Bundesländern steigen erheblich schneller als im Westen. Im Juli betrug die Preissteigerungsrate im Osten 13,1% und im Westen 3,3%. Besonders stark stiegen die Preise für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften (plus 15,6%) und für Verkehrsleistungen (plus 31,2%). Ein Ausdruck der sozialen Unsicherheit ist der drastische Geburtenrückgang. Vor der Wende lag der Anteil von Lebendgeburten auf 1.000 EinwohnerInnen in der DDR zwischen 12 und 13. Bis 1991 sank er auf 6,6, also etwa die Hälfte. In Westdeutschland beträgt die Quote 11,3. Außer dem genannten Faktor trägt auch die Abwanderung vorwiegend junger Leute in die Altbundesländer zu der geringen Zahl bei.

Eine Besserung des Arbeitsmarktes ist nicht in Sicht. Nach einer Studie des Münchner IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung werden im Jahr 2000 im Osten Deutschlands rund 4,5 Mio. Arbeitsplätze bestehen, andere Rechnungen schwanken zwischen 4 Mio. bis 600.000 Arbeitslosen, dazu wären 400.000 PendlerInnen und 300.000 Menschen in der "stillen Reserve" zu rechnen, vor allem Frauen und ältere Menschen. Und das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung errechnete, daß eine Summe von 1,3 Billionen DM investiert werden müßte, um 7 Mio. Arbeitsplätze bis zum Jahr 2000 zu schaffen. Aber selbst bei optimistischer Rechnung von einem Wirtschaftswachstum von 11% jährlich in Ostdeutschland, wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2000 erst wieder den Stand von 1991 erreichen. Den Tiefpunkt des Arbeitsplatzabbaus erwartet das Institut für 1993.

Eine Angleichung des Lebensstandards, die von den Regierenden immer wieder in kürzeren Zeitspannen versprochen wurde, ist nicht in Sicht. Die Schätzungen gehen von 10 bis 40 Jahren Dauer. Die FDP hat mit ihrer letzten Lageeinschätzung einen dezenten Kursschwenk vorgenommen. Nicht mehr das Versprechen auf schnelle Angeleichung ist angesagt, sondern auch die BRD-Gesellschaft müßte sich daran gewöhnen, daß es (wie in anderen Ländern auch) innerhalb ein und desselben Landes eine reichere und eine deutlich ärmere Region gebe.

Wohnen

In der DDR gab es rund 1,6 Mio. sogenannte Plattenbauwohnungen, die seit Anfang der siebziger Jahre bis 1989 gebaut wurden. Diese sind zumeist für vierköpfige Familien ausgelegt. Solche Wohnungen haben früher alles inklusive ca. 200 Mark gekostet. Heute kosten sie annähernd 700 DM und werden bei der nächsten Mieterhöhungsrunde auf ca. 900 bis 1.000 DM Monatsmiete steigen. Durch Wohngeld werden solche Erhöhungen bislang noch aufgefangen. Rein statistisch kann davon ausgegangen werden, daß eineR der beiden erwachsenen BewohnerInnen - in der Regel die Frau - arbeitslos, bzw. in einer der Auffangmaßnahmen ist, bei relativ geringem Arbeitslosengeld durch die früheren niedrigen (im Vergleich zum Westen) Ost-Gehälter. Dort wo das Einkommen immer knapper wird, verringert sich der frei verfügbare Teil des Einkommens. D.h., gespart wird an Zeitungen, Büchern, Kino, Theater, Reisen und Kulturveranstaltungen. Die Folge ist also auch ein Verlust an soziokultureller Aktivität.

Die Wohnsituation vieler Menschen ist darüber hinaus durch den Grundsatz "Rückgabe vor Entschädigung" bedroht. Betroffen sind aber nicht nur die WohnungsinhaberInnen, sondern auch Gewerbetreibende und mögliche InvestorInnen. Ungeklärte Eigentumsfragen haben eine enorme Unsicherheit produziert. In einer Stadt wie Quedlinburg im Harz sind bei einer Zahl von 28.000 EinwohnerInnen nicht weniger als 30.000 (kein

Druckfehler!) Rückübertragungsansprüche angemeldet worden, und das ist keineswegs ein Einzelfall. Bei solchen Dimensionen wird sich eine Klärung über Jahre wenn nicht Jahrzehnte hinziehen.

Der Wohnungsbau in Ostdeutschland ist fast ganz zum Erliegen gekommen. Noch 1989 entstanden in der DDR 912.000 Wohnungen. In 1992 ist mit der Fertigstellung von nur noch 20.000 bis 30.000 Wohnungen zu rechnen. Nur 20% der Bauaufträge in Höhe von 18,5 Mrd. DM gehen in den Wohnungsbau und dort zu fast 100% in die Instandsetzung. Nach Angaben von OstgewerkschafterInnen der IG Bau-Steine-Erden wurden allein in 1991 in Westdeutschland mehr Arbeiten im Wohnungsbau verrichtet als in der gesamten ostdeutschen Bauwirtschaft zusammen. Die schlechte Auftragslage und niedrige Löhne - ca. 60% der Westlöhne, die häufig noch unterlaufen werden - machen es der Treuhand leicht, westdeutsche Großunternehmen als Abnehmer für die ostdeutschen Baubetriebe zu finden, die dann wiederum ihre OstarbeiterInnen zu Dumpingpreisen im Westen arbeiten lassen.

Die Produktivitätsrate der DDR lag 1989 bei 37% von derjenigen der BRD. Nach einem tiefen Einbruch in 1991 liegt sie jetzt bei 36%. Die Industrieproduktion sank von 1989 (=100%) auf 30% im ersten Halbjahr 1991. Das Bruttosozialprodukt sank im gleichen Zeitraum um ein Drittel, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erreichte 1991 gerade 11.000 DM. Die Wirtschaftsleistung der neuen Bundesländer liegt damit noch unter der von den EG-Schlußlichtern Portugal und Griechenland. Die notwendigen Investitionen bleiben nach wie vor aus. Ganze 33 Mrd. DM hat nach Angaben der "Berliner Zeitung" die deutsche Industrie bislang in den Osten investiert. Ein erheblich größerer Teil kommt vom Staat. Von den 1991 in den Osten geflossenen 140 Mrd. DM ging der Löwenanteil in Sozial- und Lohnersatzleistungen o.ä., d.h. in den Konsum im weitesten Sinne. 90 Mrd. DM wanderten auf diese Weise wieder zurück in den Westen auf die Konten der Konsummittelhersteller, die ein erfolgreiches Geschäftsjahr verbuchen konnten.

Befindlichkeiten

Angesichts der nackten Zahlen, die Unzufriedenheit und Protest allemal rechtfertigen würden, ergaben Umfragen nach der subjektiven Selbsteinschätzung der eigenen Lebenslage Erstaunliches: Bei einer Repräsentativumfrage im März 1992 gaben immerhin 80% der Befragten in Ostdeutschland an, daß ihr Lebensstandard nach der Wende gleichgeblieben (45%) sei oder sogar sich spürbar verbessert habe (35%). Zusammen sind das 80%, denen es nach ihrer Meinung keineswegs schlechter als vorher geht. Das übertrifft selbst die Erwartungen der Menschen im Juli 1990 (Einführung Währungsunion), wo lediglich 58% von einer allmählichen oder sofortigen Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse ausgingen. Die FAZ veröffentlichte im Juli eine Umfrage, in der nach der persönlichen Situation - diese Frage umfaßt etwas mehr als nur Lebensstandard - gefragt wurde. 51% Ostdeutsche gaben an, daß sich ihre persönliche Situation verbessert habe, 13% meinten, sie wäre gleich geblieben. Gleichzeitig stimmen seit 1990 relativ konstant (leicht abnehmend) um die 60% Ostdeutsche der Aussage zu, daß die Wiedervereinigung für sie Anlaß zur Freude sei.

Für das subjektive Lebensgefühl der Ostdeutschen ist die materielle Diskrepanz zwischen Ost und West weniger ausschlaggebend als die Infragestellung ihrer Existenzgrundlagen. Die tiefe Verunsicherung bezieht sich nicht nur auf die bisherige Lebensgeschichte, die neu bewertet wird, sondern vor allem auch auf die künftige Berufs- und Lebensperspektive. Befragt nach den größten Schwierigkeiten mit den neuen Lebensumständen, werden "möglicher Arbeitsplatzverlust", "Steuerrecht" und Versicherungsfragen zu allererst genannt, gefolgt von "Bewerbung auf dem Arbeitsmarkt" und "Konkurrenz". Größte Unsicherheit gibt es im Umgang mit der Verwaltung. Wurde die DDR von ihren EinwohnerInnen schon für ein extrem bürokratisches Land gehalten, so schlägt die BRD in der Wahrnehmung der Neu-BundesbürgerInnen alle Rekorde. Während in der DDR die "Fürsorge" des Staates für ihre BürgerInnen schon übermächtig wurde (sie ließ ihre BürgerInnen ja nicht mal ins Ausland), muß in der BRD jedes und alles beantragt, errungen und erstritten werden, und das im Osten gegen Behörden, die sich selbst noch nicht auskennen.

Zu den Problemen, die die Menschen in den neuen Bundesländern persönlich am meisten bewegen (Umfrage im März 1992), gehört an erster Stelle die steigende Kriminalität und Gewalt (90,3%), weiter werden "wachsende Rücksichtslosigkeit in der Gesellschaft" (69,1%) und Arbeitslosigkeit (62,5%) genannt. Und aus den Antworten auf die Frage, worauf sie in Zukunft vor allem vertrauen (siehe Kasten), läßt sich in jeder Hinsicht Vertrauensverlust und Zukunftsunsicherheit ablesen. Selbst wenn der/die Einzelne nicht von Arbeitslosigkeit betroffen ist oder die materiellen Nachteile durch Zuschüsse (Wohngeld, Sozialhilfe etc.) ausgleichen kann, so ist rein statistisch in jeder Familie eine Person ohne berufliche Perspektive,

"vergangenheitsbelastet", verschuldet, in einer Bewerbungssituation, auf dem Abstellgleis oder in einer sonstigen Unsicherheitssituation.

Aus all diesen Komponenten und Umfragen ergibt sich, daß vor allem der zwischenmenschliche Bereich und die innergesellschaftlichen Strukturen beschädigt und teilweise zerstört sind. Das soziale Umfeld war in der DDR für die Mehrheit durch das Arbeitskollektiv geprägt. Wenn heute Konkurrenz, Gewalt und Rücksichtslosigkeit als die zentralen Probleme genannt werden, so ist das auch ein Spiegelbild davon, wie sehr die westliche Gesellschaft von ihrer Form der Arbeitsorganisation, vom Arbeitsmarkt, auf dem die Menschen in Konkurrenz aufeinander treffen, geprägt ist. Und sich zu verkaufen, haben die Wessis halt schon im Kindergarten gelernt ...

mar & Cl.

Quellen:

Viele Daten entnahmen wir der empfehlenswerten Studie "Zwischen Anschluß und Ankunft. Identitätskonflikte und Identitätssuche der Ostdeutschen auf dem Weg zum Bundesbürger", hrsg. im Juni 1992 vom Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V., Gregor-Mendel-Str.3, O-1560 Potsdam.

Was die Tagepresse angeht, muß ernsthaft vor Zahlenangaben über die Situation im Osten gewarnt werden. Die schwanken nicht nur um 1.000 oder 10.000, sondern durchaus auch mal um 100.000 bis 1 Mio., insbesondere wenn es um die angeblich seriösen Voraussagen für die nächsten Jahre geht.

30. Erklärungen zum "Fall Honecker" (Dokumentation)

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:18

Wir legen Wert darauf, uns von der veröffentlichten Meinung des einen Deutschland, welche sich mehrheitlich darauf verständigt hat, die Verhaftung des früheren Staatsratsvorsitzenden der DDR zu begrüßen und der Justiz bei der Bestätigung der bereits erfolgten Vorverurteilung eine glückliche Hand zu wünschen, durch folgende Feststellungen zu unterscheiden:

I. Die Verschleppung Erich Honeckers von Moskau nach Berlin, seine Inhaftierung im Gefängnis von Moabit und das Gerichtsverfahren gegen ihn sind Aktionen ausschließlich politischer Art. Die strafrechtlichen Begründungen, die hierfür angeführt werden, sind haltlos und dienen nur als Vorwand.

II. Mit der Aktion gegen Honecker verfolgt die politische Klasse der Bundesrepublik - samt ihrer Justiz - unserer Beobachtung nach zwei Ziele:

Erstens: Das größer gewordene Deutschland hat demonstriert, daß es die Macht hat, international seinen Willen gegen das Widerstreben anderer durchzusetzen.

Zweitens: Bereits 1973 ließ sich die BRD durch das Bundesverfassungsgericht bestätigen, sie sei "nicht ‚Rechtsnachfolger` des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem ‚Staat Deutsches Reich`". Solange es die Deutsche Demokratische Republik gab, war dieser Anspruch fiktiv. Das Grenzregime der DDR war gesetzlich normiert und - unabhängig davon, wie es politisch zu bewerten ist - eine Ausformung ihrer völkerrechtlich anerkannten Souveränität. Indem staatliches Handeln nunmehr als privater Straftatbestand verfolgt werden soll, wird versucht, die DDR, die 1990 zu bestehen aufgehört hat, im nachhinein auch historisch als ungeschehen zu behandeln: Was es nie hätte geben dürfen, hat - nach dieser Logik - nie bestanden.

III. Die Inhaftierung Erich Honeckers setzt zugleich die deutsche Tradition der Verfolgung von Kommunisten und Sozialisten fort. Die Fälle Honecker, Bebel, Dimitroff, Luxemburg, Karl und Wilhelm Liebknecht und Thälmann sind darin vergleichbar, daß sich das bürgerliche Deutschland zur politischen Verfolgung dieser höchst unterschiedlichen Persönlichkeiten der sozialistischen und kommunistischen Bewegung juristischer Mittel bedient. Welche Teile ihres Bestecks, ob politisches Strafrecht, Totschlags- und "Untreue"-Paragraphen, die Politische Justiz jeweils anwendet, entscheidet sie nach jeweiliger Opportunität. Erich Honecker, verfolgt von ihr wegen Hochverrats am Deutschen Reich, ist angeklagt als Dieb und Totschläger.

IV. Der Vollständigkeit halber weisen wir darauf hin, daß die Haupt- und Staatsaktion um Honecker ganz offensichtlich als ablenkende Therapie bei der Behandlung der sozialen Verdauungsschwierigkeiten der Wiedervereinigung dienlich ist. Das ist eine alte Herrschaftstechnik.

V. Die politische Verantwortung Erich Honeckers gegenüber der Bevölkerung der ehemaligen DDR und gegenüber der sozialistischen Bewegung kann nicht juristisch definiert werden. Eine Strafkammer der BRD ist für ihre Beurteilung ein völlig ungeeignetes Organ.

Wir fordern, das Verfahren gegen Erich Honecker und seine Mitangeklagten sofort einzustellen - nicht aus Alters-, Gesundheits- oder "humanitären" Rücksichten, sondern weil es außer der durchsichtigen politischen Absicht keinen Grund für einen Prozeß gibt. Wir wissen, daß für den Staat, der allein dieser Forderung entsprechen könnte, die Verfolgung Honeckers und seiner Mitangeklagten Teil seiner Bemühungen ist, sich als politische, ideologische und immer frecher auch als militärische Hegemonialmacht zu etablieren. Wir erheben die offensichtlich inkonsequente Forderung dennoch, weil resignierende Hinnahme dieses politischen Kraftaktes zu seiner Legitimierung selbst durch jene beitragen würde, die ihn als solchen erkannt haben.

Liesel Bach (Siegen); Dr. Friedrich-Marin Balzer (Marburg); Erika Baum (0-1130 Berlin); Peter Behrendt (Hamburg); Regina Behrendt (Hamburg); Erika Beltz (Gießen); Michael Beltz (Gießen); Philipp Benz (Darmstadt); Prof. Dr. Theodor Bergmann (Stuttgart); Dietrich Bicher (Freiberg); Matthias Birkwald (Köln); Dr. Ralf Blendowske (Siegen); Peter Böcher (Marburg); Alwin Borst (Offenbach/M.); Angelika Brückner; (0-1157 Berlin); Dr. Peter Brückner (0-1157 Berlin); Berthold Brunner (Hamburg); Siegrid Burmeister (Berlin); Dr. Eberhard Dehne (Frankfurt/Main); Ria Deeg (Gießen); Dr. Franz Josef Degenhardt (Quickborn); Walter Ebert

(Mannheim); Dr. Cornelia Freiberg (Hamburg); Marie Frickel (Darmstadt); Rudolf Führer (Hamburg); Prof. Dr. Georg Fülberth (Marburg); Andreas Gaube (Hamburg); Heidi Gassmann (Hamburg); Hans Gebhardt (Marburg); Christian Geissler (Dollart); Doris Gercke (Hamburg); Ettie Gingold (Frankfurt/Main); Peter Gingold (Frankfurt/Main); Axl Gliese (Siegen); Renate Göllner (Wien); Dr. Kurt Gossweiler (0-1180 Berlin); Harri Grünberg, Landesgeschäftsführer PDS/Linke Liste Hessen (Frankfurt/M.); Detlef Grumbach (Hamburg); Karl Guthmann (Berlin); Ute Haehling (Siegen); Prof. Dr. Nina Hager (0-1055 Berlin); Dr. Jürgen Harrer (Köln); Renate Hassenzahl (Siegen); Klaus Heeren (Leer); Harald Heinrich (Siegen); Peter H. Heinrich (Herten); Hans-Dieter Hesse (Recklinghausen); Rosa Hesse (Recklinghausen); Dr. Elvira Högemann-Ledwohn (Köln); Günter Hoepfinger (Hamburg); Marlies Hoepfinger (Hamburg); Johanna Hund (Hamburg); Uwe Jakomeit (Witten); Günter Jakob (Hamburg); Michael Jakob (Leer); Eckhard Jochum, (Ahnatal); Dr. Heinz Jung (Weilrod); Hans-Joachim Kahlke (Heidelberg); Günter Kania, Redaktion "Spezial" (Hannover); Reinhard Karsten (Hamburg); Brigitte Kustosch (Marburg); Katja Leyrer (Hamburg); Christoph Laubscher (0-1058 Berlin); Ludwig Lugmeier (Charlottenpolder); Henning Mächerle (Gießen); Meinhard Mäker (Hamburg); Andreas Matt (Oberursel); Susanne Mauß (Siegen); Dr. Gert Meyer (Marburg); Otto Meyer (Münster); Dr. Hartmut Mörschel (Grünberg); Prof. em. Dr. Hanfried Müller (0-1157 Berlin); Jens-Christina Müller (Wiesbaden); Prof. em. Dr. Rosemarie Müller-Streisand (0-1157 Berlin); Uwe-Jürgen Nesse (Walddachtal); Sabine Peters (Dollart); Dorothee Piermont MDEP (Bonn); Prozeßgruppe Kielhorn/Bögelein (Hamburg); Kristine Quitzau (Hamburg); Angela Pawek (Hamburg); Christoph Pawek (Hamburg); Dr. Karl Pawek (Hamburg); Martha Rafael (Zeuthen); Lothar Reckert (Hamburg); Dr. Karl-Heinz Roth (Hamburg); Wilhelm Ruppert (Reinheim); Volker Sauer-Pätzold (Recklinghausen); Dr. Margit Schaumäker-Brückner (0-1157 Berlin); Gerhard Scheit (Wien); Florian Schmaltz (Hamburg); Heike Schmüser, Landesvorsitzende PDS/Linke Liste Hessen (Offenbach/M.); Jürgen Schneider (Hamburg); Karl-Eduard von Schnitzler (Zeuthen); Pastorin Renate Schönfeld (Großziethen); David Selle (Soest); Dr. Hannelies Schulte (Heidelberg); Elisabeth Sobolewski (Herten); Karl-Heinz Sobolewski (Herten); Dr. Urte Sperling (Marburg); Ludwig Spranz (Nidda); Dr. Cornelia Steinberg (Hamburg); Heinz Stehr (Elmshorn); Dr. Ingrid Strobl (Köln); Prof. Dr. Malcolm Sylvers (Treviso); Ulrich Timm (Hamburg); Ursula Timmer (Limburg); Regine Uhlig (Hamburg); Wolfgang Tawereit (Siegen); VEB Politik, Kunst und Unterhaltung (Siegen); Rolf Vellay (Datteln); Gisela Walk (Hamburg); Dr. Michael Venedey (Berlin); Sarah Wagenknecht (0-1157 Berlin); Hans Walliser (Siegen); Klaus Wardenbach (Brüssel); Peter Wegner (Berlin); Dr. Gert Wendelborn (Rostock); Andrea Wertz (Siegen); Laura von Wimmersperg (Berlin); Alex Wittler; Dr. Winfried Wolf, Redakteur der Sozialistischen Zeitung (Köln); Kurt Wolff (Waghäusel); Heidrun Zimmermann (Siegen)

Kontakt: Georg Fülberth, Friedrich-Naumann-Str. 20, 3550 Marburg

Spenden bitte auf das Konto Nr. 1000.678.267 (Georg Fülberth) bei der Sparkasse Marburg-Biedenkopf (BLZ 533.500.00) Stichwort: Prozeß-Initiative

Erklärung zum Fall Honecker

Wir legen Wert darauf, uns von der veröffentlichten Meinung des einen Deutschland, welche sich mehrheitlich darauf verständigt hat, die Verhaftung des früheren Staatsratsvorsitzenden der DDR zu begrüßen und der Justiz bei der Bestätigung der bereits erfolgten Vorverurteilung eine glückliche Hand zu wünschen, durch folgende Feststellungen zu unterscheiden:

I. Die Verschleppung Erich Honeckers von Moskau nach Berlin, seine Inhaftierung im Gefängnis von Moabit und das Gerichtsverfahren gegen ihn sind Aktionen ausschließlich politischer Art. Die strafrechtlichen Begründungen, die hierfür angeführt werden, sind haltlos und dienen nur als Vorwand.

II. Mit der Aktion gegen Honecker verfolgt die politische Klasse der Bundesrepublik - samt ihrer Justiz - unserer Beobachtung nach zwei Ziele:

Erstens: Das größer gewordene Deutschland hat demonstriert, daß es die Macht hat, international seinen Willen gegen das Widerstreben anderer durchzusetzen.

Zweitens: Bereits 1973 ließ sich die BRD durch das Bundesverfassungsgericht bestätigen, sie sei "nicht ‚Rechtsnachfolger` des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem ‚Staat Deutsches Reich`". Solange es die Deutsche Demokratische Republik gab, war dieser Anspruch fiktiv. Das Grenzregime der DDR war gesetzlich normiert und - unabhängig davon, wie es politisch zu bewerten ist - eine Ausformung ihrer

völkerrechtlich anerkannten Souveränität. Indem staatliches Handeln nunmehr als privater Straftatbestand verfolgt werden soll, wird versucht, die DDR, die 1990 zu bestehen aufgehört hat, im nachhinein auch historisch als ungeschehen zu behandeln: Was es nie hätte geben dürfen, hat - nach dieser Logik - nie bestanden.

III. Die Inhaftierung Erich Honeckers setzt zugleich die deutsche Tradition der Verfolgung von Kommunisten und Sozialisten fort. Die Fälle Honecker, Bebel, Dimitroff, Luxemburg, Karl und Wilhelm Liebknecht und Thälmann sind darin vergleichbar, daß sich das bürgerliche Deutschland zur politischen Verfolgung dieser höchst unterschiedlichen Persönlichkeiten der sozialistischen und kommunistischen Bewegung juristischer Mittel bedient. Welche Teile ihres Bestecks, ob politisches Strafrecht, Totschlags- und "Untreue"-Paragraphen, die Politische Justiz jeweils anwendet, entscheidet sie nach jeweiliger Opportunität. Erich Honecker, verfolgt von ihr wegen Hochverrats am Deutschen Reich, ist angeklagt als Dieb und Totschläger.

IV. Der Vollständigkeit halber weisen wir darauf hin, daß die Haupt- und Staatsaktion um Honecker ganz offensichtlich als ablenkende Therapie bei der Behandlung der sozialen Verdauungsschwierigkeiten der Wiedervereinigung dienlich ist. Das ist eine alte Herrschaftstechnik.

V. Die politische Verantwortung Erich Honeckers gegenüber der Bevölkerung der ehemaligen DDR und gegenüber der sozialistischen Bewegung kann nicht juristisch definiert werden. Eine Strafkammer der BRD ist für ihre Beurteilung ein völlig ungeeignetes Organ.

Wir fordern, das Verfahren gegen Erich Honecker und seine Mitangeklagten sofort einzustellen - nicht aus Alters-, Gesundheits- oder "humanitären" Rücksichten, sondern weil es außer der durchsichtigen politischen Absicht keinen Grund für einen Prozeß gibt. Wir wissen, daß für den Staat, der allein dieser Forderung entsprechen könnte, die Verfolgung Honeckers und seiner Mitangeklagten Teil seiner Bemühungen ist, sich als politische, ideologische und immer frecher auch als militärische Hegemonialmacht zu etablieren. Wir erheben die offensichtlich inkonsequente Forderung dennoch, weil resignierende Hinnahme dieses politischen Kraftaktes zu seiner Legitimierung selbst durch jene beitragen würde, die ihn als solchen erkannt haben.

Liesel Bach (Siegen); Dr. Friedrich-Marin Balzer (Marburg); Erika Baum (0-1130 Berlin); Peter Behrendt (Hamburg); Regina Behrendt (Hamburg); Erika Beltz (Gießen); Michael Beltz (Gießen); Philipp Benz (Darmstadt); Prof. Dr. Theodor Bergmann (Stuttgart); Dietrich Bicher (Freiberg); Matthias Birkwald (Köln); Dr. Ralf Blendowske (Siegen); Peter Böcher (Marburg); Alwin Borst (Offenbach/M.); Angelika Brückner; (0-1157 Berlin); Dr. Peter Brückner (0-1157 Berlin); Berthold Brunner (Hamburg); Siegrid Burmeister (Berlin); Dr. Eberhard Dehne (Frankfurt/Main); Ria Deeg (Gießen); Dr. Franz Josef Degenhardt (Quickborn); Walter Ebert (Mannheim); Dr. Cornelia Freiberg (Hamburg); Marie Frickel (Darmstadt); Rudolf Führer (Hamburg); Prof. Dr. Georg Fülberth (Marburg); Andreas Gaube (Hamburg); Heidi Gassmann (Hamburg); Hans Gebhardt (Marburg); Christian Geissler (Dollart); Doris Gercke (Hamburg); Ettie Gingold (Frankfurt/Main); Peter Gingold (Frankfurt/Main); Axl Gliese (Siegen); Renate Göllner (Wien); Dr. Kurt Gossweiler (0-1180 Berlin); Harri Grünberg, Landesgeschäftsführer PDS/Linke Liste Hessen (Frankfurt/M.); Detlef Grumbach (Hamburg); Karl Guthmann (Berlin); Ute Haehling (Siegen); Prof. Dr. Nina Hager (0-1055 Berlin); Dr. Jürgen Harrer (Köln); Renate Hassenzahl (Siegen); Klaus Heeren (Leer); Harald Heinrich (Siegen); Peter H. Heinrich (Herten); Hans-Dieter Hesse (Recklinghausen); Rosa Hesse (Recklinghausen); Dr. Elvira Högemann-Ledwohn (Köln); Günter Hoepfinger (Hamburg); Marlies Hoepfinger (Hamburg); Johanna Hund (Hamburg); Uwe Jakomeit (Witten); Günter Jakob (Hamburg); Michael Jakob (Leer); Eckhard Jochum, (Ahnatal); Dr. Heinz Jung (Weilrod); Hans-Joachim Kahlke (Heidelberg); Günter Kania, Redaktion "Spezial" (Hannover); Reinhard Karsten (Hamburg); Brigitte Kustosch (Marburg); Katja Leyrer (Hamburg); Christoph Laubscher (0-1058 Berlin); Ludwig Lugmeier (Charlottenpolder); Henning Mächerle (Gießen); Meinhard Mäker (Hamburg); Andreas Matt (Oberursel); Susanne Mauß (Siegen); Dr. Gert Meyer (Marburg); Otto Meyer (Münster); Dr. Hartmut Mörschel (Grünberg); Prof. em. Dr. Hanfried Müller (0-1157 Berlin); Jens-Christina Müller (Wiesbaden); Prof. em. Dr. Rosemarie Müller-Streisand (0-1157 Berlin); Uwe-Jürgen Nesse (Walddachtal); Sabine Peters (Dollart); Dorothee Piermont MDEP (Bonn); Prozeßgruppe Kielhorn/Bögelein (Hamburg); Kristine Quitzau (Hamburg); Angela Pawek (Hamburg); Christoph Pawek (Hamburg); Dr. Karl Pawek (Hamburg); Martha Rafael (Zeuthen); Lothar Reckert (Hamburg); Dr. Karl-Heinz Roth (Hamburg); Wilhelm Ruppert (Reinheim); Volker Sauer-Pätzold (Recklinghausen); Dr. Margit Schaumäker-Brückner (0-1157 Berlin); Gerhard Scheit (Wien); Florian Schmaltz (Hamburg); Heike Schmüser, Landesvorsitzende PDS/Linke Liste Hessen (Offenbach/M.); Jürgen Schneider (Hamburg); Karl-Eduard von Schnitzler (Zeuthen); Pastorin

Renate Schönfeld (Großziethen); David Selle (Soest); Dr. Hannelies Schulte (Heidelberg); Elisabeth Sobolewski (Herten); Karl-Heinz Sobolewski (Herten); Dr. Urte Sperling (Marburg); Ludwig Spranz (Nidda); Dr. Cornelia Steinberg (Hamburg); Heinz Stehr (Elmshorn); Dr. Ingrid Strobl (Köln); Prof. Dr. Malcolm Sylvers (Treviso); Ulrich Timm (Hamburg); Ursula Timmer (Limburg); Regine Uhlig (Hamburg); Wolfgang Tawereit (Siegen); VEB Politik, Kunst und Unterhaltung (Siegen); Rolf Vellay (Datteln); Gisela Walk (Hamburg); Dr. Michael Venedey (Berlin); Sarah Wagenknecht (0-1157 Berlin); Hans Walliser (Siegen); Klaus Wardenbach (Brüssel); Peter Wegner (Berlin); Dr. Gert Wendelborn (Rostock); Andrea Wertz (Siegen); Laura von Wimmersperg (Berlin); Alex Wittler; Dr. Winfried Wolf, Redakteur der Sozialistischen Zeitung (Köln); Kurt Wolff (Waghäusel); Heidrun Zimmermann (Siegen)

Kontakt: Georg Fülberth, Friedrich-Naumann-Str. 20, 3550 Marburg

Spenden bitte auf das Konto Nr. 1000.678.267 (Georg Fülberth) bei der Sparkasse Marburg-Biedenkopf (BLZ 533.500.00) Stichwort: Prozeß-Initiative

31. Gegen Rassismus, Sozialabbau und Intervention. Erklärung der Abgordnetengruppe der PDS/LL

Erklärung der Abgeordnetengruppe der PDS/LL zum Abschluß ihrer Klausurtagung am 27/28.8.1992

Rubrik: Sozialpolitik; Interventionspolitik und Kriege; PDS; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:49

Die politische Debatte in der Bundesrepublik Deutschland muß sich gegenwärtig vor allem auf folgende drei Fragenkomplexe konzentrieren:

1.Wie kann dem gespenstischen Anwachsen von Rassismus und Neonazismus wirksam begegnet werden? Wie können Verhältnisse geschaffen werden, in denen Ausländer, ob Flüchtlinge oder ImmigrantInnen, ob vorübergehend oder dauerhaft, in der Bundesrepublik solidarisch aufgenommen werden und angstfrei leben können?

2.Was muß getan werden, um den bisherigen Vereinigungsprozeß in Deutschland so radikal zu korrigieren, daß die Menschen in den neuen Bundesländern in sozialer, kultureller und rechtlicher Hinsicht nicht weiter zu BürgerInnen zweiter Klasse degradiert und dadurch demoralisiert werden? Wie kann in der Bundesrepublik insgesamt eine Wende in der Entwicklung herbeigeführt werden, die den gegenwärtigen rasanten Abbau von Sozialleistungen stoppt und allen hier lebenden BürgerInnen ein Recht auf Arbeit, soziale Sicherung, menschenwürdiges Wohnen und Schutz vor jedweder Diskriminierung garantiert?

3.Wie kann verhindert werden, daß das größer gewordene Deutschland eine neue Rolle im Ausbau seiner militärischen Macht sucht und diese - unter welchem Vorwand auch immer - für eine europa- oder gar weitweite Interventionspolitik einsetzt? Wie kann dagegen eine Entwicklung der Bundesrepublik zu einer Zivilmacht gefördert werden, deren oberstes Anliegen in der internationalen Politik es ist, für eine solidarische Weitwirtschaftsordnung einzutreten, den jahrhundertelangen Reichtumstransfer von der sog. "Dritten Welt" in die hochentwickelten Industrieländer umzukehren, einen effektiven Beitrag zum Schutz der natürlichen Ressourcen unserer Erde zu leisten und eine Kriegsverhinderungs- und Menschenrechtspolitik mit friedlichen Mitteln zu betreiben?

I.

Wie nie zuvor seit 1945 ist der Rassismus zu einer neuen Gefahr in Deutschland geworden. Was sich mittlerweile alltäglich vor Flüchtlingsheimen in unserem Land abspielt und in Rostock zu einer wahren Gewaltorgie eskaliert wurde, die nicht zuletzt aufgrund der sie umgebenden Kulisse von Schaulustigen und Beifallklatschenden schlimme Erinnerungen wachruft, ist eine äußerst ernstzunehmende Bedrohung des Lebens und der Gesundheit von allen bei uns lebenden AusländerInnen. Wir sind entsetzt und beschämt darüber. Wir fordern die vollständige Aufklärung der Vorgänge von Rostock und die Bestrafung der Täter und Organisatoren der rassistischen Krawalle.

So sehr sicher nachgedacht werden muß, welche eigenen Lebenssorgen diejenigen haben, die solche Anschläge verüben oder beklatschen, und so sehr Mittel gefunden werden müssen, diese Lebenssorgen zu lösen, so wenig darf es auch nur irgendein Verständnis für ihr Handeln geben. Keine soziale Not, keine Arbeitslosigkeit und keine Zukunftsangst gibt irgendjemandem das Recht, mit Brandbomben, Baseballschlägern, Steinen oder anderen Waffen über Menschen herzufallen, denen es wahrlich noch elender geht als den Attentätern.

Wir sind allerdings nicht weniger erschrocken über die Reaktionen aus der regierenden CDU/CSU und leider auch über viele Reaktionen aus der SPD. Statt Betroffenheit und Mitgefühl mit den Opfern zu zeigen, statt die eigene Politik kritisch nach ihrer Mitverantwortung für diese Gewaltausbrüche zu hinterfragen und entsprechend zu korrigieren, werden vor allem Vorschläge und Überlegungen in die Welt gesetzt, wie die Opfer obendrein noch bestraft und gedemütigt werden können. Die rassistischen Stimmungen werden als Schwungrad für die weitere Aushöhlung des Asylrechts ausgenutzt und mit anhaltenden Verbalattacken gegen

"Asylmißbrauch", "Ausländerschwemme" und dergleichen sogar noch gefördert. Was wären die Brandstifter ohne ihre Biedermänner?

Angesichts dieser Situation bedarf es einer großen Anstrengung vieler politischer Kräfte, in der Bundesrepublik wieder einen Konsens darüber herzustellen, daß eine deutsche Geburtsurkunde kein Berechtigungsschein für Überheblichkeiten ist, daß das Asylrecht als grundlegendes Menschenrecht nicht angetastet werden darf und daß der Prüfstand für die Moral und Zivilisation einer Gesellschaft vor allem anderen ihr Umgang mit Flüchtlingen und Verfolgten, mit Diskriminierten und Gedemütigten ist. Und dies keineswegs nur, weil jedeR - namentlich vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte - sich selbst erinnern oder vor Augen führen mag, daß die solidarische Aufnahme in eine "fremde" Gesellschaft für jeden Menschen eine Frage des Über- und menschenwürdigen Weiterlebens sein kann.

Die PDS/LL hat vor nahezu einem Jahr, unmittelbar nach den rassistischen Gewalttaten in Hoyerswerda, einen Antrag in den Bundestag eingebracht, daß die Bundesregierung die finanziellen Mittel für eine großangelegte Aufklärungskampagne gegen den Rassismus nach Art der Anti-AIDS-Kampagne bereitstellen möge. Dieser Antrag schlummert seitdem in den Ausschüssen. Wir werden jetzt auf seine sofortige Behandlung drängen und hoffen, daß es nach Rostock auch in anderen Fraktionen mehr Einsicht gibt, daß eine solche Kampagne unverzüglich geboten ist.

Die PDS/LL wird in den nächsten Wochen ihre Arbeit an der Vorlage eines Antirassismus-Gesetzes intensivieren und geht davon aus, daß der von ihr für den November vorbereitete Europäische Antirassismus-Kongreß noch an Bedeutung gewonnen hat.

Wir regen darüber hinaus an, eine überfraktionelle Parlamentariergruppe zu bilden, die jenseits der üblichen Zwänge im Bundestag oder in den Landtagen über die Gefahren des Rassismus und Neonazismus nachdenkt und sich eine eigene Handlungsfähigkeit in der öffentlichen Debatte schafft. Da wir leider zu oft erfahren mußten, daß politische Vorstöße der PDS/LL allein aufgrund des Absenders nur begrenzt offene Ohren bei Abgeordneten der anderen Fraktionen gefunden haben, würden wir es sehr begrüßen, wenn eine/r der 647 Nicht-PDS/LL-Abgeordneten des Bundestages diese Anregung in eine tatsächliche Initiative umsetzen würde.

II.

Die vor allem von der Kohl-Regierung genährte Hoffnung, daß dem Anschluß der früheren DDR an die Bundesrepublik Deutschland sehr schnell eine wirkliche Integration der Lebensverhältnisse in den beiden über 40 Jahre lang getrennten Gesellschaften folgen werde, hat getrogen. Die Art des Vereinigungsprozesses hat einerseits für die Menschen in den neuen Bundesländern Einschränkungen und Entmündigungen aufgehoben, denen sie in der DDR-Gesellschaft unterworfen waren, andererseits aber auch neue Beschädigungen in sozialer, kultureller und persönlicher Hinsicht herbeigeführt. Beides kann im Ernst von keiner Seite geleugnet werden. Die Regierung bejubelt jedoch nur das erste und ignoriert das zweite.

Die PDS hat bei ihrer seinerzeitigen Ablehnung des Einigungsvertrages in der Volkskammer gleichzeitig angekündigt, daß sie wahrscheinlich die erste sein wird, die Bestimmungen aus diesem Vertrag verteidigen wird, wenn diese für deren Autoren voraussichtlich nur noch ein ärgerliches Stück Papier sein werden. Dies ist längst eingetreten - u. a. durch die völlige Mißachtung der Bestimmung, derzufolge die Mieten in den neuen Bundesländern nur im Verhältnis der Einkommensentwicklung steigen dürfen, durch das Hinauszögern und "Vergessenmachen" der Anspruchsberechtigung der ehemaligen DDR-Bevölkerung an dem in der DDR erarbeiteten Volksvermögen, durch das Hinausschieben des Inkrafttretens des üblichen Kündigungsschutzes und durch etliches mehr. Die PDS/LL ist dabei, eine Dokumentation über die Verletzungen und die Aushöhlung des Einigungsvertrages auszuarbeiten und wird diese noch in diesem Herbst vorlegen und zum Gegenstand parlamentarischer und anderer Initiativen machen.

Zur Korrektur des bisherigen Vereinigungsprozesses ist ein Bündel von Maßnahmen nötig, darunter die Umkehrung des verheerenden Grundsatzes "Rückgabe vor Entschädigung", eine Änderung des Treuhandauftrags, die der Sanierung den eindeutigen Vorrang vor der Privatisierung ostdeutscher Betriebe gibt, eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Treuhandanstalt, Investitionshilfeabgaben für die ostdeutsche Wirtschaft und zuverlässige Marktgarantien für ostdeutsche Produkte.

Angesichts zunehmenden Sozialabbaus in der gesamten bundesrepublikanischen Gesellschaft fordern wir die Rückkehr zum Sozialstaatskompromiß. Nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit muß finanziert werden, u. a. durch degressive Lohnsubventionen. Deregulierungsvorhaben wie die Einführung von Karenztagen und die Flexibilisierung bzw. Verlängerung statt Verkürzung der Arbeitszeit, gilt es abzuwehren. Einer Verletzung der Tarifautonomie in Ost- und Westdeutschland werden wir uns energisch widersetzen. Die Seehoferschen Sparpläne zur Reform des Gesundheitswesens tragen mit ihrer Kostendämpfung zu Lasten der PatientInnen und zur Umverteilung der Staatsfinanzen von unten nach oben bei.

Die PDS/LL hat bereits vor der Sommerpause einen Entwurf für ein steuerfinanziertes und bedarfsorientiertes Pflege-Assistenzgesetz vorgelegt. An einem Gesetzentwurf zur sozialen Grundsicherung, die jeder/m eine menschenwürdige Existenz ermöglichen soll, wird von der PDS/LL intensiv gearbeitet.

Die Folgen der Bonner Anschlußpolitik bekommen derzeit vor allem die Frauen aus den neuen Bundesländern zu spüren. Sie werden massiv aus dem Erwerbsleben zurück an Heim und Herd gedrängt und mit der Überstülpung des frauenfeindlichen § 218 gravierend in ihrem Selbstbestimmungsrecht beschnitten. Wir treten entschieden gegen jegliche Diskriminierung von Frauen und gegen eine Festigung oder gar Verschärfung patriarchalischer Strukturen auf.

Wie wenig sensibel und differenziert die Vereinigungspolitik der Bundesregierung mit der gesamten bisherigen Lebenssituation der Menschen in den neuen Bundesländern umgegangen ist, hat sich auch auf anderen als sozialen und wirtschaftlichen Gebieten gezeigt. Die PDS/LL fordert eine Umkehr aus der brachialen Kulturvernichtungspolitik, wie sie fast überall in Ostdeutschland betrieben wird, und eine sofortige Beendigung der Abwicklung der ostdeutschen Intelligenz. Mit Geschichtsaufarbeitung und Überwindung von früheren Einengungen hat das nichts zu tun - es ist ein Raubzug gegen die "ostdeutsche Biographie" insgesamt, in dem sich im Grunde das gleiche überhebliche und verblendete Denken sozusagen "innerdeutsch" austobt, das die gesamte politische Atmosphäre in Deutschland momentan so unangenehm macht.

Die verstärkte Diskussion um "ostdeutsche Interessen" in den neuen Bundesländern kann deswegen niemanden wundern. Sie ist weder verklärende Nostalgie noch auf Separation gerichtet, sondern der Versuch, die Hemmnisse einer wirklichen Integration von zwei bis vor kurzem einander "fremden" Gesellschaften nüchtern zu benennen und zu überwinden. Die PDS/LL wird jederzeit prüfen, ob Vorschläge der sich herausbildenden "Komitees für Gerechtigkeit" von ihr parlamentarisch unterstützt werden können.

Ein Ergebnis der bisherigen verfehlten Vereinigungspolitik ist auch, daß so ziemlich alles das mißachtet und wegrasiert wurde, was sich nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes in der DDR-Bevölkerung selbst als neue demokratische Kultur zu entwickeln begann. Die Verfassungsdebatte ist im größer gewordenen Deutschland in der breiten Öffentlichkeit verebbt. Dies wird von konservativen Kräften genutzt, das Grundgesetz nach ihren Vorstellungen auszuhöhlen. Dagegen erfahren Überlegungen zur Entbürokratisierung und Dezentralisierung der Gesellschaft und des Staates, zur Einführung von Initiativ- und Rederechten von Bürgerinitiativen und -bewegungen auf parlamentarischen Ebenen, zur Neudefinition und Ausdehnung von Grund- und Menschenrechten auch in sozialer Hinsicht (Recht auf Arbeit, Recht auf menschenwürdiges Wohnen) usw. in der herrschenden Politik nur noch diskussionslose Ablehnung. Das muß sich wieder ändern.

Zu einer Neubelebung der Demokratie-Diskussion gehört dabei auch ein Überdenken des bisherigen Wahlrechts - und zwar nicht nur hinsichtlich einer Abschaffung der Sperrklausel, die schon früher von der außerparlamentarischen Opposition und einem großen Teil der liberalen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik gefordert wurde. Sondern durchaus umfassend: Zulassung von parteiunabhängigen oder -übergreifenden Vereinigungen und Listen; personelle Auswahlmöglichkeit der KandidatInnen nicht nur durch die Parteien, sondern auch durch die WählerInnen; Verknüpfung von Wahlen mit Volksentscheidungen zu wesentlichen Fragen, deren Ergebnisse für die anschließende Regierungspolitik verbindlich sind, Einführung eines Wahlrechts auch für die in der Bundesrepublik lebenden AusländerInnen u. a. m. Hierzu wird die PDS/LL Gesetzentwürfe erarbeiten.

Die PDS/LL wird außerdem die Möglichkeiten zu parlamentarischen Initiativen prüfen, die für eine übergangsweise Einführung einer 3. Kammer für die ostdeutschen Länder zur wirksamen Sicherung der Rechte und Interessen der Minderheit der Ostdeutschen erforderlich wären.

III.

Mit der Vereinigung Deutschlands hat der lang gehegte Wunsch konservativer Kräfte, das politische und militärische Gewicht Deutschlands in Europa und in der Welt zu stärken, eine neue Basis gefunden. Die Zeiten, in denen vor allem maßgebliche Politiker der CDU/CSU sich darüber beklagten, daß die Bundesrepublik "wirtschaftlich ein Riese, aber politisch ein Zwerg" sei, gehören der Vergangenheit an. Deutschland ist heute eine der Großmächte, die den Anspruch erheben, Wächter und Regisseur der Weltpolitik zu sein - und kaum jemand stellt dies noch in Frage.

Mehr noch: es verbreitet sich das Einverständnis bis weit in das sozialdemokratische Spektrum und sogar bis in die Reihen von Bündnis '90 und Grünen hinein, daß zum Umgang mit der größer gewordenen politischen Macht auch eine sogenannte "militärische Verantwortung" gehöre. Daß dies mit der Formel verbunden wird, daß eine solche "militärische Verantwortung" selbstverständlich zum Zwecke des "Friedens in der Welt" übernommen werden müsse, sollte dabei nicht irritieren: es hat noch nie eine andere Legitimation als eben diese gegeben.

Die PDS/LL hält daran fest, daß ein tatsächlicher Beitrag zur Friedenssicherung nur darin bestehen kann, die militärische Logik zu durchbrechen und eine umfassende Entmilitarisierung im eigenen Land einzuleiten. Dies gilt erst recht für einen Staat, der aufgrund seiner wirtschaftlichen und politischen Potenz in der internationalen Politik eher Täter ist als Opfer zu werden droht, und der zudem gerade durch seinen weltweiten Rüstungshandel nicht Schlichter sondern Händler, Mittäter und Anstifter von Kriegen und militärischen Eskalationen ist. Es darf nicht einen einzigen Schritt weiter geben, der zu einer Gewöhnung der Öffentlichkeit an eine internationale Mission deutscher Militärpolitik führt - weder über die NATO, noch über die WEU, noch über die UNO, die bei ihrer jetzigen Struktur und insbesondere der Zusammensetzung und Kompetenz ihres Sicherheitsrates dem beherrschenden Interesseneinfluß der Großmächte unterworfen ist. Die PDS/LL verlangt im Gegenteil, daß alle bislang ergriffenen Maßnahmen, die Bundeswehr auf internationale Einsätze vorzubereiten, rückgängig gemacht werden.

Die PDS/LL streitet auch vor diesem Hintergrund für eine europäische Einigung der Völker statt für eine Einigung ihrer Regierungen und Bürokratien auf Kosten der Völker - sowohl der europäischen als auch insbesondere der außereuropäischen. Wir widersetzen uns allen Bestrebungen, Europa zu einer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Festung auszubauen, wie dies durch die Maastrichter Verträge und andere Abkommen (Schengen) befördert wird. Wir unterstützen die Absicht, auch in der Bundesrepublik die Entscheidung in diesen Fragen nicht ausschließlich der Regierung und dem Parlament zu überlassen, sondern einen Volksentscheid herbeizuführen.

Eine größere Verantwortung sowohl der Bundesrepublik als auch anderer, insbesondere europäischer Staaten in der Welt könnte und müßte dagegen darin liegen, endlich und konsequent damit anzufangen, der sog. "Dritten Welt" das zurückzugeben, was ihr in jahrhundertelanger Ausplünderung und jahrhundertelangem Raubbau mit dem Ergebnis unermeßlicher sozialer und ökologischer Schäden genommen wurde und immer noch genommen wird. In einer neuen solidarischen Weltwirtschaftsordnung, für die wir eintreten, darf der Reichtum, der Bundesrepublik und Europas nicht länger auf dem Hungertod in Somalia und dem zerstörten Regenwald in Brasilien basieren. Wir sind uns bewußt, daß dies nur erreichbar ist, wenn es ein umfassendes gesellschaftliches Umdenken in unserem Land gibt.

32. Lateinamerikanische Linke im Aufwind. Bericht vom Foro Sao Paulo

Bericht vom Foro de Sao Paulo

Autor: Harri Grünberg · Rubrik: Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:23

Vom 16. bis 19. Juli 1992 fand in Managua das III. Plenartreffen des Foro de Sao Paulo statt. Eingeladen wurde durch die Sandinisten in Nicaragua. Das nächste Folgetreffen soll 1993 in Havanna/Cuba stattfinden.

An diesem Plenartreffen beteiligten sich 61 Organisationen und politische Parteien aus 17 lateinamerikanischen Ländern und dem karibischen Raum mit einer Gesamtzahl von 122 Delegierten. 43 Parteien und Organisationen mit 60 Delegierten nahmen als Beobachter an diesem Treffen teil: zwei aus Afrika, neun aus Asien, elf aus den Vereinigten Staaten und Kanada und 21 aus Europa, u.a. SPÖ, Sozialistische Partei Belgiens, Sozialistische Arbeiterpartei Belgiens (IV. Internationale), Izquierda Unida aus Spanien, KP Frankreich, Sozialistische Partei Frankreich, KP Großbritannien, Linkssozialistische Partei Norwegens, KP Portugal. Die SPD war durch den dortigen Verantwortlichen der Friedrich-Ebert-Stiftung zeitweilig vertreten. Außerdem waren VertreterInnen von Solidaritätsbewegungen und der Genosse Ernest Mandel, Mitglied der IV. Internationale, anwesend. Von den staatssozialistischen Parteien waren die KP Vietnam, KP China, KP Volksrepublik Korea und die KP Cuba vertreten.

Wir dokumentieren einen Bericht, den Harri Grünberg als Mitglied einer dreiköpfigen PDS-Delegation für die PDS erstellte.

Das Foro de Sao Paulo versteht sich als Koordinierungsinstanz zwischen den verschiedenen nationalen (antiimperialistischen) demokratischen Kräften und Volksbewegungen, sowie anderen Kräften, die eine sozialistische Orientierung verfolgen. Die Breite des Spektrums reicht von trotzkistischen und maoistischen Organisationen, den KPs, (reformierten und orthodoxen) sozialistischen Parteien, Guerilla-Organisationen bis hin zu linksbürgerlichen Kräften wie die PRD in Mexiko.

Alle diese politischen Kräfte und Parteien vertreten das gemeinsame Ziel der Ablehnung des Neoliberalismus und der verheerenden Folgen, die dieser auf die Gesellschaften Lateinamerikas hat, sowie das Ziel, den Kampf für die endgültige ökonomische und politische Befreiung Lateinamerikas, die heute durch die neuen Mechanismen der imperialistischen Herrschaft bedroht ist, zu führen. Das Forum bekräftigte die Gültigkeit des Kampfes um nationale Befreiung, für soziale Gerechtigkeit und für die Erringung der Demokratie in ihrer ganzen Tragweite. Dies beinhaltet nicht nur die Erringung demokratischer politischer Verhältnisse, sondern die Ausdehnung der Demokratie auf die gesellschaftliche, kulturelle aber vor allem ökonomische Ebene.

Konsens besteht in der Ablehnung jener Vorstellungen, die das demokratische Projekt in Lateinamerika mit der Herrschaft des Kapitalismus und der gängigen neoliberalen Modernisierung verbinden.

Probleme Lateinamerikas

In der Abschlußerklärung, die von den meisten teilnehmenden Organisationen geteilt wird, steht bei der Bestandsaufnahme der Probleme, mit denen Lateinamerika heute konfrontiert ist, folgende Einschätzung:

"Die neoliberale Offensive entwickelt sich auch im kulturellen Bereich. Sie zielt darauf ab, die bisherigen, in unseren Gesellschaften verankerten, solidarischen Werte aufzulösen und diese durch ein Konkurrenzmodell zu ersetzen, das die Menschen in ihrem Überlebenskampf gegeneinander stellt. Dadurch soll die soziale und politische Beteiligung unserer Völker im Kampf für eine gerechtere Gesellschaft untergraben werden.

Die strukturellen ökonomischen und politischen Anpassungsprogramme, die uns auf Druck von außen durch die internationalen Finanzinstitutionen aufgezwungen werden, zielen nicht darauf ab, unsere künftige gesellschaftliche Entwicklung in einem besseren und gerechteren Sinne zu ermöglichen, sondern beabsichtigen lediglich, bessere Bedingungen für die Integration der Abhängigkeit unserer Ökonomien unter die Vorherrschaft des Imperialismus, in das hegemoniale kapitalistische Weltsystem zu schaffen. Diese sogenannten "Reformen" und die Art und Weise der Eingliederung in den Weltmarkt führen zur

Marginalisierung der größten Teile unserer Bevölkerungen, der Ausbreitung der Arbeitslosigkeit und der Rücknahme aller sozialen Errungenschaften.

Zur gleichen Zeit werden verschiedene internationale Institutionen auf regionaler und globaler Ebene immer mehr durch die USA und die anderen großen kapitalistischen Mächte hegemonisiert, um eine regionale und internationale Weltordnung nach ihrem Zuschnitt zu konsolidieren. Die Weltpolizistenrolle der USA soll vor allem durch den UNO-Weltsicherheitsrat Legitimierung finden. All dies wird getan unter Ausnutzung der Veränderungen, die sich innerhalb Osteuropas ergeben und insbesondere wegen des Gegengewichtsverlustes dieser Länder.

In Managua hat sich das Forum vor allem darum gekümmert, Alternativen zu der neoliberalen Politik zu entwickeln, die den politischen Kräften und Parteien in ihren jeweiligen Ländern von Nutzen für ihren politischen Kampf sein können."

Die Diskussionen zeigten ein hohes Niveau, aber vor allem auch einen sehr solidarischen und kulturvollen Umgang mit unterschiedlichen politischen Positionen. Das Forum funktioniert wesentlich auf der Grundlage von Konsensfindung zwischen den Hauptträgern (Sandinisten, Partido Travajadores (PT) Brasiliens, PRD-Mexikos, KP-Kubas). Dies widerspiegelt sich vor allem innerhalb der "Arbeitsgruppe" die de facto den Lenkungsausschuß des Forums darstellt und in dem nur die wichtigeren eben aufgezählten Parteien vertreten sind.

Die PDS/Linke Liste war auf diesem Plenartreffen durch drei Genossen vertreten (Dietmar Bartsch (Parteivorstand), Barbara Höll (MdB der PDS/LL) aus Leipzig und Harri Grünberg (PDS/LL) aus Hessen). Insgesamt war die Aufnahme der PDS sehr gut. Dies machte sich in verschiedenen bilateralen Gesprächen mit VertreterInnen anderer Parteien manifest. Mit einigen von ihnen wurden auch einige Vereinbarungen getroffen, auf die noch zum Schluß dieses Berichtes eingegangen wird.

Neue Internationale?

Das Forum funktioniert de facto als eine regionale "Internationale" wobei es auch Kräfte gibt, die an eine Erweiterung durch Beteiligung von Kräften aus Europa, Asien, Afrika und Nordamerika denken. In diesem Sinne haben uns verschiedene Parteien Mittelamerikas, vor allem die PT-Mexikos, angesprochen, die an der Bildung einer Internationalen links von der Sozialistischen Internationale interessiert sind.

Allerdings scheint diese Position noch nicht mehrheits- und dadurch konsensfähig zu sein. Durch Gespräche mit dem Genossen Marco Aurelio von der PT-Brasiliens (der wichtigsten Linkskraft in Südamerika) wurden wir informiert, daß das Foro de Sao Paulo ein Treffen in Europa zusammen mit grünen, sozialdemokratischen und linkssozialistischen Parteien im kommenden Herbst (Oktober) in Brüssel durchführen möchte. Dazu ist auch die PDS eingeladen. Da taucht natürlich die Frage auf, was passiert, wenn die SPD, die ebenfalls dazu eingeladen ist, auf ihrem Unvereinbarkeitsbeschluß, zusammen mit der PDS zu reden, beharrt. (Die PDS hat vor über einem Jahr die Position eines Beobachterstatus in der SI (nicht die Mitgliedschaft) beantragt, bislang ohne offizielle Antwort; d. Red.) Die Schlußfolgerung wäre, daß die PDS die bilateralen Gespräche mit der PT Brasiliens und anderen wichtigen Parteien der Linken in Lateinamerika und Europa intensiviert. Marco Aurelio von der PT Brasilien wies darauf hin, daß sie immer noch ein großes Interesse an einem Besuch Gregor Gysis in Brasilien hätten. Daneben wäre es wichtig, sich mit Kräften wie Refundazione Comunista (mit deren Vertreter wir ein sehr gutes Gespräch hatten), abzustimmen. Das gleiche gilt für Unida Izquierda aus Spanien (Gespräche mit ihnen kamen leider nicht mehr zustande) und auch den anderen linkssozialistischen Parteien Europas.

Aus den Gesprächen über Zukunft und Funktion dieses Forums mit verschiedenen Vertretern Lateinamerikas ließe sich folgende Interpretation erstellen: Durch den rapiden Ansehensverfall jener Parteien in Lateinamerika, die als Sektionen der Sozialistischen Internationale gelten, wird die SI mittelfristig nach neuen Partnern in Lateinamerika Ausschau halten. Dabei wären die im Forum von Sao Paulo vertretenen Parteien privilegierte Ansprechpartner für die SI. Es besteht bei manchen der Linksparteien Lateinamerikas (insbesondere jene, die nicht aus der kommunistischen Tradition stammen) die Perspektive, die formale oder informale Mitgliedschaft innerhalb der SI anzustreben, mit dem Ziel, einen linken Flügel innerhalb der SI zu bilden. Marco Aurelio von der PT-Brasiliens wies darauf hin, daß viele der Schwierigkeiten, die wir mit der SPD heute haben, in wenigen Jahren sich verflüchtigen würden. Wenn man bedenkt, daß die Sandinisten ebenfalls

einen Eintritt in die SI begehren, so dürfte diese hier geäußerte Interpretation dicht an der Wirklichkeit dran sein.

Bilaterale Gespräche

Gespräche führten wir mit einer Vielzahl von Parteien und Organisationen:

1. Gleich bei Ankunft wurden wir zu einem Begrüßungsgespräch mit Commandante Borge von der FSLN Nicaragua eingeladen. Er bedankte sich für die erwiesene Solidarität durch die frühere DDR. Insbesondere erkundigte er sich, ob wir an einer eigenständigen Perspektive als Partei arbeiteten oder uns der Sozialdemokratie anschließen wollten. Er nahm mit viel Sympathie die Perspektive, an einer eigenständigen linkssozialistischen Partei zu arbeiten, zur Kenntnis. Er beschrieb die Situation, mit der die Sandinisten konfrontiert seien, als eine sehr schwierige. Sie seien weiterhin die stärkste Partei Nicaraguas. Aber ob sie es schaffen würden, bei den nächsten Wahlen zurück zur Regierungsmacht zu finden, sei offen. Nach seiner Meinung hätten die internen Auseinandersetzungen an Schärfe verloren.

2. KP-Chiles: Der Vertreter der KP-Chiles sagte, daß seine Partei die größte Talsohle durchschritten habe. Der Versuch, mit Hilfe der 5%-Klausel, die speziell von der chilenischen Regierung eingesetzt worden sei, um die KP zu marginalisieren und ihr den Todesstoß zu versetzen, sei gescheitert. Bei den letzten Kommunalwahlen erhielt die KP-Chiles, allerdings im Rahmen einer Linksfront, in der aber die KP klar identifizierbar sei, ca. 8%. In einem wichtigen nordchilenischen Bergarbeiter-Distrikt gar über 20%. Die Mitgliederzahl der Partei habe sich um die 40.000 eingependelt. Diskussionen zur Erneuerung der Partei fänden statt und hätten bereits zu Ergebnissen geführt: Das im Statut verankerte Prinzip des Marxismus-Leninismus sei im Statut durch die Formel ersetzt worden, eine Partei zu sein, die in der Tradition von Marx und Lenin stehe. Die KP-Chiles führe gegenwärtig einen Kampf zur Rückerstattung von Eigentum, das ihr von der Diktatur wegnommen worden sei, darunter vor allem zwölf Radio-Sender.

3. KP-Kolumbiens: Die Partei habe an die 40.000 Mitglieder. Sie habe durch den Zusammenbruch des realen Sozialismus viele verloren. Die Partei führe Erneuerungsgespräche. Hauptproblem der Partei sei gegenwärtig der zunehmende Staatsterrorismus gegen die gesamte Linke, der an Schärfe erneut zunehme, nachdem die Regierung die Befriedungsgespräche mit der Guerilla, mit der die KP in der einen oder anderen Weise in Beziehung stehe, eingestellt habe. Die Partei habe in den letzten drei Jahren sechs Prozent ihrer Mitglieder durch Todesschwadrone, die mit der Regierung liiert seien, verloren. Mit dieser Situation seien alle Gewerkschaften und Linksparteien konfrontiert. Mit den Genossen haben wir vereinbart, daß sie uns Material zuschicken damit wir innerhalb des Bundestages mit Anfragen aktiv werden können.

4.(a) Refundazione Comunista Italien: Der Genosse aus der Refundazione Comunista, Mitglied des italienischen Parlamentes und des Europa-Parlamentes, zeigte uns den Entwicklungsweg dieser neuen linken Formation auf. Die Bewegung für eine kommunistische Neugründung hat vor allem innerhalb der Jugend großen Zuspruch. Ihr Ziel ist die Rekonstruktion einer kommunistischen Utopie, diese gäbe es allerdings noch nicht. Refundazione unterscheidet sich erheblich von der früheren KP Italiens. Insbesondere hat die Existenz und vor allem der Wahlerfolg der Refundazione, den niemand vorausgesehen habe, schon dazu beigetragen, den "Rechtsabmarsch" (laut Aussage des Genossen von Refundazione) der PDS aufzuhalten. Ihr kontinuierlicher Druck hätte jüngst dazu geführt, daß die PDS einen Schritt wieder nach links gegangen sei. Darin bestünde die besondere Aufgabe von Refundazione in der gegenwärtigen Zeit. Der Genosse zweifelt aber nicht daran, daß die PDS Italiens in die SI aufgenommen werde und es letztendlich zu einer Vereinigung mit den Sozialisten Craxis kommen würde. Uns riet er, auf jeden Fall nicht in der von orthodoxen KP-Kräften dominierten Vernetzung innerhalb des Europaparlamentes mitzumachen. Viel eher böte sich für eine glaubwürdige linke Politik der Eintritt in die Grüne-Fraktion oder in die Regenbogengruppe von Dorothee Piermont an. Vereinbart wurde, daß unser Gesprächspartner Eugenio Milandri zum europäischen Antirassismuskongreß der PDS im November einladen wird, da er auf diesem Gebiet arbeitet.

4.(b) Mit der italienischen PDS war es nicht möglich, ein Gespräch zu erhalten. Symptomatisch war das sehr kühle Verhältnis zwischen Refundazione und der PDS Italiens.

5. Philippinen National Demokratic Front (NDF): Ihre Front würde bereits 25% des Landes kontrollieren. Der neue starke Mann der Regierung sucht eine militärische Entscheidung statt einer zivilgesellschaftlichen, die auch ein großes soziales Reformprojekt der philippinischen Gesellschaft in Angriff nehmen müßte. Jedenfalls

würden sie eine zivilgesellschaftliche Lösung in ihrem Land befürworten. Mit diesen Genossen wurde vereinbart, im deutschen Bundestag Anfragen zu stellen zum zunehmenden Staatsterrorismus auf den Philippinen und zur Situation philippinischer Frauen, die oft unter falschen Vorspiegelungen in die BRD gebracht werden und zur Prostitution gezwungen unter unbeschreiblichen Bedingungen leben müssen. Die in Europa lebenden philippinischen Frauen sollten zum Antirassismuskongreß der PDS eine Einladung erhalten.

6. Parteineugründung in der Dominikanischen Republik: Aus der sozialdemokratisch orientierten Partei von Juan Bosch hat es eine substantielle Abspaltung gegeben, die sich sehr nach links bewegt. Zu ihrer Gründung Anfang August wurde die Entsendung eines Grußschreibens vereinbart.

7. Partido Travajadores (PT) Mexiko: Sie hat an die 300.000 Mitglieder, ist aber durch Wahlmanipulationen nicht in das Nationale Parlament hineingekommen. Ihre Politik steht links von der PRD. Vertreten ist sie in zwei Bundesländerparlamenten. Wir wurden auf ihren Kongreß eingeladen, haben uns aber wegen der Kürze der Zeit - Kongreß ebenfalls Anfang August - auf die Entsendung einer Grußbotschaft verständigt. Diese Genossen sind vor allem an der Gründung einer neuen, links von der SI angesiedelten, Internationalen interessiert.

8. Korrespondenz-Komitees in den USA (sich perspektivisch als Linkspartei formierende Strömung der KP USA, an deren Kongreß drei Wochen später Andrea Lederer, MdB PDS/LL, teilnahm, d. Red.) - VertreterInnen der Komitees sollen zur Programmkonferenz der PDS eingeladen werden, eine Vertreterin hat ihr Kommen zum Antirassismuskongreß der PDS zugesagt.

9. Sozialistische Bewegungen (MSA) Algerien, eine neue Formation mit demokratisch sozialistischer Orientierung, die wesentlich aus der algerischen KP hervorgegangen ist. Nach ihrer Meinung habe sich das politische Klima seit der Ermordung des Staatspräsidenten gegen die FIS verschärft. Dies ließe sich aus den großen Trauerfeiern im ganzen Land ablesen, in denen die FIS versuche, die Ermordung des Staatspräsidenten hochzujubeln und damit völlig isoliert bliebe. Die MSA sieht in der Machtergreifung durch patriotische Militärs eine Rettung der Demokratie in Algerien, die durch die FIS bedroht sei. Nach ihrer Meinung hat die FIS einen deutlich faschistischen Zuschnitt. Allerdings müsse der Kampf um soziale Reformen und für Alternativen zum Neoliberalismus aufgenommen werden. Es gebe patriotische Kräfte innerhalb der Armee Algeriens, die nicht korrupt und nicht bereit seien, den weiteren Ausverkauf des Landes zuzulassen.

Eine zweite Gesprächspartnerin aus der sandinistischen Führung war Anna Maria Telles, Generalsekretärin der FSLN in Managua und Vizepräsidentin des Parlamentes. Das Gespräch beinhaltete zwei Punkte. Zum einen ging es um die Frage der Entschuldung Nicaraguas in Bezug auf frühere Kredite, die das Land aus der DDR erhalten hatte. (Wegen dieser Angelegenheit war eine Delegation des Finanzausschusses des Bundestages in Managua, an der auch ein MdB der PDS teilnahm.) Zum anderen sprachen wir über die interne Situation der FSLN. Genossin Telles scheint hier eine sehr kontrastierende Meinung zu der von Daniel Ortega einzunehmen. Ihr Hauptanliegen ist, daß die Sandinisten aus eigenen Fehlern lernen, z.B. wo sie sich durch eine Politik zunehmender Bürokratisierung von den Massen entfernt hätten und es versäumt hätten, eine parlamentarische Mehrheit zu erringen. Die Sandinisten könnten keine Fundamentalposition gegenüber der Regierung einnehmen. Sie würden Kompromisse mit der Regierung eingehen müssen, denn der ökonomische Spielraum gebe zuwenig her, um eine andere Politik fahren zu können. Dennoch würde die künftige Politik der Sandinisten darauf achten müssen, daß sie sozial ausgewogener ausfiele.

Darüber hinaus wurden drei Interviews mit linken Zeitungen Lateinamerikas gemacht: mit der Zeitung der argentinischen KP (die sich offenkundig von den lateinamerikanischen KPs am stärksten erneuert hat), mit der Zeitung der POR Argentiniens und mit der Frauenverantwortlichen der PT Brasiliens zur Situation der Frauen in der BRD.

Weil die Frauen sich in den Dokumenten nicht erwähnt fanden, wurde im Rahmen der Konferenz ad hoc eine Frauenkommission eingerichtet, die eine eigene frauenpolitische Arbeitstagung zum Thema Feminisierung der Politik in Lateinamerika durchführen wird. Die Arbeitsergebnisse sollen dann in die Dokumente des geplanten 4. Kongresses des Forums in Havanna einfließen. Die anwesende Delegierte der PDS, Barbara Höll (MdB) wurde dazu eingeladen.

Entschließungen

Folgende Entschließungen wurden vom Foro de Sao Paulo verabschiedet (summarische Wiedergabe des Dokumentes):

1. Die sofortige Aufhebung der über Cuba verhängten illegalen und unmoralischen Blockade.

2. Die Wiedereinsetzung des legalen Präsidenten Haitis, Jean-Baptiste Aristide. Das soll unter der Aufsicht von der Organisation Amerikanischer Staaten und der UNO erfolgen, darf aber nicht durch eine wie immer geartete militärische Intervention durch sogenannte Friedenstruppen geschehen. Für die Aufrechterhaltung des Boykotts gegen die Militärregierung.

3. Wiederherstellung der Demokratie in Peru. Die Unterdrückung gegen fortschrittliche Kräfte in Peru muß sofort aufhören.

4. Die Regierung Salvadors wird aufgefordert, die Ergebnisse der Friedensgespräche einzuhalten.

5. Das Vorantreiben eines Friedensprozesses in Guatemala mit dem Ziel, einen gerechten und demokratischen Frieden zu erzielen.

6. Das Forum ruft die USA auf, jeden Druck auf Nicaragua einzustellen und jeden Versuch zu unterlassen, die Errungenschaften der sandinistischen Revolution rückgängig zu machen.

7. Die Regierung Panamas, die durch die USA installiert wurde, wird nicht anerkannt. Die USA werden aufgefordert, ihre Truppen zurückzuziehen. Die Kanalabkommen zwischen Torijo und Carter, die eine Übergabe der Kanalzone an Panama vorsehen, müssen eingehalten werden

8. Die USA werden aufgefordert, dem Brudervolk Puerto Ricos das Selbstbestimmungsrecht zuzugestehen.

9. Die Regierung Kolumbiens wird aufgefordert, die Vorschläge der Guerilla-Koordination Simon Bolivar zur Aufnahme von Friedensgesprächen zu akzeptieren.

10. Das Foro de Sao Paulo stellt fest, daß es in Mexiko keine Fortschritte in Sachen Demokratie gegeben hat.

11. Die USA werden aufgefordert, ihre Militärstützpunkte in Honduras zu schließen.

Schlußfolgerungen

Das Foro de Sao Paulo reflektiert das große Bedürfnis der Linken, sich international in der Aktion wie auch in der Rekonstruktion einer linken Politik und Utopie zu vernetzen. Es ist ein neuer Typus von Internationalismus, plural und ohne Bevormundung einer Zentrale, der sich da herauskristallisiert. Die Teilnahme der PDS war ein wichtiger Schritt, um mit dieser Linken in den Dialog zu kommen. Neben dem gemeinsamen Erfahrungsaustausch kann dies auch zu einem wichtigen Instrument werden, um die Versuche, die PDS fern der internationalen Öffentlichkeit zu isolieren, zu durchkreuzen. Die Stimmung, die PDS in diesen internationalen Kreis aufzunehmen, ist sehr gut. Insbesondere zeigt sich, daß die Achse, auf der sich die politische und theoretische Neuausrichtung der Linken, die im Foro de Sao Paulo Mitglieder sind, sich im weitesten Sinne im Rahmen des demokratischen Sozialismus bewegt. Insbesondere wurden die Delegationen aus den entwickelten kapitalistischen Zentren begrüßt, in denen man einen Schlüssel zur Erlangung einer gerechteren Welt sieht.

Harri Grünberg, (Frankfurt/M.)

33. Aufschrei im Angesichts des Schreckens. Walter Benjamins Thesen über den Begriff der Geschichte

Autor: Verena Krieger · Rubrik: Theorie; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:02

Von Verena Krieger

Wenn allüberall Walter Benjamins hundertster Geburtstag zum Anlaß feuilletonistischer Lobgesänge genommen wird, wenn selbst der Bundespräsident würdigende Worte findet - dann kann einem schon die Lust vergehen, sich mit dem bitterarm gestorbenen Bankierssohn und schöngeistigen Kommunisten auch im ak noch konfrontiert zu sehen. Doch es wäre ein Fehler, wenn sich die Linke - nachdem sie sich seit '68 recht und schlecht an ihm die Zähne ausgebissen hat - des eigenwilligen Denkers nun zu guter Letzt doch noch durch Weizsäcker & Co. enteignen ließe.

Denn Walter Benjamins Schriften geben nach wie vor viel her für linke Debatten - sofern man bei der Lektüre auf den Anspruch nach Einlinigkeit und klarer Zuordbarkeit verzichten kann. Denn seine Texte sind, bei all ihren Unterschieden, nie einer einzigen Denkrichtung zuzuordnen. Selbst in seiner marxistischen Phase, als er politisch große Hoffnungen auf die Sowjetunion richtete und die eigene Arbeit in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen hoffte, lag Benjamin mit seinen eigenwilligen und originellen Thesen immer quer zu den Auffassungen seiner Mitstreiter/innen.

Sehr verschiedene Personen - sein zionistischer Freund Gershom Scholem, Horkheimer und Adorno als ferne Auftraggeber des in die USA emigrierten Sozialforschungsinstituts, Hannah Arendt sowie Bertolt Brecht - haben Benjamins Denken beeinflußt, haben versucht, ihn in ihr jeweiliges theoretisches "Lager" zu ziehen, und sind damit allesamt mehr oder minder gescheitert.

Dennoch sind für Benjamin diese höchst unterschiedlichen persönlichen und theoretischen Bezugspunkte lebenslang bedeutungsvoll geblieben. So hat er seine Affinität zur jüdischen Religion auch nach seiner Wendung zum Marxismus beibehalten. Das daraus resultierende Spannungsverhältnis zwischen den bis zur Unvereinbarkeit verschiedenen philosophischen Fundamenten kommt in vielen seiner Schriften zum Ausdruck. Wie ein roter Faden zieht sich aus diesem Grund durch die Benjaminrezeption eine Kontroverse unterschiedlicher theoretischer und politischer Richtungen in der Tradition der genannten Personen, die weitgehend geprägt ist durch Versuche, den widerspenstigen Autor jeweils in das eigene Lager hineinzuinterpretieren.

Für die geschichtsphilosophischen Thesen trifft dies in besonderem Maße zu, da Benjamin in diesem Text zu grundlegenden philosophischen und politischen Fragen Stellung nimmt; mehr noch, er unternimmt in diesen Thesen explizit eine Anstrengung, die in einigen anderen seiner Texte bestenfalls implizit erkennbar ist: Er versucht eine gedankliche Synthese der so fundamental verschiedenen Wurzeln seines Denkens.

Walter Benjamin schrieb seine Thesen "über den Begriff der Geschichte" (1) im Januar 1940 im Pariser Exil, kurz vor dem Einmarsch der Deutschen in Frankreich, seiner Einkasernierung und anschließenden Flucht, somit wenige Monate vor dem in verzweifelter Situation selbstgewählten Tod. Zum Zeitpunkt ihrer Abfassung war er schwer herzkrank, litt unter permanenter Geldnot und hoffte auf eine Einreiseerlaubnis in die USA. Die Geschichtsthesen waren wahrscheinlich sein letzter Text. Wie viele seiner Schriften blieben sie unabgeschlossen, fragmentarisch und waren über die Diskussion im kleinen Freundeskreis hinaus noch nicht zur Veröffentlichung bestimmt.

Nicht nur Benjamins Liebe zur barocken Allegorisierung und zur surrealistischen Montagetechnik, sondern auch dem geschilderten spezifischen Entstehungskontext mag der hermetische Charakter der Thesen geschuldet sein. Sie sind schwer verständlich, teilweise vieldeutig und unterschiedlich interpretierbar. Zugleich sind in ihnen viele Gedanken, ja selbst Formulierungen aus früheren Texten wiederzufinden.

Benjamin kämpft in seinen Thesen gegen zwei Fronten. Seine dort entwickelte Geschichtsauffassung grenzt sich sowohl gegen eine konservativ-historistische als auch gegen eine traditionell sozialistische Konzeption ab. Seine Thesen sind zugleich in besonderem Maße ein Zeitdokument, als sie aus einer extrem zugespitzten und verzweifelten Situation heraus eine Abrechnung mit dem Fortschrittsmythos der Sozialdemokratie darstellen. Der Text ist ein kompliziertes Amalgam von historischem Materialismus einerseits und jüdischer Religion

andererseits; einen weiteren Schwerpunkt bilden Ausführungen über einen Begriff der Zeit, der diese nicht einfach als Kontinuum denkt, sowie um den Begriff der Aktion. Im Zentrum der Geschichtsthesen eingefügt ist schließlich eine Interpretation des Bildes "Angelus Novus" von Paul Klee, in der Benjamin seine Thesen nochmals in bildhafter, geradezu allegorischer Weise zusammenfaßt.

Nicht in der chronologischen Reihenfolge der Thesen, sondern entlang der genannten, leitenden Gesichtspunkte soll deshalb im folgenden Benjamins Geschichtsphilosophie dargestellt werden. Ausgehend von der Annahme, daß dies für Benjamin selbst ein relevanter Gesichtspunkt war, geht es darüberhinaus um die Schlußfolgerungen, die aus seinen Thesen für die politische Praxis erwachsen.

Dabei wird sich nicht nur erweisen, daß Benjamin ein früher Vordenker aller jüngeren Bestrebungen einer kritischen Erneuerung des Marxismus ist - so vor allem in seiner Kritik des Fortschrittsglaubens, der Naturbeherrschung und des technischen Fortschritts, in seiner antireformistischen und aktionsorientierten politischen Haltung - sondern auch, daß seine Thesen über den Begriff der Geschichte von bedrückender Aktualität sind. Denn auch ohne die gegenwärtige Situation mit der ungleich entsetztlicheren Lage von 1940 zu vergleichen, ist doch eine Parallele evident: Die Hilflosigkeit kritischen und oppositionellen Denkens angesichts stattfindender Katastrophen.

Historischer Materialismus und Theologie

Gleich zu Beginn, in der ersten These, benennt Benjamin ein zentrales Thema des gesamten Textes, und wie so oft tut er dies mit einem Bild. Er erinnert an den berühmten Schachautomaten, mit dem der Baron von Kempelen in den siebziger und achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts die Welt in Erstaunen versetzt hatte: Eine türkisch gekleidete Puppe auf einem Schachtisch spielte so gut Schach, daß sie nahezu jede Partie gewann. Mittels eines raffinierten Spiegelsystems wurde dabei verdeckt, daß sich unter dem Tisch ein kleingewachsener Mensch befand, der die Puppe lenkte. Obwohl zahlreiche Autoren nach dem Geheimnis des Automaten forschten, gelang es dem Baron von Kempelen über zwanzig Jahre lang, die Täuschung aufrechtzuerhalten, bis seine Funktionsweise im Jahre 1789 durch Freiherr zu Racknitz und erneut im Jahre 1836 durch Edgar Allan Poe weitgehend enthüllt wurde.

Eben diesen Schachautomaten verwendet Benjamin als Gleichnis für das Verhältnis zwischen historischem Materialismus und Theologie: "Gewinnen soll immer die Puppe, die man ‚historischen Materialismus` nennt. Sie kann es ohne weiteres mit jedem aufnehmen, wenn sie die Theologie in ihren Dienst nimmt, die heute bekanntlich klein und häßlich ist und sich ohnehin nicht darf blicken lassen." (These 1)

An einer Beschreibung von solch großer Dichte und Brisanz muß sich jede Benjamin-Interpretation erweisen; notwendigerweise existieren daher differierende Interpretationen dieser Passage, in denen das Verhältnis zwischen Puppe und Zwerg in unterschiedlich akzentuierter wechselseitiger Abhängigkeit gedeutet wird.

In einem Text aus den Jahren der Studentenbewegung von Heinz-Dieter Kittsteiner (2) wird betont, daß bei Benjamin die Puppe den Zwerg in ihren Dienst nimmt und nicht etwa umgekehrt der Zwerg die Puppe "am Schnürchen lenke"; die Theologie sei daher nicht "irrationales Movens des Marxismus", sondern "ancilla philosophiae" (d.h. Magd der Philosophie). Er zieht daraus den Schluß, daß Benjamin die Theologie dem Marxismus als nutzbare Quelle von Begriffen zuordne und sie zugleich säkularisiere. Ungeachtet seiner grundsätzlichen Feststellung, daß Benjamins Interesse auf eine Verknüpfung von Marxismus und Theologie ziele, hebt Kittsteiner hervor, daß die zweifellos vorhandene "mystische Seite" Benjamins letztlich durch die "rationale Seite" des historischen Materialisten Benjamin dialektisch aufgehoben werde. Er läßt dabei die Frage unbeantwortet, woher sich für Benjamin eigentlich die Notwendigkeit einer solchen Verbindung speist, und ob durch eine rein funktionale Unterordnung der Theologie unter den Marxismus dieser Erfordernis Genüge getan wird.

Die Interpretation Gerhard Kaisers (3) stellt das genaue Gegenstück zu dem Ansatz Kittsteiners dar. Seiner Auffassung nach hat innerhalb des komplexen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Puppe und Zwerg der Zwerg die dominante Rolle inne: "Indem er die Puppe ‚bedient`, bedient er sich ihrer." Die Theologie benutzt so die Puppe, um sich selbst, die sie im Verborgenen bleiben muß ("klein und häßlich"), zur Wirkung zu bringen. Erst das "Ingenium" des Zwerges versetzt die Apparatur des historischen Materialismus in die Lage zu agieren und zu gewinnen. Die Theologie wird so zum Kern, zum eigentlichen Wesen des historischen Materialismus, wie Benjamin ihn versteht. Folgerichtig wendet sich Kaiser gegen Kittsteiners Säkularisierungsthese; gerade

das Gegenteil sei der Fall: "Benjamin theologisiert den Marxismus, so daß eben der wahre historische Materialismus (...) der sich in den ‚Thesen` darstellt, in Wahrheit die wahre Theologie ist."

Wenngleich die ingeniöse Rolle des Zwerges in dem Bild des Schachautomaten offenkundig ist, so liegt die Schwäche dieser Deutung freilich in der proklamierten Identität von Theologie und historischem Materialismus im Benjaminschen Sinne. Kaiser versucht wie Kittsteiner unter umgekehrten Vorzeichen eine Auflösung des komplizierten Spannungsverhältnisses von Subjekt und Objekt, Herr und Knecht, das sich einer solchen Auflösung nach einer Seite hin jedoch sperrt: Es handelt sich um zwei verschiedene Dinge, die nicht zu einem einzigen verschmelzen, sondern erst gemeinsam etwas zustandebringen, wozu ein jedes allein nicht in der Lage wäre.

Der in der Adorno-Tradition argumentierende Rolf Tiedemann spricht daher von einem Bündnis zweier deutlich geschiedener Dinge: "Erst wenn Theologie und historischer Materialismus sich verbündet haben, soll das Spiel beginnen können"; Ziel der gemeinsamen Anstrengung sei dabei letztlich der Sieg im Klassenkampf. (4)

Wie Tiedemann weist Christa Greffrath darauf hin, daß Benjamin vom historischen Materialismus in der ersten These in Anführungszeichen spricht, was er in allen folgenden Thesen nicht mehr tut. (5) Die Vermutung liegt daher nahe, daß er den Begriff in zweierlei Sinn verwendet. Nach Greffrath ist "die Puppe, die man ‚historischen Materialismus` nennt" (Benjamin), der Marxismus der II. Internationale. Benjamin wünscht sich wohl ihren Erfolg ("Gewinnen soll immer die Puppe"), doch er traut ihr den Sieg nicht zu und fordert daher eine Indienstnahme der Theologie. Präziser als Tiedemann mit seiner Bündnis-These, vermag Greffrath die Frage nach der Funktion dieser Indienstnahme zu beantworten: "Die Sache des Historischen Materialismus wird erst zu gewinnen sein, wenn dieser (...) sich Erfahrungen zu eigen macht, die traditionell in den Bereich der Theologie verwiesen sind." Das bedeutet, Benjamin formuliert bereits in dieser ersten These eine implizite Kritik am Historischen Materialismus so, wie dieser sich für ihn darstellt. In den folgenden Thesen entwickelt er dann eine historisch-materialistische Geschichtsauffassung, wie sie seiner Meinung nach sein sollte.

Die der Theologie zugeordneten spezifischen Erfahrungen, von denen Greffrath vermutet, daß sich in erster Linie auf sie Benjamins Interesse an Theologie richtet, werden in der 2. These angesprochen - ein Umstand, der ihrer Deutung zusätzliche Plausibilität verleiht.

Benjamin spricht in dieser These vom Glück, das nur aus seiner Negation heraus vorstellbar sei, also aus der Erfahrung eines nicht erfüllten Wunsches, einer versäumten Möglichkeit. Hier taucht erstmals die Dimension der Geschichte auf. Es ist die (unglückliche) Vergangenheit, in der sich der Wunsch nach Glück und - eine weitere zentrale Kategorie wird eingeführt - nach Erlösung konstituiert. Für Benjamin "schwingt (...) in der Vorstellung des Glücks unveräußerlich die der Erlösung mit. (...) Die Vergangenheit führt einen heimlichen Index mit, durch den sie auf die Erlösung verwiesen wird." (These 2) Damit ist ein zentrales Motiv der Thesen angesprochen: Die Hinwendung zur Vergangenheit als Ausgangspunkt für jegliche Option auf die Zukunft. "Ist dem so, dann besteht eine geheime Verabredung zwischen den gewesenen Geschlechtern und unserem. Dann sind wir auf der Erde erwartet worden. Dann ist uns wie jedem Geschlecht, das vor uns war, eine schwache messianische Kraft mitgegeben, an welche die Vergangenheit Anspruch hat." (These 2) Aus der Vergangenheit erwächst also eine Verantwortung für die Gegenwart. Die Unerfülltheit der Geschichte schafft einen Sinnzusammenhang zwischen Vergangenheit und Zukunft, der an jede gegenwärtige Generation erneut die Anforderung richtet, in der Zukunft die Erfordernisse der Vergangenheit einzulösen. Doch aus diesem nexus erfolgt nicht nur ein Anspruch an die Gegenwärtigen; ihnen wächst zugleich auch Kraft zu, wenngleich eine geringe. Mit der Kennzeichnung dieser Kraft als einer messianischen führt Benjamin in dieser These gleich einen weiteren zentralen Begriff ein. Er korrespondiert unmittelbar mit dem der Erlösung. In der jüdischen Eschatologie (d.h. Lehre von der Endzeit) ist der Messias der Erlöser. Für Benjamin ist die Erlösung aus dem in der Geschichte erfahrenen Leid nur mittels einer messianischen Kraft realisierbar. Vom Messias als Subjekt hingegen spricht er nicht oder nur als Metapher und Verweis.

Auch dies erhärtet Greffraths These, daß Benjamins Bezugnahme auf die Theologie nicht als religiöse Wendung zu verstehen ist, sondern als "Hilfskonstruktion", um seiner historisch-materialistischen Geschichtskonzeption ein spezifisches Erfahrungsmoment zu unterlegen, das er wesentlich der jüdischen Religion verdankt. Es handelt sich um das "Eingedenken" (These B), womit die konzentrierte Wendung zur und Versenkung in die Geschichte gemeint ist; eine Haltung, die Benjamin dem allein der Zukunft zugewendeten Fortschrittsoptimismus der II. Internationale diametral entgegensetzt.

Kritik des Historismus und des Fortschrittsgedankens

In seinen geschichtsphilosophischen Thesen setzt sich Benjamin kritisch mit zwei sehr verschiedenen Geschichtskonzeptionen auseinander, um aus deren Kritik seine eigene Auffassung zu entwickeln. Dabei handelt es sich zum einen um den u.a. von Leopold von Ranke im frühen 19. Jahrhundert begründeten Historismus, zum anderen um die sich in marxistischer Tradition begreifende Geschichtsauffassung der II. Internationale. Benjamins Kritik vollzieht insofern eine Wendung: Zunächst kritisiert er das bürgerlich-historistische Geschichtsverständnis mit den zu diesem Zeitpunkt durchaus gängigen Argumenten der politischen Linken; in einem zweiten Schritt wendet er sich dann gegen das ‚eigene Lager`, um, explizit vom Standpunkt eines historischen Materialisten aus, zu einer der dort vorherrschenden Doktrin entgegengesetzten Positionsbestimmung zu gelangen. Dabei wendet sich Benjamin nicht nur gegen zwei verschiedene Pole des geschichtlichen Denkens, sondern er stellt auch eine Verbindung zwischen diesen nur vordergründig gegensätzlichen Auffassungen her. Deutlicher noch als in den Thesen "über den Begriff der Geschichte" wird dies in dem, diesen wenige Jahre vorhergehenden Text über "Eduard Fuchs, der Sammler und der Historiker" ausgeführt, der deshalb in diesem Zusammenhang mit besprochen werden soll.

In These 7 wirft Benjamin die Frage auf, "in wen sich denn die Geschichtsschreibung des Historismus überhaupt einfühlt. Die Antwort lautet unweigerlich: in den Sieger. Die jeweils Herrschenden sind aber die Erben aller, die je gesiegt haben. Die Einfühlung in den Sieger kommt demnach den jeweils Herrschenden allemal zugut." Er fügt hinzu: "Damit ist dem historischen Materialisten genug gesagt." Die allein auf die Aufzählung von Fakten reduzierte, scheinbar auf jegliche Wertung und die Stiftung von Zusammenhängen verzichtende Geschichtsauffassung in der Tradition Rankes, der "bloß zeigen (wolle) wie es eigentlich gewesen" sei, ist durchaus interessegeleitet, weil sie eine Kontinuität der jeweils Herrschenden durch den gesamten Geschichtsverlauf hindurch stillschweigend voraussetzt und damit sowohl die Legitimation der aktuell Herrschenden - also der bürgerlichen Klasse - als auch aller jemals zuvor existierenden Herrschaftsverhältnisse betreibt.

Besonders offenkundig wird dies im Bereich der Kultur: In der Regel eignet sich die aktuell herrschende Klasse die Kulturprodukte an, die von den zuvor herrschenden Klassen auf dem Rücken der von ihnen Unterjochten geschaffen und hinterlassen worden sind, und stellt die eigene Kulturproduktion in die Tradition der vorhergegangenen. Gegen den Herrschaft legitimierenden und verschleiernden Charakter einer Kulturgeschichtsschreibung, die kritiklos die kulturellen Produktionen der Vergangenheit als Vorläufer der gegenwärtigen begreift, richtet sich Benjamins Kritik: "Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein. Und wie es selbst nicht frei ist von Barbarei, so ist es auch der Prozeß der Überlieferung nicht, in der es von dem einen an den anderen gefallen ist. Der historische Materialist rückt daher nach Maßgabe des Möglichen von ihr ab. Er betrachtet es als seine Aufgabe, die Geschichte gegen den Strich zu bürsten." (These 7)

Bereits an dieser Stelle, also in der der Kritik an dem Historismus gewidmeten 7. These, vollzieht Benjamin die unausgesprochene Wendung bzw. Erweiterung seiner Kritik zu einer Kritik an der Sozialdemokratie. Bis in einzelne Formulierungen hinein ("es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein") greift er hier seine 1937 in dem Aufsatz über Eduard Fuchs ausführlich entwickelte Argumentation auf. Fuchs als "Pionier der materialistischen Kunstbetrachtung" steht exemplarisch für die Kultur- und Bildungsarbeit der Sozialdemokratie seit der Jahrhundertwende, gekennzeichnet durch das Bemühen, sich die bürgerliche Kultur bruchlos anzueignen und so die Arbeiterbewegung zur Erbin der vorangegangenen Kulturgeschichte zu machen. Dazu Benjamin: "Sie (die Sozialdemokratie, V.K.) meinte, das gleiche Wissen, das die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat befestige, werde das Proletariat befähigen, von dieser Herrschaft sich zu befreien. In Wirklichkeit war ein Wissen, das ohne Zugang zur Praxis war und das das Proletariat als Klasse über seine Lage nichts lehren konnte, ungefährlich für dessen Unterdrücker." (6) Benjamins Kritik an einem unkritischen Kulturbegriff mündet also in eine Kritik an dessen negativem Effekt, nämlich seiner Kontraproduktivität für den Klassenkampf. Eine reine ",Popularisierung der Wissenschaft`" - von Benjamin in Anführungszeichen gesetzt - stelle keine Lösung dar, weil sie auf einer Auffassung des "Objekt(s) dieser Bildungsarbeit als ‚Publikum` statt als Klasse" basiere. Durch diese Herangehensweise macht die Partei das Proletariat "vom Subjekt der politischen Aktion zum Objekt ihrer Bildungsarbeit" (Greffrath).

In engem Zusammenhang mit dem ungebrochenen Verhältnis der Sozialdemokratie zur Kulturgeschichte steht ihre evolutionistische Geschichtsauffassung, die wiederum stark durch den Darwinismus beeinflußt wurde. Ausdruck dieses Geschichtsbildes ist die Überzeugung, daß der Sozialismus mit Naturnotwendigkeit eintreten werde, also der Glauben an einen quasi automatisch stattfindenden fortwährenden Fortschritt hin zum Besseren. Dieser Fortschrittsoptimismus geht beispielhaft aus folgender Passage Karl Kautskys hervor: "Wir wissen, daß unsere Ziele nur durch eine Revolution erreicht werden können, wir wissen aber auch, daß es ebenso wenig in unserer Macht steht, diese Revolution zu machen, als in der unserer Gegner, sie zu verhindern. Es fällt uns daher auch gar nicht ein, eine Revolution anstiften oder vorbereiten zu wollen." (7) Hier wird ein geschichtlicher Automatismus vorausgesetzt, der von solcher Selbständigkeit und Dynamik ist, daß ein aktives Eingreifen menschlicher Subjekte unnötig ist oder sogar störend wirkt. Die beschreibende Analyse dieses Prozesses wird somit zur Hauptaufgabe des historischen Materialismus als objektiver Wissenschaft. Die dieser Auffassung inhärente völlige Elimination subjektiven Handelns aus dem geschichtlichen Ablauf geht besonders aus einem Text des sozialdemokratischen Parteitheoretikers Josef Dietzgen hervor: "Auf dem Mechanismus des Fortschritts beruht die Zuversicht der Sozialdemokratie. Wir wissen uns unabhängig vom guten Willen. Unser Prinzip ist ein mechanisches, unsere Philosophie materialistisch." (8)

Die in solcher Argumentation enthaltene Vorstellung eines historischen Automatismus ist eine wesentliche Grundlage gewesen für die, seit der durch Eduard Bernstein um die Jahrhundertwende ausgelösten Reformismusdebatte, vollzogene Wendung der Sozialdemokratie zu einem reformistischen Politikkonzept. Benjamin stellt in seiner Kritik folgerichtig einen Zusammenhang her, wenn er sagt, daß "der sture Fortschrittsglaube dieser Politiker, ihr Vertrauen in ihre ‚Massenbasis` und schließlich ihre servile Einordnung in einen unkontrollierbaren Apparat drei Seiten derselben Sache" seien (These 10) und, schärfer noch: "Es gibt nichts, was die deutsche Arbeiterschaft in dem Grade korrumpiert hat wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom." (These 11)

Korruption und Anpassung sind aber nur eine negative Folge des von Benjamin angegriffenen Fortschrittsgedankens. Eng damit einhergehend und weit gravierender ist die historische Niederlage der Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus, die durch die evolutionistische Geschichtsauffassung nicht erklärbar ist und daher nur als "Betriebsunfall der Geschichte" oder als Übergangsstadium interpretiert werden kann. Eine solche Haltung kommt etwa in einer 1935 vor dem XVII. Parteitag der KPdSU gehaltenen Rede Josef Stalins zum Ausdruck, der den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland "auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie" wertete. (9) Zum Zeitpunkt der Niederschrift von Benjamins Geschichtsthesen freilich hatte diese "Schwäche" bereits zum Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes geführt, der Verzweiflung und Entsetzen des Exilanten ins Unermeßliche steigen ließ. Es ist daher hervorzuheben, daß Benjamin mit seiner Kritik - auch wenn er explizit stets nur von der Sozialdemokratie spricht - ebenso die III. Internationale meint, deren Geschichtsbild durchaus in Kontinuität zu dem der II. Internationale stand. So wendet er sich gegen "das Staunen darüber, daß die Dinge, die wir erleben, im zwanzigsten Jahrhundert ‚noch` möglich sind", mit der Feststellung: "Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der ‚Ausnahmezustand`, in dem wir leben, die Regel ist. Wir müssen zu einem Begriff der Geschichte kommen, der dem entspricht. Dann wird uns als unsere Aufgabe die Herbeiführung des wirklichen Ausnahmezustands vor Augen stehen; und dadurch wird unsere Position im Kampf gegen den Faschismus sich verbessern. Dessen Chance besteht nicht zuletzt darin, daß die Gegner ihm im Namen des Fortschritts als einer historischen Norm begegnen." (These 8) Zwei zentrale Aussagen sind in dieser Passage enthalten: Zum einen die Überzeugung, daß eine Erlösung der Menschheit von ihrem Leid, das durch Faschismus und Krieg auf den Höhepunkt getrieben wird, nicht durch ein stetiges Voranschreiten des Fortschritts, sondern vielmehr nur mittels eines radikalen Bruchs mit dem Kontinuum des entsetzlichen Geschehens möglich ist; zum anderen der Vorwurf an die Fortschrittsgläubigen, mit eben diesem Denken den Sieg des Faschismus noch befördert zu haben.

Dieser zweite Gedanke wird an einer anderen Stelle nochmals und in neuem Kontext behandelt. In der 11. These, die einer expliziten Kritik der Sozialdemokratie gewidmet ist, kommt er auf die andere Seite des Fortschrittsoptimismus zu sprechen: Die uneingeschränkte Bejahung des technologischen Fortschritts und der Naturbeherrschung; eine Haltung, die bereits in der Entwicklung der Produktivkräfte per se einen Fortschritt erblickt, ohne die damit einhergehende Ausbeutung und Zerstörung zu erkennen. Benjamin kritisiert, die Sozialdemokratie "will nur die Fortschritte der Naturbeherrschung, nicht die Rückschritte der Gesellschaft wahr haben." Diese Haltung weise "schon die technokratischen Züge auf, die später im Faschismus begegnen werden." (These 11) Ohne eine Identität sozialdemokratischen und faschistischen Gedankenguts zu

behaupten, zeigt Benjamin eine Verbindungslinie zwischen dem Technikfetischismus und Sozialdarwinismus des Faschismus und ähnlichen Denkmotiven seiner politischen Gegner auf, die faktisch den Sieg des Faschismus erheblich befördert haben, weil dieser so an bereits in den Massen - meist unter "fortschrittlichem" Vorzeichen - verankerte Ideologeme anknüpfen konnte (etwa die Eugenik oder das Führerprinzip, aber eben auch die Unterwerfung und totale Beherrschung der Natur durch technischen Fortschritt).

Schon früh hat sich Benjamin gegen den Technikfetischismus gewandt. In dem 1928 erschienenen Band "Einbahnstraße" schrieb er: "Naturbeherrschung, so lehren die Imperialisten, ist Sinn aller Technik. Wer möchte aber einem Prügelmeister trauen, der Beherrschung der Kinder durch die Erwachsenen für den Sinn der Erziehung erklären würde? Ist nicht Erziehung vor allem die Ordnung des unerläßlichen Verhältnisses zwischen den Generationen und also, wenn man von Beherrschung reden will, Beherrschung der Generationsverhältnisse und nicht der Kinder? Und so auch Technik nicht Naturbeherrschung: Beherrschung vom Verhältnis zwischen Natur und Menschheit." (10) Auf menschliche Emanzipation gerichtetes Handeln muß demnach auch mit dem Gedanken der Naturbeherrschung brechen. Folgerichtig kritisiert Benjamin daher in dem Aufsatz über Eduard Fuchs neben der Vorstellung, die Arbeiterklasse brauche sich nur einfach das Bildungsgut des Bürgertums anzueignen, auch die Vorstellung, das Proletariat müsse nur in den Besitz der Technik gelangen, um den Kapitalismus zu überwinden; eine Vorstellung, die die "destruktive Seite" der technischen Entwicklung verkenne.

Zeit und Aktion

Der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie und dem von ihr repräsentierten Fortschrittsgedanken wird in Benjamins Thesen viel Raum gewidmet; im Anschluß an die Kritik des aus der Fortschrittsideologie resultierenden politischen "Konformismus" (These 11) richtet er sein Augenmerk auf den ihr zugrundeliegenden Zeitbegriff. In These 12 thematisiert er die Frage der Motivation für politisches Handeln und schließt damit an seine Überlegungen in der 2. These über die Bestimmung des Glücks aus dem in der Vergangenheit erfahrenen Unglück an: "Sie (die Sozialdemokratie, V.K.) gefiel sich darin, der Arbeiterklasse die Rolle einer Erlöserin künftiger Generationen zuzuspielen. Sie durchschnitt ihr damit die Sehne der besten Kraft. Die Klasse verlernte in dieser Schule gleich sehr den Haß wie den Opferwillen. Denn beide nähren sich an dem Bild der geknechteten Vorfahren, nicht am Ideal der befreiten Enkel." (These 12) Die einander antithetisch gegenübergestellten "befreiten Enkel" und "geknechteten Vorfahren" stehen hier stellvertretend für zwei grundsätzlich unterschiedliche Sichtweisen auf die Geschichte. Benjamin wendet sich gegen einen Blick nach vorn, der die Vergangenheit als unwiderruflich vergangen hinter sich läßt. Gerade das in der Vergangenheit erlittene Leid der Vorfahren ist für ihn Quelle nicht nur des Willens zur Veränderung, sondern auch der Kraft ("Haß" und "Opferwille") dazu. Zugleich richtet sich seine Kritik gegen die Verheißung einer dereinst erlösten Zukunft, die ein Abfinden mit der unerlösten Gegenwart und ein Abschreiben der Vergangenheit implizit enthält.

Reformistische Politik, Fortschrittsoptimismus und die Vorstellung von Geschichte als eines "homogene und leere Zeit durchlaufenden Fortgangs" (These 13) gehören für Benjamin unmittelbar zusammen. Gegen den Zeitbegriff, der Geschichte als "Kontinuum" (These 14) und Gegenwart als "Übergang" zwischen Vergangenheit und Zukunft (These 16) begreift, setzt er seine These: "Geschichte ist Gegenstand einer Konstruktion", die durch "von Jetztzeit erfüllte" Zeit gebildet werde. (These 14)

Als "Gegenstand einer Konstruktion" verliert Zeit ihren (nur scheinbar) neutralen Charakter; sie wird durch wertende Betrachtung definiert, erfährt Verdichtung und Sinngebung gleichermaßen durch historisches Handeln wie durch Reflexion. "Jetztzeit" ist der akute, mit Bedeutung aufgeladene Moment, ein gewissermaßen tiefgefrorener Augenblick höchster Anspannung und radikaler Umwälzung. Mit dieser Auffassung begibt sich Benjamin in direkten Gegensatz zu der Vorstellung von Revolution als einer bewegten und erfüllten Phase der Veränderung eines zuvor ruhigen und gleichförmigen Zustandes. Für ihn ist Revolution vielmehr "Stillstand" der Geschichte (These 16), also das ersehnte Ende eines als unheilvoll erkannten Verlaufs - eben jenes Fortschritts, der für ihn nichts als fortschreitendes Unglück bedeutet. Hier schließt sich der Kreis zu dem zu Beginn der Thesen eingeführten Bild der "Erlösung", die nur durch "messianische Kraft" zu bewirken sei: Erst durch ein Innehalten der Geschichte kann das in ihr erfahrene Unglück aufgehoben und die aus ihr erwachsene Sehnsucht nach Glück eingelöst werden.

Nicht ein Messias jedoch ist aktives Subjekt dieses Vorgangs, sondern "die letzte geknechtete, (...) rächende Klasse (...), die das Werk der Befreiung im Namen von Generationen Geschlagener zu Ende führt". (These 12) Dabei sind für Benjamin revolutionäre Aktion und historische Erkenntnis stets identisch: "Das Bewußtsein, das Kontinuum der Geschichte aufzusprengen, ist den revolutionären Klassen im Augenblick ihrer Aktion eigentümlich." (These 15) Geschichte schreiben und Geschichte machen verschmelzen so zu ein und demselben Vorgang.

Zur Konstruktion gegenwärtiger "Jetztzeit" gehört auch die Anknüpfung an mit "Jetztzeit geladene Vergangenheit". (These 14) Als Beispiel für solch einen "Tigersprung ins Vergangene" (These 14) nennt Benjamin den Rückgriff der französischen Revolution auf das antike Rom. Damit ist Geschichte kein Kontinuum mehr, sondern Material für neue Sinnkonstruktionen, ihre Homogenität radikal und unwiderruflich gesprengt.

Die Stillstellung nicht nur des geschichtlichen Ablaufs, sondern auch der Gedanken ist für Benjamin bedeutsam als Moment der Erkenntnis. Denn "wo das Denken in einer von Spannung gesättigten Konstellation plötzlich einhält, da erteilt es derselben einen Chock, durch den es sich als Monade kristallisiert." (These 17) Mit dem Begriff "Chock" greift Benjamin auf einen Terminus zurück, der in seinem Aufsatz über das "Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit" eine gewichtige Rolle innehat. In diesem Text analysiert er die Chockwirkung des modernen Mediums Film aufgrund der auf den Betrachter einströmenden schnellen Abfolge verschiedener Eindrücke und daraus entstehender Assoziationen als Auslöser einer neuen, distanzierteren und kritischeren Rezeptionshaltung, die der Erkenntnis förderlich sei. (11)

Auch in den Geschichtsthesen stellt Benjamin einen direkten Zusammenhang her zwischen dem - nun durch die in spannungsgeladener "Jetztzeit" bewirkte "Stillstellung der Gedanken" (These 17) - erzeugten Chock und der daraus folgenden Möglichkeit kritischer Erkenntnis. In dem Moment der Stillstellung nämlich "kristallisiert" sich das Denken "als Monade", und "der historische Materialist geht an einen geschichtlichen Gegenstand einzig und allein da heran, wo er ihm als Monade entgegentritt. In dieser Struktur erkennt er das Zeichen einer messianischen Stillstellung des Geschehens, anders gesagt, einer revolutionären Chance im Kampfe für die unterdrückte Vergangenheit. Er nimmt sie wahr, um eine bestimmte Epoche aus dem homogenen Verlauf der Geschichte herauszusprengen". (These 17) Im Begriff der Monade kulminiert das geschichtsphilosophische Denken Benjamins. Er ist das konsequent zu Ende gedachte Gegenstück zu jeder Konzeption eines "narrativen Duktus" (Mensching) der Zeit. In der Monade - dem Einzelnen als Spiegel des Ganzen - gerinnt die gesellschaftliche Totalität zum bewußtseinsmäßig erfaßbaren Moment, wird geschichtliche Realität erst erkennbar. Parallelen zu den ästhetischen Positionen Benjamins sind hier unverkennbar. In seinen Analysen des "epischen Theaters" von Brecht (12) hebt er dessen antinarrativen Charakter, die "Entdeckung (Verfremdung) von Zuständen(...) mittels der Unterbrechung von Abläufen" hervor und vergleicht dies mit dem chockhaften Effekt des Films: "So entstehen Intervalle, die die Illusion des Publikums eher beeinträchtigen. (...) Diese Intervalle sind seiner (des Publikums, V.K.) kritischen Stellungnahme (...) vorbehalten." Benjamin beschreibt also die blitzartige Erkenntnis mittels des Innehaltens eines Prozesses für die ästhetische und die historische Wahrnehmung als ein und denselben Vorgang. In beiden Fällen geht es um kritisches Verstehen als aktive Handlung.

Benjamins Gleichsetzung geschichtlicher Erkenntnis und geschichtlichen Handelns führt zu der Frage, worin überhaupt seiner Auffassung nach historische Aktivität besteht. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß sein Geschichtsbild im Gegensatz zu dem des Historismus sehr wohl ein Subjekt der Geschichte kennt, er benennt es als "die kämpfende, unterdrückte Klasse" (These 12) und läßt damit nur implizit den Rückschluß zu, daß er sich im Marxschen Sinne auf die Arbeiterklasse bezieht. Obwohl die Kritik an der Sozialdemokratie innerhalb der Thesen rrelativ viel Raum einnimmt, ist doch auffallend, daß Benjamin nur wenige Aussagen darüber trifft, wie die revolutionäre historische Aktion seiner Meinung nach aussehen sollte. In These 12 bezieht er sich allerdings positiv auf zwei historische Beispiele: Er nennt die Namen "Spartacus" und "Blanqui". Mit dem Bezug auf die Gruppe um Rosa Luxemburg stellt er zunächst eine augenfällige Parallele her: Die völlig minoritäre und aussichtslose Position der radikalen Kriegsgegnerschaft während des Ersten Weltkrieges kann als Analogie zur verzweifelten und isolierten Situation linker Exilanten zu einem Zeitpunkt, da "die Politiker, auf die die Gegner des Faschismus gehofft hatten, am Boden liegen und ihre Niederlage mit dem Verrat an der eigenen Sache bekräftigen" (These 10), verstanden werden. Zugleich nimmt Benjamin damit Stellung zugunsten der antireformistischen Haltung Luxemburgs, wie sie sich etwa in ihrer Befürwortung und

theoretischen Ausarbeitung des politischen Massenstreiks ausdrückte. Mit Louis-Auguste Blanqui bezieht sich Benjamin positiv auf einen französischen Revolutionär des 19. Jahrhunderts, der von Marx, Engels und insbesondere Lenin geradezu als Personifikation eines kritikwürdigen politischen Aktionismus abgeurteilt worden ist. Seine Kritik an der Sozialdemokratie gerät hier, wenngleich ohne dies beim Namen zu nennen, zu einer Abgrenzung auch gegenüber dem Revolutionskonzept der Klassiker. Trotz der eher vagen Bezugnahme auf die Arbeiterklasse als historisches Subjekt befindet sich die aus Benjamins geschichtsphilosophischen Thesen erwachsende Konzeption der Revolution als "Stillstand" und "Erlösung" tendenziell im Gegensatz zur Marxschen Auffassung, indem sie die individuelle Aktion, den voluntaristischen Akt als "Sprung unter dem freien Himmel der Geschichte" (These 14) zur revolutionären Aktion erklärt.

Angesichts der ausführlichen Auseinandersetzung Benjamins mit zeitbezogenen Problemen wie dem Sieg des Faschismus, der Niederlage der Arbeiterbewegung und der Mitverantwortung der II. Internationale und der Sowjetunion für diese Niederlage ist davon auszugehen, daß seine geschichtsphilosophischen Thesen durchaus von der Intention getragen waren, Grundlagen für eine erneuerte politische Praxis zu schaffen, und diese wiederum mußten wesentlich auf dem Verstehen der soeben sich vollziehenden Katastrophe basieren. Darauf weisen auch Äußerungen aus seinen im Zusammenhang mit den Thesen stehenden Notizen hin wie etwa jene über die "Notwendigkeit einer Theorie der Geschichte, von der aus der Faschismus gesichtet werden kann". (13) Tiedemann spricht unter Verweis auf den Hitler-Stalin-Pakt davon, daß "die Thesen eine bestimmte politische Situation voraus(setzen), die zunehmend aussichtslos erscheinen mußte"; es ließe sich daher "als Benjamins verborgene Absicht" erweisen, "dennoch eine politische Alternative zu gewinnen". Auch wenn aus den Thesen keineswegs konkrete Anweisungen für politisches Handeln etwa in Gestalt putschartiger Aktionen o.ä. herauszulesen seien, so könne man in ihnen doch "theoretische Gehalte des Anarchismus" identifizieren. (14)

Tatsächlich sind wesentliche, nicht zuletzt in den geschichtsphilosophischen Thesen enthaltene Gedankengänge Benjamins wiederzuerkennen in der politischen Theorie und Praxis der Neuen Sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre. Dabei handelt es sich insbesondere um Benjamins Kritik des Fortschritts, der technologischen Entwicklung und der Naturbeherrschung. Aber auch die in seinen Thesen keimhaft enthaltene Konzeption einer Politik, die als Subjekt gesellschaftlicher Veränderung eher die "Unterdrückten" (These 8) auffaßt als eine soziale Klasse, und die als Auslöser der Veränderung nicht einen quasi naturgesetzlichen Prozeß, basierend auf der Entwicklung der Produktivkräfte begreift, sondern die von Individuen getragene Anstrengung, kann als frühe Vorläuferin einer in kritischer Angrenzung gegenüber den sich in marxistischer Nachfolge begreifenden Konzeptionen gesellschaftlicher Umwälzung entstandenen Auffassung politischer Aktion aufgefaßt werden. Der Rückgriff auf die Rezeption frühsozialistischer, anarchistischer und rätedemokratischer Autoren für die Theoriebildung der neuen sozialen Bewegungen war ein naheliegender Schritt.

Diese Charakterisierung Benjamins korrespondiert mit folgender, freilich kritisch intendierter, Kennzeichnung seiner geschichtsphilosophischen Thesen durch Tiedemann: "Trüb mischen sich darin Bestandstücke des utopischen Sozialismus mit solchen des Blanquismus, um zu einem politischen Messianismus zusammenzutreten, der weder den Messianismus ganz ernst nehmen noch ernsthaft in Politik überführt werden kann." (15) Und Habermas konstatiert bei Benjamin "eine höchst vermittelte Stellung zur politischen Praxis"; er ziele zwar gegen einen "freudlosen Reformismus", bleibe dabei aber unfähig, "die Schritt für Schritt vorgenommenen Negationen der Armut und selbst der Unterdrückung" wahrzunehmen. (16) In der Tat sperren sich die geschichtsphilosophischen Thesen Benjamins grundsätzlich gegen jede reformistisch intendierte Lesart; sie taugen nicht als philosophischer Hintergrund für kollektive Strategien von Massenorganisationen noch eines geordneten Übergangs. Sie sind vielmehr Ausdruck einer Haltung, die notwendigerweise stets nur individuell sein kann, und dies geboren aus einer spezifischen historischen Situation heraus, die geprägt von Einsamkeit, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit war. Benjamin versuchte in seinem letzten Text eine Haltung zu exemplifizieren, die ein Weiterleben, Weiterdenken trotz Verrats und Niederlage überhaupt ermöglichen kann. Seine Thesen sind insofern nicht nur Ausdruck der Hoffnungslosigkeit, sondern auch des Widerstands dagegen, nicht nur der Verzweiflung, sondern auch des Muts. Damit sind zugleich die Grenzen ihrer politischen Relevanz gekennzeichnet: Sie taugen für die Niederlage, für das verzweifelte Entgegenstemmen gegen einen tatsächlich oder auch nur scheinbar unaufhaltbaren Fortgang der Zerstörung und des Schreckens - so also beispielsweise für eine Abwehrbewegung gegen Atomkraftwerke oder Atomraketen. Sie sind

hingegen untauglich für den planmäßigen Kampf um die Eroberung gesellschaftlicher Machtpositionen und für jegliche auf Transformation angelegte langfristige Strategie.

Dennoch sind Benjamins Thesen in mehrfacher Hinsicht nicht frei von jedweder historischer Zielorientierung. Bei ihm tritt das telos (Ende, Ziel; Anm. ak) in Gestalt des Messianischen auf. Das Ende der katastrophischen Geschichte - bei Marx das Ende der "Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft" - wird zwar keineswegs mit mechanischer Sicherheit eintreten, ist aber historisch notwendig in dem Sinne, daß eine Fortsetzung des Bisherigen als unerträglich empfunden wird. Mit dem Messias hat Benjamin nicht zufällig eine Metapher gefunden, die einerseits größte Ungewißheit über das "wann", nicht aber über das "ob" ihres Eintretens impliziert. Für die Juden, schreibt Benjamin, "war jede Sekunde die kleine Pforte, durch die der Messias treten konnte" (These B). An dieser Stelle schlägt Benjamins Zielsetzung des Innehaltens von der als historische Notwendigkeit begründeten Forderung um in reine Hoffnung. Der wesentliche Unterschied zwischen Benjamin und Marx besteht daher nicht in der Orientierung auf ein historisches Ziel, sondern vielmehr in dem argumentativen Kontext dieser Orientierung. Bei Marx ist der Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft von den Frühschriften an als eine aus den von der kapitalistischen Gesellschaftsformation - also in der Gegenwart - zu schaffenden materiellen Voraussetzungen erwachsende Entwicklung gefaßt, die es zu beschreiben und zu analysieren gilt. Bei Benjamin dagegen fehlt das Moment der Analyse zwar nicht vollständig, es bleibt aber reduziert auf den kritischen Umgang mit dem Geschehenen; das von ihm angestrebte Innehalten des zerstörerischen Fortschrittsprozesses ist nicht Gegenstand der Reflexion oder der Analyse, sondern bleibt reduziert auf einen Wunsch, eine Hoffnung, einen verzweifelten Aufschrei. Bei Marx ist - in den Worten Althussers - jede Aussage über die Zukunft "nur die Verlängerung - provisorisch formuliert und ex negativo - der Möglichkeiten einer gegenwärtigen Tendenz, der Tendenz zum Kommunismus, die an einer ganzen Reihe von Phänomenen der kapitalistischen Gesellschaft zu beobachten ist." (17) Benjamin aber hatte in der Situation, in der er sich zum Zeitpunkt der Niederschrift seiner Thesen befand, überhaupt nicht die Möglichkeit, Tendenzen der Gegenwart zu ermitteln, die nicht in die noch größere Katastrophe führen. Marx war Zeitgenosse des wichtigsten frühen sozialistischen Experiments - der von ihm als "die entschiedene Negation" der bürgerlichen Staatsmacht gefeierten Pariser Commune 1871; Benjamin dagegen mußte den Nationalsozialismus auf der Höhe seiner Macht erleben. Die Historizität geschichtsphilosophischer Aussagen wird hier evident: Anders als Marx hat Benjamin der faschistischen Barbarei ins Auge geblickt. Seine Thesen wurden im Angesicht des Schreckens geschrieben - eines Schreckens, der die Alternative "Sozialismus oder Barbarei" aufs Drastischste in Erinnerung gerufen hat.

Anmerkungen:

1) Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. I/2, Frankfurt/Main 1991, S. 693-704.

2) Heinz-Dieter Kittsteiner, Die "geschichtsphilosophischen Thesen", in: Peter Bulthaup (Hg.), Materialien zu Benjamins Thesen "über den Begriff der Geschichte, Frankfurt/Main 1975, S. 28-42, zuerst erschienen in: alternative. Zeitschrift für Literatur und Diskussion, Jahrgang 10, Doppelnummer 56/57, 1967, S. 243-251.

3) Gerhard Kaiser, Walter Benjamins Geschichtsphilosophische Thesen", in: Siegfried Unseld, Zur Aktualität von Walter Benjamin, Frankfurt/Main 1972, S. 43-76.

4) Rolf Tiedemann, Historischer Materialismus oder politischer Messianismus?, in: Bulthaup, a.a.O., S. 77-121.

5) Krista R. Greffrath, Der historische Materialist als dialektischer Historiker, in: Bulthaup, a.a.O., S. 193-230.

6) Walter Benjamin, Eduard Fuchs, der Sammler und der Historiker, in: Ders., Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Drei Studien zur Kunstsoziologie, Frankfurt/Main 1977, S. 65-107.

7) Karl Kautsky, Der Weg zur Macht, Berlin 19203, S. 57, zitiert nach: Greffrath, a.a.O., S. 200.

8) Josef Dietzgen, Sozialdemokratische Philosophie, Schriften Bd. 1, Berlin 1930, S. 165f, zitiert nach: Günther Mensching, Zeit und Fortschritt in den geschichtsphilosophischen Thesen Walter Benjamins, S. 181, in: Bulthaup, a.a.O., S. 170-192.

9) Josef Stalin, Rede auf dem XVII. Parteitag der KPdSU 1935, zitiert nach Georgi Dimitroff, in: Reinhard Kühnl (Hg.), Faschismusdiskussion, Reinbek 1983, S. 58.

10) Benjamin, Einbahnstraße, Frankfurt/Main 1955, S. 125.

11) Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, im gleichlautenden Sammelband, S. 7-44.

12) Walter Benjamin, Versuche über Brecht, Frankfurt 1971

13) Walter Benjamin, Werke Bd. I/3, S. 1244.

14) Tiedemann, a.a.O., S. 100f.

15) Tiedemann, a.a.O., S. 109.

16) Jürgen Habermas, Bewußtmachende oder rettende Kritik?, in: Unseld, Zur Aktualität...a.a.O., S. 212 und 219.

17) Louis Althusser, Die Krise des Marxismus, Hamburg 1978, (Reihe Positionen) S. 71.

34. "Historisierung" und Entschuldung. Der Geschichtsrevisionismus der "Zitelmann-Gruppe"

Autor: P. Klimann · Rubrik: Rechte, Neue; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:31

In Cottbus wird der Führer einer militant-neonazistischen Organisation zum offiziell anerkannten Ordnungsfaktor, derweil seine "Kameraden" mit "ordnungsliebenden" Bürgern Pogrome organisieren. Die FDP diskutiert mit dem österreichischen Rechtsradikalen Haider über liberale Politik. Und auch einige bundesdeutsche Wissenschaftler sind um den Fortschritt in dieser Republik bemüht. Darunter die Gruppe um den Junghistoriker Zitelmann, die unter der Fahne "Historisierung" des Nationalsozialismus eine Neubewertung des NS-Regimes vorzunehmen bestrebt ist.

Die Forderung nach einer "Historisierung des Nationalsozialismus" stellte erstmals in dieser Ausdrücklichkeit 1985 der seinerzeitige Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Martin Broszat, zur Diskussion. (1)

Broszat war der Auffassung, die zeitliche Distanz ermögliche einen neuen Blick auf die Epoche der Naziherrschaft. Etwa durch die verstärkte Betrachtung der alltags- und sozialgeschichtlichen Fakten (z.B. der NS-Sozialpolitik) könne eine zum "Ritual" erstarrte "Pauschaldistanzierung" gegenüber dem NS-Regime, die auch "eine Form der Verdrängung und Tabuisierung" bedeute, aufgebrochen werden - "dieses zutiefst verderbte Kapitel der deutschen Geschichte (solle) überhaupt wieder als ein Stück der eigenen Geschichte integrierbar" werden. Es sei notwendig, den Nationalsozialismus nicht mehr isoliert zu betrachten, sondern ihn in den Zusammenhang der gesamten deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts einzubinden. Broszat spricht zwar von einer notwendigen Änderung des Gesamtbildes dieser Epoche, plädiert aber "für die Normalisierung der Methode, nicht der Bewertung".

Eine grundsätzliche Kritik an diesem Plädoyer entwickelte u.a. Saul Friedländer in einem "deutsch-jüdischen Dialog". (2) Einigkeit bestand zwischen Broszat und Friedländer darin, "keine Aufweichung der politisch-moralischen Beurteilung des Unrechtscharakters der NS-Herrschaft" (Broszat) zuzulassen. Friedländer hält angesichts der in den letzten Jahrzehnten geleisteten differenzierenden Forschungsarbeit die Forderung nach "neuen" Methoden nicht nur für überflüssig, sondern hat auch grundlegende Zweifel, daß auf diesem Wege die anvisierte "moralische Sensibilisierung" gegenüber der NS-Geschichte erreicht werden könne. Im Gegenteil: Wenn der Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte eingebunden werden und so wie andere Epochen auch betrachtet werden solle, bedeute schon das eine Relativierung. Man könne die Kontinuitäten vor 1933 und nach 1945 auch untersuchen, wenn weiterhin die Zeitspanne 1933-45 als "Brennpunkt" erhalten bleibe. Er sieht weiterhin die Gefahr, daß sich durch eine Konzentration auf Alltagsgeschichte oder Modernisierungsprozesse die Geschichtsschreibung von den wesentlichen Inhalten nationalsozialistischer Herrschaft wegorientiere und sich daraus eine grundsätzlich andere Bewertung des NS-Regimes ergeben könnte.

Friedländer will damit in Übereinstimmung mit Broszat zwar nicht bestimmte Themen aus der Forschung heraushalten, fordert aber, die spezifisch verbrecherische Dimension des Nationalsozialismus im Auge zu behalten. Da es auch trotz der Zeitspanne seit 1945 keine "neutrale" Wissenschaft geben könne, sei eine Distanz des Historikers zum Gegenstand seiner Untersuchung unabdingbar, um eine Relativierung national-sozialistischer Verbrechen zu vermeiden. (3)

Hinzu komme, daß der Begriff der Historisierung, wie auch Broszat eingestand, vieldeutig und damit ein Mißbrauch nicht auszuschließen sei. Angesichts dieser Probleme und der "gegenwärtigen" politisch-ideologischen Bedingungen hielt es Friedländer schon 1987 für möglich, daß die Historisierung sich zu einer Art traditionellem "Historismus" entwickeln, d.h. zur positiven Identifikation mit dem Nationalsozialismus führen könnte.

Die "Zitelmann-Gruppe"

Die aus jungen, "unbelasteten" Historikern bestehende Seilschaft (4) um Rainer Zitelmann (Jg. 1957, arbeitet an der FU Berlin) setzt heue die Art von Historisierung fort, die Ernst Nolte u.a. mit den in den sog. Historikerstreit mündenden geschichtsrevisionistischen Thesen begonnen hatte. (5) Eine Beschäftigung mit

ihnen ist aus mehreren Gründen notwendig. Der Zitelmann-Gruppe, von denen viele auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichen (6), gelingt es, für ihre Bücher zahlreiche Autoren zu gewinnen, die zwar auch die Notwendigkeit einer "Historisierung" betonen, z.T. aber völlig konträre Positionen vertreten. Sie beherrschen mit ihren Kolumnen und Rezensionen die kulturpolitischen Seiten der großen konservativen Tageszeitungen; ihre zahlreichen Bücher werden nicht nur dort, sondern auch in neofaschistischen Zeitungen wie "Nation Europa" wohlwollend bis begeistert aufgenommen. (7) Dies gilt auch für das von R. Zitelmann, U. Backes und E. Jesse herausgegebene Buch Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus (8), dem Adolf von Thadden, Ex-NPD-Chef und heute Funktionär der "Deutschen Liga für Volk und Heimat", immerhin ganze fünf Seiten widmet. (9)

In einem Eingangsbeitrag beschreiben die Herausgeber, worum es ihnen bei der "Historisierung" geht: "Die ‚Rituale einer falschen Unterwürfigkeit`" müßten überwunden werden, eine "von moralisierenden Gesinnungsstatements und manichäistischen Schwarz-Weiß-Bildern bestimmte Geschichtsbetrachtung" sei abzulehnen. Die Kritik an der im "Historikerstreit" betriebenen Entschuldung deutscher Vergangenheit sehen sie als Beispiel einer "ritualisierten Vergangenheitsbewältigung". Sie wenden sich dagegen, "wissenschaftlichen Pluralismus durch Ausgrenzung unbequemer Positionen einzuschränken" und bedauern, daß "dogmatische Vorgaben, inquisitorische Praktiken, konformistischer Meinungsdruck (...) die Lust am experimentellen Denken" zerstören. Der NS solle "vergleichbar etwa mit der Erforschung jahrhundertelang zu-rückliegender Epochen" wertneutral betrachtet werden. Historische Wahrheit sei nur, wie sie am Beispiel von Julius Cäsar demonstrieren, durch das Auftreten von Verteidigern und Anklägern zu ermitteln. Die Wissenschaft lehne Schauprozesse ab, sie verlange - die Herausgeber zitieren hier zustimmend Nolte - "die Durchführung regulärer Gerichtsverfahren (...), in denen Entlastungszeugen wirklich angehört werden" - als sei ein endgültiges Urteil über das NS-Regime noch nicht gesprochen. Wen sie dabei als Verteidiger, als Streiter um die "historische Wahrheit" im Sinn haben, wird durch ihre Kritik an der Tatsache deutlich, daß Werke von "Arthur Butz, Richard Harwood und Wilhelm Stäglich, welche die Massenvernichtung der Juden" leugnen, auf dem Index der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften stehen. Diese Institution werde als "Vehikel der Vergangenheitsbewältigung mißbraucht". Sie fordern die Freigabe der Bücher: "Für eine indizierte Schrift besteht Werbeverbot. Noch gravierender" aber sei, daß deren Autoren "als sozial geächtet gelten".

Als Beispiel von "Objektivität und Differenziertheit" preisen sie die Erkenntnis, daß "Hermann Göring eben nicht zu der ‚Nazi-Clique` gehörte, die Deutschland in den Krieg treiben wollte" und daß "Robert Ley (Führer der Deutschen Arbeitsfront, d.V.) eine in manchen Bereichen fortschrittliche, auf ‚Chancengleichheit` für Angehörige der ‚deutschen Volksgemeinschaft' zielende Sozialpolitik betrieben (habe)". Sie bedauern, daß diese Ergebnisse der "Spezialforschung" noch keinen Einfluß haben auf das "einseitige Bild des Dritten Reiches, wie es beispielsweise in Medien und Schulbüchern oftmals vermittelt wird". Grund dafür sei eine "Pädagogisierung" der Geschichtsschreibung, soll heißen, aus Erziehungsgründen habe man der Bevölkerung den Nationalsozialismus zu undifferenziert und einseitig dargestellt. So sei leider auch der 50. Jahrestag des "Kriegsausbruchs" nicht ohne "volkspädagogische Intentionen" erörtert worden. Der Autor Bernd-Jürgen Wendt verweise dagegen - "ohne die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg relativieren zu wollen" - auf die Eigendynamik des internationalen Rüstungswettlaufs, die "eine ‚Flucht nach vorn` zwar nicht unvermeidlich" habe erscheinen lassen, aber doch nahegelegt habe". Die Nazis also doch mögliche Opfer, die in den Krieg getrieben wurden? Noltes Auffassung, nach Jahrzehnten der Schuldzuweisung an Deutschland sei es vielleicht "eine sinnvolle, sehr notwendige Selektion", jetzt eine Entlastung Deutschlands zu betreiben, damit die Wissenschaft aus Mangel an einer Gegenposition nicht zur Legende werde, wird von den Herausgebern als "interessantes Gedankenexperiment" gewertet.

"Selbstquälerische Vergangenheitsbewältigung"

In seinem Beitrag "Philosemitismus, Antisemitismus und Anti-Antisemitismus" bezeichnet Eckhard Jesse es als "volkspädagogische Argumentation", wenn beim Streit über historische Thesen "auf die Empfindungen der Opfer des Nationalsozialismus" Rücksicht genommen werde. "Der Hinweis auf verräterische Tabus" sei "unumgänglich", die "selbstquälerische Form der Vergangenheitsbewältigung" müsse nun ein Ende haben. Dem inzwischen verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, wirft er vor, "mit schrillen Worten vor ‚neofaschistischen` Umtrieben" zu warnen "und (zu versuchen,) den Eindruck einer akuten rechtsextremistischen Bedrohung zu erwecken". "Das Pendant zur fehlenden ‚Historisierung` des Nationalsozialismus zeigt sich in einer aufgeregten Bewältigungsmanie von Teilen der öffentlichen Meinung",

die sich in dem "Paradoxon" zeige, daß "viele Kritiker des Antisemitismus (...) um so lautstärker und unbarmherziger (argumentieren), je schwächer er in Wirklichkeit ist". Sein Beleg: die "geradezu hysterische Reaktion auf jenen Bürgermeister von Korschenbroich (Graf Spee-Mirbach), der vor dem Hauptausschuß des Rates unvernünftigerweise ein altes - antisemitisches - Sprichwort gebraucht hatte - zum Ausgleich des Gemeindehaushalts "müßte man schon einige reiche Juden erschlagen".

Die "überzogenen" Reaktionen hätten, so Jesse, "antisemitische Stimmungen weit stärker entfacht" als eben jene Äußerung des Bürgermeisters. Aber: "Jüdische Organisationen brauchen Antisemitismus in einer gewissen Größenordnung, um für ihre Anliegen Gehör zu finden ..." - Gegner des Antisemitismus sind nach dieser Logik dessen Hauptverursacher und Juden nicht etwa Opfer des Antisemitismus, sondern Nutznießer! Überhaupt gebe es in der BRD eine "vielfach privilegierte jüdische Position", aber zum Glück sei "der jüdische Einfluß nicht allmächtig", wie "der Besuch Reagens in Bitburg" gezeigt habe.

Zwar dürfe der "tatsächliche Antisemitismus der NS-Zeit nicht banalisiert" werden, aber die von Israel betriebene "Instrumentalisierung des Holocaust" sei "keine Basis für Versöhnung, abgesehen davon, daß Israel sich dadurch auf Dauer schadet. So lähmt die Holocaust-Fixierung angesichts der sich zuspitzenden israelisch-palästinensischen Bürgerkriegssituation die Wehrbereitschaft jüngerer Israelis."

Ernst Bloch -

der "enthemmte Jude"

Nolte - er referierte am 13. Mai dieses Jahres auch bei der neofaschistischen Münchner Burschenschaft "Danubia" (10) - ist mit dem Beitrag "Abschließende Reflexionen über den sog. Historikerstreit" vertreten, der zeigen soll, "daß eine Bewegung (der NS, d.Verf.), die gegen das (...) kommunistische System auf den Plan trat, in ihrer Intention nicht von vornherein im Unrecht sein mußte". Bekanntlich hat Nolte den "Klassenmord" der Bolschewiki als das logische und faktische Prius des "Rassenmords" der Nationalsozialisten bezeichnet. "Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische` Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen` Tat betrachteten?" (11) Dieser Logik folgend beschreibt er die Judenvernichtung als eine zwar "über alle konkreten Erfordernisse" hinausgehende, aber "präventive (...) Bekämpfung von Feinden" (Hervorhebung im Original). Er versucht, diese "Bedrohung" u.a. anhand des Verhaltens der Philosophen Georg Lukács, Max Horkheimer und Ernst Bloch nachzuweisen, die als Unterstützer der Sowjetunion aufgetreten seien. Nolte qualifiziert Bloch als rassebewußten Juden, der keine Bindung an Deutschland gehabt habe und kommentiert dessen radikale, 1919 veröffentlichte Kritik an dem "Militarismusstaat Preußen-Österreich" so: "Ich sehe nicht, wie man um die folgende Aussage herumkommen soll: Wer eine gesellschaftliche Realität, die von Millionen Menschen trotz all ihrer Schwächen als ‚liebenswert`, als ‚Vaterland` empfunden wird, auf eine so enthemmte, so dämonisierende, so mythisierende Weise angreift, der darf sich nicht wundern, wenn aus dieser Realität ein Gegenschlag hervorgeht, der nicht minder enthemmt und mythisierend ist."

Und: Wenn die "schlimme deutsche Realität" des Kaiserreichs sich zu der noch schlimmeren des Nationalsozialismus entwickelte, "dann konnte das nur so geschehen, daß sie sich gewisse Vorstellungen Blochs anzueignen vermochte".

"Lebensborn e.V."

als Mutterschutz

Franz W. Seidler klärt in seinem Beitrag "Lebensborn e. V. der SS - Vom Gerücht zur Legende" darüber auf, daß der "Reichsführer-SS", Heinrich Himmler, 1935 wegen der Abtreibungsproblematik und der Situation unverheirateter Mütter "zum Schutze dieser Frauen" den "Lebensborn e.V." gründete. Bekanntlich konnten ledige Frauen ihre Kinder dort nur dann zur Welt bringen, wenn sie und die Väter den "Rasse"-Kriterien der SS genügten. Um "rassisch wertvolles germanisches Erbgut" zu erhalten, wurden auch ausländische Frauen berücksichtigt, sofern sich deutsche Besatzungssoldaten als "Erzeuger" ausweisen konnten. Im Zuge der Rassezuchtpolitik wurden während des Krieges Tausende von Kindern vor allem aus Polen und Norwegen in die Lebensborn-Heime verschleppt. "Entweder wir gewinnen jedes gute Blut, das wir für uns brauchen können, für uns und geben ihm einen Platz in unserem Volk, oder wir vernichten dieses Blut." Bis 1970, so plante

Himmler, könne sein "Lebensborn" für eine zusätzliche Armee von 400.000 Mann sorgen. (12) Trotzdem will Seidler den "Lebensborn" als reine "Wohlfahrtseinrichtung" verstanden wissen.

Andreas Maislinger (Jg. 1955, Uni Innsbruck), der eine Untersuchung der " ‚Vergangenheitsbewältigung` in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Österreich" beigesteuert hat, behauptete in der Zeitschrift "Das Parlament", die ständige Beschäftigung mit der Vergangenheitsbewältigung habe viele Jugendliche in das rechts-extremistische Lager getrieben. (13)

Hans-Heinrich Wilhelm ("Offene Fragen der Holocaust-Forschung") fragt nach dem "lettischen Eigenanteil an der Judenvernichtung". Er will zwar die deutsche Schuld keineswegs wegdiskutieren oder verkleinern, aber: "Dennoch läßt sich wohl nicht bestreiten, daß die versuchte Ermordung sämtlicher Juden Europas im Zweiten Weltkrieg kein ausschließlich deutsches Phänomen ist. Folglich kann es von den jüdischen und nichtjüdischen europäischen Historikern (...) nur als gesamteuropäisches Phänomen begriffen" werden. Die von den deutschen Nationalsozialisten geplante, im europäischen Maßstab betriebene und nur durch ihre Eroberungskriege mögliche "Endlösung" ein gesamteuropäisches Phänomen?

Wenn wie hier von "Phänomenen" statt von Verbrechen gesprochen wird, dann geht es den Autoren darum, "wissenschaftsfremde Einflüsse" fernzuhalten. Sie streiten um die Frage, ob der Begriff "Verbrechen" nicht schon subjektive Verzerrung sei, die mit dem Anspruch auf Neutralität kollidiere. Immerhin sieht der Historiker Jürgen W. Falter (FU Berlin) "durchaus die Möglichkeit", daß "die Judenvernichtung auch als verbrecherisch" gewertet werden könne.

"Revolutionär" Hitler

und "Modernisierung"

Ein wichtiges Anliegen dieser Weise von "Historisierung" ist es auch, den modernen Charakter nationalsozialistischer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik nachzuweisen. Zitelmann, auch Autor in der nationalrevolutionären Zeitschrift "wir selbst" (3-4/1990), promovierte 1986 mit einer Arbeit über Hitler - Selbstverständnis eines Revolutionärs (14), in der er die sozial- und wirtschafts-politischen Vorstellungen und Taten Hitlers unter vollständiger Ausklammerung der NS-Verbrechen als "durchaus positiv" wertet. Er bescheinigt Hitler große Modernisierungsleistungen, die diesen in einem genuinen Sinn als "Revolutionär" auswiesen. (15)

Die Modernisierungs-These wird weiter ausgearbeitet in dem von Zitelmann und Prinz herausgegebenen Buch Nationalsozialismus und Modernisierung (16), in dem dreizehn überwiegend jüngere Historiker vom NS-System angeblich ausgegangene "Modernisierungsschübe" beschreiben. Die Beiträge fallen zwar unterschiedlich aus, alle Autoren messen aber der Selbstdarstellung der Nazis große Bedeutung bei.

Zwei Beispiele: Bernhard R. Kroener vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt lobt die "fruchtbare Weiterentwicklung der während des Zweiten Weltkrieges eingeleiteten, auf eine partielle Modernisierung des militärischen Instruments abzielende Maßnahmen", die "eine vergleichsweise rasche und organische Einbindung der Bundeswehr in die moderne Industriegesellschaft" ermöglicht hätten. (17)

M. Prinz (Assistent an der Uni Bielefeld) warnt zwar vor übereilten Schlußfolgerungen, meint aber angesichts harmonisch in die Landschaft eingefügter Trassenführungen der Autobahn erwähnen zu müssen, daß der Nationalsozialismus sich mit den "letzten Errungenschaften der Jetztzeit", der Ökologie nämlich, "in verblüffend moderner Weise" beschäftigt habe. Als weiteren Beweis der Modernität stellt er die für die Zeit nach dem "Endsieg" entwickelte "Sozialprogrammatik" vor. Daß die Mittel dafür durch die Versklavung der Menschen im "Osten" aufgebracht werden sollten, scheint für seine Bewertung keine Rolle zu spielen.

Bei so viel moderner Politik bleiben auch ganz praktische Empfehlungen nicht aus. Auf die wirtschaftlichen Probleme zwischen alten und neuen Bundesländern verweisend, spricht Armin Mohler in seiner Rezension in "criticon" (18) von den Fähigkeiten der Nazis, "bewahrende (...) und modernisierende Tendenzen miteinander zu versöhnen". Alfred Ritschl verweist "vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Diskussion" darauf, daß "Hitlers Gedankenwelt (...) keinen absoluten Gegensatz von Markt- und Planwirtschaft gekannt" habe. (18) Zitelmann & Co.: Die "Pädagogisierung" der Hitler-Zeit verhindere "die unbefangene Lösung aktueller politischer Fragen". Politikkonzepte und die Ideologie der Nazis werden, von den Verbrechen "gereinigt", zur Lösung aktueller Probleme angeboten. So bemerkt auch SS-Mann Adolf von Thadden: "Es trifft sich gut, daß

dies Buch gerade in jenem Augenblick erscheint, in dem sich Deutschland durch die Vereinigung von West- und Mitteldeutschland in einer neuen Phase des Umbruchs befindet." (20)

Aufschlußreich ist auch, wie Zitelmann Hitler beschreibt, wenn er ihn ausnahmsweise mal in die Nähe nationalsozialistischer Verbrechen rückt (21): Den Rückgang des "offenen Terrors" Ende 1936 begründet er nicht nur mit der Konsolidierung des Nazi-Regimes, sondern auch damit, daß Hitler "dem Bestreben, an Stelle des schwierigen Prozesses der ‚Umerziehung` allzu schnell den äußeren Zwang zu setzen, ohnehin skeptisch" gegenüberstand. "Man solle den Menschen ‚nicht überall die Polizei auf den Nacken setzen`, da sonst für die Menschen in der Heimat das Leben zu einem ‚reinem Zuchthausleben` werde". Kein Wort darüber, daß diese Konsolidierung u.a. durch tausendfachem Mord in den Folterkellern der GeStaPo und den KZs erreicht wurde. Auch die "Zurückhaltung" der Nazis bei der Judenverfolgung in den ersten Jahren (gemessen an den späteren Massenmorden!) scheint fast den liberalen Vorstellungen Hitlers geschuldet: Während des Boykotts jüdischer Geschäfte im April 1933 habe Hitler zu "vollster Ruhe und größter Disziplin" ermahnt: "Krümmt auch weiterhin keinem Juden auch nur ein Haar". Bei den ersten gesetzlichen Maßnahmen gegen Juden (Entfernung aus dem Staatsdienst) habe Hitler "die Forderungen der Radikalen aus den eigenen Reihen" abgelehnt: "Die Nürnberger Gesetze wurden unter anderem deshalb erlassen, um der Agitation der radikalen Antisemiten in der Partei ein Ende zu bereiten. Hitler verbot ausdrücklich weitere Ausschreitungen." Zitelmann: "Insgesamt ist Hitlers Rolle bei der antijüdischen Politik der Jahre bis zum Kriegsausbruch ebenso umstritten wie seine spätere Rolle in der ‚Endlösung`."

Während ihm eine Seite für die Fakten des Völkermords an den europäischen Juden reichen, füllen zig Seiten des Buches Ausführungen wie diese: Die Deutsche Arbeitsfront "entwickelte sich immer mehr zu einer Arbeiterinteressenvertretung, sie war der Verfechter verbesserter Lebens- und Arbeitsbedingungen der Industriearbeiterschaft". Oder er läßt Goebbels "vom Geiste der nationalsozialistischen Gerechtigkeit" erzählen. In dem Buch findet sich kein Hinweis auf die zahllosen Massaker an der Zivilbevölkerung z.B. in der Sowjetunion. Gleiches gilt für die projektierten "bevölkerungspolitischen" Maßnahmen im Zuge des "Generalplans Ost", die die Vernichtung von ca. 30 Millionen Menschen vorsahen. Statt dessen übernimmt er die Sprachregelung der Nazis, spricht von den "Gestaltungsvorstellungen des in Rußland eroberten Lebensraums" und läßt Hitler über "hervorragend schöne Siedlungen", "wunderbare Gebäulichkeiten" und von "schönen Dörfern", "durch die besten Straßen verbunden" schwadronieren, außerhalb dessen die "andere Welt" kommt, "in der wir die Russen leben lassen wollen, wie sie es wünschen". (22) Für bedeutsam hält Zitelmann es auch, über den nach dem "Endsieg" geplanten Wohnungsbau und die genauen Wohnungsgrößen zu informieren, "die im Interesse der Mieter nicht unterschritten werden durften", überdies "(sollten) Richtpreise für Bauland und staatliche Förderungsmittel ‚tragbare Mieten` ermöglichen".

Selbstverständlich geht es Zitelmann & Co. bei all dem nur um wissenschaftliche Ausgewogenheit: Es sei natürlich ein Irrtum, zu glauben, "die Verbrechen der Nationalsozialisten könnten durch Erfolge in der Sozial- und Wirtschaftspolitik relativiert werden"; aber: "Die Spezialforschung scheint (...) mehr Raum für nüchterne, um Objektivität bemühte Darstellungen zu geben, nicht nur, weil sie sich primär außerhalb des öffentlichen Disputes vollzieht, sondern vor allem auch deshalb, weil sich der Forscher leicht mit dem Hinweis ‚abzusichern` vermag, die Befunde einer Einzeluntersuchung änderten nichts am Gesamtbild des ‚Unrechtsregimes`. Das ist an sich auch richtig. Vergleicht man das Geschichtsbild mit einem Mosaikbild, dann ändert sich durch das Auswechseln von ein oder zwei Mosaiksteinchen natürlich am Gesamtbild wenig. In den letzten Jahren werden jedoch immer mehr Mosaiksteine ausgetauscht, was auch zu einer Veränderung des Gesamtbildes führen dürfte." (23)

Eine so betriebene "Historisierung" hat mit der seinerzeit von Broszat geforderten nur noch den Begriff gemeinsam. Zur Disposition stehen selbst solche Tatsachen wie die alleinige deutsche Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und den Völkermord an den europäischen Juden. Wie schon beim "Historikerstreit" soll Geschichte für die Entwicklung deutschen Nationalbewußtseins funktionalisisiert werden (24); der Nationalsozialismus als ein Teil deutscher Geschichte, der sich zum Zwecke nationaler "Identitätsfindung" positiv aneignen läßt.

Das bis dato fast vollständige Schweigen etablierter Geschichtswissenschaftler gehört ebenso zum traurigen Kapital deutscher "Normalität" wie die erschreckende Tatsache, daß sich selbst Autoren mit kritischen Beiträgen widerspruchslos für diese Zwecke einspannen lassen.

P. Klimann

Quellen:

1) M. Broszat: Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus. In: Merkur, 1985, S. 373-385. (Broszat verstarb 1989.)

2) M. Broszat/S. Friedländer: Um die "Historisierung des Nationalsozialismus". Ein Briefwechsel. In: Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte, 36. Jg., Heft 2, April 1988, S.339-372. - S. auch S. Friedländer: Überlegungen zur Historisierung des Nationalsozialismus, in: Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, Hg.: Dan Diner, Frankfurt (Fischer) 1987

3) S. dazu Dan Diner: Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus, S. 62-73. In: Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, Hg.: D. Diner, Frankfurt (Fischer) 1987

4) U.a.: Uwe Backes (Jg. 1960, Uni Bayreuth), Michael Prinz (Uni Bielefeld), Eckhard Jesse (Jg. 1948, Uni Trier) und Franz W. Seidler (Jg. 1933, Bundeswehr-Uni München)

5) S. u.a. "Die FAZ enthüllt: Kommunisten waren Schuld an Auschwitz", AK 274, 22.9.86, S. 15

6) U. Backes und E. Jesse z.B. ausgerechnet zu den Themen "Politischer Extremismus in europäischen Demokratien" oder "Extremismus und Populismus von rechts" in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", 6.10.89 und 9.11.90.

7) In "Nation Europa" wurden zwischen April 90 und Dez. 91 allein fünf Bücher dieser Gruppe rezensiert

8) Frankfurt/M. 1990

9) Nation Europa, 1/91, S. 60-64

10) Junge Freiheit 5/92, S. 11

11) Zit. n. Anm. 5

12) J. Winter: Die klare Quelle der Germanen, Frankfurter Rundschau v. 7.12.85

13) Zit. n. Das Parlament, 10.7.92, Hg.: Bundeszentrale für politische Bildung

14) 3. Aufl., Stuttgart 1990

15) Vgl. Karl Heinz Roth, Verklärung des Abgrunds. Zur nachträglichen "Revolutionierung" der NS-Diktatur durch die Gruppe um Rainer Zitelmann. In: 1999 - Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 1/91, S. 7-11

16) Darmstadt 1991, erschienen in der vom NPD-Ideologen Ernst Anrich begründeten "Wissenschaftlichen Buchgesellschaft"

17) Dieses und das folgende Zitat: Otto Köhler, Die neue Ehrlichkeit. Konkret Nr.4/92, S. 58 f.

18) Zit. n. Nation Europa, Nr. 12/91, S. 71

19) Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. (Fischer) 1990

20) Rezension in: Nation Europa, Nr. 12/91, S. 71

21) In: Adolf Hitler - Eine politische Biographie, 3. Aufl., Göttingen-Zürich 1990

22) Im Text als Äußerungen von Hitler ausgewiesen

23) S. Anm. 18

24) Vgl. "Historikerstreit und die ‚nationale Frage`", AK Nr. 317, 2.4.90, S. 36 f.

35. "Das Problem existiert bei uns nicht..." Zur Geschichte der italienischen Juden während des Faschismus

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:06

Nationalismus, Faschismus, Antisemitismus - gehören diese drei Perversionen bürgerlicher Ideologie nicht untrennbar zusammen? Aus der deutschen Perspektive zweifellos. Zu einem erheblich abweichenden Ergebnis führt allerdings die Beschäftigung mit der Geschichte Italiens. Im Mutterland des Faschismus wurden seit Ende 1922, dem Geburtsjahr der Diktatur, die Rechte der anfangs noch geduldeten Opposition immer mehr eingeschränkt; Antifaschisten wurden ins Gefängnis geworfen oder in die Verbannung geschickt; unter Berufung auf das "Römertum" wurde ein teilweise grotesker Nationalismus propagiert. Aber Antisemitismus setzte sich als Staatsdoktrin erst in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre durch, als das Regime sich mehr und mehr der Führung des Großen Bruders jenseits der Alpen unterwarf.

"Antisemitismus existiert nicht in Italien. Die jüdischen Italiener haben sich als Bürger stets bewährt und als Soldaten tapfer geschlagen. Sie sitzen in hervorragenden Stellungen an Universitäten, in der Armee, in den Banken. Eine ganze Reihe sind Generäle ..." (zitiert bei Schmidt, 84) Diese Äußerung Mussolinis aus dem Jahre 1932, mit der er sich gegenüber dem deutschen jüdischen Publizisten Emil Ludwig vom gewalttätigen Antisemitismus der Nazis abgrenzte, galt auch während der folgenden Jahre. Noch im Dezember 1937 schrieb Außenminister Galeazzo Ciàno, Mussolinis Schwiegersohn, in seinem Tagebuch, einer wichtigen historischen Quelle für das Verständnis des italienischen Faschismus: "Die Juden überschütten mich mit anonymen Schimpfbriefen, in denen sie mir vorwerfen, ich hätte Hitler ihre Verfolgung versprochen. Falsch. Niemals haben die Deutschen über dieses Argument zu uns etwas gesagt. Auch glaube ich nicht, daß es für uns richtig wäre, in Italien eine antisemitische Kampagne loszulassen. Das Problem existiert bei uns nicht. Die Juden sind wenig an Zahl und, von Ausnahmen abgesehen, in Ordnung ..." (zitiert bei Hilberg, 703)

Die von Ciàno erwähnten Befürchtungen der Juden waren dennoch nicht unbegründet. Seit Mussolinis Deutschland-Reise im September 1937 wurden Rassismus und Antisemitismus zentrale Themen der faschistischen Agitation und Propaganda. Mussolinis triumphaler Empfang in Berlin - "Zwei Millionen Berliner, die eine Wegstrecke von 15 Kilometern säumen, rhythmisieren ununterbrochen das faszinierende Wort: Duce, Duce, Duce" (zitiert bei De Luna, 105) - konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß er lediglich Hitlers Juniorpartner war. Nach der militärischen Niederlage der italienischen Truppen im spanischen Bürgerkrieg (Guadalajara, März 1937) war Mussolinis Position in besonderem Maße geschwächt. In eilfertiger Anpassung an den nazistischen Rassenwahn wütete Mussolini nach seiner Rückkehr aus Deutschland: "Es muß in den Kopf hinein, daß wir keine Mongolen, keine Hamiten und keine Semiten sind. Und wenn wir also nicht von einer dieser Rassen abstammen, sind wir doch offensichtlich Arier und kommen von den Alpen her, vom Norden. Folglich sind wir reinrassige Arier mediterranen Typs". (De Luna, 106) Nur wenige Jahre zuvor hatte Mussolini ganz anders getönt, um den Rassismus der Nazis der verdienten Lächerlichkeit preiszugeben: "Dreißig Jahrhunderte Geschichte erlauben uns, voller Mitleid auf gewisse Doktrinen herabzuschauen, wie sie jenseits der Alpen von den Abkömmlingen eines Volkes unterstützt werden, das noch nicht einmal schreiben konnte und noch nicht einmal schriftliche Zeugnisse hinterlassen hat zu einer Zeit, als Rom Cäsar, Vergil und Augustus besaß." (zitiert bei Schmidt, 91)

Mussolini und der Zionismus

Mussolinis Haltung zum Zionismus war gespalten. Den italienischen Zionisten begegnete er mit Mißtrauen, da sie "zwei Vaterländer" hätten und damit möglicherweise in ihrer Gesamtheit zu Antifaschisten werden könnten. "Nicht Sympathie, aber ein gewisses Wohlwollen" (De Felice, 186) brachte er dem internationalen Zionismus entgegen. Die Äußerung des Schauspielers, Demagogen und Taktikers Mussolini gegenüber Chaim Weizmann und Nahum Goldmann 1933 und 1934 "Ich bin selber Zionist" (zitiert bei De Felice, 185) ist sicher nicht wörtlich zu nehmen. Der Zionismus war für ihn ebenso wie später sein "Philo-Arabismus" nur eine Karte im Spiel um Einfluß im östlichen Mittelmeer. Die zionistische Zeitung Haaretz machte sich über Mussolinis "Zionismus" keine Illusionen. Unter dem Titel "Der Duce, Palästina und der Jüdische Weltkongreß" schrieb

Herman Swith im Dezember 1934: "Es wäre dumm zu sagen, daß Mussolini das jüdische Volk liebt oder haßt. Er liebt einfach Italien. (...) Für Mussolini ist das Judentum eine Figur auf dem Schachbrett der Weltpolitik, vielleicht nicht allzu wichtig, aber auch nicht ohne Nutzen. Das ist Mussolinis Haltung uns gegenüber, nicht mehr und nicht weniger." (zitiert bei De Felice, 194) Gern spielte er sich als Weltpolitiker auf, der wichtige Beiträge zur Schaffung eines jüdischen Staates zu leisten bereit sei. Dem Zionisten Jacobson teilte er 1934 mit, er habe "schon mit den Arabern gesprochen". Die seien mit einem jüdischen Staat in Palästina einverstanden, vorausgesetzt daß nicht Jerusalem, sondern Tel Aviv Hauptstadt würde.

Der antisemitische Schwenk der Faschisten Ende 1937 betraf auch ihr Verhältnis zum Zionismus. Nun sollte das "weltweite Judenproblem" durch die Schaffung eines nicht näher definierten Staates irgendwo, keinesfalls aber in Palästina, gelöst werden. Goldmann, der sich noch im März 1937 "hochzufrieden" über eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister gezeigt hatte, weil der jede Absicht, die Regierungslinie gegenüber dem Zionismus zu ändern, dementiert hatte, wurde erst gar nicht mehr vorgelassen. Die Beziehungen zwischen Faschismus und Zionismus waren beendet.

Antijüdische Pressekampagnen

Wenn es im Agieren der Person Benito Mussolini einen krassen und genau datierbaren Bruch - vor und nach seinem Deutschlandbesuch 1937 - zu geben scheint, dann trifft das für die faschistische Partei insgesamt und die italienische Presse nicht zu. Es kann auch nicht von einem linear anwachsenden Antisemitismus gesprochen werden, eher von einem widersprüchlichen Prozeß mit verschiedenen Akteuren und begrenzten Perioden, in denen mal das eine und mal das andere Element dominierte. Letzteres ist vor allem an Hand der italienischen Presse der dreißiger Jahre nachvollziehbar, die ihre Linie nicht zuletzt nach dem jeweiligen Stand der italienisch-deutschen Beziehungen ausrichtete. So schreibt Renzo De Felice über das Jahr 1935: "Entsprechend den Hochs und Tiefs, in diesem Fall den Tiefs, der italienisch-deutschen Beziehungen, mäßigten auch die Zeitungen, die in den Jahren zuvor über die Juden hergezogen waren, ihre Angriffe." (De Felice, 238) Die "Protokolle der Weisen von Zion" wurden einhellig als Fälschung verurteilt und "einige Nazis" als Verbreiter dieses Machwerks denunziert.

Mit der Verbesserung des Verhältnisses zu Deutschland nahm der öffentlich verbreitete Antisemitismus wieder zu. Das am häufigsten gebrauchte "Argument" war "der jüdische Ursprung des Bolschewismus" oder die zumindest "massive Beteiligung der Juden daran". Die Jesuiten bemühten sich in ihrem Organ La civiltà cattolica um die Abgrenzung des katholischen Antisemitismus von dem der Nazis. Auch vergleichsweise "seriöse" Presseorgane beteiligten sich an der Kampagne; gemäßigt der Corriere della sera, offen hetzerisch La Stampa: "Wenn der faschistische Staat totalitär ist, kann er nicht zulassen, daß eine privilegierte Gruppe von Bürgern - unter dem Schutz besonderer Gesetze und unter dem Vorwand der Wohltätigkeit und der kulturellen Verbindung mit dem Ausland - wahre außenpolitische Handlungen begeht, die sich nicht an den italienischen Interessen, sondern an denen des Weltjudentums orientieren ... Wenn der faschistische Staat totalitär ist, darf er nicht länger tolerieren, daß die italienische Kultur, wie es jetzt geschieht, durch das Judentum verunreinigt wird ..." (La stampa, 29.5.1937, zitiert bei De Felice, 251) Die aus deutscher Sicht und in Kenntnis des Fortgangs der Geschichte naheliegende Schlußfolgerung, hier werde verschlüsselt die "Reinigung" Italiens von den "Verunreinigern" auf dem Wege ihrer Vertreibung oder gar Ausrottung gefordert, muß relativiert werden. Der exponierte Antisemit Paolo Orano, einer der schärfsten Gegner der Juden in den Reihen der faschistischen Partei, folgerte aus seiner Hetze vielmehr die vollständige Anpassung der Juden an die "italienische Kultur": "Keine jüdischen Sportvereine mehr, keine Absonderung und kein Aventinismus (1) für die Kleinen, die Kinder, die Heranwachsenden beiderlei Geschlechts. (...) Es gibt keinen Grund, warum man einem Italiener ansehen können muß, ob er gläubig ist oder nicht, aktiv praktizierend oder weniger, katholisch oder jüdisch. Die Synagoge muß für andersartiges Gebet und Chorgesang ausreichen." (zitiert bei De Felice, 249)

Durchgeführt wurde dieses Programm vorerst nicht. Was für die Betroffenen harte Unterdrückung bedeutet hätte, erscheint im Vergleich zur Situation in Deutschland fast wie ein Idyll. Nördlich der Alpen wurde der von Orano den Juden ausdrücklich zugestandene Rückzugs- und Zufluchtsort, die Synagogen, Zielscheibe des Pogroms vom 9. November 1938. 270 Synagogen wurden dort niedergebrannt oder auf andere Weise zerstört.

Erniedrigung und Assimilation

Daß es trotz der massiven antisemitischen Kampagne nicht gelang, "eine Bresche zwischen die Italiener zu schlagen" (De Felice, 255), hängt mit der besonderen Geschichte der italienischen Juden zusammen. "Die Juden zählen in Italien nachweisbar zu dem kleinen Kreis der Bevölkerung, der seine Ahnen bis ins römische Reich zurückverfolgen kann", schreibt Eberhard Schmidt (Schmidt, 85) und beruft sich auf den jüdisch-römischen Historiker Flavius Josephus, der die Zahl der Juden im Zentrum des römischen Reiches mit 8.000 für das Jahr 4 v.u.Z. angibt. Nach der Zerstörung des Tempels in Jerusalem im Jahre 70 wuchs ihre Zahl auf etwa 50.000.

"Die Christianisierung der europäischen Welt änderte zunächst, abgesehen von theologisch-rhetorischen Angriffen gegen die Juden von seiten einiger Bischöfe und Kirchenväter, wenig an dem friedlichen Nebeneinander der beiden Glaubensgemeinschaften", schreibt Schmidt weiter. Die ersten Pogrome gab es zur Zeit der Kreuzzüge, häufig gegen den Willen der Päpste, die sich immer wieder öffentlich gegen die Verfolgung der Juden aussprachen. So z.B. im 13. Jahrhundert Innozenz III., der in seiner Schutzbulle Sicut Judaeis verfügte: "Obwohl der Unglaube der Juden über die Maßen zu verdammen ist, dürfen sie von den Gläubigen doch nicht verfolgt werden. (...)... man darf die Juden nicht vollständig vernichten, damit die Christen nicht Gefahr laufen, des Gesetzes zu vergessen, das diese uneinsichtigen (Juden) in ihren klugen Büchern mit sich tragen ..." (zitiert bei Poliakov, S. 158). Léon Poliakov beschreibt die aus dieser Widersprüchlichkeit resultierende zwiespältige Lage der römischen Juden: "Rom war die einzige große Stadt Europas, aus der die Juden niemals ausgetrieben wurden; sie blieb eine Oase des Friedens für sie, aber sie war dies von nun an (seit dem 16. Jahrhundert; Anm. Js.) nur um den Preis einer Erniedrigung ohnegleichen." (Poliakov, 155)

Im Zuge der Gegenreformation wurden die Rechte der Juden in ganz Italien drastisch eingeschränkt. Aus Süditalien waren die meisten Juden schon vorher vor der Herrschaft der Spanier nach Norden geflohen oder vertrieben worden. 1516 wurde in Venedig das erste abgeschlossene Judenviertel errichtet, das seit 1531 den Namen il ghetto trägt.

Zwischen 1848 und 1870 erhielten die Juden überall in Italien volle Bürgerrechte. Eberhard Schmidt hält es nicht für zufällig, daß unter Garibaldis legendären Tausend, deren fast gewaltfreier Feldzug 1861 zur Staatsgründung führte, auch viele Juden waren: "Das Risorgimento, getragen von den laizistischen und liberalen Kräften, prägte die politischen Wertvorstellungen der sich aus den Ghettos emanzipierenden Juden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und wurde zu einer der entscheidenden Voraussetzungen der raschen Integration der jüdischen Bevölkerung in die entstehende bürgerliche Gesellschaft Italiens." (Schmidt, 86)

Lumpensammler und Minister

Die Integration war nach den Worten Raul Hilbergs zwischen 1870 und 1938 "durchgreifender erfolgt als beinahe irgendwo sonst auf der Welt." (Hilberg, 703) Jüdische Männer konnten nicht nur in Handel, Gewerbe, Kultur und Wissenschaft Karriere machen, sondern auch in Politik und Armee - ein für das deutsche Kaiserreich, wo ein Jude nicht einmal Offizier werden konnte, unvorstellbarer Zustand. In Hohe Staatsämter gelangten beispielsweise Luigi Luzzatti (1891 Finanzminister, 1910 Regierungschef), Ernesto Nathan (1907 Bürgermeister von Rom) und General Emanuele Pugliese (1902 Kriegsminister). Die Mehrheit der italienischen Juden konnte Anfang dieses Jahrhundert dem "aufstrebenden Mittelstand" (Schmidt) zugerechnet werden. Dazu hat ihr hoher Bildungsstand wesentlich beigetragen: 1861 waren nur 5,8% der Juden, dagegen 54,8% der Gesamtbevölkerung Analphabeten gewesen.

Eine Sonderstellung nahmen die römischen Juden ein. Die Bewohner des Ghettos, die kurz vor dessen Aufhebung im Jahre 1870 eine Bittschrift an den Papst richteten, schilderten darin ihre elende Lage und die Tätigkeiten, mit denen sie ihren Lebensunterhalt verdienen mußten. Sie seien "Gepäckträger, Lumpensammler, Streichholzhändler, Laufburschen, Käufer alter Schuhe, Wasserträger und nie etwas anderes." (zitiert bei Poliakov, 176) Die römischen Juden bildeten die größte jüdische Gemeinschaft des Landes. Die Volkszählung von 1938 registrierte fast 13.000 Juden in Rom, 10.000 in Mailand, 6000 in Triest und 4000 in Turin. Mehr als 90% der insgesamt gezählten 47.000 Juden lebten in Nord- und Mittelitalien, während in Sizilien nur 202, in Apulien 122 und in Kalabrien 24 Juden gezählt wurden. 85% der italienischen wie auch der ausländischen Juden lebten in Großstädten. Renzo De Felice wertet das als "ein typisches Merkmal für ein fortgeschrittenes Stadium der Verbürgerlichung." (De Felice, 14)

Jüdische Faschisten - jüdische Partisanen

Der unter den italienischen Juden verbreitete "Verfassungspatriotismus" - zurückzuführen auf die ihnen seit der Gründung des italienischen Nationalstaates verbrieften gleichen Rechte - überdauerte auch den Ersten Weltkrieg. Tausende italienischer Juden hatten als Soldaten und Offiziere ihr Leben gelassen. Von den Überlebenden forderten nicht wenige lautstark die Früchte des mit insgesamt 680.000 Toten erkauften Sieges für Italien. Während die deutschen Rechten gegen das "Versailler Diktat" hetzten, empörten sich die italienischen Nationalisten über den von der Friedenskonferenz "verstümmelten Sieg" ihres Landes.

Unter den von Mussolini seit 1919 in den fasci italiani di combattimento zusammengefaßten ehemaligen Frontsoldaten waren auch Juden. Bei der Gründung der faschistischen Partei im November 1921 unterzeichneten fünf von ihnen das Programm; 193 der 746 jüdischen Mitglieder der faschistischen Partei im Jahre 1922 behaupteten, am "Marsch auf Rom" teilgenommen zu haben, der Ende Oktober 1922 Mussolini an die Macht brachte. Bis 1933 wuchs die Zahl der jüdischen Faschisten auf 5.000: etwa 10% der italienischen Juden waren Mitglieder der faschistischen Partei - ein Anteil, der ziemlich genau dem der italienischen Gesamtbevölkerung entsprach.

Selbstverständlich standen erhebliche Teile der jüdischen Bevölkerung Italiens dem Faschismus kritisch bis ablehnend gegenüber. Einer der prominentesten jüdischen Antifaschisten, Umberto Terracini, war Mitbegründer der kommunistischen Partei und 1920 zusammen mit Antonio Gramsci Redakteur der revolutionären Turiner Zeitung L'ordine nuovo. Später schlossen sich Juden in größerer Zahl dem bewaffneten antifaschistischen Widerstand an. Nach Teo Ducci haben 700 Juden als Partisanen gegen die Nazis und die italienischen Faschisten gekämpft, darunter der Schriftsteller Primo Levi, der Auschwitz überlebte.

Die Rassengesetze

und ihre Anwendung

Von Mussolinis rassistischen Ausfällen nach seinem Deutschlandbesuch 1937 verging noch mehr als ein Jahr bis zur Verkündung der leggi razziali, der Rassengesetze. Vorausgegangen war im Mai 1938 die Veröffentlichung eines Manifestes rassistischer Professoren, das Mussolini eigenhändig redigiert hatte. Nach den Rassengesetzen war ein Jude kein Italiener. "Die Definition des Begriffs ‚Jude`", schreibt Raul Hilberg, "umfaßte alle, bei denen a) beide Eltern der jüdischen Religion angehörten; b) ein Elternteil der jüdischen Religion angehörte und der andere Elternteil Ausländer war; c) die Mutter der jüdischen Religion angehörte und der Vater unbekannt war; und d) ein Elternteil jüdisch und der andere Elternteil Italiener war, vorausgesetzt, der Abkömmling gehörte am 1. Oktober 1938 der jüdischen Religion an, war Mitglied der jüdischen Gemeinde oder nahm auf andere Weise am jüdischen Religionsleben teil." (Hilberg, 705)

Die Gesetze sahen eine Reihe von schikanösen, teilweise die Juden in ihrer beruflichen Existenz gefährdenden Maßnahmen vor, darunter ihren Ausschluß aus Armee, Partei- und Beamtenapparat. Verboten war ihnen künftig auch die Leitung bzw. Inhaberschaft von Rüstungsbetrieben und Unternehmen mit mehr als 100 italienischen Beschäftigten. Grundeigentum durften sie maximal im Werte von 20.000 Lire besitzen, landwirtschaftliches Eigentum bis 5000 Lire. Hilberg weist darauf hin, daß diese Verordnungen einschneidende Folgen hatten, "weil in Italien eine vergleichsweise hohe Anzahl von Juden ihren Lebensunterhalt als Regierungsangestellte und Landwirte bestritten." (Hilberg, 707)

Hinzu kamen weitere Einschränkungen. Verboten waren Ehen zwischen Juden und "Italienern" und die Beschäftigung nichtjüdischer Hausangestellter durch Juden. Nachfolgende Verordnungen regelten den Ausschluß der Juden von Schulen und Universitäten und den Meldezwang. Alle nach dem 1. Januar 1919 erfolgten Einbürgerungen von Juden wurden widerrufen. Von diesen Bestimmungen ausgenommen waren u.a. Kriegsveteranen und Altfaschisten sowie deren Kinder, Enkel, Eltern und Großeltern. Wurden sie doch diskriminierenden Maßnahmen unterworfen, konnten sie mit einiger Aussicht auf Erfolg bei den Behörden Einspruch einlegen.

Wenn der Übergang zum militanten Antisemitismus auch einen - vor allem für die Betroffenen unerwarteten - Bruch mit der bisherigen faschistischen Ideologie und Politik darstellte, so war er doch logische Konsequenz der schon 1936 mit der Intervention im Spanischen Bürgerkrieg getroffenen Entscheidung der Faschisten, künftig Seite an Seite mit den Nazis auf Eroberung zu gehen. Mussolini hat seinen scheinbar genialen Plan,

bei minimaler italienischer Beteiligung maximal von den siegreichen Blitzkriegen der deutschen Wehrmacht zu profitieren, später offen ausgesprochen: Nach dem Weltkrieg müsse Italien "eine Handvoll Tote" vorweisen können, um am Verhandlungstisch reich belohnt zu werden. 1938 war die erste Voraussetzung dafür, als ernstzunehmender Partner Deutschlands anerkannt zu werden, die Einführung einer am deutschen Vorbild orientierten Rassengesetzgebung. Was scherte den "Judenfreund" und "Zionisten" Mussolini sein Geschwätz von gestern?

Daß die diskriminierenden Gesetze einstweilen nur in Teilen angewandt wurden, hängt weniger mit dem "typisch italienischen Schlendrian" zusammen als mit der fehlenden antisemitischen Verhetzung der Bevölkerung, die Staatsdiener eingeschlossen. Raul Hilberg erinnert an eine in Ciànos Tagebüchern festgehaltene Episode, die belegt, daß selbst ein Reaktionär wie König Vittorio Emanuele III., der Mussolini zur Macht verholfen hatte, die antijüdischen Maßnahmen keineswegs begrüßte: "Als die beiden ersten Gesetzestexte (der leggi razziali; Anm. Js.) angefertigt waren, kam es zu einer Unterredung zwischen Benito Mussolini und jenem Mann, ohne dessen Unterschrift keine antijüdische Verordnung in Kraft treten konnte: König Viktor Emanuel. Dreimal im Verlauf dieser Unterredung bemerkte der König, daß er ‚unendliches Mitleid mit den Juden` empfinde. Er führte Fälle von verfolgten Personen an, darunter den des Generals Pugliese, ‚der als Achtzigjähriger, vielfach Ausgezeichneter und Kriegsverletzter ohne Dienstmädchen bleiben muß`. Verärgert entgegnete der Duce, es gebe in Italien ‚20.000 Personen mit schwachem Rückgrat`, die sich vom Schicksal der Juden ‚rühren lassen`. Der König erwiderte, er sei einer davon." (Hilberg, 706f.)

Unterschrieben hat er dann doch. Die von Mussolini genannte Zahl von 20.000 Italienern, die mit den Juden fühlten, erwies sich später als krasse Untertreibung: Viele ItalienerInnen empfanden nicht nur Mitleid, sondern übten praktische Solidarität, indem sie Juden versteckten oder ihnen zur Flucht verhalfen.

Exil im faschistischen Italien

Geholfen wurde auch den zahlreichen ausländischen Juden, die im Lande Zuflucht gesucht hatten. Daß das faschistische Italien ab 1933 für tausende deutscher Juden nicht nur Durchgangsstation auf dem Wege in die USA oder nach Palästina, sondern auch Land eines dauerhaften - und zunächst vergleichsweise erträglichen - Exils wurde, mag auf den ersten Blick überraschen. Im April 1933 gab das italienische Außenministerium der Botschaft in Berlin bekannt, deutsche Emigranten dürften nach Italien einreisen, "soweit es sich nicht um Personen handelt, die aktiv in gegen den Faschismus gerichteten Parteien tätig waren." (zitiert bei Voigt, 13) Andere Einreise- oder Aufenthaltsbeschränkungen gab es bis zur Annexion Österreichs durch die Deutschen im März 1938 nicht. Richtschnur dieser vergleichsweise liberalen Ausländergesetzgebung war, "daß Italien als ein Land mit einem großen Auswandererüberschuß Aufnahmeerleichterungen und Arbeitsmöglichkeiten bieten mußte, um die eigenen Staatsangehörigen im Ausland vor Repressalien zu schützen." (Voigt, 14)

Ein weiteres Motiv bestand darin, ausländisches Kapital ins Land zu holen. Entsprechend war die Ausübung eines selbständigen Gewerbes auch für Einwanderer weitgehend freigestellt. Schwieriger war die Arbeitsplatzsuche für Arbeiter und Angestellte. Die mit der Verkündung der Rassengesetze verfügte Ausweisung aller ausländischen Juden zum 12. März 1939 wurde nicht offen, aber de facto zurückgenommen. Zwei Wochen vor dem Stichtag wurde - ebenfalls aus ökonomischen Gründen - ein Touristenvisum geschaffen, das vermutlich 5000 Juden im letzten Moment die Flucht aus dem Nazireich ermöglichte.

Gleichzeitig führten verschiedene Maßnahmen dazu, daß die Lebensbedingungen der exilierten Juden immer schlechter wurden:

- Im Juni 1937 wurde der NSDAP-Auslandsorganisation gestattet, in den Polizeipräsidien der zehn wichtigsten Städte "Vertrauensleute" zu stationieren, deren Aufgabe u.a. die Bespitzelung jüdischer Emigranten war.

- Im Mai 1938 wurden aus Anlaß von Hitlers Staatsbesuch in Italien ca. 500 Menschen, von denen ein erheblicher Teil Juden waren, in Haft genommen.

- Das mit dem Stichtag der Ausweisung, dem 12. März 1939, wirksam gewordene Arbeitsverbot führte zu rascher Verarmung der ausländischen Juden, auch wenn einige illegale Gelegenheitsarbeiten wie Sprachunterricht oder Haushaltshilfe von den Behörden geduldet wurden. "Die Tatsache, daß die Flüchtlinge trotz begrenzter Unterstützung ihren Unterhalt sichern konnten, deutet auf eine verbreitete spontane

Hilfsbereitschaft in der italienischen Bevölkerung hin", schreibt Klaus Voigt und verweist auf die Aussagen der meisten Überlebenden, in denen die Hilfeleistungen der ItalienerInnen hervorgehoben werden. (Voigt, 19)

Eine dramatische Verschärfung der Lage brachte die unmittelbar nach Italiens Kriegseintritt im Juni 1940 verfügte Internierung nicht nur der Staatsangehörigen der Kriegsgegner, sondern auch der deutschen, polnischen, tschechischen und staatenlosen Juden im Alter von 18 bis 60 Jahren. Neben den campi di concentramento (Konzentrationslagern) gab es eine sogenannte "freie Internierung", etwa in schwer zugänglichen Bergdörfern. (Davon handelt Carlo Levis sehr lesenswerter Roman "Christus kam nur bis Eboli".) Die vom deutschen Außenministerium ab Anfang 1943 geforderte Auslieferung der Internierten wurde durch den Einspruch von Militärs und italienischem Außenministerium verhindert. Mussolini war mit der Deportation der Juden schon zu diesem Zeitpunkt grundsätzlich einverstanden.

Besatzungstruppen verhindern Deportationen

Zu schweren Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kriegsverbündeten Deutschland und Italien führte die Frage der Behandlung der Juden in den gemeinsam besetzten Gebieten Frankreichs, Kroatiens und Griechenlands. Das Vorhaben der deutschen Besatzungstruppen und Polizeiorgane, die Juden in die Vernichtungslager zu deportieren, wurde von der italienischen Armee und den zuständigen Behörden, das Außenministerium eingeschlossen, zum Teil mit Erfolg sabotiert. Nach der gemeinsamen Besetzung der bis dahin freien Zone Frankreichs im Herbst 1942 wurden die von den Italienern verwalteten Gebiete um Grenoble und das Département Alpes Maritimes (Hauptstadt Nizza) Zufluchtstätte für Juden verschiedener Nationalitäten.

Vielen Juden italienischer Abstammung eröffnete sich so die Möglichkeit, die Grenze nach Italien zu passieren. 2000 bis 3000 polnische Juden wurden von der italienischen Vierten Armee bei Grenoble festgenommen und damit vor der Deportation nach Auschwitz bewahrt. Mussolini, der sich gegenüber den deutschen Verbündeten für die "falsche Humanitätsduselei" seiner Generäle entschuldigte, war gleichwohl nicht gewillt - oder nicht in der Lage - deren hinhaltendem Treiben Einhalt zu gebieten. Die mit den Deutschen abgestimmte Umsiedlung von Juden aus Nizza und der Küstenregion führte im Ergebnis zu deren Rettung. Die Listen der immer wieder auf die italienische Sabotage hinweisenden Dienststellen der Gestapo weisen aus, "daß in den drei Monaten nach dem verhängnisvollen 8. September (1943; Anm. Js.), als das ganze Gebäude des italienischen Schutzes zusammenbrach, nur drei Transporte aus Drancy nach Auschwitz gegangen sind." (Reitlinger, 368)

Ähnlich agierte die italienische Besatzungsarmee in Kroatien. Im Sommer 1942 erklärte General Roatta, der bei der Bekämpfung der Partisanen keinerlei Rücksichten kannte, "die Ehre der italienischen Armee würde es nicht erlauben, 4000 bis 5000 Juden, die in Dubrovnik und Mostar Asyl gesucht hatten, zu deportieren." (zitiert bei Reitlinger, 416) Außenminister Ciàno verfolgte die Taktik, Juden "mit einer Bindung an die eingegliederten Gebiete" internieren zu lassen und damit vor der Deportation zu retten. 2000 kroatische Juden wurden auf die Insel Arbe (Rab) gebracht. Die meisten von ihnen konnten sich in die von den Partisanen kontrollierten Gebiete retten oder auf Fischerbooten nach Süditalien entkommen. Im Januar 1944 wurden 400 ältere Menschen, die auf der Insel geblieben waren, von den Deutschen deportiert und ermordet.

In Griechenland gelang einer größeren Zahl von Juden die Flucht in das italienisch besetzte Gebiet südlich von Larissa. Auch Juden in den von den Deutschen besetzten Gebieten konnten gerettet werden. Laut Gerald Reitlinger haben "dank italienischer Interventionen 551 Juden aus Saloniki die erste Deportierungswelle überlebt und erhielten Ende Juni (1943; Anm. Js.) die Bewilligung, nach Athen abzureisen." (Reitlinger, 426)

Deportationen aus Italien

Mit den Niederlagen der Achsenmächte in Stalingrad und El-Alamein wurde das Ende des Faschismus eingeleitet. Nach der Landung der Alliierten auf Sizilien und Absetzbewegungen bürgerlicher Kräfte vom Regime wurde Mussolini am 25. Juli 1943 vom faschistischen Großen Rat abgesetzt. Der sich anschließende Staatsstreich, der seit langem vorbereitet worden war, von der Armee getragen und vom König unterstützt wurde, brachte die Einsetzung einer Militärregierung unter Marschall Badoglio. Mussolini wurde verhaftet, seine faschistischen Spießgesellen bemühten sich einstweilen, möglichst wenig aufzufallen. Auf den Straßen feierten die Menschen die Befreiung - zu früh.

Die naheliegende Erwartung der italienischen Juden, daß jetzt die Rassengesetze unverzüglich für nichtig erklärt würden, erfüllten sich nicht. "Man konnte nicht zu einer offenen Aufhebung der Rassengesetze kommen, ohne sich in eine heftige Konfrontation mit den Deutschen zu begeben", rechtfertigte sich Badoglio in seinen Memoiren. (zitiert bei Picciotto Fargion, 200) Nach dem Waffenstillstandsabkommen zwischen Italien und den West-Allierten am 8. September besetzten deutsche Truppen zwei Drittel des Landes, befreiten Mussolini und stellten ihn an die Spitze der Marionettenregierung der Repubblica Sociale Italiana, deren Sitz nach Salò an den Gardasee verlegt wurde. Die Regierung Badoglio begab sich unter den Schutz der alliierten Truppen nach Salerno. Italien war in zwei Besatzungszonen geteilt.

In dem von den Deutschen besetzten Teil wurde die Ausrottung der Juden ab Oktober 1943 entschlossen in Angriff genommen. Die im August 1938 vorgenommene Zählung der Juden wurde jetzt zu einer entscheidenden Voraussetzung für die Durchführung des nazistischen Mordprogramms. SS-Hauptsturmführer Theo Dannecker, der für die zügige Verhaftung der römischen Juden sorgen sollte, studierte "zunächst anhand der ihm wahrscheinlich vom italienischen Innenministerium zur Verfügung gestellten Anschriften und Aufzeichnungen die Sozialstruktur der Juden in der Stadt." (Picciotto Fargion, 202) Am 16. Oktober 1943 löste er dann, ausgehend vom jüdischen Viertel, dem ehemaligen Ghetto, die erste Razzia in Rom aus.

1259 Personen, vor allem Frauen und Kinder, wurden festgenommen. Nach der Freilassung von Nichtjuden und Ehepartnern und Kindern aus "Mischehen" wurden die übrigen 1007 Menschen vom römischen Bahnhof Tiburtina in einem Güterzug mit 18 Waggons nach Auschwitz deportiert.

Die Haltung des Vatikans zu den Deportationen war widersprüchlich. Daß es der Mehrheit der in Rom ansässigen Juden gelang, sich während der ersten Razzia versteckt zu halten, ist auch darauf zurückzuführen, daß der Vatikan vielen von ihnen Unterschlupf gewährte. Andererseits gab es keinen öffentlichen päpstlichen Protest gegen die Deportationen "sozusagen unter den Fenstern des Papstes" (Ernst von Weizsäcker) - ein Umstand, der die Nazis von einer ernsten Sorge befreite. Von Weizsäcker, Vater des amtierenden Bundespräsidenten, damals deutscher Botschafter beim Vatikan und ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt, meldete am 17. Oktober 1943 erleichtert nach Berlin: "Der Papst hat sich, obwohl dem Vernehmen nach von verschiedenen Seiten bestürmt, zu keiner demonstrativen Äußerung gegen den Abtransport der Juden aus Rom hinreißen lassen. Obgleich er damit rechnen muß, daß ihm diese Haltung von seiten unserer Gegner nachgetragen und von den protestantischen Kreisen in den angelsächsischen Ländern zu propagandistischen Zwecken gegen den Katholizismus ausgewertet wird, hat er auch in dieser heiklen Frage alles getan, um das Verhältnis zu der deutschen Regierung und den in Rom befindlichen deutschen Stellen nicht zu belasten." (zitiert bei Hilberg, 715 f.) Am 28. Oktober meldete von Weizsäcker an das Auswärtige Amt, die Frage eventuellen päpstlichen Protestes gegen die Deportationen von italienischen Juden könne als "liquidiert" betrachtet werden. Es folgten Razzien in Florenz, Mailand und anderen norditalienischen Städten. Mit zwei Transporten aus Florenz und Bologna sowie Mailand und Verona wurden im November und Dezember weitere tausend Juden nach Auschwitz gebracht.

Kein "nennenswertes Ergebnis"

Die von der deutschen Botschaft in Salò mit erarbeitete "Charta von Verona", die den Delegierten der faschistischen Parteiorganisationen Norditaliens im November 1943 zur Zustimmung vorgelegt wurde, enthielt neue antijüdische Verordnungen. "Die Angehörigen der jüdischen Rasse gelten als Ausländer und sind für die Dauer des Krieges feindlicher Nationalität", hieß es da unter Punkt 7 in dem insgesamt 18 Punkte umfassenden Programm. Liliana Picciotto Fargion, die diese neue Bestimmung zitiert (Picciotto Fargion, 204), kommentiert: "Mit dieser Erklärung verlieh die ‚Soziale Italienische Republik` der deutschen Politik gegen die italienischen Juden die förmliche Legitimation. Praktisch bedeutete sie die Verpflichtung der Polizei, den Nationalsozialisten eine entsprechende Anzahl von Juden für die Deportationen zu überstellen."

Aus Sicht der Nazis hatten die ersten beiden Monate von Danneckers Tätigkeit in Rom kein "nennenswertes Ergebnis" (wörtlich!) gebracht. Eichmanns Dienststelle in Berlin prüfte nun, welche Möglichkeiten die Charta von Verona "für eine im Hinblick auf die Judenfrage fruchtbarere Arbeit als in der Vergangenheit" (zitiert bei Picciotto Fargion, 205) bieten könnte. Ende Januar 1944 wurde ein auf die Verhaftung und Verschleppung der italienischen Juden spezialisiertes Referat der Gestapo mit Sitz in Verona geschaffen. Die Organisierung der Deportationen wurde der Praxis in den anderen Staaten unter deutscher Besatzung angeglichen. Ab Sommer 1944 wurden auch Ehepartner und Kinder aus "Mischehen" deportiert.

Zu den in der Statistik als "auf verschiedene Weise umgekommen" ausgewiesenen 303 italienischen Juden (Picciotto Fargion, 216) gehören auch jene, die am 24. März 1944 in der Ardeatinischen Höhle bei Rom erschossen wurden. Dieser Terrorakt ging direkt auf einen "Führerbefehl" zurück. Nachdem einen Tag zuvor 33 Mann einer deutschen Polizeikompanie in der Via Rossella in Rom durch einen Bombenanschlag getötet worden waren, wurden "zur Vergeltung" zehnmal so viele Italiener, genau 335 Menschen, unter ihnen mehr als 70 Juden, ermordet.

Organisator dieses Massenmordes war der SS-Obersturmbannführer Kappler, der schon am 26. September 1943 die deutsche Schreckensherrschaft mit einem ebenso genialen wie unmenschlichen Schachzug eröffnet hatte: Falls die römischen Juden ihm nicht innerhalb von 36 Stunden 50 Kilogramm Gold übergeben würden, sollten 200 jüdische Geiseln erschossen werden. Wie ein Ausweg aus dieser verzweifelten Lage gefunden wurde, beschreibt Raul Hilberg so: "Renzo Levi von der Delasem (2) wurde in den Vatikan gesandt, um über eine Anleihe von 15 Kilo zu verhandeln, und der Papst gab sein Einverständnis. Am Ende war der Beistand des Vatikans nicht mehr nötig. Italienische Männer und Frauen aus dem Volke kamen, um ihre Spenden abzuliefern, und alles in allem kamen 80 Kilo zusammen." (Hilberg, 713)

Bilanz der Opfer

Während Raul Hilberg die Zahl der aus Italien deportierten Juden mit 7500, von denen weniger als 800 zurückgekehrt seien, angibt, liegen in dem 1991 erschienenen von Wolfgang Benz herausgegebenen Buch "Dimension des Völkermords - Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus" genauere Zahlen vor. Danach sind von Italien aus 6416 italienische und ausländische Juden deportiert worden. Die Zahl der Überlebenden betrug 820. Hinzugerechnet werden müssen die 1820 Deportierten von den Inseln Rhodos und Kos, die seit dem Vertrag von Lausanne 1924 als italienische Staatsbürger galten, und die im September 1943 über die italienische Grenze gezogenen 328 Juden aus Südfrankreich, die von Borgo San Dalmazzo aus nach Auschwitz gebracht wurden. Von insgesamt 8564 Deportierten wurden 7555 ermordet; 1009 kehrten zurück.

Zur Einordnung dieser Zahlen in den internationalen Vergleichsmaßstab schreibt Picciotto Fargion: "Schätzungen zufolge sind etwa 19% der gesamten jüdischen Bevölkerung von 1943 deportiert worden. Wenn der Völkermord in Italien an den Juden, so furchtbar er auch war, nicht die Zahlen anderer westeuropäischer Länder erreichte, so ist dies auf zwei Faktoren zurückzuführen: Italien geriet ab Herbst 1943 überwiegend in die Hände der Alliierten, deshalb waren die zu diesem Zeitpunkt einsetzenden Deportationen nicht mehr so effektiv. Zum anderen half das solidarische und freundschaftliche Verhalten eines großen Teils der italienischen Bevölkerung vielen Juden, sich verstecken und überleben zu können." (Picciotto Fargion, 215)

Wahrnehmungsschwierigkeitenund Ungehorsam

Auch die heute lebenden ItalienerInnen, von denen bei den nationalen Wahlen im April 1992 13,7% ihre Stimme rechtsextremen und offen rassistischen Gruppierungen gaben, scheinen für Antisemitismus vergleichsweise wenig anfällig zu sein. Daß der meist nicht offen geäußerte Antisemitismus der Schönhuber, Haider oder Le Pen - sie "vermeiden zwar direkte Bemerkungen über Juden, doch bei bestimmten Argumenten weiß jeder, wer gemeint ist", sagt Anthony Lerman vom Londoner Institute of Jewish Affairs - demnächst von Umberto Bossi, dem shooting star der regionalrassistischen Lega Lombarda, kopiert werden könnte, ist kaum vorstellbar. Dessen Erfolgsrezept ist Hetze gegen die faulen und kriminellen Süditaliener und die Schmarotzer aus aller Welt, die am (nord)italienischen Reichtum teilhaben wollen. Der alteingesessene neofaschistische MSI läßt es beim - mittlerweile - "ganz gewöhnlichen" europäischen Rassismus bewenden.

Im heutigen Italien sei ein Jude "für den Mann der Straße höchstens ein liebenswürdiger, exzentrischer Mensch, der noch auf den Messias wartet", schreibt Léon Poliakov. (Poliakov, 156) "Un ebreo, che cos'è?" - "Ein Jude, was ist das?" - war schon in den dreißiger Jahren ein geflügeltes Wort in Abgrenzung zum unerklärlichen deutschen Antisemitismus. Diese auf den ersten Blick sympathische Ratlosigkeit hat allerdings in der Vergangenheit auch verhängnisvolle Konsequenzen gehabt. Darauf hat Tullia Zevi, Vorsitzende der jüdischen Gemeinden Italiens, in einem Gespräch mit Lea Rosh (Rosh/Jäckel, 265) hingewiesen: "In Italien herrscht vor einer Autorität, deren Schlechtigkeit man spürt, das heilige Gesetz des Ungehorsams. Die Italiener verstehen es, nicht zu gehorchen angesichts ungerechter oder perverser Befehle. Aber: Die Italiener haben kaum wahrgenommen, was einem absolut integrierten Teil der Bevölkerung geschah. Erst als sie die

Konsequenzen, die Resultate der Infamie, die die Rassengesetze darstellten, bemerkten, das heißt, als sie von den Deportationen und von dem Mord an den Juden wußten, erst da haben sie ‚nein` gesagt."

Js.

Quellen:

Renzo De Felice: Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo. Turin (Einaudi) 1961

Giovanni De Luna: Mussolini. Reinbek (Rowohlt) 1978

Teo Ducci: Gab es einen jüdischen Widerstand in Italien? In: Studienkreis: Deutscher Widerstand: informationen Nr. 32. Frankfurt am Main, April 1991

Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Band 2. Frankfurt am Main (Fischer) 1990

Liliana Picciotto Fargion: Italien. Die Annäherung an die nationalsozialistische Judenpolitik ab 1938. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. München (Oldenbourg) 1991

Léon Poliakov: Geschichte des Antisemitismus, Band 3. Worms (Heintz) 1979

Gerald Reitlinger: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945. Berlin (Colloquium) 1979

Lea Rosh/Eberhard Jäckel: "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland". Deportation und Ermordung der Juden, Kollaboration und Verweigerung in Europa. Hamburg (Hoffmann und Campe) 1991

Eberhard Schmidt: Ins Ghetto zurück. Das Schicksal der italienischen Juden im Faschismus. In: Giorgio Bassani: Erinnerungen des Herzens. Herausgegeben von Eberhard Schmidt. München (Piper) 1991

Bruno Schoch: Zuflucht im faschistischen Italien. In: Babylon - Beiträge zur jüdischen Gegenwart Heft 9/1991. Frankfurt/M. (Neue Kritik) 1991

Klaus Voigt: Die jüdische Emigration in Italien. Ein Überblick. In: Deutsche Forschungsgemeinschaft: Die Erfahrung der Fremde. herausgegeben von Manfred Briegel und Wolfgang Frühwald. Bonn und München (VCH Acta humaniora) 1988

Anmerkungen:

1) Wortschöpfung in Anspielung auf den demonstrativen Auszug der oppositionellen Parteien aus dem Parlament und ihrer Konstituierung als Gegenparlament auf dem Aventin, einem der Hügel von Rom, im Juli 1924. Der Auszug war Zeichen des Protestes gegen die Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti durch die Faschisten.

2) Delegazione assistenza emigranti ebrei - etwa: Komitee zur Unterstützung jüdischer Emigranten

36. Gulitt, Gascoigne, Menotti ... Über "linken" und "proletarischen" Fußball von Dietrich Schulze-Marmeling

Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:29

Ruud Gullit, Starspieler des AC Mailand und der holländischen Nationalmannschaft, wuchs im ärmeren Westteil Amsterdams auf. Als Dunkelhäutiger bekam er schon in frühester Jugend am eigenen Leib zu spüren, was Rassendiskriminierung bedeutet. Als Gullit 1987 zu "Europas Fußballer des Jahres" gewählt wurde, widmete er die Trophäe dem damals noch inhaftierten Führer der Südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC, Nelson Mandela. Gullit singt in Reggae-Bands wider den Rassismus, protestiert gegen die Atomrüstung und gehört zu den Mitbegründern der niederländischen Anne-Frank-Stiftung. Der Star über sein politisches Engagement: "Ich hasse es, wenn Leute in Unfreiheit leben. Wenn man jemand ist, soll man auch den Mund aufmachen. Dann hören wenigstens die Leute hin." (1) Obgleich einer der berühmtesten, besten (Franz Beckenbauer: "Der perfekteste Fußballer der Welt") und sicherlich auch reichsten Kicker überhaupt, ist Gullit kein entrückter Star.

"Es ist seine Lockerheit, seine unbekümmerte Spontaneität, seine Liebenswürdigkeit, mit der er seinen Mitmenschen begegnet, und seine Sensibilität, die ihn von vielen Stars - Maradona etwa - angenehm abhebt. (...) Er ist der Star ohne Allüren, der Star zum Anfassen ..." (2) Gullits Spielstil ist ein ästhetisches Erlebnis. Der Mann mit den Rasta-Zöpfen hat "nie den Spaß, nie die reine Spielfreude, nie diese unbändige Lust am Kicken verloren." (3)

Von seiner Herkunft, seinem Umgang mit dem einfachen Mann von der Straße und seiner Spielweise her, vor allem aber wegen seiner konsequent demokratischen und antifaschistischen politischen Einstellung erfüllt Ruud Gullit somit alle Kriterien, die gewöhnlich zwecks Definition eines "linken Fußballers" strapaziert werden. Das rechte Gegenstück wäre der ehemalige englische Nationalmannschaftskapitän Terry Butcher, ein bekennender Tory, oder der ehemalige Kölner Libero Paul Steiner, der in der Bundesliga für seine rassistischen Ausfälle gegenüber farbigen Spielern berüchtigt war. Butcher wie Steiner spielten einen phantasielosen Fußball und nahmen auf die körperliche Unversehrtheit ihrer Gegenspieler keine Rücksicht. Im Falle Gullits, Butchers und Steiners ist die Sache also klar. Aber macht es - abgesehen von solchen Einzelfällen - einen Sinn, für eine Sportart politische bzw. sozialwissenschaftliche Kategorien einzuführen? Gibt es "linken" und "rechten Fußball", und wenn ja, worin unterscheiden sie sich? Ist "proletarischer Fußball" identisch mit "linkem Fußball"?

Linke Künstler - Proletarische Treter?

In Deutschland, wo die Arbeiterschaft in der Geschichte keineswegs stets eine progressive und emanzipatorische, sondern oft genug eine sehr konservative Rolle spielte und noch spielt, haben die ästhetischen Ansprüche linker Fußball-Konsumenten mit der traditionellen Balltreterei proletarischer Vereine zunächst einmal nicht viel gemeinsam. Zu bieder und anpaßlerisch gestaltete und gestaltet sich zuweilen der hiesige Arbeiterfußball.

Ohnehin muß zunächst einmal zwischen Unterklassenfußball im hochindustrialisierten Zentrum Europa und in der noch stärker von vorindustriellen Strukturen und Milieus geprägten Dritten Welt differenziert werden. In Europa ist der Unterklassenfußball seit Ende des letzten Jahrhunderts auch von den Erfahrungen des industriellen Alltags geprägt, was vor allem für Großbritannien und Deutschland gilt. Den dortigen Arbeiterfußball zeichnen insbesondere "Härte", "Kraft" und "Ausdauer" aus, Eigenschaften, die kaum als unverwechselbar "links" qualifiziert werden können, sondern auch im Sinne rechter Ideologien instrumentalisierbar sind.

So feierten beispielsweise die Nazis die Siege der "Knappen"-Elf von Schalke 04 als Erfolge ihrer Ertüchtigungsideologie, wenngleich dies in erster Linie (aber eben nicht allein) als Vereinnahmungsversuch zu bewerten bleibt. Otto Nerz, Reichstrainer 1926-1936 und ob seines diktatorischen Führungsstils berüchtigt, galt als Anhänger eines gradlinigen, konsequenten, kraftvollen britischen Fußballs, in dem er angeblich urdeutsche Eigenschaften (Durchsetzungsvermögen, Körperkraft, Schnelligkeit) auszumachen glaubte. Unter

Nerz wurde die britische Spielweise allerdings verdeutscht. Nerz unterdrückte jegliche Spontaneität und Kreativität und predigte statt dessen Perfektionismus und allumfassende Organisation. Für persönliche Entwicklung und individuelle Fähigkeiten gab es bei ihm keinen Spielraum, weshalb seine Lehre weniger mit proletarischer Kollektivität als mit totalitären Ordnungsvorstellungen zu tun hatte.

Auf der "linken" Habenseite des traditionellen europäischen Arbeiterfußballs wären - sofern nicht unterdrückt - "Spielwitz" und "Kollektivität" zu verbuchen. Der Unterklassenfußball in der Dritten Welt erscheint gegenüber seinem europäischen Pendant als spielerischer, leichtfüßiger, ballgewandter, weniger diszipliniert, kurzum: weniger industriell. Ähnliches gilt auch für den Fußball der mediterranen Länder, was auf die Existenz von Unterschieden auch in Europa selbst verweist. Der Unterklassenfußball der Dritten Welt war aber auch immer weniger kollektiv, wie ein Vergleich der beiden Spielerpersönlichkeiten Stanley Matthews (England) und Garrincha (Brasilien) zeigt: Beide waren Flügelstürmer und auf dieser Position vielleicht die Besten, die die Welt je gesehen hat. Aber Matthews spielte erheblich mannschaftsdienlicher als Garrincha und beschränkte sich oft aufs Einfädeln von Toren.

Die Unterschiede dürften nicht zuletzt aus den unterschiedlichen Industrialisierungsgraden der einzelnen Gesellschaften und den damit korrespondierenden unterschiedlichen sozialen und kulturellen Milieus resultieren. Aber auch die Geschichte des nicht-mediterranen europäischen Arbeiterfußballs kennt eine Menge ausgesprochener Techniker und Ballkünstler: den bereits erwähnten Stanley Matthews, den Nordiren George Best, die Holländer Cruyff und Gullit, den Franzosen Platini (den ein Kritiker zum "Mozart des Fußball" kürte) und andere. Proletarischer Fußball in Europa war eben oft beides: Otto Rehagel wie "Ente" Lippens, der biedere, eisenharte Kämpe und der trickreiche Spaßvogel, wenn auch das künstlerische und individualistische Element in Südamerika stets stärker ausgeprägt war.

Wie unterschiedlich proletarischer Fußball auch in Europa selbst ausfallen kann, läßt sich des weiteren anhand von zwei legendären österreichischen Fußballidolen aufzeigen: Josef Uridil und Matthias Sindelar, die in den 20er bzw. 30er Jahren Fußballgeschichte schrieben. Uridil war der Prototyp des Kraftfußballers, der gegnerische Abwehrreihen förmlich niederrannte. Matthias Sindelar war genau das Gegenteil, ein Techniker par excellence, der eher eine Drehung zuviel absolvierte, um ein besonders schönes Tor zu erzielen. Niemand beherrschte die "Wiener Schule", das sogenannte "Scheiberlspiel", das ein hohes Maß an technischem Können und Spielintelligenz voraussetzte, so wie Sindelar. Uridil und Sindelar kamen beide aus proletarischen Verhältnissen. Aber Uridils Rapid war vom Umfeld her proletarischer als Sindelars Austria, zu deren Anhang auch viele Intellektuelle zählten, die einen Typ Sindelars dem Typ Uridils vorzogen. (Allerdings erhielt auch Uridil intellektuellen Applaus, und es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Ära Sindelar mit der Uridils nicht zeitgleich verlief, sondern diese ablöste. Beide waren deshalb auch Zeiterscheinungen.)

Bezüglich des spielerischen Elements werden als die beste Zeit des deutschen Fußballs gemeinhin die Jahre 1969 bis 1974 genannt. In diese Zeit fallen der Mönchen-Gladbacher Offensivfußball, die erste große Bayern-Mannschaft und die Gewinne der Europameisterschaft 1972 und der Weltmeisterschaft 1974 durch die Nationalelf, wobei der Sieg von München bereits überdeutlich das Ende der Ära markierte. Linke Fußballbeobachter bezeichnen die Jahre 1969-1974 als die schönsten und reformfreudigsten, und Günter Netzer war für viele ihr Herold.

"Die raumgreifenden Pässe eines Netzers atmeten den Geist der Utopie, plötzlich befand man sich im Offenen, und die langen Haare Günter Netzers, die im Mittelfeld wehten und beim Antritt die ganze Brisk- und Schuppen- und Faconschnittästhetik der 50er vergessen ließen, die immer noch das Fußball-Einmaleins darstellte - diese langen Haare wollten mehr. (...) Der 3:1-Sieg im Wembley-Stadion 1972 ist das Beste, was jemals von einer deutschen Nationalmannschaft zu sehen war: die Pässe, das Aufreißen der Flügel, der freie Raum." (4) Bekanntlich wurde Netzer Opfer eines klassenübergreifenden Konservativismus und deutschen Zwangskollektivismus: "Netzer, der Höhepunkt des deutschen Fußballs, befand sich schnell im deutschen Abseits. 1974 hatten ihn die positivistischen Klein-klein-Kicker von Bayern München ausgebootet. Nicht nur deswegen, weil sich Netzer dazu bekannte, Hermann Hesse zu lesen. Ein Einzelgänger, ein Querkopf hatte fast nie eine Chance in der deutschen Nationalelf." (5) Es war allerdings kein Zufall, "daß mit dem Gladbacher Bökelberg ein gediegen-gutbürgerlicher Fußballort und nicht eine ‚grimmige` Kampfbahn des Kohlenpotts zur prototypischen Reform-Arena avancierte." (6)

Durch die gesamten 70er und 80er Jahre zeigten sich Teile der Mittelschichten liberaler und innovativer als die traditionelle Arbeiterschaft, sowohl im rein systemfunktionalen wie im "linken" Sinne. Auch der Anstoß zur bislang bedeutendsten und umfassendsten liberalen Modernisierung der bundesdeutschen Gesellschaft, die - zeitgleich mit der Gladbacher Sturm-und-Drang-Ära - in den Jahren 1969-1972 erfolgte, kam bekanntlich nicht in erster Linie von der Arbeiterschaft, sondern vornehmlich aus der Studentenschaft (bzw. Bürgerjugend) und intellektuellen Kreisen. Gleichzeitig muß die oben zitierte Aussage wieder eingeschränkt werden: Zwar kickte auf dem Bökelberg nicht das Bergbauproletariat des Ruhrgebiets, wie sich auch das gesamte Umfeld des Mönchen-Gladbacher Fußballs anders gestaltete als etwa in Schalke, aber die Mehrzahl der Spieler kam trotzdem aus eher kleinen Verhältnissen.

Die Glorifizierung Netzers von links basiert vornehmlich auf der Ästhetik seines Spiels. Ästhetik wäre somit ein konstitutives Element "linken" Fußballs. Netzer war sicherlich insoweit ein "Linker", als daß sein Auftreten und seine Spielweise den Ausbruch aus dem spießigen Mief der 50er und 60er Jahre symbolisierte und er sich das Recht herausnahm, anders zu sein - nicht mehr und nicht weniger. Deshalb ist es vielleicht angebrachter, ihn als "Liberalen" zu bezeichnen, als einen, der die "alten Zöpfe" abschnitt. Indes ist Ästhetik natürlich auch eine Frage des Geschmacks. Ein fortschrittlicher Arbeiter wird darauf vielleicht weniger Wert legen als ein fortschrittlicher Intellektueller, um statt dessen mehr Einsatzbereitschaft und Mannschaftsdienlichkeit zu betonen.

Ein Mann des Volkes war Netzer übrigens nicht, was allerdings keineswegs gegen ihn spricht, denn in Deutschland ist es erfahrungsgemäß schwer, populistisch und zugleich links oder radikalliberal zu sein. Die Lufthoheit über den Stammtischen gehört traditionell den Rechten und ihrem reaktionären Zwangskollektivismus. Netzer wurde gemeinhin als Sonderling und Rebell betrachtet, und mit "Andersartigen" und "Querköpfen" hat man in Deutschland so seine Probleme. Ein Mann des Volkes war zu jener Zeit Bayern-Torjäger Gerd Müller. Aber Netzer gelang es, mit seinem Image neue gesellschaftliche Gruppen anzuziehen. Netzer erschien als der "einsame, eigenbrötlerische, in sich gekehrte, ich-bezogene, schweigsame, teils wirklichkeitsfremde, teils unverstandene junge Mann. (...) Netzer bot das Leben alle Annehmlichkeiten, und er genoß diese Freuden ohne ein Lächeln. Er schien auf der Suche zu sein nach einem Glück, das irgendwo in der Ferne lag und das ihn nie erreichte. Dieses Image ist haarscharf auf jene Gruppen der Gesellschaft zugeschnitten, die bisher noch nie von einem Fußball-Star emotionell berührt wurden: auf die Intellektuellen und die Frauen. Deshalb erschienen im Lichtkreis Netzers Künstler, Fotografen, Fernseh-Regisseure und junge Leute, die nie ein Fußball-Stadion besuchen würden. (...) Oft in seiner Mönchengladbacher Zeit widersetzte er sich seinem Chef, dem Trainer, oder stritt mit dem Arbeitgeber, den Vorstandsherren, und das machte ihn den jungen Leuten sympathisch. Auf diese Weise erschloß Netzer dem Fußball ein neues Publikum."(7)

Gerd Müller war Netzers Fan-Schar zu bieder, kumpelhaft und von seiner Spielweise her ("bumm, bumm") zu unästhetisch, aber auch mit Beckenbauer wurde sie nicht warm. Denn anders als Netzer strebte Beckenbauer bewußt und demonstrativ nach Aufnahme in die bessere Gesellschaft, verriet sein angestammtes Milieu und verkörperte eine gewisse Rücksichtslosigkeit, die die idealistischen Intellektuellen ablehnten. Beckenbauer war zu arrogant und berechnend, als daß man sich mit ihm identifizieren mochte.

In historischer Retrospektive erscheint die Ära der Gladbacher "Fohlen" als eine Übergangsphase zwischen dem traditionellen (und industriellen) Arbeiterfußball und dem, was heute auch als Angestelltenfußball bezeichnet wird. Für den Übergang selbst sorgten dann die damaligen Bayern, die anders spielten als die traditionellen Arbeitervereine, aber bei weitem nicht so ästhetisch und schön wie die Gladbacher (und doch erheblich besser als Jahre später in der Ära Lattek). Es ist eben vor allem die Gladbach-Elf dieser Jahre, mit der sich viele fußballbegeisterte Linke - zuweilen arg nostalgisch verklärt - identifizieren. Die deutsche linke und alternative Szene ist heute sozial vorwiegend im intellektuellen bzw. Milieu des "neuen Mittelstands" beheimatet, was auch ihre Wertvorstellung und Ansichten bezüglich eines "guten Fußballspiels" prägt. Ästhetik zählt hier mehr als Kampf und Kraft.

"Linker" Fußball, der zugleich auch proletarische Elemente beinhaltet, der linke wie proletarische Vorstellungen zusammenbringt, wird heute vielleicht noch am ehesten durch Mannschaften wie dem englischen Spitzenklub FC Liverpool repräsentiert. Die "Reds" stehen für eine modernisierte Form des proletarischen Fußballs, die traditionelle Werte nicht einfach suspendiert, sondern durch neue, spielerische wie der allgemeinen Entwicklung des Spiels angepaßte Elemente ergänzt. Steve Heighway, Jugendtrainer des FC und von 1970

bis 1981 Außenstürmer der "Reds" (vermutlich einer der besten in deren Klubgeschichte), skizziert das Liverpooler Spiel wie folgt: "Wir haben hier seit Jahrzehnten einen sehr sozialistischen, gemeinschaftlichen Stil. Jeder macht seinen Job, so gut er kann, und hilft den anderen. Die Grundsätze unserer Spielweise sind sehr einfach: Bewegung ohne Ball und schnelle Abgabe des Balles. Das ständige Paßspiel - den Ball nur einmal berühren und sofort wieder abgeben - ist die Basis unseres Systems. Andererseits wird die Individualität nicht unterdrückt. Obwohl ständig gesagt wird: gib den Ball, gib ihn, gib ihn, führt ihn plötzlich jemand übers ganze Feld und vollbringt etwas Wunderbares. Darin liegt die Schönheit unseres Spiels. Wir hatten immer hervorragende Individualisten, die aber alle bereit waren, ein Stück ihrer Individualität zugunsten des Kollektivs aufzugeben." (8)

Zugleich legt der Klubmanager der "Reds" Wert auf die Feststellung, daß seine Spieler "im Grunde Jungs aus der Arbeiterklasse" seien. "Es kommen nicht allzuviele Universitätsstudenten, die einen unter den Tisch quatschen können." (9) Damit trägt der Verein einer Stimmung in der Stadt Rechnung, die nach wie vor in einem sehr starken Maße vom Unterklassenmilieu beeinflußt wird. Dies bedeutet: Spieler, die sich arrogant gebärden, kommen hier genauso wenig an wie Spieler, die zwar ballverliebte Ästheten sind, aber Einsatz und Kollektivität vermissen lassen. Dies gilt im übrigen auch für den britischen Fußball allgemein: Fußball ist hier - sowohl was die Fans, aber auch was die Spieler anbelangt - noch proletarischer als in der deutschen Mittelstandsgesellschaft. Dafür spricht auch der hohe Anteil schwarzer Spieler im britischen Ligafußball. Fußball ist hier noch immer vorwiegend im proletarischen Milieu verankert und unverändert ein Vehikel, um den Gettos der Großstädte zu entkommen. Und gelingt dies dem Spieler, gelangt er in den Genuß von Spitzengehältern, so verleugnet er gewöhnlich seine proletarische Herkunft nicht. Spieler wie seinerzeit Franz Beckenbauer oder aktuell Lothar Matthäus, die zwar aus "kleinen Verhältnissen" stammen, sich aber heute, und dies mit sichtlicher Genugtuung und Vergnügen, in der "high society" tummeln und von ihrer Vergangenheit nichts mehr wissen wollen, hätten im britischen Fußball einen schwereren Stand. Der britische Fußballer ist weit mehr als sein deutsches Pendant gefordert, den Fans zu demonstrieren, daß er - seinem Verdienst zum Trotze - noch immer einer von ihnen ist und sein Geld auf ehrliche Weise verdient. Dazu gehört selbstverständlich auch, daß er auf dem Spielfeld schuftet.

So erklärt sich u.a. die Popularität des Stars der englischen Nationalmannschaft und ehemaligen Tottenham Hotspurs Spielers Paul Gascoigne, die jüngste "fleischgewordene Legende vom Aufstieg des armen Straßenkickers, das Idol von Großbritanniens Unterprivilegierten" (10) und "der Nation liebster Nonkonformist" (11), der sich bei der WM in Italien wohltuend von der biederen Angestelltenmentalität insbesondere der deutschen Starkicker absetzte und anschließend mit einer Jahresgage von ca. 1,5 Millionen Pfund zum absoluten Spitzenverdiener des britischen Ligafußballs avancierte. Gascoignes Geschichte klingt wie ein Märchen aus vergangenen Tagen. "Er verkörpert die Sehnsucht nach den guten, alten Zeiten, von denen beim Bier so gern die Rede ist. Das Spiel, geht die Saga, war damals noch eine Angelegenheit ehrlicher Jungs, die auf dem Feld rackerten wie die Fans in der Fabrik." (12) Auf der britischen Insel entspricht das Märchen vom proletarischen Helden, vom Aufstieg des ehrlichen Jungen von nebenan, der seinem Milieu dennoch verbunden bleibt, allerdings zuweilen tatsächlich noch der Wirklichkeit. Gascoigne, beim Fußball auf der Straße nur "little fatty" tituliert, verließ im Alter von 16 mit miesen Noten die Schule. Seine Eltern konnten sich in der Industriestadt Newcastle nur ein Zimmer zur Untermiete leisten. Die Mutter schob in einer Glasfabrik Überstunden, damit sie für ihren Sohn Fußballschuhe kaufen konnte. Denn Fußball war "little fatty's" einzige Chance, dem Elend zu entkommen und sozial aufzusteigen. "Ich habe dem Fußball alles gegeben, und er hat mir alles zurückgegeben", resümiert Gascoigne heute. (13)

Nicht nur sein bedingungsloser Einsatz, sein Spielwitz und seine geniale Ballbehandlung, sondern auch - als nicht zu unterschätzende Demonstration sozialer und kultureller Nähe zum proletarischen Publikum - Gascoignes "proletarische Ungezogenheit" ("Wie Pavarotti klinge ich nur, wenn ich furze") begründen des Kickers ungemeine Popularität, die er im übrigen vortrefflich zu vermarkten versteht, wie die Gascoigne-Hausse ("Gazzamania") nach der WM 1990 zeigte. Gascoignes "proletarische Ungezogenheit" beinhaltet allerdings auch chauvinistische und rassistische Ausfälle. So beschimpfte Gascoigne im Spiel gegen Holland Ruud Gullit fortwährend als "langhaarigen Affen". Für die vom britischen Kolonialismus/Imperialismus ideologisch verseuchte englische Arbeiterschaft sind solche Sprüche leider alles andere als untypisch. In der Öffentlichkeit ist Gascoignes demonstrative Heimatverbundenheit folgerichtig seine wichtigste Trumpfkarte. Mehr noch als seine Dribblings und Tore haben sich seine Tränen im WM-Spiel gegen Deutschland ins

öffentliche Bewußtsein geprägt; Tränen, die "Gazza" vergoß, nachdem ihn seine zweite gelbe Karte von der eventuellen Finalteilnahme ausschloß.

So ambivalent wie "Gazza" selbst ist, so ambivalent ist auch die Begeisterung für ihn. Einerseits ist Gascoigne eine Identifikationsfigur für jene Teile der Unterklassen, die vom Thatcherismus sozial erniedrigt wurden und denen die elitäre und rüde Regierungspolitik ihr Selbstwertgefühl raubte. Die neue nationale Symbolfigur ist einer von ihnen. Andererseits trägt "Gazza" klassenübergreifend zum britischen Selbstwertgefühl und damit auch zum britischen Chauvinismus bei. Im "Mutterland des Fußballs", das durch die mehrjährige Aussperrung der englischen Klubs vom Kontinent und Mißerfolge der Nationalmannschaft (die mit ihrem vierten Platz in Italien erst zum zweiten Mal in der 60jährigen Geschichte des World-Cups unter die "letzten Vier" vorstieß) arg gedemütigt wurde, löste er eine "Wir sind wieder wer"-Stimmung aus, die bei der chauvinistischen "SUN" bestens aufgehoben war.

Im Bayern-Dress, erst recht aber im Dress der deutschen Nationalmannschaft, wäre ein Paul Gascoigne, der beim Abspielen der Nationalhymne auch schon mal die Zunge herausstreckt, beim Aufwärmen einem Bobby den Ball ins Kreuz knallt und ständig herumblödelt, trotzdem schwer vorstellbar. Am ehesten käme seine Art vermutlich noch auf Plätzen wie in Dortmund, Schalke und Essen an. Von seinem ambivalenten Charakter her ist Gascoigne in Deutschland vielleicht noch am ehesten mit dem ehemaligen Nationaltorhüter Toni Schuhmacher vergleichbar, einem der letzten Typen im deutschen Nationaltrikot. Heute besteht der deutsche Fußball vornehmlich aus angepaßten Angestellten.

"Menottismus"

Cesar Luis Menotti, Trainer der argentinischen Weltmeister-Elf von 1978 und Mentor eines "linken Fußballs", der "aus der Tiefe des Volkes" kommt, beschreibt "rechten" Fußball als die Domestizierung eines wilden, kreativen Spieltriebs durch eine buchhalterische Input-Output-Logik. Was allein zählt, sind Ergebnis und Tabellenstand; ultradefensive Taktik, schematisches Ballhalten, knochenbrechende Tricks - erlaubt ist, was funktional ist. Die Protagonisten dieses Spielsystems reden viel von Arbeit und Leistung, Kampf und Opfer. "Sich anpassen und funktionieren, so hat die Oberschicht auch den Fußballprofi am liebsten. Es ist ihr nur recht, daß auf diese Weise fortwährend Dummköpfe kreiert werden, nützliche Idioten des Systems." (14) Menotti verband seine Spielauffassung mit einer Kritik an den autoritären Machtverhältnissen in seinem Land, die eine Atmosphäre der Angst, des Mißtrauens und der Subalternität geschaffen hatten: Seine Spieler hätten "die Diktatur der Taktik und den Terror der Systeme besiegt. Sie praktizieren das Alles-oder-Nichts. Sie müssen dem Fußball das Beste ihrer Veranlagung geben, das heißt ihre Begeisterung und ihre Großzügigkeit". (15)

Bei aller Verachtung für den auf Kraft und Schnelligkeit basierenden europäischen Fußball war Menotti dennoch darum bemüht, europäische Elemente in das argentinische Spiel einzuflechten: "Als neuer Stil schwebte ihm eine Synthese aus dem eleganten südamerikanischen und dem nüchternen europäischen Fußball vor. Das Solistentum, das bloße Spiel für die Galerie unter Vernachlässigung des Zweckdenkens merzte er aus." (16) Neben der Spiellaune war die Zielstrebigkeit somit die zweite Säule der Menotti'schen Konzeption. Aber unter Stärke verstand Menotti etwas anderes als viele seiner europäischen Trainerkollegen, nämlich List, während er Schnelligkeit mit Präzision übersetzte. Im Vordergrund seines Trainings stand die Verbesserung der Spielintelligenz seiner Akteure.

Wenngleich Menotti vielleicht der erste Europäisierer des argentinischen Fußballs war, so blieb dieser unter Menottis Regie trotzdem ein südamerikanisches Spiel. Erst unter Menottis Nachfolger Carlos Bilardo erfuhr der argentinische Fußball seine völlige Europäisierung. "El Flaco", wie die Trainerlegende aufgrund ihrer schlacksigen Gestalt genannt wurde, ließ folglich an seinem Nachfolger kein gutes Haar: "Er tötet das Herz unseres Fußballs mit seiner Betonstrategie." Bilardos Konzept sei nichts anderes als "Anpassung und Berechnung statt Emotion und Risiko." (17) Die Medien unterstützten Menottis Kritik zunächst, denn nach dem Sturz der argentinischen Diktatur und der Rückkehr zur Demokratie wirkten Bilardos fußballerische Auffassungen, deren Eckpfeiler Zucht, Ordnung, Gehorsam und Unterordnung waren, wie ein Relikt aus der dunklen Vergangenheit. Die öffentliche Meinung schlug jedoch um, als Bilardo Argentinien 1986 zum zweiten WM-Titel führte.

"Manni" und "Ente"

Beim FC Liverpool scheinen Anpassung und bloßes Funktionieren weitgehend verpönt zu sein. Noch einmal der bereits zitierte Steve Heighway: "Von konservativer, geisttötender Sklavenarbeit auf dem Rasen, von konsequenter Manndeckung, von stets schnappbereiter Abseitsfalle wollen wir hier nie was wissen." (18)

Im deutschen Spitzenfußball begegnet man Liverpooler Elementen am ehesten noch an Stätten wie dem Dortmunder Westfalen-Stadion. Borussia Dortmund könnte sich ein in Taktik erstickendes Angestelltengekicke à la Bayern München nie leisten, weil die Zuschauer wegbleiben würden. Während die Mehrheit des Bayern-Publikums allein auf den Output des Spiels ihrer Mannschaft fixiert ist, ist die Borussen-Anhängerschaft, die sich zu einem größeren Teil aus der Arbeiterschaft rekrutiert als auf vielen anderen Bundesligaplätzen, eher dazu bereit, auch einen ergebnislosen Einsatz zu honorieren. Blindes erfolgloses Anrennen gegen des Gegners Tor scheint den Fans noch immer lieber zu sein als ein langweilig herausgespielter 1:0-Sieg, bei dem nur das Notwendigste getan wurde. Wichtig ist, daß die Mannschaft sich sichtbar bemüht. Arrogantes Gehabe außerhalb des Spielfeldes und auf dem Spielfeld werden hier viel eher geahndet als in München. Mancher mag sich noch daran erinnern, wie schwer es der ehemalige Bayern-Spieler Michael Rummenigge anfangs in Dortmund hatte. Viele der Fans nahmen Rummenigge eine abfällige Äußerung über einfache Arbeiter übel. Rummenigge mußte erst auf dem Spielfeld soziale Nähe demonstrieren, indem er sich redlich "abrackerte", bevor ihm das Publikum verzieh. Der Trainer Rudi Gutendorf ließ in den 60er Jahren seine Schalker Kicker gar zur frühen Morgenstunde Dauerläufe vor den Zechentoren absolvieren. Niemand sollte den Profis soziale Ferne vorwerfen und behaupten, diese würden nicht arbeiten.

Was das proletarische Publikum gewöhnlich gegenüber dem eher mittelständischen auszeichnet, ist seine größere Bodenständigkeit und Loyalität. Das proletarische Publikum definiert seine Loyalität weniger nach dem Erfolgskriterium. Die Mannschaft kann auch mal eine Serie von Spielen verlieren oder gar absteigen: Zu dramatischen Einbrüchen in der Zuschauergunst kommt es hier weit weniger als bei den "Neureichen". Der Münchner Traditionsverein 1860 zieht auch noch in der Drittklassigkeit Zuschauermengen an, von denen mancher Erstligist und einige Zweitligisten nur träumen können. Der große Lokalrivale hätte einen derartigen steilen Fall, wie die "Löwen" ihn seinerzeit erlitten, sicherlich mit weitaus größeren Zuschauereinbußen bezahlen müssen, da die Bayern-Anhängerschaft damals vor allem durch die Erfolgsbilanz des Vereins mobilisiert wurde.

Der konsumfreundliche, mittelständische Zuschauer modernen Typs ist zumeist weniger bodenständig und mobiler. Ähnlich abgeklärt ist auch sein Verhältnis zu den Gagen der Größenordnung, wie sie etwa ein Andreas Möller in der Bundesliga kassierte. Soziale Veränderungen innerhalb des Fußballpublikums und Typenwandel auf dem Spielfeld ergänzen sich gegenseitig. Der Fußballer als abgebrühter, intelligenter und erfolgreicher Geschäftsmann imponiert dem modernen "citoyen". Profis werden nicht länger als überbezahlte, tumbe Beinarbeiter abgetan, sondern ihr Jahresverdienst gerät zum Maßstab für Qualität - ganz wie im richtigen (und eigenen) Leben.

Das Bild vom volksnahen und zugleich emanzipatorischen Kicker wurde in der Bundesliga bislang vielleicht am ehesten von "Ente" Lippens und "Manni" Burgsmüller verkörpert. Beide stammen aus dem Ruhrgebiet und spielten viele Jahre für Ruhrgebietsvereine (Lippens: Rot-Weiß Essen, Borussia Dortmund; Burgsmüller: Rot-Weiß Essen, Borussia Dortmund, Rot-Weiß Oberhausen). Lippens wie Burgsmüller zeichneten Einsatz, Spielwitz, ein enges Verhältnis zum Publikum wie eine gewisse "proletarische Ungezogenheit" und Originalität aus, wie man sie - wie bereits erwähnt - in den britischen Ligen heute noch häufiger antrifft. Unvergessen bleibt "Manni" Burgsmüllers Ferndialog mit dem damaligen Bundestrainer Helmut Schön. (Schön: "Der Burgsmüller soll auf dem Teppich bleiben." Burgsmüller: "Ich dachte, wir spielen auf Rasen.") Und unvergessen natürlich auch "Ente" Lippens Wortwechsel mit einem Schiedsrichter, der ihm die einzige rote Karte in seiner Laufbahn einbrachte. (Schiedsrichter: "Ich verwarne Ihnen!" Lippens: "Ich danke Sie.") Zur "proletarischen Ungezogenheit" gehört auch eine gewisse sympathische Schlitzohrigkeit. Kaum jemand nahm es Burgsmüller übel, als dieser einmal dem Kaiserslauterner Keeper Ehrmann den Ball aus den Händen schlug, um ihn ins Tor zu kicken. Der Schiedsrichter, dem das Foulspiel entgangen war, gab das Tor, und Werder Bremen durfte zwei wichtige Punkte auf seinem Konto verbuchen.

Weder von ihrem Spielstil her noch in ihrem sonstigen Verhalten rund um die Lederkugel waren Lippens und Burgsmüller Anpaßler. Beide zeichneten sich zudem durch eine ausgesprochene Fairneß aus. Brutale Fouls waren für Lippens und Burgsmüller ein Tabu. Im Falle Burgsmüller war dies nach eigener Aussage ein

wesentlicher Grund dafür, warum er noch im Alter von 40 Jahren in der Bundesliga mithalten konnte. Burgsmüller vermied es stets, in den Gegner "voll reinzugehen", womit er sich zuweilen den Unmut seiner Trainer zuzog.

Ewald Lienen, für die im eigenen Milieu isolierten fußballinteressierten Linken viele Jahre das Identifikationssymbol im deutschen Fußball schlechthin, kam zum Image eines linken Kickers weniger durch seine Art der Ballbehandlung als durch sein politisches Engagement. Ähnlich erging es dem Hafenstraßen-Sympathisanten, Nicaragua-Brigadisten und St.Pauli-Torhüter Volker Ippig ("Volker hör die Signale"). Von seinem HSV-Torwartkollegen Richard Golz ist bekannt, daß er sich gegen die Ausländerfeindlichkeit in den Stadien engagiert. Jürgen Klinsmann und Karl Allgöwer wiederum unterschrieben Aufrufe der Umwelt- und Friedensbewegung. Solcherlei politische Statements existieren von Lippens und Burgsmüller nicht. Von beiden weiß man, daß sie zumindest nicht rechts und wahrscheinlich auch mehr als dies waren. Chauvinistische und rassistische Ausfälle à la Gascoigne sind von "Ente" und "Manni" unbekannt. Burgsmüller zählte immerhin zu den fünf der insgesamt 22 von Amnesty International kontaktierten Nationalspieler, die sich im Vorfeld der Fußball-WM von 1978 in Argentinien klar gegen das dortige Regime aussprachen. (19) (Die übrigen waren Sepp Maier, Herbert Neumann, Rudi Seeliger und Bernd Franke.) Trotzdem war es mehr die Art, wie Burgsmüller und Lippens den Fußball zelebrierten, die beide als im weitesten Sinne "linke" Spieler qualifizierte.

"Rinks" und "lechts"

im Weitenzandel

Fußballspieler sind immer auch Zeiterscheinungen. Ihre Ausprägung ist auch abhängig davon, was die jeweilige Zeit gerade zuläßt und fördert. Es war sicherlich kein Zufall, daß die große Zeit des proletarischen Kickers George Best, Europas "Fußbauer des Jahres 1968", die rebellischen Jahre 1968/69/70 waren, als sich in einer Reihe von westeuropäischen Ländern die Jugend und Studentenschaft in Aufruhr befand und eine umfassendere Modernisierung und Liberalisierung der westeuropäischen Gesellschaften einleitete. Der kleine, langmähnige nordirische Supertechniker, der komplette Abwehren im Alleingang ausspielte, verkörperte mit seiner äußerlichen Erscheinung, seiner Spielweise und seinen ständigen Eskapaden um Alkohol und Frauen für viele einen Ausbruch aus dem Mief des konservativen Autoritarismus. Noch 1990 schrieb die (katholische!) "Irish News" über den einstigen Superstar, als der wieder einmal einen Schlagzeilen-trächtigen, schwer alkoholisierten Auftritt in einer Talk Show hatte: "Er lehnt ‚die Bosse` ab, er mag Leute nicht, die ihm erzählen, was er zu tun habe. (...) Er ist noch immer eine rebellische Erscheinung, die sich einen Spaß daraus macht, dem Establishment zwei Finger entgegen zu strecken. (...) Als die Band ‚The Wedding Present` gefragt wurde, warum sie ihr Album nach Best genannt habe, antworteten die Musiker, es wäre ihnen dabei nicht so sehr um den Fußball gegangen, sondern um alles, was Best repräsentiert habe - eine verlorene Ära der Freiheit. (...) Best wird geliebt, weil er ein Rebell ist. Ein athletischer entfesselter Prometheus, der die Leidenschaft von Millionen von Fußballfans nährte und eine Legende kreierte, die sich weigert zu sterben." (20)

Der Kicker mit dem proletarischen Hintergrund war unorthodox und rebellisch, aber sicherlich niemand, der gezielt beabsichtigte, die Welt zu verändern. Seine Rebellion war und blieb individueller Natur und erschöpfte sich außerhalb des Spielfelds in durchgesoffenen Nächten, ständig neuen Frauengeschichten und Disziplinlosigkeit. Paul Gascoigne hat mit Best vieles gemein und ist doch zugleich eine Erscheinung einer ganz anderen Zeit. Beide halten im übrigen nicht viel voneinander. Best über Gascoigne: "Dieser pausbäckige Fettkloß ist in zwei Jahren vom Fenster." Gascoigne über Best: "Für ein bißchen Kleingeld macht dieser versoffene Fettsack doch jeden nieder." (21) Nur zwei Sätze, aber doch zwei, die nahezu den gesamten Katalog an Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den beiden Idolen beinhalten. Gemeinsam ist beiden die proletarische Herkunft, die sich u.a. in der offenen Weise ausdrückt, miteinander umzugehen. Best wie Gascoigne halten nichts von subtilem Geschwätz, und ihr jeweiliger Sprachschatz kennt keine Tabus. Was sie hingegen trennt, ist, daß George Best wohl tatsächlich der Un- sterblichere von beiden sein dürfte: Noch 1990, d.h. 20 Jahre nach Bests Karrierehöhepunkt und nachdem man seit Jahren nichts mehr von ihn gehört hatte, erschien eine Autobiographie des Kickers, die reißenden Absatz fand. Andererseits ist es unwahrscheinlich, daß Paul Gascoigne eines Tages in gleicher Weise stranden wird wie der Nordire.

Die Zahl der tragischen Schicksale ehemaliger Starkicker und Großverdiener mit proletarischem Hintergrund wird immer geringer. Aber auch die Zahl der Kicker, die in das Gedächtnis der Fußballgemeinde als unsterblich

eingehen, ist im Abnehmen begriffen. Beides ist ein Ausdruck veränderter Zeiten - im Fußballbusiness wie in der Gesellschaft allgemein.

Auch in Deutschland veränderte sich Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre der Typus der Kicker. Die Spieler, die 1972 den EM-Titel und 1974 die Weltmeisterschaft gewannen, hatten mit der Fritz Walter-Elf von 1954 wenig Gemeinsamkeiten. Mit den autoritären und hierarchischen Mustern der 50er Jahre waren die selbstbewußten und "langhaarigen Spieler" - wie Netzer, Breitner, Hoeneß, Grabowski, Maier und Beckenbauer - nicht mehr zu führen. Das Gefeilsche um die Prämien im Vorfeld der WM 1974, bei dem die Spieler schließlich über die Funktionäre die Oberhand behielten, wäre 1954 völlig undenkbar gewesen. Was damals beinahe zum Rücktritt von Helmut Schön geführt hatte, läßt sich nicht einfach als "Geldgier verwöhnter Profis" abhaken. Mit Begriffen wie "Ehre" und "Vaterland" war diese Generation nicht mehr zu ködern, so wenig wie sie die Autorität von DFB und Bundestrainer als unantastbar betrachtete. Schön selbst galt zwar als Konservativer, aber in seinem Umgang mit den Spielern war er so liberal, daß er den Kapitän der Mannschaft, Franz Beckenbauer, als faktisch gleichrangig akzeptierte. Seine Spielphilosophie war eine Synthese von ordnenden, spielerischen und kämpfenden Elementen, wie sie die Siegermannschaft der EM 1972 verkörperte.

Die Mehrzahl der damaligen Akteure landete schließlich - einem erneuten politischen Gezeitenwechsel wie aber auch ihrem errungenen sozialen Status entsprechend - im konservativen Lager und begann nun ebenfalls Begriffe wie Ehre" und "Vaterland" zu strapazieren. Dies gilt auch für einen Großteil ihrer Nachfolger. Trotzdem wäre es falsch, darin umstandslos eine ideologische Rückreise zum Fußball der 50er Jahre zu sehen. Die heutigen Stars mögen zwar in ihrer Mehrheit Parteigänger der CDU sein, trotzdem sind sie selbstbewußter bzw. weniger autoritätshörig als die Helden der 50er. Allerdings beschränkt sich ihr Selbstbewußtsein auf das von "Yuppies" und auf den ökonomischen Bereich - schon deshalb, weil der Fußball für sie in einem ganz anderen Ausmaß Erwerbsquelle ist. Auf dem Spielfeld hingegen heißt es wieder oft - wie in den 50ern - "jawoll Herr Trainer". Für Schlagzeilen sorgt da schon, wer - wie Stefan Effenberg - über ein zwar nicht gerade gewitztes, aber doch loses Mundwerk verfügt.

Es gibt proletarischen Fußball, der sich weitgehend auf eine Reproduktion der industriellen Arbeitswelt beschränkt. Es gibt aber auch den, der bestimmte Anforderungen, wie sie der industrielle Alltag und das Unterschichtendasein lehren, mit einer im Alltag unterdrückten Kreativität verbindet, die dann auf dem Spielfeld ihren freien Lauf sucht: Fußball als Ausbruch aus der industriellen Eintönigkeit, aus dem auferlegten psychischen und physischen Elend; die freie, kreative Bewegung als Kompensation für die erzwungene und systematisierte Unterordnung am Arbeitsplatz und die Einschränkung der Fähigkeit zur Artikulation. Zumeist ist proletarischer Fußball Abbild und Ausbruch zugleich. Jedenfalls ging die Zeit der großen Spielerpersönlichkeiten im gleichen Tempo ihrem Ende entgegen, wie sich, der moderne Angestelltenfußball etablierte. Der heutige Starspieler wirkt im Vergleich mit den früheren Spieleipersönlichkeiten eher wie ein abgeschliffener leitender Angestellter.

Die eindeutige Mehrheit der Spielerpersönlichkeiten der 60er, 70er und auch noch der 80er Jahre kam aus der Unterschicht: Franz Beckenbauer war der Sohn eines kleinen Postbeamten, Johan Cruyff, aufgewachsen in einem Amsterdamer Armeleuteviertel, kam zu Ajax Amsterdam über seine Mutter, die sich dort nach dem Tod ihre Mannes als Putzfrau und Tellerwäscherin verdingen mußte. Besessen von der Idee, Fußballprofi zu werden, verließ Cruyff im Alter von 13 die Schule. Sein Mannschaftskamerad bei Ajax, in Barcelona und in der holländischen Nationalmannschaft, Johan Neeskens, war aus dem Amsterdamer Arbeiterviertel Heemstede. Manchester Uniteds Weltstar George Best wuchs in einem protestantischen Arbeiterviertel Belfasts auf etc. Erst recht gilt dies natürlich für Südamerika, von Pele bis Maradona, der in Fiorita, einem berüchtigten Vorstadtgetto von Buenos Aires, das Licht der Welt erblickte. An der Dominanz von aus eher proletarischen Verhältnissen stammenden Fußballern unter den originelleren und besseren Balltretern hat sich bis heute nicht viel geändert (siehe Rijkaard, Gullit, Schillaci, Gascoigne). Möglicherweise liegt dies einfach daran, daß der Fußball als aktiv betriebener Sport noch immer vorwiegend bei den Unterschichten beheimatet ist. Aber möglicherweise reflektieren größere Originalität und Kreativität auch eine soziale Herkunft, wo der Fußball eine der wenigen Foren ist, in denen derartige Eigenschaften artikuliert werden können.

Dazu gesellt sich noch die andere Art der Fußballschule: kein gepflegter Rasenteppich, sondern der Hinterhof, die Straße, der holperige Bolzplatz. Allerdings nimmt die Zahl der Kicker, die wie Michel Platini den Fußball an Laternenpfählen erlernten, stetig ab. Die Fußballschulung erfolgt heute erheblich konzentrierter,

monopolisierter und systematisierter als noch vor 20 oder 30 Jahren. Der österreichische Erfolgstrainer Ernst Happel, eines der letzten Originale auf der Trainerbank: "Die besten Fußballer, Cruyff, Beckenbauer, Pele, kamen alle von der Straße, von der Wiese, vom Strand." (22) Das Produkt der heutigen Fußballschulung besteht zumeist im braven Angestellten, dem Spielfreude und Improvisationskunst abgeht.

Der Angestelltenfußball hat sich aus dem Arbeiterfußball heraus entwickelt und hat wenig damit zu tun, daß seine Akteure vielleicht anderer sozialer Herkunft wären. Deshalb gibt es in den höheren Ligen eine ganze Reihe von Mischformen, was kaum verwunderlich ist, da beide sozialen Spielarten sich in den letzten 30 Jahren nicht einfach nebeneinander entwickelt haben. So war z.B. bezüglich des deutschen Angestelltenfußballs der 80er Jahre immer wieder zu hören, er sei zu sehr Kraftfußball. Das Element der "Kraft" gilt jedoch (abgesehen davon, daß es - jenseits der Existenz unterschiedlicher Klassen - als "deutsch" gehandelt wird) eher als typisch für die proletarische Ära des Fußballs und wurde somit offensichtlich hinübergerettet. Gleiches gilt auch für das Element der "Härte", das im Züge der fortschreitenden Kapitalisierung und gnadenlosen Konkurrenz im Fußball zur Brutalität weiterentwickelt wurde.

Unter den kickenden "gentlemen" der einstigen Oberschichtenvereine war "Härte" eher verpönt, statt dessen übte man sich - in bewußter Abgrenzung zu den proletarischen Konkurrenten - im "Fair Play". Allerdings war der Fußball damals noch nicht vom kapitalistischen Konkurrenzkampf durchzogen, und die damaligen "gentlemen" sind mit den heutigen Fußball-Millionären nicht vergleichbar. Das Fußballspielen war nicht ihr Beruf. Die Adoption der ehemals proletarischen Elemente "Kraft" und "Härte" durch den Angestelltenfußball ist kaum verwunderlich, da insbesondere der "Härte" im Rahmen eines übertriebenen Effizienz- und Konkurrenzdenkens eine wichtige Rolle zukommt: "Der Zweck heiligt die Mittel". Für das aristokratische/feudal-bürgerliche Milieu ist dieses völlig untypisch ("Fair Play"), für das traditionelle proletarische Milieu zumindest nicht typisch ("Solidarität").

Allerdings war es historisch betrachtet der proletarische Fußball, der Zweckmäßigkeit und Erfolgsorientierung einführte. Die Spielanlage der ersten englischen Arbeitermannschaften war erheblich zweckmäßiger und erfolgsorientierter als die der Universitäts- und Public School-Teams. Der soziale Hegemoniewechsel im englischen Fußball erfolgte auf dem Spielfeld aufgrund der Überlegenheit - nicht im Sinne von entwickelterer Technik und Ästhetik, sondern eben im Sinne größerer Erfolgsträchtigkeit - des proletarischen "passing game" über das bürgerlich-aristokratische "dribbling game". In den höheren Spielklassen ist die zunehmende Härte heute in erster Linie eine Ausgeburt der bürgerlichen Konkurrenzgesellschaft. Allerdings wurde und wird bürgerliches Konkurrenzdenken von der Arbeiterschaft immer wieder adoptiert, wie sektiererische Auseinandersetzungen innerhalb dieser sozialen Klasse, auch auf dem Fußballfeld und den Rängen, belegen. Die Unmöglichkeit, proletarischen Fußball in seiner Reinkultur (wenn es diesen überhaupt jemals gab) zu konservieren, liegt sicherlich auch im Niedergang des traditionellen Arbeitermilieus bzw. der Atomisierung der Arbeiterschaft als soziale Klasse begründet. Dazu gesellt sich noch ein generelles Problem des Fußballs als Wettkampfsport, das durch seine kapitalistische Durchdringung und Kommerzialisierung weiter verschärft wurde: Dem Fußball wohnt als Kampf um Tore und Punkte ein Drang zum Perfektionismus im Sinne seiner Erfolgsträchtigkeit inne, der sich nicht mit der Frage aufhält, was "proletarisch" und was "bürgerlich" oder was "schön" und was eher "häßlich" ist.

Auch spielt die soziale Herkunft eines Spielers heute eine immer geringere Rolle für seinen individuellen Spielstil, da die Spieler immer weniger sich selbst entwickeln können und statt dessen immer mehr in fertige Spielsysteme gepreßt werden. Für einen "Ente" Lippens hätte heute keines der 18 Bundesligateams noch eine Verwendung. Die aktuelle Dominanz des Angestelltenfußballs liegt keineswegs allein, wahrscheinlich nicht einmal maßgeblich daran, daß zusehends mehr Mittelschichtszöglinge der Lederkugel nachjagen. Lothar Matthäus kommt aus kleinen Verhältnissen, aber dennoch ist es gerade seine Spielweise, die als Angestelltenfußball klassifiziert wird. Der Matthäus ohne Ball am Fuß erinnert sogar noch viel weniger an sein Herkunftsmilieu als der kickende Matthäus. Das oktroyierte Spielsystem und die neue soziale Identität, die der Kicker im Zuge seiner Karriere erfährt, prägen ihn stärker als seine Herkunft.

Was proletarischer und was bürgerlicher Fußball ist, mag sich noch einigermaßen bestimmen lassen. Hingegen ist die Beantwortung der Frage, was "rechter" und was "linker" Fußball ist, weitgehend eine Ansichtssache. Eine wissenschaftlich haltbare Kategorisierung steht jedenfalls noch aus, weshalb die Verwendung der Begriffe "rechts" und "links" in der Diskussion um das Spiel in Anführungszeichen erfolgen müßte. Das theoretische Modell eines linken Spielstils könnte vielleicht wie folgt aussehen: Engagement (als

Demonstration von Zuschauernähe und damit das Publikum auf seine Kosten kommt), Fairneß gegenüber Mit- und Gegenspieler (im Sinne der Vermeidung von Brutalität; Härte wohnt dem Spiel von Natur aus inne und gehört folglich dazu), offensives Spiel nach vorne statt defensivem Taktizismus, ein kollektiver Spielstil, der aber individuellen Entwicklungen und Eigenarten auf dem Spielfeld freien Lauf läßt.

Wer diese Kriterien erfüllt, würde demnach "linken" Fußball spielen. Ob er aber selbst ein "Linker" ist, steht auf einem anderen Blatt - siehe Netzer. Man muß zwischen "linkem" Fußball und linkem Fußballer differenzieren

Das Problem ist allerdings, daß ein Team, das sich Kriterien "linken" Fußballspiels rigoros zu eigen machen würde, kaum Chancen hätte, im heutigen Spitzenfußball zu bestehen. Dies ist wohl auch der Grund, warum der gleiche Cesar Menotti, der eben noch Brutalität und Funktionalität aufs schärfste verurteilte und als typisch "rechts" denunzierte, dann doch wieder zu erheblichen Konzessionen bereit ist. "Ich will auch den Erfolg, und meine Spieler sind nie mit der Margarite in der Hand auf den Platz gelaufen. Wenn es sein muß, soll auf dem Spielfeld auch Blut fließen. Aber ich will, daß Intelligenz und Kreativität siegen, nicht Destruktivität." (23)

Klar doch: Genügt dem "linken" und "kleinen" FC St. Pauli am letzten Spieltag ein Unentschieden, um den Klassenerhalt zu sichern oder den Aufstieg zu erringen, wird er zur Not den Ball genauso in den eigenen Reihen und der eigenen Hälfte hin und her schieben, das eine oder andere brutale Foul verüben, kurzum: das Spiel zerstören, um statt dessen allein der Maxime "Der Zweck heiligt die Mittel" zu folgen, wie wir es ansonsten nur vermeintlich "rechten" Mannschaften zutrauen würden. "Linker" Fußball in Reinkultur, sollte es ihn denn jemals gegeben haben, ist heute überhaupt nicht mehr möglich. Es mag immer wieder einzelne Spieler geben, denen man nicht nur außerhalb des Spielfeldes, sondern auch auf dem Spielfeld selbst eine linke und emanzipatorische Gesinnung attestieren kann, aber wohl kaum eine komplette Mannschaft. Zumindest nicht in den oberen Spielklassen. Das herrschende Fußballsystem läßt "linken" Fußball immer weniger zu (wenngleich die Hoffnung bleibt - und die EM 1992 gab dieser Nahrung -, daß sich der Angestelltenfußball totläuft und damit eine Kurskorrektur erzwungen wird). Selbst Einzelfälle scheinen nach dem Abschied Burgsmüllers mehr und mehr der Vergangenheit anzugehören, Lichtblicke, von denen man in Nostalgie und Wehmut spricht.

Im Profifußball ist es eben so wie in anderen besser dotierten Berufen der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft: Bei der Ausübung des Berufes ist eine linke und emanzipatorische Gesinnung an der Pforte weitgehend abzugeben.

Schon einem anderen Autor, der sich an diesem Thema versuchte, blieb schließlich nichts anderes übrig, als mit den folgenden Worten Ernst Jandls zu schließen: "Manche meinen / lechts und rinks kann man nicht velwechsern. / werch ein illtum!" (24)

Anmerkungen:

1) Zit. nach T. Kilchenstein, "Die Leichtigkeit des Seins", in: "Frankfurter Rundschau" v. 15.6.1992

2) Ebd.

3) Ebd.

4) H. Böttiger, "Emma macht sich nicht mehr frei", in: "Frankfurter Rundschau" v. 20.6.1992

5) Ebd.

6) N. Seitz, "Bananenrepublik und Gurkentruppe", Frankf./M. 1987

7) U. Schröder, "Der Fußball und seine Stars", in: K.H. Huba (Hrsg.), Fußball-Weltgeschichte, München 1990

8) Zit. nach P. Wuhrer, "God save our gracious team", in: "Wochenzeitung" v. 2.3.1990

9) Zit. nach R. Koppold, "Streng geregelt - Sport auf der Insel", in: M. Kadereit (Hrsg.), Anders reisen - Großbritannien, Reinbek bei Hamburg, 1985

10) "Spiegel" 47/1990

11) "Guardian" v. 15.4.1991

12) H.-H. Klare, "Kampfhund mit Gefühl", in: "Stern"

13) Zit. nach "Spiegel", a.a.0.

14) Zit. nach H. Krämer, Menotti oder "Linker und rechter Fußball" in: "ILA - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika", Nr.136

15) Zit. nach L. Schulze, "Trainer: Die großen Fußballstrategen", München 1989

16) Ebd.

17) Ebd.

18) Zit. nach P. Wuhrer, a.a.0.

19) Zit. nach: "Fußball und Folter - Argentinien 1978", Reinbek bei Hamburg, Juni 1978

20) "Irish News" v.24.9.1990

21) Zit. nach: "Spiegel", a.a.0.

22) "Ich sterbe nicht auf der Bank", Interview mit Ernst Happel, in: "Kicker"

23) Zit. nach H. Krämer, a.a.0.

24) Ebd.

Vorabdruck aus: Der gezähmte Fußball. Zur Geschichte eines subversiven Sports. Verlag Die Werkstatt, Göttingen. Ca. 360 Seiten mit zahlreichen Fotos. DM 32,-. Erscheint im Oktober 1992

37. Christian Geissler: Prozeß im Bruch Buchbesprechung

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:08

Unter dem programmatischen Titel Prozeß im Bruch hat der Nautilus-Verlag veröffentlichte und unveröffentlichte Arbeiten des westdeutschen Schriftstellers Christian Geissler herausgegeben: Briefe, Gedichte, Aufsätze und zwei Flugschriften - entstanden zwischen Februar '89 und Februar '92. Der Hungerstreik der politischen Gefangenen, die deutsche Wiedervereinigung, der Golfkrieg, eine Veranstaltung im ehemaligen Lager Esterwegen, der Herrhausen-Anschlag der RAF und eine Peter-Weiss-Tagung waren Anlaß der Texte.

Allen der in Prozeß im Bruch versammelten Texte gemeinsam ist die Frage, wie sozialrevolutionäres Handeln sich entfalten kann, und wie besser nicht. Oder: wie kann "die Linke" mit ihrer Vergangenheit und Gegenwart umgehen, so daß "Zukunft" einmal wieder Hoffnung machen könnte.

Christian Geissler als Autor steht für diejenigen, die ihn kennen, heute mit nur noch wenigen anderen für die Kontinuität radikalen kommunistischen Denkens. Der jetzt vorliegende Sammelband gibt immer wieder auch Auskunft über seine eigene Entwicklung: Jahrgang 1928, Kindheit und Jugend also im Faschismus. Aus dem Entsetzen darüber ist Geissler, wie andere Westdeutsche seiner Generation, zunächst katholisch geworden. Die Abwendung von Gott-Vater im Himmel erfolgte bald, hin zu Mutter Partei auf Erden, der damals illegalen KPD. Daß einer von dort aus, enttäuscht über Lügen, Engstirnigkeit und dem Mißtrauen der Partei gegenüber jeder Selbstentdeckung, zur Sympathie mit denjenigen kommen konnte, die dann den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik aufnahmen, wissen aus den Jahren nach '68 viele noch von sich selbst. 1992 sind wenige übriggeblieben, die lernfähig-standfest darauf beharren, die "eigene" linke Geschichte zu untersuchen und sich nicht aus Widersprüchen, Brüchen und Fehlern davonzustehlen.

Die Aufsätze beginnen mit dem Februar '89: Das war in der alten BRD die Zeit des Hungerstreiks der politischen Gefangenen aus der RAF um ihre Zusammenlegung in große Gruppen. Geissler hatte seine Kamalatta-Lesungen dieser Zeit zu politischen Veranstaltungen erklärt, um den Kampf der Gefangenen öffentlich bekannt und "die vernünftige logik iherer forderungen endlich weithin denkbar zu machen". Leidenschaftlich solidarisch mit den Genossinnen und Genossen in den Knästen, meldete Geissler aber auch früh seine Zweifel an. Die kamen aus der Analyse des Kräfteverhältnisses, das lebensgefährlich ungleich war. Für gründliche Leser seines 1988 erschienenen Romans Kamalatta waren solche Überlegungen durchaus konsequent, und so hätte im Grunde der Tenor von Geisslers weiteren Arbeiten auch nicht wundern müssen. In weiteren Aufsätzen und einem Brief an den RAF-Gefangenen Helmut Pohl, vor allem aber in der Flugschrift dissonanzen der klärung (einer Antwort auf das Bekennerschreiben der RAF anläßlich des Herrhausen-Anschlags) nimmt Christian Geissler die Einladung von RAF und Gefangen auf, endlich offen miteinander radikale linke Politik zu diskutieren und sich einander in der jeweiligen Praxis befragbar zu machen: "paar bankbüros ersetzen die leicht. von uns einen einzigen menschen ersetzen wir nie! genau dies wirkliche kräfteverhältnis klassenbewußt zu verstehen, heißt nicht kapitulieren, sondern lernen ... niemand soll uns unsere niederlage umphilosophieren in abgesang. unsre lieder schreiben und singen wir selbst. auch die lieder der trauer. denn unsre trauer ist eine, die nicht aufgibt, die lernt ". (...) "aber wie weiter (...) ich selbst bin die befragung dessen, was ich da sage ..." "ein gespenst geht um in europa? ja. kopflos die linke. wie kriegen wir den unterm buschhemd wieder nach oben?"

Unbefangen Fragen, unverstelltes, unorthodoxes Reden, immer im Zutrauen zum jeweiligen Gegenüber. Leidenschaftliches Rütteln an den in doppelter Hinsicht fest verschlossenen Genossinnen und Genossen in den Knästen. All das ist mehr oder weniger verschwiegen worden. Öffentliche Briefe blieben öffentlich unbeantwortet; die Flugschrift dissonanzen der klärung wurde in einigen radikalen Kreisen als Kapitulationsvorschlag oder Staatsschutz-Papier diffamiert.

Das war vor drei Jahren.

Geisslers Aufsatz klassendeutsch entstand in den Zeiten der Maueröffnung. Ein Blick zurück auf die ersten eigenen DDR-Eindrücke, ein Blick von außen. Die DDR sei, "ach war, samt ihrer abgefuckten korrupties, der

erste antifaschistische staat auf deutschem boden, knastförmig elend ja die faust gegen springer und hoechst, gegen mbb und itt, gegen cia, ss und sdi. ach knastförmig ja, blutig verkniffen aus der erkannten geschichte." Freude also über die offene Grenze? "klar mögen wir auch land ohne stacheldraht, die weite lust der eigenen wege." Aber: "das transnationale kapitalinteresse hat seinen jahrhundertsieg. kein gespenst geht um in europa, aber weltweit zischelt ein händereiben, hämt hecheln, das heucheln patscht blut, lügt ratlosigkeit aus peitsche und plüsch: wen wollt ihr, daß ich euch losgebe - den sozialismus oder die barbarei? und aufjauchzend heulen belogen, betrogen, erschöpft und verhetzt die verkauften den einkäufern zu: barbarei!"

Und später heißt es: "sie wissen genau, was sie tun. was genau wissen, was genau tun jetzt wir?"

Eine unbequeme Frage. Christian Geissler stellt, in immer neuen Variationen, genau diese Frage. Sein persönlicher Prozeß scheint zu gipfeln in der zweiten Flugschrift winterdeutsch. Angesichts dürftiger Zeiten wird der Vorschlag gemacht, eine "permanente kommunistische konferenz", kurz PKK, zu organisieren. Ein neues kommunistisches Manifest, als "analytisch rechnendes bilderbuch mit musik" soll erarbeitet werden, aus der Einsicht, daß die Bewegungszyklen - heute gegen NATO, morgen gegen IWF - eben nicht die Strategie sind, dem Kapitalismus die Stirn zu bieten. Bei allen Selbstzweifeln, die in winterdeutsch nachzulesen sind ("was mag in meinem anfang hier alles dumm sein. ich wünsche mir, daß wir uns sagen, wo wir dumm sind ... weil es die wahrheit nicht einzig gibt, lernen wir immer zusammen") kommt diese Arbeit nicht daher wie ein beliebiger Vorschlag, den man aufgreifen oder verwerfen kann. Christian Geissler diktiert Aufgaben - und sie sind so dringend, daß sich vielleicht genauer sagen läßt: Hier handelt es sich um eine Sturmflugschrift. Die PKK soll untersuchen: die Bereiche revolutionäre Moral, Ökonomie, Marxismus/Leninismus/Stalinismus/Maoismus, Aufbau, Logistik, Knäste, Festung Europa, Armut, Kultur, triple oppression. Sie soll zu Ergebnissen kommen, denn es sei höchste Zeit, daß wir "ergreifend angreifend unsere humanität organisieren". Soweit der Vorschlag PKK - aber winterdeutsch beschreibt auch noch den beginnenden Diskussionsprozeß mit Genossinnen und Genossen aus verschieden linken Zusammenhängen über das vorgeschlagene Projekt. Die Einschätzung der heutigen Situation wurde zwar weitgehend zugestimmt, nicht aber dem vorgeschlagenen Sprung PKK. Der Versuch, stürmisch einen Prozeß zu initiieren, der aus der linken Niederlage herausführt, sei also gescheitert: "jetzt habe ich es so verstanden: in - winterdeutsch - sind fehler der übereilung, auch der kindlichen überschätzung; ist auch das mißtrauen des verletzten, ist manchmal mein hohn bloß noch eine übelkeit." Die Tiefe der allgemeinen linken Niederlage aber habe, wenn man sie einsieht, Folgen für das Individuum. Der letzte Brief in winterdeutsch zeigt es deutlich. Daß einer krank werden kann, daß er zusammenbricht.

Ein Prozeß also, der persönlich auf Zusammenbruch und Abbruch hinausläuft?

Im Vorwort des Buchs schreibt Christian Geissler: "wir stehen auf und wir brechen zusammen. das ist das ganze. die lostrennung der einen beobachtung von der anderen, so oder so, produziert unsre entwürdigung. ihrer aufhebung gilt unsre neue frei kommunistische arbeit." Und im Aufsatz zu Peter Weiss heiß das so: "es scheint dem menschen das reden und denken in siegeshoffnung unbekömmlich. als überschreite er da sein maß, verdirbt der siegesgedanke die gestalt seines handelns. ich weiß noch nicht den kern der sache. aber ich weiß, daß anmaßung uns die arbeit versaut. aus dieser erfahrung kommt meine warnung: unser kampf geht weiter, unsre arbeit geht weiter - ohne zu lügen von siegen."

Die letzte Arbeit in Prozeß im Bruch ist der Anfang seines neuen Romans unter dem Arbeitstitel wir erklären die feindschaft". Ausschnitte aus heutiger Realität, zwischen Lagos und Berchtesgaden, Zarrentin, Guatemala und Ostfriesland. Christian Geissler zeigt. Er zeigt auf zwei Kinder in Guatemala, unter dem Sprühgift der US-Antidrogenbehörde. Er zeigt auf die Damen und Herren der deutschen Geschichtsumschreibung. Auf die Ruhigstellung von Kindern mit Medikamenten, auf flüchtende Kurden. Es ist ein Blick, eine Sprache nah der Versteinerung, bebend genau: hinsehen, zeigen, nicht erstarren. Weiter fragen nach der Selbstbefreiung von Entfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung.

In der Vielschichtigkeit und Komplikation, die in dieser Frage steckt, steht ein Autor wie Christian Geissler heutigentags zunehmend außerhalb des öffentlichen Disputs: Ideologisch haben vorerst diejenigen gewonnen, denen am Status quo gelegen ist. Prozeß im Bruch dagegen ist durchzogen von einem Konflikt, den offenbar immer weniger Menschen kennen und austragen wollen: dem zwischen revolutionärem und intellektuellen Anspruch. Leute wie Peter Weiss oder Jean Paul Sartre fanden sich davon umgetrieben. Als Intellektuelle übernahmen sie die Verpflichtung, unbestechlich nach Wahrheit zu suchen: über die Moskauer Prozesse oder

über die Gulags, um nur zwei Beispiele zu nennen. Als revolutionär Denkende wollten sie parteilich auf Seiten derer arbeiten, die gegen die Barbarei ankämpften. Die Situation heute sieht noch anders aus. Es ist nicht nur die Indifferenz vieler Intellektueller. Und es sind nicht nur einige radikale Gruppen, die ihre Mythenbildung energisch fortsetzen. Es ist vor allem der herrschende Diskurs, der lautstark wie nie bestreitet, daß es Unterschiede gibt und daß es zu unterscheiden gilt: zwischen oben und unten, Unterdrückern und Unterdrückten, Tätern und Opfern, braun und rot ... man kann das fortsetzen. Für einen Schriftsteller, der auf der Unterscheidung (und auf der Unterscheidungsfähigkeit der Menschen) beharrt, wird die Luft dünner: das heißt dann fundamentalistisch, fanatisch, dogmatisch, stalinistisch.

Auf den Mut, öffentlich Stellung zu beziehen, reagieren die bürgerlichen Medien, soweit sie Geisslers Arbeiten überhaupt noch zur Kenntnis nehmen, wie aus dem Schlaf Aufgeschreckte. Aus den Rezensionen zu winterdeutsch klang verwunderliches Mißverstehen und ein Sich-dummstellen, das darin gipfelt, Befriedigung über die Tatsache zu äußern, daß die K-Gruppen der siebziger Jahre nicht an die Macht kamen und daß Kohl für uns alle sicher das kleinere Übel sei.

Jenseits solcher Bekenntnisse eigener Oberflächigkeit und Verwirrung stellt sich die Frage, ob und wie sich die Linke mit Geissler auseinandersetzt. Auf einzelne Veröffentlichungen wie die beiden Flugschriften gab es nur spärliche Reaktionen. Es ist schon verwunderlich: Seitenweise zog man in einigen linken Zeitungen und Zeitschriften lustvoll über Biermann, Enzensberger und andere her und konnte sich nicht genug darin tun, darzulegen, warum diese Linksintellektuellen keine Linksintellektuellen mehr seien; man säuberte. Die kompromißlosen kämpferischen Thesen eines Christian Geissler (oder auch die eines Günther Anders) dagegen finden in linker Öffentlichkeit kaum Beachtung. Ob es daran liegt, daß die Frage nach der Gesinnung bei Geissler immer wieder hinter die nach der Verantwortlichkeit der Linken zurücktritt? Dann wäre die sicherlich sehr kritische Auseinandersetzung mit einer Arbeit wie Prozeß im Bruch ein Gradmesser für die Bereitschaft, sich der eigenen Verantwortung zu stellen. Das Buch selbst führt vor, was das heißen kann: Die Bemühung, den Umfang und die Vielschichtigkeit der Frage nach linker Geschichte und Gegenwart überhaupt einmal anzuerkennen. Das ist die Voraussetzung für jede weitere Arbeit.

B.S., Berlin

Christian Geissler: Prozeß im Bruch. Schreibarbeit Februar '89 bis Februar '92. Musik mit Singstimmen und Trommel, Messungen und Messer. Hamburg (Edition Nautilus) 1992. 288 S. 29,80 DM

38. Da kocht das (männlich) christliche Gemüt. (Zur Amtseinführung von Maria Jepsen)

Rubrik: Kirche und Religionen; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:15

Bischöfe werden in der evangelischen Kirche gewählt. Bischöfinnen auch, würde jetzt eine für die patriarchiale Sprache empfindsame Frau sagen. Aber es ist nicht mehr nur das feinsinnige, feministische Sprachempfinden, es ist die blanke Realität.

Am 30. August wurde Maria Jepsen in der Hamburger St. Michaeliskirche in das Amt der Bischöfin eingeführt. Das gab es noch nie. Weder in der Nordelbischen Landeskirche noch in der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) noch in der weltweiten lutherischen Kirche. Eine Bischöfin. Martin Luthers Tintenkleckse würden das Ausmaß von Wandmalereien annehmen, gehörten diese Spritzer, wie auch der berühmt - und was seine Meinung über das Weib angeht - berüchtigte Reformator nicht längst der Vergangenheit an. Aber der Teufel, dieser altböse Feind wurde von Luther vor 400 Jahren in der Schloßkirche zu Wittenberg durch das Schleudern der Tinte zwar verscheucht, sein Wesen treibt er in vielerlei Gestalt, nach Auffassung von theologischen Kreisen zumindest, nach wie vor. Auch die weltweit erste lutherische Bischöfin ist keinesfalls gegen Anfeindungen gefeit. Ob nun der Leibhaftige dahintersteckt, mag dahingestellt bleiben.

Maria Jepsen, 47 Jahre alt, war 19 Jahre Gemeindepastorin, bevor sie im Kirchenkreis Hamburg-Harburg Pröpstin wurde. Dieses Amt hatte sie 13 Monate inne, dann wurde sie zur Bischöfin gewählt. Das Zusammentreffen ihres Frau-Seins mit dem höchsten Amt in der evangelisch-lutherischen Kirche ist es, was den Kritikern Probleme macht und in der Kirche für einigen Aufruhr sorgt.

Denn Frau Jepsen versteckt ihr Theologinnensein keinesfalls. Sie hält laut FAZ das Thema "Feministische Theologie" für zentral und möchte ihm "ebensoviel Wichtigkeit verleihen wie dem Gespräch zwischen Christen und Juden". Wobei keineswegs an eine radikal feministische Sichtweise gedacht werden darf, wie sie z.B. Elga Sorge vertritt, die deshalb auch mit Lehrverbot belegt wurde. Frau Jepsens Feminismus hat daher das Attribut "sanft" zugesprochen bekommen. Denn sie ist in ihren Äußerungen eher moderat und vorsichtig, aber niemals radikal.

Aber das hat keine beruhigende Wirkung auf ihre Kritiker, die christlichen Gemüter kochen. Der evangelikale Theologieprofessor Georg Huntemann, mittlerweile - Göttin sei Dank - pensioniert, fordert ihre Exkommunizierung, während einige Pastoren und Gemeindemitglieder sich in aufrichtig gemeinter Bibeltreue das paulinische Argument vom Weib, das in der Gemeinde schweigen solle, zu eigen gemacht haben und damit gegen die Bischöfin zu Felde ziehen. Ein Pastor, der sich von den direkten Angriffen auf die Bischöfin als Frau distanzieren wollte und deshalb eher die theologische Argumentation zu bevorzugen glaubte, meinte in einem Fernsehinterview, das Problem läge darin, daß Frau Jepsen feministische Theologin sei. Feministische Theologinnen würden nämlich entgegen der Heiligen Schrift von Jesa Christa sprechen, statt den Herrn Jesus Christus zu nennen. Die katholische Kirche hat solche Argumente nicht nötig. Sie spricht offen von der Belastung, die die Zusammenarbeit der Christen verschiedener Konfessionen erfährt, da nun eine Frau das Bischofsamt bekleidet. Eine echte Drohung, diese Zusammenarbeit aufzukündigen. Nicht wegen entscheidender Differenzen in theologischen Auffassungen - nein, wegen einer Frau. Der Sexismus unter den Talaren der Priester und Pastoren ist eben auch noch 2000 Jahre post christum natum lebendig.

Keine Auseinandersetzung darüber, daß Frau Jepsen "die Frage der Homosexualität für das bewegendste Gegenwartsthema der Kirche" hält, daß sie sich Kirche "glaubwürdig und gemeindenah" vorstellt, daß sie die Traditionen des Christentums überprüft sehen möchte, "die Antijudaismus und Antisemitismus fördern". Nein, auf die inhaltliche Ebene steigen die Herren nicht hinauf.

In der Debatte zum Thema Frau und Bischofsamt hat sich schließlich sogar die Kammer für Theologie der EKD zu Wort gemeldet. Veranlaßt durch den Aufruhr verfaßte die Kammer ein Gutachten mit dem Titel "Frauenordination und Bischofsamt". Ohne hier in theologische Debatten einsteigen zu wollen, der Versuch mit Kirchenrecht und historisch-kritischer Würdigung des paulinischen Argumentes zeigt, daß neben der Feststellung, daß "die Wahl einer Frau zur Bischöfin (...) mit den theologischen und rechtlichen Grundsätzen der evangelischen Kirche erfolgt", die Kirche gegen den internen Sexismus noch viele Worte und Gegenargumentationen benötigt.

Aber was will frau von einer Kirche erwarten, die überhaupt erst seit 1966 Frauen als Pastorinnen ordiniert ? Da ist die erste Bischöfin sicher kein Schritt in die falsche Richtung, aber ob moderates Auftreten immer die richtige Antwort auf die vielen Luthers in dieser Institution ist, muß Frau Jepsen erst noch beweisen. Zumindest zu wünschen wäre ihr und den vielen Frauen, die es begeistert begrüßt haben, nun endlich auch mal eine Frau an der Spitze der Kirchenhierarchie zu sehen, daß sie sich gegen den Sexismus durchsetzen und damit auch den Weg für andere Frauen freimachen kann.

Li., Hamburg

Quellen: FAZ, FR, Emma 06/92

39. Die linke Spur auf der Autobahn, oder vom Ankommen im neuen Deutschland

Rubrik: Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak346/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:05

Auf der Autobahn wird links gefahren. Die Kolonne auf der Überholspur fährt dabei fast langsamer als die rechte. Keiner schert hinter dem überholten Laster wieder ein. Früher war das anders, oder? Liegt es daran, daß jetzt alle Welt größere und schnellere Wagen fährt? Beobachtungen und Fragen eines, der nach acht Jahren Lateinamerika in die Bundesrepublik zurückkehrt, die jetzt nur noch Deutschland heißt.

Acht Jahre haben wir in Nicaragua gelebt. Zuletzt mit einem Entwicklungshelfervertrag bei "Dienste in Übersee". Jetzt sind wir zurückgekommen und schauen auf unser Land. Was sind acht Jahre? Keine AIDS-Debatte, kein Tschernobyl, keine Wiedervereinigung. Die AIDS-Fälle sind in Mittelamerika nur in Honduras auf eine Zahl angewachsen, die Aufmerksamkeit erregt. US-Basen machten die Prostitution zu einem der gewinnbringendsten Gewerbezweige in den umliegenden Regionen und führten zu dem Import des AIDS-Virus. In Nicaragua, wo wir in der Stadt León lebten und arbeiteten, gibt es weder ernstzunehmende Zahlen, noch werden ernstzunehmende Testreihen durchgeführt.

Wenn wir von der AIDS-Debatte nur die Artikel aus der bundesdeutschen Presse kennenlernten, die Besucher mitgebracht oder liegengelassen hatten, so erhielten wir von Tschernobyl immerhin Kartoffeln und Marmelade, die nach der Katastrophe zu einem Spottpreis an die armen Länder abgegeben wurden. Von der Wiedervereinigung erleben wir nun die Konsequenzen.

Das Land hat sich verändert. Unmerklich. Es ist wie ein alter Freund, den du lange nicht gesehen hast. Du triffst dich mit ihm und redest und lachst und alles scheint wie früher. Doch plötzlich merkst du, daß die alte Vertrautheit fehlt und die Freundlichkeit verwandelt sich in schrille Falschheit.

Ankommen in Deutschland heißt auch ankommen auf den Behörden. Neu für uns ist, daß wir angelogen werden. Entweder haben wir dies früher nie registriert, oder die Beamten haben sich wirklich erst in den letzten Jahren angewöhnt, den Menschen, die zu ihnen kommen, nicht die Wahrheit zu sagen. "Selbstverständlich, Ihr Antrag ist bereits bearbeitet, übermorgen wird das Telefon installiert". Eine Woche später stellt sich heraus, daß der Antrag noch nicht einmal bis zu den entsprechenden Schreibtischen vorgedrungen war. Und so ergeht es uns auf dem Arbeitsamt, bei der Krankenkasse, aber auch bei Privatfirmen, wie beispielsweise der Spedition, die unser Gepäck zu befördern hatte, so daß langsam die Erkenntnis wächst: Im neuen Deutschland wirst du angeschissen.

Hat man lange Jahre in einem fremden Land gelebt, weiß man wie wichtig die Haltung ist, die einem als Ausländer von der Bevölkerung des Gastlandes entgegengebracht wird. In Nicaragua wurden wir aufgenommen wie Freunde. Nicht wie Gäste, sondern wie einer unter anderen. Und das will einiges heißen, bei dem so legitimen Nationalgefühl der armen Völker Mittelamerikas.

Wir wurden natürlich als Ausländer auch in Frage gestellt, am Arbeitsplatz wie im Privatleben. Es kam vor, daß in Auseinandersetzungen zu dem Argument des "Du- Bist-Ja-Nicht-Von-hier" gegriffen wurde, um einer wirklichen Auseinandersetzung zu entgehen. Dennoch wurde unser Zusammenleben mit ihnen von vielen Nicaraguanern als Bereicherung begriffen. Und das, ohne von multikultureller Gesellschaft zu reden. Wenn dies nicht so gewesen wäre, hätten wir nicht so lange dort leben wollen.

Zurück in Deutschland mitanzusehen, wie Landsleute Ausländer vertreiben wollen, und dabei keine Rücksicht auf deren Leib und Seele nehmen, Ausländer als minderwertige Menschen verstehen und verachten, ist nicht einfach Teil eines Kulturschocks der Wiederkehr.

Auch in Nicaragua erlebten wir Denkweisen und Verhaltensmuster, wo wir sagen mußten: Nicht mit uns. Wenn die Verteidigung nationaler Interessen zu chauvinistischem Nationalismus wurde, oder wenn es um den Machismo ging, oder um eine ungebrochene Technikgläubigkeit. Es gibt andere Beispiele. Dennoch war es uns möglich, damit umzugehen. Denn es war niemals "mein Ding". Es war Sache der Nicaraguaner, Teil ihrer Kultur und Geschichte. Zurück in Deutschland finde ich in den Brandbomben gegen Asylanten eine Kultur und Geschichte, die auch die meine ist und die mir Distanz nicht erlaubt, solange ich nicht auf Distanz gehe und das Land wieder verlasse, es als "Nicht mein-Land" erkläre.

Ganz langsam lerne ich zu verstehen, wie sich dieses Deutsch-Land im Verhältnis zu anderen Ländern sieht. Ich suche zur vollen Stunde egal welchen Radiosender. Hauptteil der Nachrichten sind Mitteilungen über Hilfsgüter, Hilfssendungen, Hilfsmaßnahmen der reichen für die armen Länder. Nein, es ist noch spezieller: Die Nachrichten erzählen uns, warum die Hilfsgüter nicht ankommen und die Hilfsmaßnahmen nicht greifen. Meistens weil in den Krisengebieten nicht die nötige Sicherheit herrscht, Rebellen unterschiedlicher ideologischer Provenienz die Transporte überfallen, Korruption die Verteilung unterbindet, und weiß ich was noch. Schlußfolgerung: "Die wollen unser Geld gar nicht haben." Und Schlußfolgerung Nummer zwei: "Wir sind gute Reiche. Wir wollen ja helfen." Hier kann gar kein Denken entstehen, in dem das eigene Land gleichberechtigt neben anderen Kulturen sich einreiht. Deutschland ist immer Subjekt. Die Anderen erleiden im Passiv die deutsche Politik, sei diese im Bereich des Militärischen oder des Humanitären angesiedelt. Das einzige was den armen Ländern zugestanden wird, ist ein passives Verb: empfangen. Herrschaftsdenken wird heute über Almosen organisiert.

Mehr als Hilfsgüter sind in den Nachrichten auch fast schon nicht mehr drin. Über die Hintergründe der Konflikte, die zugrunde liegenden Logiken und mögliche Auswege wird nicht mehr berichtet. Sicherlich, der Informationsmarkt ist groß. Jeder, der will, findet spezielle Sendungen, die ihm das liefern, was er braucht. Zum Teil kann er sich dabei sogar den passenden Weltanschauungsfilter aussuchen. Aber wer sucht schon? Der Nachrichtenkonsument wird abgespeist mit einer Weltsicht, die außerhalb der Grenzen Deutschlands nur das wilde Chaos wüten sieht, und das ohne Sinn und Verstand.

Die Menschen sind dabei aggressiver geworden, oder ist auch dies nur eine Wahrnehmung des längst Bekanntem, neu geworden durch die Abwesenheit? Es ist eine hilflose Aggressivität, die des kleinen Mannes.

So lautet mein vorläufiges Fazit denn: Die bundesrepublikanische Wirklichkeit von heute zeigt eine Gesellschaft, in der ehemals anerkannte Spielregeln nicht mehr die gewohnte Gültigkeit beanspruchen können. Es ist Glaube verloren gegangen. Wo vormals der Bundesbürger in die Funktionalität des Systems vertraute, und jeder damit rechnen konnte, den Spielregeln entsprechend gerecht behandelt zu werden, agieren die Menschen heute wie ein vom Schiedsrichter im Stich gelassenes Football-Team. Die Menschen werden aggressiv. Instinktiv. Es liegt etwas in der Luft. Es ist nicht faßbar, aber irgendetwas ist falsch. Sind die Spielregeln nicht mehr gültig, tritt die Selbstjustiz auf den Plan. Korrupte Politiker, heute eher die Regel, waren noch in den 70ern nicht einmal als Ausnahme denkbar, auch wenn sie selbstverständlich existierten. Die Unschuld ist weg. Heute bräuchte es mehr als einen Guillaume, um den Kanzler zu stürzen. Die Desillusionierung hat nicht zu größerer Weisheit geführt. Sie hat die latente Gewalt des Systems dem Individuum aufgebürdet. Und da kommt sie wieder raus, sei es auf der Autobahn mit Hilfe des Gaspedals oder mit dem Molotov-Cocktail vor dem Asylantenheim.

Hier bleibe ich nicht. Hier bleibe ich nicht?

Uwe Martini

40. "... wir waren alle ziemlich heiter..."

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:03

Im Spiegel der Literatur:

Die Geschichte der italienischen Juden ab 1939

Die Rassengesetze

Die Magnolie wächst genau in der Mitte des Gartens

unseres Hauses in Ferrara und sie eben sie ist es auch

die in fast allen meinen Büchern

wiederkehrt

Wir pflanzten sie im Jahr 39

wenige Monate nach der Verkündigung

der Rassengesetze mit einer Zeremonie

die zur Hälfte ernst zur Hälfte komisch ausfiel

wir waren alle ziemlich heiter so Gott

will

gerade zum Trotz dem durch alle Zeiten verdrießlichen

Judentum

(...)

Giorgio Bassani: Erinnerungen des Herzens. Hrsg. Eberhard Schmidt.

München (Piper) 1991

Die Fahrt

(...) Mit der absurden Präzision, an die wir uns später gewöhnen sollten, nahmen die Deutschen den Appell vor. "Wieviel Stück?" fragte der Oberscharführer zum Schluß; und der Rottenführer stand stramm und meldete, es seien sechshundertundfünfzig "Stück", und alles stimme. Sodann verlud man uns auf Autobusse und brachte uns zum Bahnhof Carpi. Dort erwarteten uns Zug und Bewachung. Und dort bekamen wir die ersten Schläge. Das war so neu für uns und so unsinnig, daß wir keinen Schmerz empfanden, weder körperlichen noch seelischen. Nur tiefe Verwunderung: Wie kann man einen Menschen schlagen, ohne zornig zu sein?

Zwölf Waggons waren es, und wir waren sechshundertundfünfzig; mein Waggon faßte nur fünfundvierzig, aber er war klein. Jetzt hatten wir also vor unseren Augen und unter unseren Füßen einen jener berüchtigten deutschen Transportzüge, die nicht wiederkehrten und von denen wir, erschaudernd und immer etwas ungläubig, schon so oft gehört hatten. Es stimmte bis in alle Einzelheiten: von außen verriegelte Güterwagen und drinnen Männer, Frauen und Kinder, erbarmungslos zusammengedrängt wie Dutzendware, auf der Fahrt ins Nichts, auf der Niederfahrt in die Tiefe. Drinnen sind dieses Mal wir. (...)

Die Waggontüren waren sofort geschlossen worden, doch erst abends setzte sich der Zug in Bewegung. Unseren Bestimmungsort hatten wir mit Erleichterung vernommen. Auschwitz. Damals für uns ein Name ohne Bedeutung; aber er mußte immerhin einem Ort dieser Erde angehören. (...)

Primo Levi: Ist das ein Mensch? München (Hanser) 1988

Das Jahr 1945

(...) Mit dem Herbst brachte der Frieden eine Folge von neuen Ereignissen.

Die ersten, die zurückkehrten, waren die Juden. Von den 1056 Passagieren des Zuges Rom-Auschwitz, der vom Tiburtina-Bahnhof abgefahren war, waren fünfzehn am Leben geblieben. Sie gehörten alle zu den Ärmsten der Armen, wie die große Mehrheit derer, die aus Rom deportiert worden waren. (...) Bei der Ankunft in Italien wurden die fünfzehn, darunter eine einzige Frau, von einem Hilfskomitee empfangen, das sie mit einer Bahnfahrkarte zweiter Klasse sowie mit einem Stück Seife (und die Männer mit einem Päckchen Rasierklingen) ausgestattet hatte. Der älteste unter ihnen, ein 46jähriger Mann, hatte sich gleich nach der Ankunft in seinem leeren Haus eingeschlossen und lag nach einigen Tagen noch immer weinend dort. Wenn man zufällig einem dieser Heimgekehrten begegnete, konnte man ihn sofort mühelos erkennen. Die Leute zeigten ihn sich gegenseitig: "Er ist ein Jude!" Und weil sie so unglaublich dürr waren und so sonderbar aussahen, betrachtete man sie, als seien es Launen der Natur: Auch die Hochgewachsenen sahen klein aus und gingen gebückt, mit langen und mechanischen Schritten wie Gliederpuppen. Anstelle der Wangen hatten sie zwei Höhlungen. Viele von ihnen hatten fast keine Zähne mehr, und auf den rasierten Köpfen hatte erst seit kurzem wieder flaumiges Haar zu wachsen begonnen, wie bei Säuglingen. Die Ohren standen von ihren abgezehrten Köpfen ab, und ihre tiefliegenden, schwarzen und dunkelbraunen Augen schienen nicht die sie umgebenden Bilder widerzuspiegeln, sondern irgendein Durcheinander von unwirklichen Figuren, wie bei einer Laterna magica, in der sich absurde Gestalten ewig im Kreis bewegen. Es ist sonderbar, wie manche Augen sichtbar den Schatten irgendwelcher Bilder aufbewahren, die sich früher, irgendwann und irgendwo, in die Netzhaut einprägten wie eine unauslöschliche Schrift, die die anderen nicht lesen können - und oft auch nicht lesen wollen. Dies letztere war der Fall bei den Juden. Sie begriffen rasch, daß niemand ihre Erzählungen anhören wollte. Es gab solche, die sich ihnen von Anfang an entzogen, andere, die sie sofort mit einem Vorwand unterbrachen, und solche, die ihnen geradezu lachend aus dem Weg gingen, als wollten sie ihnen sagen: "Bruder, du tust mir leid, aber in diesem Augenblick habe ich anderes zu tun." In der Tat glichen die Berichte der Juden ganz und gar nicht denen von Schiffskapitänen oder denen des Helden Odysseus, der in seinen Palast zurückkehrte. Sie selbst waren gespenstische Gestalten, wie negative Zahlen, sie boten keinen natürlichen Anblick, und man konnte nicht einmal gewöhnliche Sympathie für sie empfinden. Die Leute wollten sie aus ihrem eigenen Leben so ausschließen, wie man Tote oder Verrückte aus den normalen Familien ausschließt. Und so begleiteten, zusammen mit den unentzifferbaren, wimmelnden Gestalten in ihren dunklen Augenhöhlen, auch viele Stimmen die einsamen Wanderungen der Juden und hallten dröhnend in ihren Hirnen wider, in einer Flucht von Spiralen, unterhalb der allgemeinen Gehörschwelle... (...)

Elsa Morante: La storia. Frankfurt am Main (Fischer) 1978

Erwachen

Es ist ein Traum im Traum, unterschiedlich in den Details, gleichbleibend in der Substanz. Ich sitze am Familientisch, bin unter Freunden, bei der Arbeit oder in einer grünen Landschaft - die Umgebung jedenfalls ist friedlich, scheinbar gelöst und ohne Schmerz; dennoch erfüllt mich eine leise und tiefe Beklemmung, die deutliche Empfindung einer drohenden Gefahr. Und wirklich: Nach und nach, oder auch mit brutaler Plötzlichkeit, löst sich im Verlauf des Traumes alles um mich herum auf; die Umgebung, die Wände, die Personen weichen zurück; die Beklemmung nimmt zu, wird drängender, deutlicher. Alles ringsum ist Chaos, ich allein im Zentrum eines grauen wirbelnden Nichts; und plötzlich weiß ich, was es zu bedeuten hat - habe es immer gewußt: Ich bin wieder im Lager, nichts ist wirklich außer dem Lager; alles andere war kurze Atempause, Sinnestäuschung, Traum: die Familie, die blühende Natur, das Zuhause. Der innere Traum, der Traum vom Frieden, ist zu Ende, der äußere dagegen geht eisig weiter: Ich höre eine Stimme, wohlbekannt, ein einziges Wort, nicht befehlend, sondern kurz und gedämpft, das Morgenkommando von Auschwitz, ein fremdes Wort, gefürchtet und erwartet: Aufstehn, "Wstawac".

Primo Levi: Atempause. Eine Nachkriegsodyssee. Frankfurt am Main (Fischer) 1982

41. Drahtzieher im braunen Netz

Der Wiederaufbau der NSDAP

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:14

Die folgende Zusammenstellung von Gruppen des offenen Nazi-Spektrums ist keineswegs vollständig. Die hier kurz vorgestellten Gruppen haben aber aktiv an den Pogromen teilgenommen. Wer sich intensiver mit dieser Thematik beschäftigen will, dem sei dringend das antifaschistische Handbuch "Drahtzieher im Braunen Netz - Der Wiederaufbau der NSDAP", Edition ID-Archiv, ans Herz gelegt, das die zuverlässigsten Informationen zum Thema enthält.

Gesinnungsgemeinschaft

der Neuen Front (GdNF)

Organisation in der Nachfolge der verbotenen "Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten" um den an Aids gestorbenen Nazi-Führer Michael Kühnen. Die GdNF entstand nach der Spaltung der Neonazis in Kühnen- und Mosler-Flügel als Struktur der Kühnen-Kameraden. Die GdNF hat sich nach außen keine feste Struktur gegeben, um so besser gegen ein Verbot geschützt zu sein. Nach VS-Berichten sollen sich drei Kühnen-Vertraute in die Führung der GdNF teilen: Christian Worch (Hamburg), Gottfried Küssel (Österreich, Einreiseverbot in die BRD und Anfang '91 in Wien festgenommen im Zusammenhang mit Söldneranwerbungen für Kroatien; der zur Zeit in Kroatien für die faschistischen HOS-Milizen mordende Thomas Hainke aus Bielefeld ist ebenfalls Mitglied der GdNF) und Arnulf Priem, Uralt-Aktivist in Berlin (Kampfgruppe Priem).

Tatsächlich versteht sich die GdNF als Dach für eine ganze Reihe von Nazi-Gruppierungen, die in der Öffentlichkeit dann als isolierte Gruppen, die teilweise auch in Konkurrenz zu stehen scheinen, agieren. So muß heute davon ausgegangen werden, daß nahezu alle offenen Nazi-Organisationen, vollständig oder teilweise über ihre Kader der GdNF angeschlossen sind. Insbesondere gilt dies für: Aktion Lebensschutz, Deutsche Alternative, Deutsches Hessen, Nationale Alternative, Nationaler Block, Nationale Liste, Volkstreue Liste, Sächsische Nationale Liste, Der Deutsche Weg, Deutsche Frauenfront, Freie Gewerkschaftsbewegung, Initiative Volkswille, Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige, Deutsches Jugendbildungswerk, Freiheitliche Arbeiterpartei FAP, Volksbund Rudolf Heß, Nationale Offensive, Nationalistische Front.

Trotz dieser imponierenden Liste von Organisationen ist die Zahl der Mitglieder der GdNF relativ gering. Sie wird auf etwa 60 Aktivisten und doppelt so viele sonstige Mitglieder geschätzt; insgesamt soll es lt. VS-Bericht 1991 etwa 400 Anhänger des verstorbenen Michael Kühnen geben. Diese Zahl dürfte sich mittlerweile erhöht haben. Als Zeitschrift gibt die GdNF den "INDEX" heraus, in dem seit neuestem detailliert über linke Szenetreffs etc. berichtet wird - wohl als Aufruf zur Tat.

Nationale Liste

Hamburger Ableger der GdNF unter Christian Worch und Thomas "Steiner" Wulf. Gegründet am 13.3.1989 nach dem Verbot der Nationalen Sammlung. Treibende Kraft bei allen Aktivitäten im Umfeld der GdNF. U.a. Organisator der Wunsiedel-Heß-Demonstrationen der vergangenen Jahre. Die NL stellte auch bei der trotz Verbot durchgeführten Demonstration in Rudolstadt im August die Ordnertruppe - könnte also schon allein deshalb mühelos belangt werden. Außerdem waren NL-Aktivisten an den Pogromen in Rostock beteiligt. Die NL rühmt sich, an diversen Angriffen auf die Häuser der Hamburger Hafenstraße beteiligt gewesen zu sein.

Hilfsgemeinschaft für Nationale politische Gefangene und deren Angehörige - HNG

Flugblätter dieser Nazi-Gruppe tauchten in der Nacht vom Mittwoch auf den Donnerstag in Rostock auf. Unter der Überschrift "Verhaftet und kriminalisiert" wendet es sich an die "Kameraden aus dem nationalen Widerstand" und gibt Ratschläge für das Verhalten im Fall einer Festnahme. Als Kontaktstelle für Rechtsbeistand werden eine Bremer Postfach- sowie eine Telefaxnummer angegeben.

Die HNG wurde am 17. Juli 1989 in Frankfurt am Main gegründet von Henry Beier, der schon 1972 die neonazistische "Kampfgruppe Großdeutschland" gegründet hatte (und aufflog). Als Beier 1980 zu einer

18-monatigen Haftstrafe verurteilt wurde, übernahm Wolfram Moog den Vorsitz der HNG. 1984 kam es zu einem einschneidenden Wechsel in der HNG. Vorsitzende wurde Christa Goerth aus Bielefeld, Aktivistin der damals schon verbotenen ANS/NA, Schriftleiter der "HNG-Nachrichten" wurde Chistian Worch. Die HNG überstand die diversen Spaltungstendenzen der neonazistischen Szene ziemlich unbeschadet (z.B. um die "Schwulenfrage", Mosler- und Kühnenflügel in der FAP etc.) und spielte bei der Beilegung der diversen Zwistigkeiten 1989 die Rolle des Vermittlers. 1991 trat Christa Goerth zurück. An ihre Stelle trat Ursula Müller aus Mainz-Gonsenheim, Ehefrau des Nazi-Gärtners Curt Müller, beide zusammen mit ihrem Sohn seit nahezu 20 Jahren tragende Säulen der NS-Kampfgruppe Mainz, mehrfach vorbestraft; Frau Müller war seit 1984 Vorsitzende einer "Deutschen Frauen Front" (DFF), dem weiblichen Teil der Kühnen-Truppe.

Das Neue an dem in Rostock aufgetauchten Flugblatt ist die Tatsache, daß die HNG damit wohl zum ersten Mal nach außen politisch in Erscheinung getreten ist, nachdem sie bislang eher mehr im Innern Rechtshilfe bei engsten Kadern der Naziszene geleistet hatte.

Deutsche Alternative (DA)

Ursprünglich verstand sich die "Deutsche Alternative" als "politischer Arm" der GdNF und operierte bundesweit. Im Zuge der Gründungen diverser Parteien auf föderaler Ebene ("Deutsches Hessen", "Sächsische Nationale Liste" etc.) reduzierte sich die DA immer mehr auf Brandenburg und speziell das Gebiet um Cottbus. Dort konnte sie lt. VS-Bericht allerdings 1991 bis zu 150 Nazis, darunter auch zahlreiche Skinheads, mobilisieren.

Gegen die DA wird nun von der Brandenburgischen Landesregierung Material gesammelt mit dem Ziel, sie zu verbieten (na bravo!). Als belastendes Material legte der Leiter des brandenburger Verfassungsschutzes, Pfaff, am 8.9.92 ein "aufhetzendes Hoyerswerda-Flugblatt" vor. Auch die Zeitung der DA, der "Brandenburger Beobachter" weise antisemitische Tendenzen auf (das ist ja ganz was Neues!).

Neu an der Argumentation Pfaffs ist allerdings die Sichtweise, daß die rechtsradikalen Parteien den "ideologischen Rahmen für die Aktionen der Skinheads" bilden und eine "Katalysatorfunktion" ausübten. Es werde aber auch gegen Mitglieder der DA direkt ermittelt. Diese habe etwa 100 Mitglieder, vorwiegend in Cottbus, Spremberg und Guben, sowie entlang der Oder. Unterstützung bekäme die DA aber auch im nördlichen Sachsen, so etwa in Hoyerswerda. Dort hatten im September '91 Anhänger der DA maß-geblich zur Aufheizung der Pogromstimmung beigetragen. Damals hatte der DA-Vorsitzende Hübner "Bürger und Nationalsozialisten in einer Front, das ist einfach wunderbar" weitere Schlachten im "Rassenkampf" angekündigt. Hübner gilt als der Cottbusser Statthalter der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front".

Etwa 1.000 Skinheads, von denen etwa 500 unmittelbar gewaltbereit seien, die andere Hälfte aber dazu in der Lage, sich dem anzuschließen.

Noch wenige Tage vor den Äußerungen Pfaffs allerdings diskutierte Ministerpräsident Stolpe noch in Cottbus mit dem Vorsitzenden der DA, Hübner, der natürlich jede Verantwortung der DA für die Mordanschläge seiner Spießgesellen ablehnte, für ihr "Freizeitverhalten" sich aber nicht zuständig fühlte.

Der Polizeipräsident von Cottbus, Jürgen Lüth, erklärte am 31.8.92, daß die Krawalle in Cottbus zum Teil von der "DA" gesteuert seien.

Freiheitliche Arbeiterpartei - FAP

Über mehrere Jahre organisatorische Hauptstütze der militanten Neonazis, die nach dem Verbot der ANS/NA in diesem bis dahin unbedeutenden Nazi-Verein eine neue Heimat gefunden hatten. Nach dem Streit zwischen Mosler- und Kühnen-Flügel in der FAP verließen nacheinander fast alle Aktivisten die FAP wieder. Dennoch sind bis heute ihre rassistischen Aufkleber und Propagandamaterialien zu finden. U.a. hatte eine Bande Hamburger Skins solche Aufkleber bei ihren Anschlägen auf Asylbewerberheime verklebt; dieselben Skins hatten gleich kiloweise Nazi-Material und waren wohl des öfteren gemeinsam mit der Hamburger Nationalen Liste aufgetreten.

Ku-Klux-Klan und andere

Die Ermittlungen laufen mittlerweile schon neun Monate, aber aus gegebenem Anlaß wies die BILD-Zeitung wieder darauf hin, daß Generalbundesanwalt Alexander von Stahl bereits gegen zwei rechte Terrorgruppe ermittle:

Da ist zum einen das "Nationale Einsatzkommando", zu dessen Bildung die "Nationalistische Front" unter Meinolf Schönborn schon im Herbst '91 aufgerufen hatte, und dem mindestens 12 Personen angehören sollen.

Zum anderen wird gegen den Ku-Klux-Klan ermittelt, der in der BRD einen Ableger gegründet hat, und der mehrere Treffen, u.a. bei Königs Wusterhausen in Brandenburg und in Hessen abgehalten hat. Beide Aktivitäten datieren aus dem Winter '91/'92. Im August '92 wurden dann 10 Wohnungen von mutmaßlichen Mitgliedern in Elmshorn bei Hamburg durchsucht. Es bestehe der Verdacht, daß Brandanschläge gegen Ausländer- und Asylbewerberunterkünfte vorbereitet werden.

Nationalistische Front

1985 gegründete nazistische Gruppe aus Detmold (früher: Bielefeld) mit starken Verbindungen nach Halle. 1989 kandidierte die NF erstmals als Partei bei den Bremer Bürgerschaftswahlen (109 Stimmen, 0,003%), im Mai '92 trat sie im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen zu den Kommunalwahlen an. Gegen ihren Gründer Meinolf Schönborn und elf weitere Aktivisten wird wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Schönborn hat im Herbst '91 zur Bildung eines "Nationalistischen Einsatzkommandos" aufgerufen.

1991 hat die NF ihre Mitgliederzahl von 60 auf 130 bundesweit mehr als verdoppelt (VS-Bericht NRW 1991).

Für den 5.9.92 hatte die NF im bayrischen Kehlheim zu einer Demonstration aufgerufen, deren Verbot der zuständige Herr vom Landratsamt nicht einmal erwogen hatte. Nachrichtendienstliche Erkenntnisse, die beim Verbot der Gegenkundgebung der "Antirassistischen Initiative Regensburg" (das Verwaltungsgericht Regensburg stoppte dann diesen zuständigen Herrn) eine Rolle spielten, gab es zu den Nazis angeblich nicht, denn: "Bei den Rostocker Vorfällen war die NF nicht beteiligt". Daß aber der "Auschwitz-Kongreß" in Cham vom letzten Jahr verboten war und sich damals die Jungnazis mit der bayerischen Staatspolizei prügelten, daß die NF nicht nur im bayrischen, aber eben auch in diesem VS-Bericht als neonazistisch bezeichnet wird, das alles kümmerte das Landratsamt nicht. Die "NF" kandidiert in Kehlheim am 20.9.92 bei den bayrischen Landratswahlen und die dafür nötigen zehn Unterschriften waren für den örtlichen NF-Aktivisten Jürgen Eckmann "kein Problem". Am Tag der Demonstration waren dann 40 Jungnazis erschienen, die mit ihren Parolen wie "Deutschland den Deutschen" durch Kehlheim zogen.

ES, Hamburg

Drahtzieher im braunen Netz - Der Wiederaufbau der NSDAP. Edition ID-Archiv, Amsterdam - Berlin 1992, 176 S., 20 DM. ISBN: 3-89408-022-1

42. "Verwerflich ist, mit Erich Honecker die Existenz der DDR anzuklagen"

Erklärung des Vorsitzenden der Partei des Demokratischen Sozialismus, Dr. Gregor Gysi, zum 80. Geburtstag von Erich Honecker

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:19

Erklärung des Vorsitzenden der Partei

des Demokratischen Sozialismus, Dr. Gregor Gysi,

zum 80. Geburtstag von Erich Honecker

Heute wird Erich Honecker 80 Jahre alt, und er verbringt diesen Tag in der Untersuchungshaftanstalt in Moabit, in der er schon 1935 wegen seines Kampfes gegen die Nazis saß. Allein der letzte Umstand spricht bereits für eine Freilassung Erich Honeckers. Da er schwerkrank ist, ist dies auch ein Gebot der Humanität. Er sollte in Würde sterben können, obwohl er beachtliche Mitverantwortung dafür trägt, daß es Menschen in der DDR gab, die nicht in Würde leben und sterben konnten. Das juristische Konstrukt gegen ihn ist nicht überzeugend und die eigentliche politische Anklage nicht justitiabel.

Demokratische Sozialistinnen und Sozialisten werden gegen ihn immer den Vorwurf erheben, demokratischen Sozialismus in der DDR auch noch nach 1985 verhindert zu haben, als Gorbatschow ihn wollte und die DDR in wirkliche Unabhängigkeit entließ. Indem Erich Honecker verhinderte, daß Frieden, mehr soziale Gerechtigkeit und Antifaschismus einerseits sich mit ökonomischer Effizienz, Ökologie, politischen Freiheiten und Demokratie andererseits verbanden und eine solche Einheit das Bild vom Sozialismus prägte, lud er große Verantwortung und Schuld auf sich. Damit schuf er u.a. Voraussetzungen dafür, daß eine wirkliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht zustande kam, sondern eine Vereinnahmung der DDR zum Nachteil ihrer Bürgerinnen und Bürger durch die BRD. Wenigstens die Bundesregierung könnte ihm dafür dankbar sein.

Eine politische und moralische Verantwortung Erich Honeckers vor den Bürgerinnen und Bürgern der DDR ist nicht mehr durchsetzbar und eine juristische vor den Gerichten der Bundesrepublik Deutschland Ausdruck von Siegerjustiz und ein schändlicher Akt der Demütigung. Obwohl mich Erich Honecker in seinem letzten Buch erheblich beschimpft, sage ich im Unterschied zu anderen, daß für mich das "Nachtreten" gegen einen Schwachgewordenen nicht in Frage kommt und daß es bei jenen, die ihm huldigten, solange er mächtig war, Ausdruck kleinbürgerlicher Rachsucht, also das Gegenteil von Größe und Souveränität ist. Sie werden mit sich und ihren Elogen an ihn nicht fertig und versuchen, diese durch besonders schneidiges Auftreten gegen ihn wettzumachen.

Kohl, Kinkel und Spitzenpolitiker der SPD, die ihm früher ihre Aufwartungen machten, jagten ihn und setzten die russische und die chilenische Regierung unter Druck, die dabei keinen souveränen Eindruck hinterließen. Aber niemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben Spitzenpolitiker von CDU, CSU, FDP und SPD auch nur einen einzigen Naziverbrecher mit solcher Intensität versucht, nach Deutschland zurückzuholen, um ihn zur Verantwortung ziehen zu lassen. Das sagt über sie vielleicht nicht alles, aber eine ganze Menge. Die Heuchelei, mit der sie heute auftreten, übersteigt das Maß des mir Erträglichen.

Besonders verwerflich ist der Versuch, mit Erich Honecker die Existenz der DDR und damit nicht Nazideutschland und den zweiten Weltkrieg, sondern deren Ergebnisse, die Spaltung Deutschlands und den kalten Krieg, woran die Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland nie unbeteiligt waren, anzuklagen und so die juristische Abrechnung mit der DDR und ihren Bürgerinnen und Bürgern zu eröffnen. Dagegen wird sich die PDS stets wenden.

Berlin, 25. August 1992

43. Quelldatei 20.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:20

Erste Lüge aufgeflogen

Zum Pogrom in Rostock erklärt die stellvertretende Vorsitzende der Abgeordnetengruppe PDS/Linke Liste im Bundestag, Andrea Lederer:

Ich habe am 24.8.92 um 18.00 Uhr in einem Telefonat mit Herrn Teichmann von der Polizeidirektion Rostock darauf hingewiesen, daß nach mir vorliegenden Informationen sich in dem angegriffenen Haus in Lichtenhagen noch ca. 150 vietnamesische Bürgerinnen und Bürger aufhalten und daß auch mit weiteren Angriffen zu rechnen sei. Herr Teichmann hat mir bestätigt, daß er, sowie die Polizeidirektion von der Anwesenheit der Vietnamesinnen und Vietnamesen Kenntnis habe, die Polizei ebenfalls über noch unbestätigte Informationen verfüge, wonach weitere Angriffe zu erwarten seien. Meine Frage, ob der Polizeischutz aufrecht erhalten bleibe, um auch die vietnamesischen Bürger und Bürgerinnen zu schützen, bejahte Herr Teichmann.

Wenn seitens der Polizeidirektion Rostock jetzt erklärt wird, sie sei während der Brandstiftung in Rostock davon ausgegangen, das Haus sei leer, so ist dies schlichtweg gelogen.

44. Quelldatei 27.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:27

Assata Shakur

Assata Shakur, eine Frau aus dem Schwarzen Widerstand in den USA, ehemaliges Mitglied der Black Panther Party und der Black Liberation Army wurde 1973 während einer Staatsschutzkampagne durch mehrere Schüsse schwer verletzt und verhaftet. Wegen angeblicher Beihilfe zum Mord an einem Polizisten und Mordversuchs an einem anderen Polizisten wurde sie 1977 verurteilt. 1979 wurde sie von GenossInnen aus dem Gefängnis befreit und ging 1984 nach Cuba. In einem langen, 1991 in Havanna geführten Gespräch äußert Assata Shakur sich zu ihrem dortigen Leben, zur Lage der cubanischen Frauen, dem Vorhandensein von Rassismus und Klassendenken in Cuba und zum Scheitern der Black Liberation Army.

Assata Shakur. Ein Interview in Havanna/Cuba. A 4- Format, 16 S., 6 DM. Bezug: Agipa-Press, Eichenbergstraße 9, 2800 Bremen 1

Klassenkrieg

Eine - scharf kommentierte - Materialsammlung zum "derzeitigen Staats- und Gesellschaftsdenken", wie es von den Schmierer, Thierse, Sommer u.v.a.m. vorexerziert wird, steht am Anfang der neuesten Ausgabe der Aktion. Vier Berichte "Vom Klassenkrieg" folgen: von den "Wutausbrüchen in den französischen Vorstädten", aus Los Angeles, Peru und Barcelona.

Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst. Heft 93-96, August 1992. 65 S., 8 DM

Menschenrechte

In fast allen Regionen des amerikanischen Kontinents leiden die Angehörigen indianischer Gemeinschaften nach wie vor unter Diskriminierung und Schikane bis hin zu massiven Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung und Mord. Das ai-info informiert in einem Hintergrundbericht und einem Interview mit Sprecherinnen der Indiobewegung des Chimborazo bzw. der Inga in Kolumbien über die Verfolgung der indigenen Völker beider Amerika. Weitere Berichte des aktuellen Infos behandeln die Lage politischer Gefangener in Syrien und das fortgesetzte politische Morden in Angola.

ai-info. Heft 7, September 1992. Bezug: ai, Postfach 170229, 5300 Bonn 1

Rassismus

"Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse" fragt die "autonome l.u.p.u.s. gruppe" einigermaßen grundsätzlich in ihrer Aufsatzsammlung Geschichte, Rassismus und das Boot, in der die autonome Diskussion über Rassismus, autonome Flüchtlingspolitik, multi-kulturelle Konzepte und antirassistischen Widerstand erörtert wird.

autonome l.u.p.u.s. gruppe: Geschichte, Rassismus und das Boot. Berlin, Amsterdam (Edition ID- Archiv) 1992. 170 S., 18,- DM

Feindbilder

An der Konstruktion des Feindbildes "Islam" (oder: "der Araber") waren im Zweiten Golfkrieg nicht nur die einschlägigen TV-"Nahost-Experten" und die Kommentatoren der Presse beteiligt, auch die Karikaturisten der auflagenstarken BRD-Presse traten auf ihre Weise in den Krieg. Der Auffassung, Karikaturen seien nur "Witzzeichnungen" - mit dem Ergebnis, daß ihr meinungsbildender Einfluß kaum erkannt wird - tritt eine von StudentInnen der Islamwissenschaft und einem Hamburger Publizisten herausgegebene Arbeit entgegen. Anhand der kommentierten Dokumentation von rd. 50 Karikaturen wird aufgezeigt, wie die in Presse und Fernsehen betriebene Feindbild-Konstruktion (Irrsinn und Grausamkeit des Arabers, Husain gleich Hitler usw.) in der politischen Karikatur der bundesdeutschen Massenpresse aufgegriffen und verstärkt wurde. Daran anschließend werden weitere rd. 50 Karikaturen aus der arabischen Presse, ebenfalls aus der Zeit des Zweiten Golfkriegs, auf das Feindbild "der Westen" hin untersucht. Eingebettet sind diese Kapitel in einen Aufsatz zu Funktion und Begriff des Feindbilds, eine Darstellung der Feindbilder in der Karikatur des 20. Jahrhunderts und Anregungen zur Arbeit mit Karikaturen in der Schule.

Feindbilder. Arabische und deutsche Karikaturen zum Zweiten Golfkrieg. israel & palästina, Extranummer August 1992. 96 S., 126 Abb., 14,80 plus 2,20 DM Versand. Bezug: Deutsch-Israelischer Arbeitskreis, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben

Strafvollzug

Kritische Bestandsaufnahmen zum Strafvollzug in der BRD haben - auch in der linken Presse - Seltenheitswert. In der Öffentlichkeit wird der Strafvollzug zudem meist nur wahrgenommen, wenn in der Massenpresse vom vermeintlichen Wohlleben hinter Gittern berichtet wird. Die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, die sich seit einem Jahrzehnt sozialbetreuerisch und parlamentarisch mit dem Strafvollzug befaßt, legt eine Zwischenbilanz dieser Arbeit vor. Beigegeben ist eine Dokumentation parlamentarischen Anfragen zur Erhöhung des Entgelts für Gefangenenarbeit, zum Jugendstrafrecht, Frauen im Strafvollzug, den Haftbedingungen u.a.m.

Ulla Jelpke: Zur Situation im Strafvollzug. Ein Zwischenbericht. Mainz (PDS Rheinland-Pfalz/Linke Liste) 1992. 96 S., 11,80 DM

Anarchismus

Schriften zum Anarchismus erscheinen häufig in kleinen Verlagen oder als Eigendruck, sind also meist recht schwer aufzufinden. Um hier Abhilfe zu schaffen, gibt die Föderation anarchistischer Buchverlage und Vertriebe ANARES zweijährlich eine Bibliographie der lieferbaren anarchistischen Bücher heraus.

ANARES - lieferbare anarchistische Bücher. Bibliographie 1991/92. 92 S., 6 DM

Schulpolitik

Schule und Schulpolitik waren dereinst die großen Renner in der - sozialpädagogisierenden - antiautoritären Linken Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre. Heute ist Schulpolitik ein Thema, das nicht einmal mehr grüne Orts- und Bundesparlamentarier sonderlich zu interessieren vermag. Dabei ist die Schule das größte bundesdeutsche Unternehmen überhaupt: 11 Millionen SchülerInnen werden in 45.000 Schulen von 700.000 LehrerInnen und sonstigen BeamtInnen bearbeitet. Die Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik erörtert u.a. Ganztagsunterricht, Freie Schulen, Erfahrungen in einer reinen Mädchenschule und Vorschläge zur Schulreform.

AKP. Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik. Heft 5/92, Sept./Okt. 92. 68 S., 9 DM

45. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:32

Kalender

Rebellinnen

Vier Frauen erzählen in dem 1984 in Österreich gedrehten Film Küchengespräch mit Rebellinnen über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Sie haben KZ-Häftlinge bei der Flucht unterstützt, haben Widerstand bei den Partisanen geleistet.

Kiel, Pumpe, Haßstr. 22 - am 5.10.92 um 20 Uhr

Amos Oz

Der diesjährige Empfänger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, der israelische Autor Amos Oz, ist auf Lesereise. Nachdem seine beiden letzten Romane (Black Box, Eine Frau erkennen) nur mehr am Rande mit Israel zu tun hatten, behandelt sein neuer (und ganz vorzüglicher) Roman Der dritte Zustand in aller Differenziertheit und mit einiger Komik die Zerrissenheit eines (ziemlich unleidlichen) jüdisch-israelischen Linksintellektuellen zwischen der Zuneigung zu seinem Land, dem Bedürfnis nach Sicherheit und dem Eintreten für die Selbstbestimmung der Palästinenser. Amos Oz liest in

Hamburg, Heinrich-Heine-Buchhandlung, Schlüterstraße - am 9.10.92 um 19.30 Uhr

Orient

Der "Wandel von Deutungsmustern im Vorderen Orient" ist das Thema des Jahresseminars des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten vom 9.-11.10.92 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain (bei Frankfurt). "Auf der Tagung soll geprüft werden", heißt es im Programm, "welche Rolle Kultur in den Konfliktlagen im Vorderen Orient spielt." Über "Orient und Okzident als Metaphern europäischer Kulturgeschichte" wird Prof.Dr. Jürgen Wertheimer sprechen, über den "Islam als Kulturfaktor im Vorderen Orient" Prof.Dr. Lutz Richter- Bernburg, über "Kulturelle Authentizität als Falle: Männerbild - Frauenbild - Menschenbild" die Algerierin Dr. Chérifa Magdi, über "Sephardim und Aschkenasim - Orient und Okzident in der israelischen Gesellschaft" der sephardische Israeli Prof. Sammy Smooha, über den "israelisch-palästinensischen Konflikt als Kulturkonflikt" Prof.Dr. Angelika Neuwirth. Die Tagung wird beschlossen mit einem Referat von Prof.Dr. Dan Diner "Über westliche und islamische Ordnungsvorstellungen". - Eine geballte Ladung Qualität!

Programm und Anmeldung bei: Ev. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten 1. (Kosten für Verpflegung, Unterkunft und Tagung für Vollverdiener 150 DM, für StudentInnen, Arbeitslose und TeilnehmerInnen aus den neuen Bundesländern 80 DM.)

Bahros Rettung

Auf Einladung der Katholischen Studentengemeinde Leipzig wird Prof.Dr. Rudolf Bahro vom 30.10.-1.11.92 ein Wochenendseminar zu seinem Buch "Logik der Rettung" durchführen. "In unmittelbarem persönlichen Austausch mit ihm", so die VeranstalterInnen, "soll in diesem Seminar die Frage gestellt werden, welche inneren Veränderungen bzw. Wertverschiebungen des Menschen umweltpolitisch bzw. zukunftssichernd die ‚Logik der Zerstörung` aufbrechen und ‚Rettung` ermöglichen."

Programm und Anmeldung: Katholische Studentengemeinde, z.Hd. Frau Barbara Knecht, Floßplatz 32, O-7010 Leipzig. (Teilnahmekosten 40 DM für Verdienende, 15 DM für Studierende.)

46. Israel:

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:40

Bei seinem Deutschlandbesuch appellierte der israelische Ministerpräsident Yitzak Rabin, sich gegen die wachsende Gewalt von Rechts zu stellen. Bei einer Kranzniederlegung in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Sachsenhausen forderte er dazu auf, "hier in Deutschland und in den anderen Ländern aktiv dem Neonazismus entgegenzuwirken". Diesen Appell wiederholte Rabin auf einer Pressekonferenz in Berlin. Die Krawalle müßten als Warnzeichen" ernst genommen werden (FR, 17.9.92).

Schon vorher hatte die "Jerusalem Post" geschrieben, daß der "Neonazismus nach der Wiedervereinigung mit großen Sprüngen vorangekommen" sei. Es läge an Deutschland, "alle Anstrengungen zu machen, den falschen Patriotismus und die gemeine Gewalt der Nazis zu bremsen."

Rußland:

Die russische Regierung forderte die Bundesregierung eindringlich auf, etwas gegen die Gewalt zu unternehmen. "Die ‚schändlichen` Ausschreitungen in Rostock und anderen Städten zeigen das Anwachsen nationalistischer und rechtsextremer Tendenzen in Deutschland, hieß es in einer Erklärung des russischen Außenministeriums. Die Gewalt gegen Ausländer habe in Rußland große Beunruhigung ausgelöst. Das Land könne dem nicht tatenlos zusehen, weil dadurch auch die Sicherheit der russischen Bürger in Deutschland gefährdet sei. Das Ministerium hoffe, daß die deutschen Behörden angemessene Maßnahmen ergriffen, um die Gewalt zu stoppen." (nach: Hamburger Abendblatt, 5.9.92)

Niederlande:

Besonders betroffen von den Ereignissen in Rostock und anderswo ist die Öffentlichkeit in den Niederlanden:

"Machtlos sehen die politischen Verantwortlichen des mächtigsten europäischen Landes zu, wie ein neues Gespenst umgeht, Wohnheime von Asylsuchenden gehen in Flammen auf, Extremisten jagen Ausländer, als wären sie Freiwild, die Bevölkerung wendet sich von der Politik ab. Die Forderungen der Rechten werden erfüllt, der erzwungene Umzug von Asylanten - eine freundlichere Umschreibung von Deportation - findet statt ... Es wird ein makabres Volksfest gefeiert. Die Polizei hält sich zurück. Bürger feuern die Extremisten an, und das Fernsehen berichtet live." ("Allgemeen Dagblad").

Schlagzeile der christlich-liberalen Tageszeitung "Trouw" nach dem Anschlag auf das Mahnmal der jüdischen Deportierten an der Berliner Putlitzbrücke: "Nationalsozialismus gewinnt an Boden. Deutsche Geheimdienste machen sich große Sorgen". Daneben die Karikatur eines Deutschen mit Maßkrug, Hakenkreuzbinde und Hitlerguß, dahinter der "brave Bürger" mit einem Hitlerschnauzer.

"Wird Deutschland zurückgeworfen in die Weimarer Zeit?" (NRC-Handelsblad).

Norwegen:

"Dagbladet": "Kristallnacht 1992"

Schweden:

"Svenska Dagbladet": fühlt sich an die "erschreckenden Bilder aus dunkler Geschichte" erinnert.

Frankreich:

Der französische Staatssekretär für die Integration von Ausländern, Kofi Yamgnane, führte die "eindeutig fremdenfeindlichen Angriffe, ausgeführt mit der Unterstützung oder Duldung der Bewohner" vor allem auf soziale Spannungen zurück ... Die mit der Eingliederung Ostdeutschlands in das Wirtschaftssystem des Westens ... verbundenen Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit "öffnen die Tür für alle Arten sozialer Spannungen".

Die französische Zeitung "Le Monde" meinte, aus "historischen Gründen seien Attacken rechtsgerichteter Banden in Deutschland viel eher Anlaß zur Sorge als ähnliche Vorfälle in Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden ..."

Die französische Antirassismus-Organisation "SOS Racisme" forderte die Bundesbehörden auf, "dem fremdenfeindlichen Druck diesmal nicht nachzugeben". Die Auslagerung eines Asylbewerberheims wie im letzten September in Hoyerswerda wäre "eine Prämie für die Gewalt" und würde weitere Gewalttaten nur noch begünstigen, hieß es in einem Schreiben an die deutsche Botschaft in Paris. An die Adresse der Bürger der ehemaligen DDR hieß es: "Das bedeutet vor allem, daß man die Frage der Einwanderung und des Asylrechts nicht mit Steinwürfen regelt."

Die "Liberation" widmete unter der Überschrift "Rassismus ergreift Rostock" den Ereignissen eine ganze Seite mit dem Tenor, in den Straßen Rostocks sei das Recht auf Asyl gesteinigt worden.

Großbritannien:

Der Labour-Europaabgeordnete Alan Donelly forderte, die europäische Gemeinschaft müsse für die Menschen in den neuen Bundesländern Kurse in Demokratie und Bürgerkunde organisieren und finanzieren.

Die "Times" schrieb, "jeder Deutsche solle sich schämen" und: "Das Land hat ganz klar die Grenzen seiner Toleranz erreicht."

Der "Guardian" entdeckte "Anzeichen von Bürgerkrieg in Rostock", die sich bald auch auf die westlichen Teile erstrecken könnten.

Die "Independent" wies darauf hin, es "sei eine Sache, es mit ein paar Chaoten aufzunehmen", und eine andere, "sich mit einer Gesellschaft auseinanderzusetzen, die sich auf deren Seite gestellt hat."

Österreich:

Die Grazer "Kleine Zeitung" schrieb, das Auftreten der jugendlichen Neonazis sei für sich genommen noch kein Anlaß zur Sorge. "Aber es klatschen zu viele".

Die "Salzburger Nachrichten" schrieben, die radikalen Schlägerbanden würden getragen von einer Woge der Sympathie, von unbescholtenen Bürgern, die den Nazis offen applaudierten, und schweigenden Politikern." und weiter: "So tragen auch Kohl, Engholm, Lambsdorff und Waigel für jeden Überfall auf Ausländer und Asylbewerber in Deutschland Mitverantwortung."

Der Wiener "Standard" veröffentlichte eine Karikatur, die den deutschen Michel samt Frau vor ihrem idyllischen Wohnhaus zeigt, davor drei Gartenzwerge in den weißen Anzügen des Ku-Klux-Klan, einer mit einem brennenden Kreuz.

Italien:

Die "L' Unita" macht einen "neuen alarmierenden Aspekt" aus. Die rassistischen Tendenzen würden weiter zunehmen, wenn die Extremisten von den Bürgern unterstützt würden.

Bild beleidigt

In der "Bild" vom 28.8.92 wird unter der Überschrift "Das Ausland prügelt wieder auf die Deutschen ein" folgende Zusammenstellung gegeben:

"Daily Star", London: "Zeit, daß jemand den Deutschen sagt, daß wir sie satt haben."

"Kurier", Wien: "Ein bißchen Nazigewalt gibt es nicht. Auch keinen kleinen Hitler, sondern immer nur das volle Programm"

"Corriere della Sera". Mailand: "Es ist schwierig, die Welle von Ekel zu unterdrücken, die beim Lesen von den rassistischen Tumulten in Rostock zu einem hochsteigt"

"L'Yanne Republicain", Paris: "Die Deutschen machen die Ausländer zum Sündenbock"

"Telegraaf", Amsterdam: "Deutschland zeigt sein häßliches Gesicht, wann wird das nächste Heim angegriffen?"

"Basler Zeitung", Basel: "Leider läßt die rasche Umquartierung der Asylbewerber den Eindruck entstehen, die deutschen Behörden geben dem Druck der Straße nach"

"det fri Aktuelt", Kopenhagen: "Nein, nein und noch mal nein. So denken Menschen außerhalb Deutschlands beim Anblick der Fernsehbilder aus Rostock, wo der neofaschistische Pöbel Asylbewerber angriff".

47. Kundgebung am 3. Oktober

Feier im Osten?

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:47

Unter dem Motto "Die Würde des Menschen ist antastbar" rufen die Komitees für Gerechtigkeit zu einer Kundgebung am 3. Oktober in Schwerin auf. Die Feierlichkeiten zum "Tag der Deutschen Einheit" werden dieses Jahr in Schwerin ausgetragen. Frühzeitige Versuche, mit einem größeren Bündnis und bundesweit nach Schwerin zu mobilisieren, scheiterten an einem Rückzieher des DGB, der sich nicht in Konflikt mit der deutschen Einheit bringen lassen wollte und nun lieber dezentrale Aktionstage um den 3. Oktober veranstalten möchte. Der DGB von Mecklenburg/Vorpommern wollte sich damit nicht ganz abfinden und verhandelte weiter über eine bundesweite Mobilisierung unter dem Motto "Gute Besserung Deutschland!". Dann sagte die IG-Metall mit der Begründung ab, nach Rostock könne man sich nicht mehr an alternativen Feierlichkeiten beteiligen. Eine Portion Skepsis gegenüber dieser sich ganz passabel anhörenden Erklärung ist gerechtfertigt, denn in der IG-Metall läuft im Zusammenhang mit der Ausgrenzung der ostdeutschen BetriebsrätInneninitiative offenkundig ein handfester Ost-West-Konflikt. Der DGB M/V reduzierte jedenfalls nach Absage ihres mitgliederstärksten und finanzstärksten Einzelverbandes das Programm auf die Hälfte, trat aber freundlicherweise den Komitees die Hälfte ihrer angemeldeten Standflächen für die Kundgebung ab.

Außer den Komitees rufen der Arbeitslosenverband, die PDS und Erwerbsloseninitiativen zu der Kundgebung auf.

Folgender Aufruf wurde vom 1. bundesweiten Treffen der Komitees verabschiedet:

Feier im Osten?

Auf nach Schwerin!

Am 3.10.92 soll der Tag der deutschen Einheit nunmehr zum zweiten Mal begangen werden.

Zum ersten Mal aber in einem neuen Bundesland. Die bundespolitische Prominenz trifft sich in Schwerin, der Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns. Dort soll die Einheit feierlich begangen werden.

Was wird gefeiert?

- Intensiv betriebene Deindustrialisierung

- Steigende Massenarbeitslosigkeit

- Kultur und Bildungsabbau

- Unbezahlbar werdende Mieten

- Gewinnzuwachs der großen Konzerne in den Altbundesländern

- Wahllüge - keinem wird es schlechter gehen

- Nichteinhaltung des Einigungsvertrages

- Endlich Pogrome gegen Ausländer

- Deutsche Soldaten endlich im Startloch für deutsche Interessen im Ausland

Das alles ist feiernswert?

Mehrere Vereine, Gewerkschaften und Organisationen bereiten in Schwerin alternative Veranstaltungen zum Tag der deutschen Einheit vor, um auf die Probleme aufmerksam zu machen und die Politiker vor Ort anzusprechen.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger - mit und ohne deutschen Paß - aus der Bundesrepublik auf, gemeinsam mit den Komitees für Gerechtigkeit diese alternativen Veranstaltungen zu unterstützen und am 3. Oktober 1992 in Schwerin massenhaft ihre Probleme und ihren Protest öffentlich zu formulieren.

Die Kundgebung findet am 3. Oktober 1992 um 11.00 Uhr in der August-Bebel-Straße und am Schweinemarkt in Schwerin statt. Unter anderem werden sprechen:

Stefan Heym, Klaus Grehn (Präsident des Arbeitslosenverbandes), Gregor Gysi, Manfred Müller (HBV-Sekretär). Angefragt: Heidrun Bischoff-Pflanz (SOS-Rassismus), Berliner Bündnis der Flüchtling und EmigrantInneninitiativen. Im Anschluß daran veranstaltet die PDS zusammen mit anderen Initiativen und Flüchtlingsgruppen einen "Einheiz-Markt" auf dem Berliner Platz (Stadtteil Großer Dreesch) mit Ständen, Kultur und Diskussionsrunden.

48. Jugoslawien: Operation Balkansturm?

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/balkan.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:balkan

Lauter als irgendjemand sonst in der Welt rufen deutsche Politiker nach militärischer Gewalt gegen Jugoslawien. Aber ist, was laut herumgeschrien wird, darum auch schon realistisch? Der 1991 diskutierte Plan, eine rein europäische "Friedenstruppe" nach Jugoslawien zu entsenden, scheiterte an der vorgeschobenen Unfähigkeit der WEU-Staaten, die erforderliche Anzahl von Soldaten zu stellen. Seit Mitte Juli kreuzt eine NATO-WEU-Flotte außerhalb der jugoslawischen Hoheitsgewässer, um das gegen Rest-Jugoslawien verhängte Embargo zu überwachen; da vorbeifahrende Frachtschiffe jedoch nur "angesprochen" werden, ist eine militärische Konfrontation ausgeschlossen. Auf der internationalen Ebene sprach sich neben einzelnen Politikern als einzige Regierung die türkische für eine Militärintervention aus.

Die von NATO-Strategen vorgebrachten rein militärischen Argumente weisen darauf hin, daß die materiellen Möglichkeiten, in Jugoslawien einzugreifen, gering sind. Für eine "effektive" Militäraktion, äußerte ein General, könnte eine Million Soldaten erforderlich sein. Der Erfolg sei auch dann noch ungewiß.

Seite 17

49. Im Angesicht des Schreckens

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/ben.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:ben

Walter Benjamins Thesen "Über den Begriff der Geschichte" stellen den innerhalb des marxistischen Denkens bis heute fast einzigartig gebliebenen Versuch dar, die bisherige Geschichte nicht als Fortschritt, sondern als Katastrophe zu verstehen. Ebenso außergewöhnlich ist der diesem Gedanken zugrundeliegende Ansatz einer Verbindung von (jüdischem) theologischen Denken und Marxismus.

Unser Artikel referiert den Inhalt der Thesen, geht auf den historisch-politischen Kontext ihrer Entstehung ein und zeigt aktuelle Bezüge auf. Schließlich wird die Frage gestellt, inwieweit ein im Angesicht faschistischer Barbarei aus tiefster Verzweiflung geborener Geschichtsmessianismus eine auf grundlegende Veränderung zielende linke Politik inspirieren kann.

Seite 29

50. Gullit, Gascoigne, Menotti...

Über "linken" und "proletarischen" Fußball

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/dsm.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:dsm

"Sich anpassen und funktionieren, so hat die Oberschicht auch den Fußballprofi am liebsten. Es ist ihr nur recht, daß auf diese Weise fortwährend Dummköpfe kreiert werden, nützliche Idioten des Systems" - mit diesem und ähnlichen Aussprüchen wurde Luis Cesar Menotti, Trainer der argentinischen Weltmeisterelf von 1978, zum Mentor eines "aus der Tiefe des Volkes" kommenden "linken Fußballs". Im Argentinien der Militärdiktatur hatte seine Kritik an der "Diktatur der Taktik" und dem "Terror der Systeme" hochpolitische Implikationen.

Dietrich Schulze-Marmeling versucht in diesem ak eine Aktualisierung des "Menottismus" und dessen Anwendung auf die internationale Fußballszene. Zahlreiche mehr oder weniger prominente Balltreter zwischen Buenos Aires und St. Pauli werden vorgestellt, ihre Spielweise charakterisiert und ihr Verhalten außerhalb des grünen Rasens kritisch beurteilt. Verkörpert das leider in Rente gegangene Essener Schlitzohr "Ente" Lippens den seltenen Typus des "volksnahen und zugleich emanzipatorischen" Kik-kers? Klassisch seine vom antiautoritären Geist der Rebellion inspirierte Replik auf eine Fehlleistung des Schiedsrichters; der Mann in schwarz: "Ich verwarne Ihnen!" - Lippens: "Ich danke Sie!"

Gibt es "linken" Fußball heute überhaupt noch? Worin unterscheidet er sich vom "rechten", allein erfolgsorientierten "Angestelltenfußball"? Unser Autor räumt ein, daß eine "wissenschaftlich haltbare Kategorisierung" noch aussteht; und daß man auch in dieser Frage "rinks und lechts" leicht "velwechsern" kann. Seite 36

51. Vom Sozialismus zum Sozialamt

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/exddr.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:exddr

Deutsche Politiker kennen sich aus in der Welt. Daß es innerhalb eines Landes reichere und deutlich ärmere Regionen gibt, ist eine völlig normale Erscheinung - sagen die Führungskräfte der FDP und legen insbesondere den Menschen in der ehemaligen DDR nahe, sich doch an die krassen Einkommensunterschiede innerhalb der BRD-Gesellschaft zu gewöhnen. Tatsächlich gibt es bisher kein massenhaftes Aufbegehren der Benachteiligten. Trotz drohender oder bereits eingetretener Arbeitslosigkeit und drastisch gestiegener Mieten ergeben Umfragen unter den Betroffenen erstaunliche Ergebnisse. 80% der Befragten geben an, daß es ihnen nicht schlechter gehe als vor dem Anschluß. Als problematisch werden allerdings die persönlichen Zukunftsperspektiven gesehen; nicht zuletzt wegen der ungewohnten Konkurrenz mit den Wessis, die beim Bestehen in der Ellenbogengesellschaft einen entscheidenden Erfahrungsvorsprung haben. Zur sozialen Lage im Osten Seite 24

Organisierte Gegenwehr gibt es zwar, aber sie ist meist unscheinbar und weit weniger öffentlichkeitswirksam als die im Juli als mittlere Sensation herausgestellte Gründung der "Komitees für Gerechtigkeit". Eine Zwischenbilanz der Komitees versucht Michael Pickardt in diesem ak. Trotz aller Zweifel an ihrer Durchschlagskraft kommt er zu dem Schluß: "Daß es sich aber nicht lohnen würde, dort demokratische und antirassistische Positionen einzubringen, kann keiner begründet behaupten." Seite 25

52. Die Saat geht auf

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/pogrom.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:pogrom

In Deutschland Ost wie West brennen allnächtlich Asylbewerberheime, werden "Fremdrassige" überfallen und zusammengeschlagen. Die Täter agieren im Schutz und unter dem Applaus einer gar nicht mehr schweigenden Mehrheit. Und die herrschenden Parteien, die seit langem mit einer drohenden "Asylantenflut" Stimmung gemacht haben, nutzen den "Volkszorn". Was von der CDU/CSU nicht anders zu erwarten war und bei der SPD nicht allzu sehr überraschen sollte, hat nun auch Eingang in die Reihen der Grünen gefunden und stößt in linksalternativen und demokratischen Kreisen kaum auf Gegenwehr: Eine Änderung des Asylrechts muß her, und die Objekte der Pogrome gehören außer Landes geschafft. Seite 4

Alltägliche Gewalt

Die Kette der Überfälle und Brandanschläge auf Asylbewerberheime war seit Hoyerswerda nicht mehr abgerissen. Das BKA registrierte während der ersten vier Monate dieses Jahres 1.000 ausländerfeindlich motivierte Straftaten, die Bundesregierung nur gut die Hälfte. Die Einrichtung einer offiziellen Dokumentationsstelle für diese Straftaten wurde von den Innenministern abgelehnt. In der ak-Dokumentation werden 200 ausländerfeindliche und faschistische Anschläge und Überfälle von Anfang Juli bis Mitte September aufgeführt. Seite 8

Justizieller Langmut

Das feine Gespür dafür, daß die (effektiv verfolgte) Linke staatsabträglich, die Rechte aber staatserhaltend ist, ist ein wichtiger Grund der Langmut und demonstrativen Hilflosigkeit von Polizei und Gerichten gegenüber rechtsradikaler Gewalt. So befinden sich die meisten der bei den Pogromen in Rostock und an anderen Orten Festgenommenen wieder auf freiem Fuß. Wir dokumentieren anhand von rund 50 Fällen Festnahmen, Anklagen und Urteile. S. 10

"Verbrechenswelle" durch Ausländer

Sind die Innenminister auch nicht willens, die rassistisch motivierten Überfälle und Anschläge öffentlich zugänglich zu dokumentieren, und ist die Polizei auch von seltener Duldsamkeit gegenüber Rechtsradikalen, ist sie um so eifriger, wenn es gilt, die Ausländerfeindlichkeit zu fördern. Die Dauerpressekampagne "Ausländerkriminalität" speist sich vornehmlich aus polizeilichen Studien. In diesen Studien sind jedoch nicht einmal die zugrundegelegten Zahlen richtig. - Eine Kritik dieser Art von Kriminalstatistik auf Seite 14

Stimmen des Auslands

Die BRD stelle sich darauf ein, erklären die deutschen P.E.N.-Zentren, "Fremdenhaß, Menschenjagd, Mordanschläge und neonazistischen Terror als Teil des Alltags hinzunehmen". Wir dokumentieren diese und andere Stellungnahmen zusammen mit Auszügen aus der ausländischen Presse auf Seite 7

53. Quelldatei tab13.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/tab13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:tab13

, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-

Anhalt, Thüringen, Sachsen

CDU, 23 (38,3), 14 (29,4), 26 (39,0), 30 (45,4), 38 (53,8)

SPD, 38 (27,0), 57 (38,2), 38 (26,0), 33 (22,8), 31 (19,1)

FDP, 7 (5,5), 5 (6,6), 13 (13,5), 12 (9,3), 10 (5,3)

Grüne/B90, 12 (6,4), 6 (9,2), 8 (5,3), 10 (6,5), 5 (5,6)

PDS, 13 (13), 11 (13,4), 8 (12,0), 8 (9,7), 7 (10,2)

REP, 6 (-), 5 (1,2), 5 (-), 5 (-), 5 (-)

Sonstige, 1 (7,1), 2 (2,0), 2 (4,2), 2 (6,3), 4 (6,0)

Nicht

wähler,

40 (35,3),

33 (32,9),

41 (34,9),

39 (28,3),

44 (27,2)

54. Quelldatei tab24.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak346/tab24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:346:tab24

Worauf vertrauen Sie in Zukunft vor allem?

Ende 1990 März 1992

Ja Nein Ja Nein

- soziale Markt-

wirtschaft 66,7 % 4,1 % 31,9 % 24,7 %

- von mir ge-

wählte Politiker 54,4 % 11,3 % 18,8 % 42,0 %

- Demokratie und

Rechtsstaatlichkeit 64,5 % 3,1 % 32,6 % 23,3 %

- meine Familie 95,5 % 0,8 % 82,6 % 1,7 %

- auf mich selbst 94,5 % 1,1 % 78,8 % 1,0 %